



# Landtag von Baden-Württemberg

11. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 8. November 2006 • Haus des Landtags

Beginn: 10:05 Uhr

Mittagspause: 12:35 bis 14:02 Uhr

Schluss: 18:36 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	481	Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 14/447 . . . . .	505
Umbesetzungen im Ausschuss für Schule, Jugend und Sport . . . . .	481	Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE . . . . .	505
Begrüßung des neuen französischen Generalkonsuls in Stuttgart, Herrn Christian Dumon . . . . .	505	Abg. Thomas Blenke CDU . . . . .	506
1. Aktuelle Debatte – <b>Neue Chancen für eine verbesserte Einbindung des Stuttgarter Kopfbahnhofs ins europäische Netz</b> – beantragt von der Fraktion GRÜNE . . . . .	481	Abg. Hans Georg Junginger SPD . . . . .	507
Abg. Boris Palmer GRÜNE . . . . .	481, 490	Abg. Hagen Kluck FDP/DVP . . . . .	508
Abg. Andrea Krueger CDU . . . . .	482, 492	Minister Heribert Rech . . . . .	509
Abg. Wolfgang Drexler SPD . . . . .	484, 492	Beschluss . . . . .	510
Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP . . . . .	485	4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – <b>Baden-Württembergisches Ladenschlussgesetz (BWLadSchlG)</b> – Drucksache 14/489 . . . . .	511
Minister Heribert Rech . . . . .	487	Abg. Ute Vogt SPD . . . . .	511
Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP . . . . .	493	Abg. Karl Rombach CDU . . . . .	512
2. Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – <b>Umsetzung der Lissabon-Strategie durch das Land</b> – Drucksache 14/212 . . . . .	495	Abg. Edith Sitzmann GRÜNE . . . . .	513
Abg. Michael Theurer FDP/DVP . . . . .	495, 504	Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP . . . . .	514
Abg. Thomas Blenke CDU . . . . .	497	Ministerin Dr. Monika Stolz . . . . .	517
Abg. Peter Hofelich SPD . . . . .	498	Abg. Rudolf Hausmann SPD . . . . .	518
Abg. Jürgen Walter GRÜNE . . . . .	499	Beschluss . . . . .	520
Abg. Dr. Christoph Palmer CDU . . . . .	501	5. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales – <b>Landesförderung der Schulsozialarbeit</b> – Drucksache 14/225 . . . . .	520
Minister Willi Stächele . . . . .	502	Abg. Renate Rastätter GRÜNE . . . . .	520, 526
Beschluss . . . . .	505	Abg. Andreas Hoffmann CDU . . . . .	521
3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE – <b>Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes</b> – Drucksache 14/226 . . . . .		Abg. Christoph Bayer SPD . . . . .	523
		Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP . . . . .	524
		Ministerin Dr. Monika Stolz . . . . .	525
		Beschluss . . . . .	527

6. Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – <b>Zukunftsgerechte Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs in Baden-Württemberg – unter veränderten Rahmenbedingungen</b> – Drucksache 14/67 .....	527	8. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Umweltministeriums – <b>Standortsuche für ein atomares Endlager in Baden-Württemberg und die Studie im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums</b> – Drucksache 14/380 .....	546
Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP .....	527	Abg. Wolfgang Stehmer SPD .....	546, 553
Abg. Winfried Scheuermann CDU .....	528	Abg. Volker Schebesta CDU .....	547, 554
Abg. Hans-Martin Haller SPD .....	529	Abg. Franz Untersteller GRÜNE .....	548
Abg. Boris Palmer GRÜNE .....	531	Abg. Monika Chef FDP/DVP .....	549
Staatssekretär Rudolf Köberle .....	532	Ministerin Tanja Gönner .....	551
Beschluss .....	535	Beschluss .....	554
7. a) Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – <b>Ausbau und Förderung der erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg</b> – Drucksache 14/162		9. Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Finanzministeriums – <b>Zukunftsperspektive des Lotteriewesens</b> – Drucksache 14/393 .....	554
b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – <b>Entwicklung und Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung und der Energieeffizienz im Land</b> – Drucksache 14/376		Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP .....	554, 559
c) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – <b>Aufbau einer Energiegesellschaft zur Förderung der Biomassenutzung und Steigerung der Energieeffizienz</b> – Drucksache 14/377 .....	535	Abg. Manfred Groh CDU .....	555
Abg. Thomas Knapp SPD .....	536, 545	Abg. Margot Queitsch SPD .....	556
Abg. Dr. Carmina Brenner CDU .....	538	Abg. Jürgen Walter GRÜNE .....	557
Abg. Franz Untersteller GRÜNE .....	539	Staatssekretär Gundolf Fleischer .....	558
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP .....	541	Beschluss .....	560
Minister Ernst Pfister .....	541	10. <b>Herstellung des Einvernehmens zur Berufung von sieben sachverständigen Persönlichkeiten in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung</b> .....	560
Ministerin Tanja Gönner .....	544	Beschluss .....	561
Beschluss .....	546	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP (persönliche Erklärung) .....	561
		Abg. Theresia Bauer GRÜNE (persönliche Erklärung) .....	561
		Nächste Sitzung .....	561
		Anlage	
		Vorschlag der Fraktion der SPD – Umbesetzungen im Ausschuss für Schule, Jugend und Sport .....	562

## Protokoll

über die 11. Sitzung vom 8. November 2006

Beginn: 10:05 Uhr

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 11. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich den Herren Abg. Joseph und Kleinmann erteilt.

Entschuldigt aus dienstlichen Gründen ist Herr Minister Rau.

Meine Damen und Herren, auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der SPD-Fraktion für Umbesetzungen im Ausschuss für Schule, Jugend und Sport. – Ich stelle fest, dass Sie diesem Vorschlag zustimmen.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen vervielfältigt vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

\*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 16. Oktober 2006 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2007 bis 2010 – Drucksache 14/431

Überweisung an den Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft und federführend an den Finanzausschuss

2. Antrag der Landesregierung vom 24. Oktober 2006 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksache 14/482

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

\*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Neue Chancen für eine verbesserte Einbindung des Stuttgarter Kopfbahnhofs ins europäische Netz – beantragt von der Fraktion GRÜNE**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Boris Palmer.

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als dieses Hohe Haus vor drei Wochen zum letzten Mal zusammenkam, konnte man die Reden des Abg. Drexler und von Ministerpräsident Oettinger an diesem Plenartag in drei Aussagen zusammenfassen:

Erstens: Die Finanzierung von Stuttgart 21 steht. Zweitens: Das Gemälde von Hans Baldung Grien gehört zweifelsfrei dem Haus Baden. Und drittens, Herr Drexler: Boris Palmer wird niemals Oberbürgermeister in Tübingen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Was hat das mit Stuttgart 21 zu tun?)

Seitdem hat sich einiges verändert. Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Wendlingen–Ulm sind nicht untrennbar miteinander verknüpft. In der Tat sind es unterschiedliche Projekte mit unterschiedlichen Verantwortlichkeiten. Die Neubaustrecke lässt sich durchaus allein, unabhängig von Stuttgart 21, realisieren.

(Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Kurze Aufenthalte, Herr Kollege Theurer, sind heute selbstverständlich auch in Kopfbahnhöfen möglich. Im Hauptbahnhof Frankfurt wird vorgemacht, wie das geht.

Stuttgart 21 ist ein Konzept, das besonders die Anbindung des Flughafens und der Messe zum Ziel hat. Das Projekt soll die Möglichkeit eröffnen, die frei werdenden Gleisflächen wirtschaftlich und stadtgestalterisch zu nutzen.

Mir ist wichtig, dass wir an die milliardenschweren Projekte strenge Maßstäbe anlegen. Herr Ministerpräsident Oettinger möchte, dass der Bund rund eine halbe Milliarde Euro in das städtebauliche Projekt Stuttgart 21 investiert. Aber es wird bei der Realisierung von Stuttgart 21 entscheidend auf die Bereitschaft Baden-Württembergs und seiner Partner ankommen, die wesentlichen Finanzlasten und -risiken zu tragen.

Jetzt liegt die Wirtschaftlichkeitsrechnung vor. Sie weist eine Finanzlücke von 1,5 Milliarden € aus. Die Positionen, über die diese Lücke geschlossen werden soll, müssen noch einmal auf den Prüfstand. Wir sind es dem Steuerzahler schuldig, da genau hinzuschauen. Jeder Häuslebauer fängt doch auch erst an zu bauen, wenn die Finanzierung steht und die Risiken beherrschbar sind.

Die Bahn hat eine Risikoposition von 1 Milliarde € aufgemacht. Wir könnten Probleme mit den Tunneln bekommen.

(Boris Palmer)

Ich erinnere z. B. an die Kostensteigerung bei der Strecke Ingolstadt–Nürnberg. Dort mussten teilweise im Gebirge Brücken gebaut werden, weil der Grund nicht getragen hat.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Aber sie haben es getan!)

– Sie haben es getan. Ob das gut war, steht auf einem anderen Blatt.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Das alles hat zu einer Verdoppelung der Kosten geführt. Land und Bahn rechnen in ihr Finanzierungskonzept für Stuttgart 21 einen Zuschuss in Höhe von 250 Millionen € aus Brüssel ein. Angesichts des schmalen EU-Budgets und der Vielzahl von Projekten der Länder wird es schwierig, diesen Zuschuss tatsächlich zu bekommen. Wir werden die Fördermittel konzentrieren müssen.

Die Argumentation, die Sanierung des Kopfbahnhofs sei genauso teuer wie der Neubau von 55 km Tunnelstrecken im Stuttgarter Talkessel, habe ich vernommen – auch wenn ich ihr momentan nicht folgen kann. Aber ich bin sicher, dass die Berechnungen von Bund und Bahn plausibel sind, und die gehen von deutlich weniger Geld aus.

Meine Damen und Herren, der Ruhe im Saal entnehme ich, dass Sie gemerkt haben: Hier hat nicht der Abgeordnete Boris Palmer gesprochen.

(Abg. Jörg Döpper CDU: Der Oberbürgermeister!)

– Auch nicht der Oberbürgermeister von Tübingen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Der gibt ja auch das Mandat nicht auf!)

Vielmehr sind das, was ich Ihnen soeben vorgetragen habe, ausschließlich Aussagen des Bundesverkehrsministers Tiefensee vom 22. Oktober – über die Nachrichtenagentur AP –

(Abg. Ute Vogt SPD: Vom 2. November!)

und vom 2. November dieses Jahres.

Meine Damen und Herren, wenn ich in diesem Haus in der Vergangenheit gesagt habe, dieses Projekt beinhalte ein Risiko von 1,5 Milliarden €, haben Sie mich als Schwarzmalerei, als Cassandra, als was auch immer bezeichnet.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Ich bin gespannt, wie die SPD heute die Position des Bundesverkehrsministers bewertet – ich hoffe: positiv. Er hat nämlich recht, und zwar in jedem einzelnen Punkt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das haben wir doch schon beim letzten Mal gesagt!)

Er hat völlig recht: Uns fehlen 1,5 Milliarden €. Ich bin gespannt, wie die Landesregierung angesichts dessen, dass eine Lücke von 1,5 Milliarden € zu schließen ist, ihr Ziel der Nettonullverschuldung erreichen will. Ich warte auf Ihre Aussagen.

(Beifall bei den Grünen)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Krueger.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt wird es wieder sachlich!)

**Abg. Andrea Krueger** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Riesenchance auf Entlastung der Straßenfernverbindungen, eine leistungsfähige Schieneneinbindung in das transeuropäische Hochgeschwindigkeitsnetz, innerstädtische Erschließungsflächen in der Größenordnung von rund 80 ha, ohne Zersiedelung, ohne Landschaftsverbrauch: Das, meine Damen und Herren, ist Stuttgart 21.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Dies ist eine Jahrhundertchance, die wir uns nicht werden nehmen lassen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Schöne Träume! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Träume weiter!)

Und die Grünen gehen nicht mit. Lassen Sie doch allmählich Ihre Fundamentalopposition! Beteiligen Sie sich aktiv, damit Stuttgart 21 endlich realisiert werden kann.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr gut!)

Die Zeit der berühmten Schwäbischen Eisenbahn ist vorbei. Es geht nicht mehr nur allein darum, von Stuttgart über Ulm nach Meckenbeuren und Durlesbach zu fahren, so wichtig die Regionalverbindungen heute natürlich auch sind. Es geht um sehr viel mehr. Es geht darum, ob die Metropolregion Stuttgart, ob Baden-Württemberg im Fernverkehr der Bahn zulasten von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in den Verkehrsschatten abgedrängt werden oder ob unser Land in die Champions League der Verkehrsstandorte in Mitteleuropa aufsteigen kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie erinnern sich an den armen Geißbock am hinteren Wagenteil der Schwäbischen Eisenbahn.

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Stefan Mappus CDU: Das ist Palmer!)

Ihm jedenfalls gereichte die noch aus der Kutschenzeit stammende Güterbeförderung nicht zum Wohle.

Genauso wenig bekäme es den Menschen und der Wirtschaft in unserem Land, wollten wir heute, im 21. Jahrhundert, an einem Kopfbahnhof und einer Bahnstrecke festhalten, die aus dem 20. Jahrhundert stammen.

(Abg. Hans-Martin Haller SPD: 19. Jahrhundert!)

– 1927 ist für mich immer noch 20. Jahrhundert; der Bahnhof jedenfalls.

Die EU sieht die Umbaumaßnahmen am Kopfbahnhof in Stuttgart, die Anbindung des Landesflughafens, den Albaufstieg mit der Streckenführung nach Ulm völlig zu Recht als eine gemeinsame Einheit an.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Tiefensee nicht!)

(Andrea Krueger)

Der EU-Koordinator, Herr Balázs, weist ja gerade darauf hin, dass die großen Kopfbahnhöfe in Stuttgart, in München und in Wien die größten Zeitverluste für diese neue Strecke verursachen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Tiefensee sagt das Gegenteil! Jetzt hören Sie dem Mann zu! Er versteht etwas! – Gegenruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

– Offenbar wenig.

Wir wollen mit Stuttgart 21 die Erfolgsgeschichte dieses Landes als Land des Wohlstands und der Beschäftigung mit einem neuen Kapitel versehen. Alte Infrastruktur, lieber Herr Palmer, bringt uns dabei nicht voran.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir brauchen einen wirtschaftlich und ökologisch verträglichen, modernen Ausbau der Infrastruktur.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP, über den in der letzten Plenarsitzung abgestimmt wurde, hat gezeigt, dass in diesem Parlament eine breite Mehrheit bereit ist, in dieser Frage gemeinsam Verantwortung für unser Land zu übernehmen. Deshalb an dieser Stelle noch einmal herzlichen Dank an die Fraktion der SPD und die Fraktion der FDP/DVP.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: „Vernunft ist bei der Mehrheit nie gewesen!“ Schiller!)

Liebe Frau Vogt, nutzen Sie Ihren Einfluss, damit auch die Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium und SPD-Abgeordnete aus Esslingen, Frau Roth, sich für unser Anliegen einsetzt, um unser Anliegen wirbt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Denn wenn Bundesverkehrsminister Tiefensee in der „Bild“-Zeitung vom 2. November davon spricht, dass er „die Lok unter Dampf halten“ wolle, dann gebärdet er sich doch eher wie der Heizer auf der E-Lok.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Wir können über diese neuerliche Verzögerungstaktik nur rätseln. Soll unliebsame Konkurrenz für die Strecke Halle-Leipzig und für die Messe Leipzig kleingehalten werden?

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

Soll Partikularinteresse das Wohl und Wehe von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke bestimmen? Wenn Baden-Württemberg auch in der Zukunft Jahr für Jahr 3,5 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich einzahlen soll, dann ist es an der Zeit, dass auch der von Ihnen so viel gerühmte Herr Tiefensee endlich springt, Herr Palmer.

Stuttgart 21 und die Neubaustrecke sind keine baden-württembergische oder gar Stuttgarter Privatangelegenheit. Baden-Württemberg ist ein starker Motor, Wirtschaftskraft für die Bundesrepublik. Und bekanntlich sollte man die Kuh, die man melken will, nicht schlachten, sondern lieber gut füttern.

Nun meinen manche, Herr Tiefensee pokere, um das Land zu einem noch höheren Finanzierungsbeitrag zu veranlassen. Wir sind mit unseren Finanzierungszusagen aber bereits an der Schmerzgrenze.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das stimmt! Sehr gut!)

Wir wollen den Bund nicht aus seiner gesamtstaatlichen Verantwortung entlassen, die er schließlich auch für unser Land hat.

Dabei habe ich allerdings schon leise Zweifel, ob man dem Land einen Gefallen tut, wenn man darüber spekuliert, nicht vorhandene Privatisierungserlöse aus dem Verkauf von Anteilen an Messe und Flughafen in die Finanzierung einzubringen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Da sieht man, dass euch das Wasser bis zum Hals steht! – Zurufe von der FDP/DVP)

Zu meinem Bedauern, Herr Theurer, haben Sie die Verhandlungsposition der Landesregierung damit nicht wirklich verbessert.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das stimmt!)

Die Fragen der Finanzierung werden nun nochmals überprüft. Dann aber kann und muss der Bundesverkehrsminister im Frühjahr 2007 die in Aussicht gestellte EU-Förderung für die Einheit Stuttgart-Ulm unverzüglich beantragen.

Zum Schluss, lieber Kollege Boris Palmer, zu Ihrer Beruhigung: Das von Ihnen in der „Stuttgarter Zeitung“ vom 26. Oktober geforderte neunte und zehnte Gleis im Tiefbahnhof war von Anfang an mitgedacht

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das stimmt!)

und kann bei Bedarf nachgerüstet werden.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Für 150 Millionen!)

Abgesehen davon: Als frisch gewählter OB haben Sie natürlich längst erkannt, dass Stuttgart 21 auch für Tübingen massive Vorteile bringt,

(Zurufe von der CDU)

indem Wirtschaft und Universität näher an ihre Partner und auch an ihre Konkurrenten heranrücken und damit noch attraktiver und noch wettbewerbsfähiger werden.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Wir jedenfalls, lieber Herr Palmer, begrüßen es, dass wir bei der Zeitungslektüre feststellen konnten, dass auch Sie sich nun ganz allmählich und vorsichtig bei Stuttgart 21 vom Saulus zum Paulus wandeln.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Deshalb Glückwünsche zur Wahl und zum Sinneswandel.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

**Abg. Wolfgang Drexler SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst zu meiner geschätzten Vorednerin. Liebe Kollegin, wir sollten keinerlei Schuldzuweisungen im Vorfeld der Entscheidungen vornehmen. Frau Roth steht zu dem Projekt. Herr Tiefensee prüft jetzt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Sie muss sich bewegen, nicht nur stehen!)

Im Übrigen muss ich sagen: Wenn meine Information den Tatsachen entspricht, dann hat ja selbst der Herr Ministerpräsident zugestimmt, dass noch einmal vier Wochen lang geprüft werden soll. Herr Tiefensee war der Auffassung, man solle bis Januar prüfen. Ich finde das auch gar nicht schlimm. Wir sind von dem Projekt so überzeugt,

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Dass Argumente keine Rolle spielen!)

dass wir nichts gegen eine weitere Überprüfung durch Herrn Tiefensee haben. Wir sind sicher, dass es nach dieser Überprüfung im Januar realisiert werden kann, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir müssen da nicht herum-machen.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP)

Außerdem ist es doch überhaupt nicht schädlich, ein Projekt mit einem Volumen von 2,8 Milliarden € noch einmal vollständig zu überprüfen: den Grund und Boden oder ob die Tunnelbauten stimmen.

Es gibt auch keine Lücke von 1,5 Milliarden €. Diese Behauptung verstehe ich überhaupt nicht.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das sagt doch Tiefensee!)

– Nein! Diese vermeintliche Lücke ist geschlossen. Er überprüft, ob so, wie sie geschlossen wird, die Beträge realistisch sind. Das kann er meiner Auffassung nach überprüfen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Reden wir also nicht alles schlecht. Nach unserer Meinung geht es wirklich darum. Herr Späth und auch der jetzige Ministerpräsident haben das schon gesagt.

Lassen Sie auch das Thema Länderfinanzausgleich weg. Wer über den Länderfinanzausgleich vom Bund Geld für eine Maßnahme erwartet, ist schon auf einem schlechten Weg. Das ist kein gutes Argument. Denn dann sagt man: „Wir geben euch Geld, jetzt gebt mal Geld zurück.“ Wir gehen nicht davon aus, dass Geld zurückgegeben werden soll, sondern wir sind der Meinung, dass das Projekt so gut ist, dass es der Bund finanzieren muss, unabhängig davon, wie viel wir in den Finanzausgleich einzahlen. Das ist unsere Argumentation.

(Beifall bei der SPD)

Bringen Sie keine Nebenkriegsschauplätze mit hinein, denn das tut uns allen nicht gut.

Der Bundesverkehrsminister prüft jetzt. Im Übrigen finde ich das gar nicht schlecht; denn wenn er prüft und möglicherweise auf Dinge kommt, die noch nicht in die Finanzierung mit eingeflossen sind, dann erfahren wir das auch. Also die DB hat überprüft, das Land hat überprüft, und jetzt wird unser Ministerpräsident in der Arbeitsgruppe Oettinger

(Heiterkeit des Abg. Stefan Mappus CDU)

im Beisein von Beamten aus dem Bundesverkehrsministerium noch einmal überprüfen. Wenn im Januar die Überprüfung beendet ist, kann der Landtag darüber diskutieren, ob es noch eine Lücke gibt, die zu decken ist, wenn möglicherweise die 300 Millionen € von der EU nicht in dieser Höhe kommen – kann ja sein. Aber reden Sie nicht alles schlecht. Sie können in dieser Gesellschaft gar nichts mehr realisieren, wenn Sie alles nur noch schwarz in schwarz sehen, Herr Palmer.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ich habe gar nichts schwarzgemalt!)

Jetzt noch einmal zum Alternativprojekt, Herr Palmer. Heute haben Sie schon gar nichts mehr dazu gesagt, wie Sie denn an die Neubaustrecke in Wendlingen kommen wollen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das kommt noch! – Gegenruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU: Da sind wir gespannt!)

– Ja, ja. Sie machen da unterschiedliche Aussagen. Sie haben in der Zwischenzeit stark zurückgerudert. Eigentlich hatte ich gedacht, dass Sie den Antrag stellen, zwei neue Gleise zu bauen, und dann den Beschluss des Landtags für Stuttgart 21 beantragen werden. So habe ich das verstanden: Stuttgart 21 ist nicht mehr „des Teufels“.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Dann haben Sie gesagt, wir sollten gedanklich abrüsten.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ja!)

Wir haben nie aufgerüstet in dieser Sache.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ja natürlich!)

– Überhaupt nicht. Wir sind für das Projekt eingestanden. Aber Sie sagen selbst:

*Ich selbst habe mir die Zuspitzung deswegen geschaffen, weil ich mir Gehör schaffen musste.*

Das heißt, alle Übertreibungen, die Sie beim letzten Mal aufgelistet haben, haben Sie deswegen gemacht, damit Sie Gehör bekommen haben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Das ist keine gute Ausgangslage für einen Oberbürgermeister, sage ich.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Heiterkeit des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

(Wolfgang Drexler)

Es gibt zwei Alternativen. Da müssen Sie heute schon noch kommen, wenn Sie die Alternativen überhaupt noch reinbringen wollen. Die eine Alternative ist – da sind Sie bei 2,4 Milliarden € –: Kopfbahnhof lassen, zwei neue Gleise bis Esslingen–Mettingen in dicht bebautem Gebiet und dann in Mettingen über unsere Gemüesfelder und rein in den Berg und oben raus. Das ist die Vorstellung der Grünen.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Oder Sie lassen alles und fahren in dicht bebautem Gebiet bis Wendlingen, müssen zwei neue Gleise bis Plochingen legen und zwei neue Gleise von Plochingen bis Wendlingen – in dicht bebautem Gebiet! Herr Palmer, ich habe überhaupt nichts dagegen, dass grüne Umweltgruppen in der Frage Karlsruhe–Basel – oberirdische Trassenplanung bis Basel – überall Bürgerinitiativen unterstützen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das sind keine Grünen! Das sind alles Schwarze! Die Grünen sind die, die das nicht wollen!)

Ich sage Ihnen, für eine Untertunnelung habe ich Verständnis. Aber dort, wo wir untunneln wollen, um keinen Krach zu machen, sind Sie auch dagegen. Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP)

Also entweder – das versuchen wir dort auch – Untertunnelung so weit wie möglich, um Mensch und Natur zu schonen, dann machen wir es auch hier, oder wir machen es auch dort nicht.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Kein Grüner will das dort!)

– Kein Grüner will das?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die Grünen sind die Einzigen, die sich hinstellen und sagen: „Tunnel sind zu teuer!“ Tiefensee sagt, die Rechnung, die Sie machen, ist falsch!)

– Bisher sind wir es, die da geradestehen. Es ist doch klar, dass wir in einem so dicht besiedelten Gebiet wie hier Tunnel brauchen. Das ist doch logisch. Ich sage es noch einmal: Entweder Sie geben 2,4 Milliarden € für einen Kopfbahnhof mit einer schlechten Anbindung aus, oder Sie machen es noch schlechter und fahren auf den alten Gleisen bis Wendlingen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Tiefensee sagt, die Rechnung, die Sie machen, ist falsch!)

– Nein, das hat er nicht gesagt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ich lese es Ihnen vor!)

Er hat etwas zu der Frage gesagt, wann er die Sanierung des Kopfbahnhofs überhaupt finanzieren will. Ich habe Ihnen schon beim letzten Mal gesagt: Es gibt keine Finanzierungsvereinbarung über eine Sanierung des Kopfbahnhofs. Der Kopfbahnhof wird vielleicht 2025 stückchenweise modernisiert. Das heißt, wenn Baden-Württemberg 2025 mit einem modernisierten Kopfbahnhof in Stuttgart zurückver-

setzt wird, fahren alle über Hessen nach München und weiter nach Osten. Das wäre katastrophal.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Barer Unsinn!)

Ich werde Ihnen nachher nachweisen, dass fünf Aussagen, die Sie in der letzten Plenarsitzung getätigt haben, falsch waren.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Also noch einmal: Sie haben kein Konzept, wie Sie nach Wendlingen kommen wollen. Entweder geben Sie 2,4 Milliarden € aus, oder Sie fahren auf der alten Trasse mit weiteren Linien – und erzählen den Leuten, es ginge billiger. Das ist falsch. Das muss man hier einmal deutlich sagen.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Kommen Sie nach der Kehrtwende, die Sie gegenüber der „Stuttgarter Zeitung“ vollführt haben, zu uns rüber und machen Sie mit! Wenn Sie noch zwei Gleise wollen, dann beantragen Sie das. Dann überlegen wir uns, ob wir die 150 Millionen € noch drauflegen.

(Lachen des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Dann sind Sie ja wohl dabei.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Ja, Sie haben doch hier gesagt: Mit zwei weiteren Gleisen wären Sie dabei. Das haben Sie gesagt.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Der sagt doch jede Woche etwas anderes! Das wissen wir doch! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

– Doch, natürlich: „Wenn der neue Tiefbahnhof nicht nur mit acht, sondern mit zehn Gleisen gebaut würde und bei den Zulaufstrecken von Zuffenhausen her vier statt zwei Gleise verlegt würden, wäre das Vorhaben aus verkehrstechnischer Sicht sinnvoll.“

(Zurufe von der SPD: Also! – Vereinzelt Beifall – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber finanziell wäre es immer noch ein Unfug!)

Wenn Sie das machen wollen, Herr Palmer, verstehe ich auch, warum Sie Ihr Wahlversprechen gebrochen haben, Ihr Mandat zurückzugeben. Bleiben Sie bis April da, dann können Sie auch noch mitarbeiten.

Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort hat Herr Abg. Dr. Bullinger.

(Unruhe)

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Den Ausführungen der Kollegen – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Ich darf bitten, die Gespräche einzustellen.

(Anhaltende Unruhe)

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Wenn ich die Aufgeregtheit bei den Grünen sehe und nach dem, was der Kollege Drexler und die Kollegin Krueger ausführten, kann ich nur eines sagen: Wir liegen alle drei –

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE diskutiert lautstark mit Abg. Alfred Winkler SPD. – Unruhe)

– Entschuldigung, hat jetzt Herr Oelmayer das Wort, oder habe ich es? Es wäre nett, Herr Kollege, wenn Sie zuhören würden.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ich rege mich halt auf! Entschuldigung! – Heiterkeit)

– Wenn man in der gesamten Konzeption falsch liegt, braucht man sich nicht aufzuregen,

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Nein, wir liegen nicht falsch!)

sondern dann sollte man sich korrigieren. Das wäre viel sinnvoller, Herr Kollege.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD)

Meine Damen und Herren, bevor ich zu dem Antrag der Fraktion GRÜNE komme,

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Welchem Antrag?  
– Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

das heißt, zu einem Antrag, der hier zum x-ten Mal mit wenig Neuigkeiten eingebracht wurde – das Thema, das wir jetzt behandeln –, möchte ich Ihnen, Herr Kollege Palmer, ganz ehrlich und offen zu Ihrer Wahl zum Oberbürgermeister der Stadt Tübingen recht herzlich gratulieren. Ich wünsche Ihnen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt viel Erfolg.

Von Kurt Schumacher stammt die Aussage: „Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit.“ Übersetzt heißt das für Sie, Herr Palmer: Mit flotten Sprüchen und unrealistischen Forderungen, also mit dem Schwätzen, ist es vorbei. Jetzt heißt es arbeiten. Ich wünsche Ihnen dabei auf jeden Fall Erfolg.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU)

Meine Damen und Herren, die Aussagen meiner Vorredner möchte ich weder kommentieren noch wiederholen. Alle wesentlichen Dinge sind gesagt. Für mich ist wichtig – das stelle ich klar und deutlich fest –: Verkehrspolitik ist Standortpolitik. Ich lege auch Wert darauf, dass wir eine Entscheidung bekommen. Wir brauchen erstens endlich eine klare Aussage vonseiten des der SPD angehörenden Bundesverkehrsministers. Man muss ihn, wie ich glaube, mit all den Argumenten, die auch Sie, Herr Drexler, hier angeführt haben, überzeugen.

Zweitens brauchen wir vor allem eine Entscheidung für das gesamte Konzept Stuttgart 21, das heißt für die Hochge-

schwindigkeitsstrecke mit dem neuen Durchgangsbahnhof. Wir brauchen das für den Standort Baden-Württemberg – also für das ganze Land –, wir brauchen es für die Metropolregion Mittlerer Neckar und für die Landeshauptstadt. Davon profitiert auch der ÖPNV; über dieses Thema werden wir heute noch unter Tagesordnungspunkt 6 beraten.

Die Damen und Herren von den Grünen wollen eine Entscheidung gegen Stuttgart 21 – bei Herrn Palmer bröckelt diese Haltung ja, wie wir gerade gehört haben. Wir brauchen dazu eine ganz klare Aussage. Was Sie, meine Damen und Herren von den Grünen, wollen, ist rückwärtsgerichtet; es ist gegen die Interessen von Land, Region und Landeshauptstadt gerichtet.

Enttäuschend ist für mich allerdings auch,werte Frau Kollegin Vogt – und da bitte ich Sie und die Kollegin Roth aus dem Bundestag einfach, nicht lockerzulassen –, dass es uns nicht gelungen ist, Herrn Tiefensee früher von Leipzig „abzuholen“. Ich sage das so deutlich. Meine Damen und Herren, ich wünsche uns allen, dass es mit Ihrer Unterstützung gelingt, diese eindeutige Entscheidung möglichst schnell zu bekommen.

(Glocke des Präsidenten)

Ich fordere Sie auf, im Interesse des Landes –

(Glocke des Präsidenten)

– Ja, bitte?

**Präsident Peter Straub:** Herr Abg. Dr. Bullinger, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer?

(Zurufe: Nein!)

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Danach. Ich bin gleich fertig.

Ich fordere Sie auf, Frau Kollegin Vogt, im Interesse des Landes nicht lockerzulassen und vor allem in Berlin den Einfluss, den Sie vielleicht noch haben, geltend zu machen. Ansonsten würde Stuttgart – das ist auch gerade angesprochen worden – weiträumig über Frankfurt, Würzburg und München umfahren werden.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Würden Sie einfach einmal etwas zum Geld sagen!)

Schauen Sie sich das doch einmal an.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wozu, wenn Sie das Geld gar nicht gebrauchen können?)

– Herr Kollege Kretschmann, das ist schon klar und deutlich gesagt worden. Soll ich das wiederholen?

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ihr Kollege Theurer hat da doch jetzt neue Fässer aufgemacht!)

– Er hat keine neuen Fässer aufgemacht, sondern richtige Gedanken zur Diskussion gestellt, Herr Kollege.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ja wozu, wenn das Geld gar nicht gebraucht wird?)

Auch aus ökologischer Sicht, meine Damen und Herren, muss dieser Knoten „Messestandort, Flughafen Stuttgart



(Dr. Friedrich Bullinger)

und Durchgangsbahnhof“ zusammengeknüpft bleiben. Die Planungen dafür stehen. Wenn wir jetzt wieder neu anfangen müssten,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist ja das Problem!)

würden wir uns jahrzehntelang damit aufhalten. Herr Drexler hat gesagt, wir wären dann auch im Jahr 2025 noch nicht weiter. Im Jahr 2025 würden wir über Frankfurt, Würzburg und Ingolstadt nach München fahren. Da würden sich Bayern und Hessen freuen, und wir lägen im Schatten – in dem Schatten, in den Sie, Herr Palmer, das Land Baden-Württemberg dann gebracht hätten, wenn Sie hier über eine Mehrheit verfügten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich bin der Auffassung, wir müssen weiterhin möglichst schnell alle vernünftigen Kräfte bündeln, so, wie das auch in dem gemeinsamen Antrag zum Ausdruck gekommen war, um zu einer Entscheidung zu kommen. Und danach kann es nur noch heißen: Spatenstich!

Nun dürfen Sie Ihre Frage stellen, Herr Kollege Palmer.

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Herr Kollege Bullinger, können Sie uns bitte Auskunft darüber geben, ob die FDP/DVP-Landtagsfraktion die Auffassung des Kollegen Theurer teilt, wonach es notwendig ist, die Anteile des Landes am Flughafen und an der Messe zu verkaufen und damit etwa 700 Millionen € zu Erlösen

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Oder mehr!)

– oder mehr –, um die Finanzierungslücke, die er ja offenbar auf mindestens 700 Millionen € schätzt, zu schließen. Ist das die Auffassung der FDP/DVP-Fraktion?

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP:** Kollege Theurer hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es im Land nach wie vor dort, wo der Staat nicht unbedingt in aller Größe und in jedem Umfang beteiligt sein muss, Möglichkeiten in Richtung Privatisierung gibt.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Also brauchen wir das Geld?)

Er hat ja auch ganz klar gesagt, man müsse das Heft in der Hand behalten. Das heißt nicht, dass man in vollem Umfang, beispielsweise also sowohl bei der Messe als auch beim Flughafen, beteiligt bleiben muss. Das ist, glaube ich, auch der richtige Ansatz, über den man nachdenken muss. Es gilt, alles zu prüfen, was Sinn macht, und zu prüfen, wo sich der Staat sinnvollerweise zurückziehen kann und wo er beteiligt bleiben muss.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Innenminister Rech.

**Innenminister Heribert Rech:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch in der Presse wird ja

heute dieses Thema wieder hochgezogen. Aber Neues habe ich nicht gelesen, und Neues habe ich auch nicht von Ihnen, Herr Kollege Palmer, gehört. Das enttäuscht mich schon ein bisschen. Die Aktuelle Debatte wurde ja unter dem Titel „Neue Chancen“ angekündigt. Noch einmal meine Frage an Sie: Wo sind neue Alternativen und neue Gedanken?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ich hatte doch nur sechs Minuten Redezeit!)

Ich sehe allerdings mit einem gewissen Respekt, dass der OB-Kandidat Boris Palmer die neue Chance clever genutzt hat, um sein Profil zu schärfen. Jetzt ist er Oberbürgermeister von Tübingen – in Ordnung. Aber jetzt ist es auch gut so. Jetzt müsste man eigentlich nach vorne schauen, Herr Kollege Palmer,

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das tun wir ja! Wir schauen nach vorne!)

und nicht alten Wein in neuen Schläuchen präsentieren.

(Lachen bei der SPD und den Grünen)

Der Kopfbahnhof bleibt offensichtlich Ihr liebstes Kind, aber dieser Kopfbahnhof ist bei Lichte betrachtet eigentlich ein Sackbahnhof, eine Sackgasse. Und da kommen Sie auch nicht heraus, Herr Kollege Palmer.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Was sind denn die Konsequenzen, wenn man Ihre Überlegungen zu Ende denkt? Sie fordern den Bau der Neubaustrecke Wendlingen–Ulm, vorfinanziert durch das Land. Aber was geschähe, wenn dies so käme? Der Bund hat erklärtermaßen keinerlei Mittel zur Verfügung, jedenfalls keine Mittel, um vor dem Jahr 2017 die Neubaustrecke zu finanzieren und seinen sehr bescheidenen Anteil an Stuttgart 21 zu erbringen. Selbst wenn das Land bereit wäre – was wir allerdings nicht sind; das sage ich wiederholt und ganz deutlich –, die Neubaustrecke auch ohne Stuttgart 21 vorzufinanzieren, bliebe ja immer noch die Frage, wie denn die Anbindung der Neubaustrecke an den Hauptbahnhof finanziert werden sollte. Auch ohne Stuttgart 21 brauchen wir ja eine leistungsfähige Anbindung an die Neubaustrecke. Ich glaube, das zumindest müsste unstrittig sein.

Nach den Berechnungen der Deutschen Bahn AG würde diese Anbindung über 2 Milliarden €, nämlich 2,2 Milliarden €, kosten. Selbst wenn man die völlig unrealistischen Berechnungen des Verkehrsclubs Deutschland zugrunde legen würde, müsste der Bund immer noch ca. 400 Millionen € für diese Anbindung auf den Tisch legen – Geld, ich sage es noch einmal, das vor dem Jahr 2017 jedenfalls nicht da ist. Die Konsequenz wäre: Die Neubaustrecke wird bis Wendlingen gebaut – der Kollege Drexler, der sich in dieser Region noch besser auskennt, hat das sehr plastisch dargestellt, aber wir haben es ja alle schon hin und her diskutiert –, dann schwenkt der ICE von dort über die Neckartalbahn in Plochingen

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: 30 km!)

auf die schon heute überlastete Bestandsstrecke ein, und dann trödelte er gemächlich zwischen Nahverkehrszügen in

(Minister Heribert Rech)

Richtung Sackbahnhof Stuttgart. Die Fahrzeit für diese 60 km von Ulm nach Wendlingen beträgt dann 20 Minuten, und für die Reststrecke von Wendlingen bis Stuttgart würden dann nochmals 22 Minuten benötigt,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Korrekt!)

und das über Jahrzehnte hinweg. Das wäre doch ein Schildbürgerstreich ohnegleichen! Die Zeitersparnis für die gesamte Strecke würde dann maximal noch 12 Minuten betragen.

Meine Damen und Herren, meine Vorstellungen von einer verbesserten Einbindung des Neckarraums und Baden-Württembergs in das europäische Netz sehen anders aus. Herr Kollege Palmer, wem wollen Sie solche abstrusen Ideen eigentlich ernsthaft verkaufen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Den Grünen!)

Ich bitte alle, die für den Erhalt des Kopfbahnhofs eintreten, sehr herzlich, bei diesem Thema nicht nur den Kopf, sondern auch den Verstand mit ins Spiel zu bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Vereinzelt Heiterkeit)

Noch etwas muss völlig klar sein, meine Damen und Herren: Eine Vorfinanzierung der Neubaustrecke durch uns wird es nur geben, wenn auch der Flughafen und die Landesmesse über einen Durchgangsbahnhof angebunden werden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Frau Kollegin Krueger hat dies deutlich gesagt. Daran gibt es überhaupt nichts zu rütteln. Für halbe Sachen geben wir nicht Hunderte von Millionen Euro aus.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich verstehe auch nicht, warum sich der Bund beim Thema „Verknüpfung der Verkehrsträger“ so ziert. Ich verstehe das deshalb nicht, weil das Thema Intermodalität sowohl auf der Ebene der Europäischen Union als auch auf Bundesebene völlig unbestritten ist. Nur hier bei uns im hiesigen Raum sollen Land und Bahn die Anbindung an den Flughafen letztlich selbst finanzieren. Was für Leipzig gilt, muss auch für Stuttgart gelten. Ich sage das nachher noch einmal sehr deutlich.

Dennoch war das Spitzengespräch am 23. Oktober, wenn Sie so wollen, im schlechtesten Fall ein Zwischenstopp, im besten Fall ein doch deutlicher Schritt nach vorn. Auch wenn wir noch kein endgültiges Ergebnis erzielt haben: Wir sind weitergekommen. Der Bund hat die Wirtschaftlichkeitsrechnung noch einmal zur Überprüfung gestellt; das ist in Ordnung. Das hätte er aber natürlich auch einfacher haben können, denn schließlich war es ja seine eigene Entscheidung, zunächst einmal nicht an der Arbeitsgruppe Stuttgart 21 teilzunehmen. Jetzt ist er dazu bereit. Ich bin sicher, er wird sich von den in dieser Arbeitsgruppe zu findenden Lösungen überzeugen lassen.

Vor einer Überprüfung der Kosten für Bund und Bahn müssen wir überhaupt keine Angst haben. Im Gegenteil, ich stimme mit Ihnen, lieber Kollege Palmer, völlig überein – ich zitiere –: „Stuttgart 21 ist für den Bund ein Schnäppchen.“

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

So werden Sie in der „Stuttgarter Zeitung“ vom 21. Oktober 2006 zitiert. Dem habe ich nichts hinzuzufügen. So ist es. Deshalb habe ich keinen Zweifel daran, dass die Wirtschaftlichkeitsrechnung der Bahn letztlich auch den kritischen Augen des Bundes standhalten wird. Die Bahn hat doch überhaupt keine Veranlassung, in diesem Punkt irgend etwas schönzureden.

Die Planungen für Stuttgart 21 laufen weiter. Das ist der nächste positive Punkt aus diesem Gespräch. Der Bund hat diesen Weiterführungsplänen ausdrücklich zugestimmt. Auch dies ist ein positives Zeichen.

Letztlich wird es darauf ankommen, dass der Bund seine Verantwortung an dem Gesamtprojekt übernimmt. Es wäre verkehrspolitisch für das Land überhaupt nicht zu verantworten, lediglich die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm mit Baubeginn ab dem Jahr 2017 ins Auge zu fassen.

Ich wiederhole es: Es gibt keine vernünftige Alternative zu Stuttgart 21. Es gibt keine Alternative, die billiger wäre.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Doch!)

Will man eine Leistungssteigerung des Bahnhofs und eine funktionierende Anbindung an die Neubaustrecke, dann fallen bei Beibehaltung des Kopfbahnhofs, des Sackbahnhofs – man kann den ja nicht nur grün anstreichen; ich habe es schon einmal gesagt, Herr Palmer – in jedem Fall Investitionskosten von über 2 Milliarden € an. Davon wird sich auch der Bund überzeugen lassen.

Meine Damen und Herren, ich will zu dem, was heute gemutmaßt wird, noch zwei, drei Sätze sagen. Wenn in den „Stuttgarter Nachrichten“ getitelt wird, durch das Land sollten Baurisiken bis 800 Millionen € getragen werden, dann will ich dazu klar sagen: Der von der Deutschen Bahn AG in die Wirtschaftlichkeitsrechnung eingestellte Risikozuschlag ist eine gegriffene Zahl

(Abg. Ute Vogt SPD: Ja!)

und nicht durch konkrete Untersuchungen belegt. Nach Einschätzung eines Gutachters, den wir vom Land aus befragt haben, liegt das realistische Kostensteigerungsrisiko bei etwa 300 Millionen €.

Aber wichtiger ist die Frage: Wie gehen wir mit dem Kostenrisiko, das zweifellos – in welcher Größenordnung auch immer – vorhanden ist, um?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ja!)

Das ist zwischen den Beteiligten noch nicht abschließend geklärt. Es gibt da Modellrechnungen. Aber am allerwichtigsten ist für mich – das hat auch die Deutsche Bahn AG so akzeptiert –: Das Land hat als Bedingung für eine Beteiligung am Risiko die Einsetzung eines unabhängigen Projektsteuerers gefordert, der den Bauablauf kontrollieren und auf

(Minister Heribert Rech)

die Einhaltung des Kostenrahmens achten soll. Die Deutsche Bahn AG – ich sage es noch einmal – hat dies auch ausdrücklich zugesagt.

Meine Damen und Herren, ein Stichwort, das hier in der Debatte genannt wurde, war EU-Förderung. Ich will darauf mit zwei Sätzen eingehen: Die EU-Förderung muss kommen. Aber die EU ist nicht das Problem. Diesen Eindruck habe ich nach allen Gesprächen mit Professor Balázs: Die EU ist nicht das Problem. Der Bund darf Stuttgart 21 nicht diskriminieren, er darf das Land nicht diskriminieren.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wer regiert im Bund? – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die Grünen nicht!)

Eine Finanzierung, wie sie woanders problemlos möglich ist – also etwa bei der Anbindung des Flughafens Leipzig –, muss auch in Baden-Württemberg selbstverständlich sein. Baden-Württemberg ist der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Transfers und der Aufbau Ost sind notwendig; dazu stehen wir. Aber nach dem neuen Investitionsrahmenplan des Bundes sollen 80 % – 80 %! – der Schienenmittel in den Osten fließen. Wer Baden-Württemberg absägt, sägt an den wirtschaftlichen Grundlagen Deutschlands.

(Glocke des Präsidenten)

Das ist meine Aussage zu diesem Punkt.

Deswegen nochmals: Der Bund muss aktiv und finanziell mithelfen, dass die Magistrale Stuttgart–Flughafen–Ulm realisiert wird. Ich bin zuversichtlich, dass dies auch geschieht.

**Präsident Peter Straub:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Boris Palmer?

**Innenminister Heribert Rech:** Ja, natürlich.

**Präsident Peter Straub:** Bitte schön, Herr Abg. Palmer.

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Herr Minister, wenn der bisher in der Wirtschaftlichkeitsrechnung eingestellte Betrag von 250 Millionen € durch die EU nicht in dieser Höhe geleistet wird, wer übernimmt dann den Differenzbetrag zwischen der tatsächlich geleisteten Summe und den veranschlagten 250 Millionen €?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das muss man verhandeln! Das muss man verhandeln mit dem Bund und der DB!)

Zweite Frage: Wenn diese Wirtschaftlichkeitsrechnung, wie es jetzt in der Presse nachzulesen ist, mit einem Risiko von 1 Milliarde € versehen wird: Bis zu welchem Betrag hat die Landesregierung Zusagen gemacht, dieses Tunnelrisiko zu übernehmen, oder beabsichtigt sie, solche Zusagen zu machen?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wer kommt auf die 1 Milliarde? – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Und drittens: Wer hat die Zahlen an die Presse gegeben?)

**Innenminister Heribert Rech:** Herr Kollege Palmer, warum fragen Sie nicht, was geschehe, wenn das Risiko bei 5 Milliarden € liegt?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Weil die Bahn 1 Milliarde sagt, deswegen!)

All diese Fragen, die Sie jetzt angesprochen haben, werden in dem Arbeitskreis seriös aufgearbeitet, und dann wird man sich über die Verteilung der Risiken einigen, und zwar bis zum Frühjahr. Dann werden Sie eine klare Antwort auf diese Fragen erhalten.

Mit Spekulationen kann man natürlich auch Debatten bestreiten. Aber wenn ich in den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 23. Oktober 2006 lese „aus dem erweiterten Teilnehmerkreis“, muss ich dazu sagen: Da gab es einen Gesprächskreis. Einen erweiterten Teilnehmerkreis habe ich nicht gesehen. Am Rande dieser Sitzung ist irgendwo in den Wandelgängen Boris Palmer aufgetaucht und hat auch noch etwas dazu gesagt.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Nur: Das entbehrt natürlich einer seriösen Gesprächsgrundlage. Deswegen spekulieren wir hier nicht herum. Wir ermitteln die Risiken. Wir stellen dazu Alternativrechnungen vor. Im Frühjahr werden wir uns ganz konkret darauf verständigen, wie diese Risiken zu verteilen sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE)

Dann werden wir auch exakte Angaben haben, was den Umfang dieser anzunehmenden Risiken anbelangt. Ich habe Ihnen schon einmal gesagt: Wichtiger ist für mich, dass der Bund unsere Voraussetzung akzeptiert hat, dass wir einen Projektsteuerer einsetzen, der die Risiken minimiert. Bei seriöser Schätzung werden diese weit unter dem liegen, was bislang hier in der Spekulation ist.

Meine Damen und Herren, dieses Projekt hat für Baden-Württemberg, hat für die Bundesrepublik eine sehr große Bedeutung. Ich bin sehr zuversichtlich, dass die Fakten, die jetzt konkret auf dem Tisch liegen, dazu führen werden, dass dieses Projekt auch realisiert wird. Tragen wir unseren Teil dazu bei, dass wir jetzt die Chance ergreifen und nicht erst im Jahr 2017 oder überhaupt nicht. Jetzt haben wir eine Chance, die sich uns vielleicht nie mehr in dieser Form bieten wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, ich möchte Sie noch darauf hinweisen, dass heute im Plenarsaal einige Aufnahmen zur Ergänzung unseres Landtagsfilms gemacht werden.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ah ja!)

Deshalb ist die Kamera hier an dieser Stelle des Saals zugelassen.

Das Wort erteile ich nun Herrn Abg. Boris Palmer.

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich begrüße ausdrücklich, dass der Minister sehr sachliche Ausführungen gemacht hat,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Macht er doch immer!)

und möchte mich jetzt auf diese Ausführungen beziehen.

Herr Minister, offiziell steht nun fest: Das Land Baden-Württemberg, die Region und die Stadt sollen für Stuttgart 21 einen Finanzierungsanteil von 884 Millionen € erbringen, 250 Millionen € EU-Mittel sind unsicher, 340 Millionen € Mehrerlöse aus dem Bahnverkehr können nicht garantiert werden und sind daher auch unsicher, und die Vorfinanzierungszusage des Landes, die unter Erwin Teufel noch 1 Milliarde DM lautete, ist mittlerweile mit einem Umtauschkurs von 1 : 1 in 1 Milliarde € umgewandelt worden.

Das ergibt in der Summe 2,4 Milliarden € Mittel aus Baden-Württemberg für dieses Eisenbahnprojekt, das eine Bundesaufgabe darstellt. Das heißt, zusätzlich zum Länderfinanzausgleich schieben wir 2,4 Milliarden € aus Baden-Württemberg weg in andere Kassen. Das müssen Sie sich schon einmal klarmachen und uns erklären.

Wir haben es unterlassen, genau diese Summe – 2,4 Milliarden € – zur Finanzierung einer Landesaufgabe zu verwenden, nämlich für die Sanierung unserer Universitäten. Wäre es nicht besser, 2,4 Milliarden € aus unseren Kassen in die Sanierung unserer Universitäten zu investieren, statt eine Aufgabe zu übernehmen, für die allein der Bund zuständig ist?

(Beifall bei den Grünen)

Bei 2,4 Milliarden € Landesbelastung ist leider noch nicht Schluss. Es geht um 640 Millionen € Grundstückserlöse, die die Stadt Stuttgart übernimmt. Diese Grundstücke werden bisher nur von öffentlichen Unternehmen gekauft – Landesbank etc. –; das heißt, auch dieser Betrag kommt aus unseren Kassen.

Außerdem – und das ist neu; das liegt erst heute auf dem Tisch und ist, Herr Minister, erst am Montagabend bekannt geworden, und zwar durch ein Gespräch mit der Bahn in Frankfurt; auch Sie wissen das – liegt jetzt die Forderung, ein Risiko von 1 Milliarde € beim Tunnel abzufedern, auf dem Tisch.

Nun kann man sagen, es gebe ein Gutachten, nach dem das Risiko nur bei 300 Millionen € liege, Herr Minister. Ist das der gleiche Gutachter, der die Kunstschatze aus Baden begutachtet hat? Ich weiß es nicht. Aber ich kann Ihnen sagen, dass es Erfahrungswerte mit solchen Tunnelprojekten gibt. Ich nenne sie Ihnen: Ingolstadt–Nürnberg: beim Baubeginn 2,0 Milliarden €, bei Bauvollendung 3,6 Milliarden €, also 80 % Kostensteigerung; Frankfurt (Main)–Köln: beim Baubeginn 4,0 Milliarden €, bei Bauvollendung 6,0 Milliarden €, also 50 % Kostensteigerung; Berlin Hauptbahnhof trotz Abspeckung: beim Baubeginn 500 Millionen €, bei Bauvollendung 700 Millionen €, also 40 % Kostensteigerung; Lötschbergtunnel in der Schweiz – errichtet durch die erfahrensten Tunnelbauer der Welt –: 34 % Kostensteigerung von Baubeginn bis heute; Neue Alpentransversale in

der Schweiz: beim Baubeginn 16 Milliarden Franken, nach der aktuellen Kostenschätzung 24 Milliarden Franken.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Also absagen, oder wie?)

Engelbergtunnel: beim Baubeginn 800 Millionen DM, nach Realisierung 1,3 Milliarden DM, also 50 % Kostensteigerung. Weitere Kosten entstehen, weil dieser Tunnel nicht wasserdicht zu bekommen ist.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Diese Erfahrungswerte sollten Sie eines lehren: Wenn Sie hier Zusagen zur Risikoübernahme machen, wird das Land das alles bezahlen müssen. Es geht nicht um Schwarzmalerei. Die Erfahrungswerte bei Tunnelprojekten dieser Größenordnung und bei der Geologie, die wir hier vorfinden – mit Anhydrit, mit quellfähigem Material, mit wasserführenden Schichten im Gipskeuper –, sagen uns –

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Dann müssen Sie die Strecke Wendlingen–Ulm auch ablehnen! Da haben wir das Gleiche!)

– Entschuldigung, Herr Dr. Noll, diese Milliarde ist keine Schwarzmalerei, sondern diese Milliarde wird uns im Landeshaushalt voll durchschlagen!

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt verlange ich von Ihnen nur eines – was wir stattdessen machen sollten, sage ich Ihnen gleich –: Wenn Sie hier, wie vor drei Monaten geschehen, hinstehen und von den Volkshochschulen verlangen, auf einen Betrag von 1,1 Millionen € zu verzichten, wenn Sie bei den Aidshilfen und bei den Sozialinitiativen streichen –

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

und das alles mit dem Argument, Sie müssten den Haushalt sanieren;

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das stimmt doch alles gar nicht!)

das steht immer wieder in den Haushaltsentwürfen drin; mal sehen, wann es wieder kommt –

Sie tun das alles und sagen: Die Sozialinitiativen müssen mit Beträgen zwischen 50 000 und 100 000 € bluten, um unseren Landeshaushalt zu sanieren. Glauben Sie, dass Sie das durchstehen, wenn Sie gleichzeitig im Land erklären, dass Sie das Risiko übernehmen und Milliarden für eine Bundesaufgabe ausgeben? Die Haushaltssanierung in Baden-Württemberg wird an dem Tag beendet, an dem Sie für Stuttgart 21, für das Vergraben des Bahnhofs Milliardenzusagen machen.

(Beifall bei den Grünen)

Deswegen kann ich nur an Sie appellieren: Werden Sie schwäbisch! Werden Sie seriös! Gehen Sie endlich auf die Zahlen ein!

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Na, na, na! – Heiterkeit)

(Boris Palmer)

Diskutieren Sie sie nicht weg! Legen Sie die Zahlen auf den Tisch!

Mit Erlaubnis des Präsidenten noch eine kurze Bemerkung zu den Alternativen: Es ist von mir verlangt worden, diese Alternativen zu liefern. Eigentlich ist das Aufgabe der Bahn und der Regierung, aber seit zehn Jahren tun wir nichts anderes.

Was sind die Alternativen?

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Sie blockieren die ganze Zeit! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: 1,2 Milliarden!)

Eine Alternative wäre, den Kopfbahnhof zu sanieren und zwei zusätzliche Gleise nach Bad Cannstatt zu legen. Weitere neue Gleise sind nicht notwendig, Herr Kollege Drexler. Zwei zusätzliche Gleise nach Bad Cannstatt und die Sanierung des Kopfbahnhofs kosten 800 Millionen €. Dies ist flexibel umsetzbar. Es wird komplett vom Bund bezahlt.

(Abg. Wolfgang Drexler und Abg. Reinhold Gall SPD: Wann?)

– Sofort. – Es ist finanziert, weil es aus Erhaltungsmitteln kommt. Diese Mittel stehen abrufbar zur Verfügung.

(Zurufe von der SPD)

– Natürlich. Der Bund kann uns hier gar nicht alleine lassen. Der Verkehrsminister selbst sagt, diese Variante sei billiger als alle Stuttgart-21-Versionen.

Sie ist leistungsfähiger, weil der Integrale Taktfahrplan dann realisiert werden kann.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Sie hat in dieser Hinsicht verkehrstechnische Vorteile – mit einer Ausnahme: Beim Flughafen und bei der Messe wird es schlechter. Aber alles andere wird besser.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wie fahren Sie dann weiter?)

– Wie fahre ich dann weiter, Herr Kollege Drexler? Das will ich als Zwischenfrage betrachten.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bachmann?

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Sehr gerne.

**Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP:** Herr Kollege Palmer, Sie wollen die Gleise überirdisch im Bereich des Kopfbahnhofs lassen. Das bedeutet Flächenverbrauch. Sie wollen die Tunnel nicht bauen. Das bedeutet Flächenverbrauch. Sie wollen nicht einmal im Rheingraben Tunnel bauen. Das bedeutet wieder Flächenverbrauch, und es bedeutet Lärm. Überirdische Bahnstrecken verbrauchen Flächen und verursachen Lärm. Deswegen die Frage: Haben Sie gar kein Herz für die Umwelt?

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Herr Kollege Bachmann, die Landesregierung fordert vom Bund ungefähr 800 km neuen Straßenbaus. Sind Sie da auch wegen des Flächenverbrauchs dagegen? Ich bitte Sie!

Die Vorteile des Kopfbahnhofs, Herr Kollege Drexler: Wie wird es weitergeführt? Sechsgleisig bis Bad Cannstatt. Von dort gibt es zwei Varianten. Die sollen bitte schön endlich einmal vernünftig geprüft werden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die sind geprüft!)

– Nein, sind sie nicht.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Doch!)

– Nein, der Bundesverkehrsminister selbst – er gehört Ihrer Partei an – sagt, diese Varianten müssten endlich solide geprüft werden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie sind von der DB geprüft!)

– Nein, sind sie nicht, weil keine Zahlen vorliegen, die belastbar sind. Ich verlange, dass das endlich gemacht wird. Die eine Variante heißt Aufstieg Mettingen. Und dann streiten wir zwei uns um Gemüsefelder, wobei ich sagen muss: Davon verstehe ich mehr als Sie, Herr Kollege.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie wollen darüberfahren! – Glocke des Präsidenten)

Die andere Variante ist die: auf der vorhandenen Strecke ohne Abriss von Gebäuden. Dieser ist nicht notwendig.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Durch Esslingen durch!)

– Nein, viergleisig. Sie brauchen keine neuen Gleise. Es bleibt alles im Bestand durch Ausbau, durch neue Technik, durch Gegenverkehrsbetrieb der Gleise, durch zusätzliche Weichen – derzeit werden sie abgebaut; dann muss man sie wieder einbauen. Durch diese Investition – sie ist eben nicht gerechnet; die gibt es nicht einmal planerisch – kann man bis nach Wendlingen kommen. In der Tat, dann beträgt die Kantenfahrtzeit zwischen den beiden Knoten 45 Minuten, aber mit solidem Puffer. Das heißt, wir haben dann eine pünktlichere und eine finanzierbare Bahn, weil die Gesamtkosten dieser Maßnahme nicht über 1,5 Milliarden € liegen werden. Gegenüber dem Tunnelbaurisiko würden 2 bis 2,5 Milliarden € eingespart. Das ist meine Alternative, Herr Drexler.

Deshalb fordere ich nichts anderes als erstens: Zahlen auf den Tisch.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die sind da!)

Zweitens: Die Alternative Kopfbahnhof solide prüfen. Und drittens: Keine Alles-oder-nichts-Strategie.

Sie können nicht einerseits sagen, das Wohl des Landes hänge von der Neubaustrecke ab, und andererseits, wenn Ihr Lieblingsprojekt Stuttgart 21 nicht kommt, beleidigt sein und sagen: „Dann machen wir gar nichts.“ Werden Sie endlich verantwortlich im Umgang mit unserem Haushalt und dem Eisenbahnverkehr in Baden-Württemberg!

(Anhaltender Beifall bei den Grünen)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Krueger.

**Abg. Andrea Krueger** CDU: Vielen Dank, lieber Herr Kollege Drexler, dass Sie mir den Vortritt lassen.

Lieber Herr Palmer, verantwortliche Politik, auch verantwortliche Finanzpolitik

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

bedenkt selbstverständlich z. B. auch Fragen der Weiterbildung. Allerdings: Irgendwo muss das Geld, das Sie schließlich für die Weiterbildung verausgaben, ja auch erwirtschaftet werden. Dafür brauchen Sie einen kräftigen Wirtschaftsstandort. Dieser wiederum ist ohne entsprechende Verkehrsinfrastruktur nun einmal nicht möglich. Das war in der Vergangenheit schon so, und das wird sich im 21. Jahrhundert nicht ändern.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Es lohnt sich ja kaum, dass man bei dieser Debatte noch einmal ans Rednerpult tritt. Denn im Grunde ist das meiste schon gesagt. Neues ist nicht hinzugekommen. Das Ganze wird auch durch dauerhafte Wiederholung nicht besser.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Lesen Sie keine Zeitung?)

Dass Sie Regionalisierungsmittel nicht für die Universitäten einsetzen können: Wenn Sie das bisher nicht gelernt haben, wird Ihnen Ihre Stadt sicherlich die entsprechenden Kenntnisse über das Haushaltsrecht vermitteln.

(Zuruf des Abg. Karl-Wolfgang Jägel CDU)

Wir aber leben nicht mehr im Zeitalter des Galileo Galilei. Damals ging man noch davon aus, die Erde sei eine Scheibe. Sie sind schon noch im verkehrspolitischen Mittelalter. Wir aber sind im 21. Jahrhundert angekommen.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

Deshalb darf ich als Fazit der heutigen Diskussion schlicht festhalten: Die große Mehrheit dieses Hauses wird das Projekt Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Stuttgart–Ulm zum Wohl unseres Landes und seiner Bevölkerung weiter vorantreiben.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Ihnen wünsche ich nach wie vor viel Erfolg für Tübingen. Tübingen hätte es verdient.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Starke Argumente!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

**Abg. Wolfgang Drexler** SPD: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Palmer, die Zahlen liegen ja auf dem Tisch. Aber es ist ziemlich unredlich, dass Sie in der Öffentlichkeit wieder, wie bei Ihrer ganzen Argumentation, sagen, die 2,4 Milliarden € könnten wir doch für die Uni-

versitäten ausgeben. Dabei vergessen Sie, dass Sie ja 1,1 Milliarden € für Ihre eigene Variante, für den Kopfbahnhof brauchen. 360 Millionen € – das sind GVFG-Mittel, das sind Regionalisierungsmittel – kann man überhaupt nicht für Universitäten einsetzen.

(Beifall des Abg. Claus Schmiedel SPD – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Was soll das denn, dass Sie in der Öffentlichkeit einen solchen Spruch loslassen? Das geht nicht.

(Beifall des Abg. Reinhold Gall SPD – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

– Nein, das geht schlichtweg nicht. Diese Mittel können Sie dafür nicht einsetzen.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

– Nein, Sie haben von 2,4 Milliarden € gesprochen. Jetzt müssen Sie einfach einmal redlich bleiben.

Kommen wir einmal zu den Beträgen. Es gibt eine Untersuchung der Deutschen Bahn AG. Die ziehen Sie dann heran, wenn es um Risikomittel geht. Da ist die Deutsche Bahn AG mit der Angabe „1 Milliarde €“ für Sie am glaubwürdigsten. Aber wenn die Deutsche Bahn AG sagt: „Der Kopfbahnhof muss für 1,1 Milliarden € saniert werden; das ist der Betrag, den wir brauchen“, dann gilt diese Zahl jetzt plötzlich nicht, weil sie sich auf den Kopfbahnhof bezieht –

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Mappus sagt: 800 Millionen €!)

1,1 Milliarden €.

Außerdem sagt die Bahn: Wenn Sie in Mettingen die Gleise verlegen wollen, dann in den Berg hineinwollen und über meine Gemüsefelder

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Unsere!)

fahren wollen, kostet das 1,1 Milliarden €. Das sind zusammen 2,2 Milliarden €. Wenn Sie dann – das haben Sie bei der letzten Debatte über dieses Thema ja selbst zugegeben – den Flughafen und die Messe anschließen wollen, müssen Sie noch einmal 300 Millionen € dazulegen. Dann sind Sie bei 2,4 bis 2,5 Milliarden €. 2,8 Milliarden € für Stuttgart 21 sind ein bisschen mehr.

Aber ich sage Ihnen noch einmal – dazu haben Sie auch noch nichts gesagt –, dass der Kopfbahnhof nach der Betriebsplanung der Deutschen Bahn AG unwidersprochen 2015 voll ist.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE schüttelt den Kopf.)

– Da brauchen Sie nicht den Kopf zu schütteln. Es ist so.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Das hat das Verwaltungsgericht Mannheim festgestellt. 2015 ist der Kopfbahnhof voll. Das heißt, wir werden doch nicht 2,4 Milliarden € unter anderem für die Sanierung eines Kopfbahnhofs ausgeben, der 2015 voll ist.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE schüttelt den Kopf.)

(Wolfgang Drexler)

Wir bauen hier für 2,8 Milliarden € einen Bahnhof für die nächsten 100 Jahre. Deswegen sind wir für dieses Vorhaben.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP)

Da wird kein Geld vergraben. Das sind die Berechnungen der Deutschen Bahn AG.

Sie haben in der letzten Debatte im Übrigen auch noch einiges gesagt, was einfach nicht stimmt. Z. B. haben Sie behauptet, die – ich zitiere – „wunderbare ICE-Anbindung des Flughafens begrenzt sich auf einen einzigen ICE pro Stunde“.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Alle, die nicht 50 Minuten auf den nächsten ICE warten wollten, müssten weiterhin mit der S-Bahn bei einer Fahrzeit von 27 Minuten nach Stuttgart fahren. Das ist falsch.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Sie haben zwei zusätzliche Zugpaare Richtung Tübingen, zwei zusätzliche Zugpaare auf der Strecke Horb, Sie haben also stündlich vier zusätzliche Züge plus einen ICE, die in acht Minuten vom Flughafen nach Stuttgart fahren. Ihre Argumentation war wieder falsch. Es sind fünf Paare, und es ist nicht nur ein ICE.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

– Die anderen können doch gar nicht zum Flughafen fahren, wenn Sie die Strecke zum Flughafen nicht machen. Herr Palmer, vier, fünf zusätzliche Züge, und Sie erzählen hier und gegenüber der Presse, es sei nur ein Zug. Billiger kann es nicht mehr werden.

Wir haben vier Gleise von Zuffenhausen in den Hauptbahnhof. Sie sagen, in Zukunft seien es nur noch zwei. Das ist falsch. Es sind weiterhin vier, zwei für die S-Bahn und zwei für den Fernverkehr. Es ändert sich nichts, Herr Palmer. Sie erzählen falsche Geschichten, selbst im Plenarsaal.

(Beifall bei der SPD und der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die S-Bahn fährt nicht in den Hauptbahnhof!)

Sie sagen – ich zitiere wieder –: „Durch diesen angeblich so tollen Durchgangsbahnhof wird die Durchfahrt nicht schneller als beim Kopfbahnhof. Sie müssen Tempo 30 fahren, weil der Talkessel zu schmal ist.“ Das ist falsch. Sie fahren mit 30 Kilometer pro Stunde in den Kopfbahnhof rein, weil am Gleisende ein Rammbock steht. Aber bei der neuen Signaltechnik fahren Sie mit 80 bis 100 Kilometer pro Stunde durch den Durchgangsbahnhof – Quelle: Planungsunterlagen der DB. Das kann man nachlesen.

Sie sollten dies nicht so sagen. Das ist die dritte falsche Aussage, die Sie das letzte Mal gemacht haben.

Sie haben behauptet, die Gleise könnten im Durchgangsbahnhof nicht unabhängig voneinander betrieben werden. Das ist falsch. Die moderne Signaltechnik lässt das zu und

ermöglicht auch das gleichzeitige Ein- und Ausfahren. Auch dies haben wir nachgeprüft, und es ist bestätigt worden. Sie halten weiterhin an Ihrer Behauptung fest.

Außerdem haben Sie beim letzten Mal behauptet, es gebe keine Ausweichmöglichkeiten, falls der S-Bahn-Tunnel blockiert sei, der S-Bahn-Betrieb würde stundenlang stillstehen, wenn im S-Bahn-Tunnel etwas passiere. Das ist falsch. Durch die Überleitverbindungen können im Störfall S-Bahnen in den neuen Hauptbahnhof eingeleitet werden.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

– Nein, das ist nicht der Fall. Richtung Flughafen, Richtung Böblingen, auch in Richtung Esslingen können Sie das machen und bei der neuen Station Mittnachtstraße enden und wenden lassen. Das ist kein Problem. Sie laufen draußen herum und erzählen dies. Alles, was Sie hier erklären, ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Klaus Tappeser CDU)

Ich sage Ihnen dies hier. So kann man bei kleinen Sachen vorgehen, aber ich halte es für unredlich, dies bei einem solchen Projekt zu machen.

Ich sage es noch einmal: 2,4 Milliarden € bei Ihrer Variante, 2,8 Milliarden € bei unserer. Wir sind der Meinung, dass wir dann einen Bahnhof für die Zukunft und nicht ein Ende im Jahr 2015 haben. Das haben Sie im Übrigen bei der letzten Debatte auf meine Zwischenfrage hin teilweise zugegeben.

Deswegen ist es ein kleiner Unterschied. Wenn Sie eine neue Sachlichkeit wollen, müssten Sie auf den kleinen Unterschied eingehen. Wir wollen die 400 Millionen € mehr gegenüber Ihrer Variante für einen Zukunftsbahnhof ausgeben, Sie wollen einen solchen Bahnhof nicht. Wir fahren später auch nicht über Gemüsefelder, sondern unterirdisch. Das ist umweltfreundlicher, bringt für die Bürger keinen Lärm und ist ein Zukunftsprojekt. Wir werden nicht abgehängt. Kommen Sie herüber, machen Sie mit!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

**Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Krueger hat gesagt, man wisse schon gar nicht mehr, ob man noch einmal ans Pult solle, denn die Fakten seien klar dargelegt worden. Deswegen ist meine Frage: Wozu dient diese Debatte? Warum haben Sie sie beantragt?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: 1 Milliarde €!)

Glauben Sie, hier andere Mehrheiten erzielen zu können – angesichts all dessen, was gründlich vorberaten worden ist? Allen Ernstes kann dies wohl nicht sein.

Kollege Palmer, Sie haben in aller Offenheit bekannt, dass Sie das Thema Stuttgart 21 – ich würde sagen: populistisch

(Dr. Ulrich Noll)

– zugespitzt haben, weil es Ihnen auch im OB-Wahlkampf genützt hat. Das wäre jetzt eigentlich abzuhaken. Das brauchen Sie jetzt nicht mehr, nachdem Sie Ihr Ziel erreicht haben.

Sie wollen Ihr ursprünglich gegebenes Versprechen, Ihr Mandat gleich nach dem Amtsantritt aufzugeben, mit der Begründung noch nicht einlösen, Sie wollten hier im Landtag Stuttgart 21 noch mitbetreuen. Das ist eine tolle Begründung, warum man die Einlösung eines Versprechens verschiebt.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Was könnte ein weiteres Ziel sein? Vielleicht der Deal, der Ihnen möglicherweise dabei behilflich war, in Tübingen erfolgreich zu sein, der Deal, dass man in Stuttgart das Thema am Kochen hält – sprich angebliche Absprache, bei bestimmten Erhöhungen, was die Kosten betrifft, die Bürger zu befragen. Es ist möglicherweise wiederum ein Ziel von Ihnen, sich ein Thema, von dem Sie wissen, dass Sie sachlich so etwas von falsch und daneben liegen, aus populistischen Gründen und aus Profilierungsgründen offenzuhalten.

Was wäre möglicherweise das nächste Ziel? Sie nehmen billigend in Kauf – das wundert mich jetzt nicht –, dass bei Ihrer Alternativlösung – zu der komme ich später noch einmal – die Messe in das Konzept Stuttgart 21 eben nicht eingebunden wäre. Ich verstehe, Herr Kollege Kretschmann, dass Ihnen an einem Scheitern oder zumindest an einem nicht so guten Gelingen dieser Messe gelegen sein mag. Aber ich halte es nicht für verantwortungsvolle Landespolitik, wenn wir eine einmalige Standortgunst dieses Projektes Messe haben, die nun einmal gebaut wird und da sein wird und bei dem man auch nach vorne blicken muss, und Sie dann versuchen, diese Chance durch Ihre Alternativplanungen kaputt zu machen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Was soll jetzt diese Unterstellung?)

– Das ist doch keine Unterstellung. Es ist doch Fakt, dass wir bei unserem Konzept diesen Mehrwert bekommen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Jetzt das Nächste. Lieber Kollege Kretschmann, ich lasse Sie hier nicht aus der Verantwortung. Sie machen sich nämlich hier einen schlanken Fuß bei all dem, was Herr Palmer sagt.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Paul Neth CDU)

Herr Kollege Drexler hat das klipp und klar gesagt. Wir beide, Sie und ich, kommen aus dem Kreis Esslingen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Sie wohnen zwar ein bisschen weiter weg, aber Sie sind hoffentlich genauso nah an den Bürgerinnen und Bürgern dran.

(Oh-Rufe von den Grünen)

Wenn Sie gelesen haben, dass im Gemeinderat der Stadt Wendlingen die Pläne der Grünen schon als „Tod der Stadt Wendlingen“ befürchtet werden und man wirklich gesagt hat,

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

wir müssten massiv gegen diese Alternativplanungen vorgehen, dann kann Sie das als Abgeordneten aus dem Kreis Esslingen und als verantwortlichen Fraktionsvorsitzenden meiner Meinung nach nicht unbeeindruckt lassen.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Das ist genau das, was vorhin gesagt wurde: Sind Ihnen die Menschen im Ballungsraum Esslingen, z. B. in Mettingen, im Grunde genommen wurst?

(Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Und das bei all den vorgelegten, wirklich schwierigen Finanzierungsfragen!

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sie haben schon die Oberaichener mit Ihren Tunnellösungen eingeseift! – Gegenruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Bitte keine Wahlkreisdiskussion!)

Wenn Sie x-mal wieder darüber reden, dass das nicht stimmt, dass Ihre Alternative angeblich so viel billiger wäre, dann glauben Sie doch wenigstens einmal: Nicht wir haben das gesagt, sondern die DB sagt, dass der Anteil des Bundes bei der Sanierung des Kopfbahnhofs und bei diesen zusätzlichen Anschlussnotwendigkeiten auf jeden Fall höher liegen wird.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ja! Warum wollen Sie dann unser Geld verausgaben? Das ist doch Sache des Bundes!)

Was kann dann noch Ihr Ziel sein? Sie gefährden doch im Grunde genommen die Position des Landes Baden-Württemberg in diesem Poker, in dem es natürlich auch um Geld geht, indem Sie ständig versuchen,

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Geld spielt bei Ihnen ja nie eine Rolle!)

die angeblich unbezahlbaren Mehrkosten zu thematisieren. Da, wo es Ihnen passt, thematisieren Sie das. Bei der Albuquerquerung thematisieren Sie das seltsamerweise nicht.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das wird teuer genug!)

Jetzt zum Thema Finanzierung, nachdem die Kollegin Krueger da auch ein bisschen kritisch nachgefragt hat.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident! – Glocke des Präsidenten)

Ich bin in der Tat der Meinung, dass es von Verantwortungsbewusstsein und verantwortungsbewusster Finanzpolitik zeugt, uns in Bezug auf Risiken, die nicht neu aufge-



(Dr. Ulrich Noll)

kommen sind, sondern die wir erkennbar im Interesse der Stärkung des Standorts von ganz Baden-Württemberg – das ist nämlich ein Projekt Baden-Württemberg 21 – auch auf uns nehmen wollen, zu überlegen: Diese Summen werden wir nicht auf einen Schlag, mit einem Batzen – wie Sie immer zu vermitteln versuchen –, sondern über Jahre gestreckt finanzieren müssen.

Dann ist es doch sinnvoll, parallel dazu – völlig unabhängig davon – Überlegungen anzustellen, wo wir möglicherweise das, was wir ordnungspolitisch immer für sinnvoll halten, wenn wir an einer Stelle neue Infrastrukturen finanzieren müssen, hinterfragen: Sind Strukturen, die wir bislang im Wesentlichen als Staat finanziert haben, nun möglicherweise so weit, dass man sie zumindest in Teilen in private Hände geben kann?

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Das ist doch völlig legitim und schwächt keine Position, sondern stärkt unsere Position,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

weil wir den Bürgerinnen und Bürgern wirklich sagen können, dass wir eine seriöse Finanzierung auf Dauer, auf einen Zeitraum gestreckt anbieten können.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Herr Abgeordneter – –

**Abg. Dr. Ulrich Noll** FDP/DVP: Nein, ich lasse jetzt keine Zwischenfrage zu.

(Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Letzte Bemerkung zu diesen populistischen Ausspielerien z. B. gegen Sozialprojekte. Zunächst einmal liegen Sie damit völlig falsch. Genau das werden wir dieses Mal nicht machen, dass wir wieder bei den Aidshilfen und bei allen möglichen Kleingruppen Gelder einsammeln, sondern wir haben uns getraut, wirklich an die großen Brocken heranzugehen, die nachhaltig zur Sanierung des Haushalts beitragen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: An die Volkshochschulen!)

Es wird keine soziale Einrichtung darunter leiden.

Im Übrigen gilt das, was Frau Krueger gesagt hat: Man kann nur das verteilen, was zunächst einmal erwirtschaftet worden ist. Das Projekt Stuttgart 21 bzw. Baden-Württemberg 21 kann ein zentrales Projekt im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sein, damit wir die wirtschaftliche Basis, die uns zum Beispiel in der Forschungspolitik und bei den Universitäten, wo wir erfolgreich sind, so stark macht, weiterführen können.

Dieses Thema ist viel zu schade dafür, als dass Sie es an den Punkten, die ich genannt habe – Profilierung; Sie haben das ja selbst gesagt: sich Gehör verschaffen –, am Kochen halten, damit Sie in den Schlagzeilen sind. Dafür ist das wahrhaftig zu schade. Deswegen halte ich diese Debatte im Grunde genommen für überflüssig.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Soll er in den Keller gehen und dort seine Weisheiten verkünden?)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aktuelle Debatte unter Punkt 1 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Umsetzung der Lissabon-Strategie durch das Land – Drucksache 14/212**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten, und für das Schlusswort fünf Minuten.

In der Aussprache erteile ich Herrn Abg. Theurer das Wort.

**Abg. Michael Theurer** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst an dieser Stelle, sicherlich in Ihrer aller Namen, unserem Parlamentspräsidenten zu seiner Wahl zum Vorsitzenden der Konferenz der Präsidenten der regionalen gesetzgebenden Versammlungen in der Europäischen Union recht herzlich gratulieren. Das zeigt, Sie sind ein ausgewiesener Europäer. Herr Präsident Straub, herzlichen Glückwunsch und alles Gute für dieses Amt!

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU sowie Abgeordneten der SPD)

Ich bedanke mich bei der Landesregierung von Baden-Württemberg für die hervorragende Beantwortung der Großen Anfrage der FDP/DVP-Landtagsfraktion zur Lissabon-Strategie. Wir haben diese Anfrage gestellt, weil wir die Lissabon-Strategie für die zentral wichtige Strategie zur Entwicklung Europas halten.

Vor sechs Jahren haben die Staats- und Regierungschefs in Lissabon das Ziel ausgerufen, dass Europa bis zum Jahr 2010 der wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Wirtschaftsraum der Welt werden soll. Dieses Ziel ist richtig. Denn wir spüren auch in Deutschland, dass wir nicht auf den Wohlstand abonniert sind. Wir merken es an den Zahlen, dass sich andere Wirtschaftsräume der Welt dynamischer entwickeln. Leider mussten auch die Staats- und Regierungschefs in Europa im Jahr 2005, als die Lissabon-Strategie erneuert wurde, feststellen, dass wir das Ziel nicht erreicht haben, dass die USA und die dynamischen Wirtschaftsnationen in Asien sich schneller, wachstumsstärker entwickeln als Europa. Das liegt vor allem auch daran, dass die stärkste, die größte Volkswirtschaft in Europa, nämlich die deutsche Volkswirtschaft, nicht mehr die Lokomotive in Europa ist, sondern leider Schlusslicht und im Bremserhäuschen ist.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Miesepeter!)

Dass es bei uns nicht ganz so gut läuft, dass wir in Deutschland nicht vorne dran sind mit den Wachstumszahlen, das ist das Problem. Wenn man die Lissabon-Strategie ernst nimmt, dann muss man sich auch in diesem Landesparlament den Tatsachen stellen, dass sich diejenigen Län-

(Michael Theurer)

der auf der Welt besser entwickeln, die eine liberalere Wirtschaftspolitik betreiben als die Bundesrepublik Deutschland, als das Parlament in Berlin, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Niedrige Steuersätze, Bürokratieabbau, ein liberales Gesundheits- und Sozialsystem, das die Wirtschaft und die Bürger nicht so stark belastet, sind die Grundvoraussetzung dafür, dass sich Volkswirtschaften dynamisch entwickeln können.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Was soll die Debatte, wenn man sie so führt?)

In Europa hat es z. B. ein Land wie Irland geschafft – das muss man sich vor Augen halten; das war vor 25 Jahren ein armes Land; ich habe es besichtigt –, höhere Pro-Kopf-Einkommen zu erzielen als wir im Durchschnitt in der Bundesrepublik Deutschland. Man sieht, man kann es schaffen in Europa.

(Zuruf von der SPD)

Aber man sieht auch: Wir dürfen uns nicht auf der Vergangenheit ausruhen, sondern wir müssen alles tun, um nach vorne zu kommen. Deshalb ist die Lissabon-Strategie als leitender Gedanke auch für die Landespolitik so wichtig.

Man braucht nur die fünf Wirtschaftsweisen zu hören, die der Bundesregierung kein gutes Zeugnis ausstellen. Sie sagen, die Gesundheitsreform sei unzulänglich und der Gesundheitsfonds eine „Missgeburt“. Sie sagen, die Finanzpolitik des Bundes habe eine durchwachsene Bilanz.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Die meisten Länder sind auch nicht besser. Deshalb ist es wichtig, dass wir jedenfalls das Ziel der Nettonullverschuldung anstreben und auch erreichen.

Schließlich zur Steuerpolitik: Der Rat der Wirtschaftsweisen spricht von einem bemerkenswerten Maß an systematischer Orientierungslosigkeit der Bundesregierung. Besser kann man es nicht ausdrücken, meine Damen und Herren. Deshalb ist es ganz klar: Wir brauchen auf Bundesebene eine andere Wirtschaftspolitik, eine andere Steuer- und Finanzpolitik, weil sich sonst auch die Wirtschaft in Baden-Württemberg nicht dynamischer entwickeln kann.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Wirtschaft brummt! Was redet der für einen Käse!)

– Sie dürfen sich auf dem Wirtschaftswachstum, das wir in diesem Jahr glücklicherweise wieder haben, das sich aber dem heute veröffentlichten Konjunkturindikator der FAZ zufolge schon wieder abschwächt –

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

und wer weiß, was die Steuererhöhungen zum 1. Januar 2007 bringen werden –, nicht ausruhen. Denn dieses Wirtschaftswachstum wird getragen durch Konjunkturimpulse der Weltwirtschaft, meine Damen und Herren. Deshalb plädieren wir dafür, im Land Baden-Württemberg die erfolg-

reiche Wirtschafts- und Forschungspolitik fortzusetzen, die im Sinne und im Geiste der Lissabon-Strategie gefahren wird.

Wir müssen alles dafür tun, die Unternehmensnachfolge zu erleichtern. Wenn es so wäre, dass ein Jungunternehmer mehr verdiente, geringere Risiken hätte und weniger arbeiten müsste als jemand im öffentlichen Dienst oder als ein Angestellter, dann würden doch Leute Schlange stehen, um Handwerksbetriebe und Wirtschaftsbetriebe zu übernehmen. Aber genau das Gegenteil ist der Fall. 40 000 Betriebe in Baden-Württemberg suchen eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger. Wenn eine Übernahme so attraktiv wäre, dann würden die jungen Leute doch Schlange stehen. Das tun sie aber nicht.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Deshalb ist es gut und richtig, dass unser Wirtschaftsminister Ernst Pfister ein besonderes Programm aufgelegt hat, um die Unternehmensnachfolge zu fördern.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das ist ganz im Sinne der Lissabon-Strategie, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Unsere Betriebe müssen internationaler und auch europabewusster werden. Wir müssen diesen Binnenmarkt als Inland begreifen und uns besser aufstellen.

Aus der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP geht hervor, dass das Land auch hier genau an der richtigen Stelle angepackt hat: Wissenstransfer von den Universitäten in die Unternehmen hinein. Das muss noch verstärkt werden, meine Damen und Herren. Ich denke, man muss auch hier im Hause darüber nachdenken, ob im Zuge der neuen EU-Förderperiode nicht auch die Mittel des Wirtschaftsministeriums mittelfristig aufgestockt werden könnten, um die wichtigen Themen der Unternehmensnachfolge und des Wissenstransfers noch stärker zu betonen.

Das Breitbandkabelnetz muss in die ländlichen Räume transportiert werden, meine Damen und Herren. Das ist eine ganz entscheidende Frage. Denn wenn wir uns anschauen, woher das Wirtschaftswachstum kommt, stellen wir fest: Arbeitsplätze entstehen im Dienstleistungsbereich, während sie in Baden-Württemberg in der Produktion nach wie vor leider abgebaut werden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: In diesem Bereich hätten Sie genügend Hausaufgaben zu machen!)

Wir brauchen einen Ausbau der Informations- und Kommunikationstechnologien.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nur zu! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wer regiert denn hier?)

Wir brauchen hierbei auch – das ist das Leitbild – die modernste und die schlankste und effizienteste Verwaltung Europas. Dieses Leitbild möchten wir gerne ausrufen.

(Michael Theurer)

Dabei möchte ich es in dieser Eingangsbemerkung bewenden lassen.

Vielen Dank an die Landesregierung für die Beantwortung dieser Anfrage. Wir wollen damit ein Zeichen setzen, dass die Lissabon-Strategie für die FDP Baden-Württembergs der leitende Gedanke ist, den wir hier in der Landespolitik auch umsetzen wollen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das ist bei der Rede aber nicht deutlich geworden!)

Wir haben große Erfolge in der Wirtschafts- und Forschungspolitik des Landes Baden-Württemberg. Aber es gibt noch viele Aufgaben zu erledigen. Lassen Sie uns in diesem Haus die Schwerpunkte so setzen, dass wir der stärkste und dynamischste Wirtschaftsraum in Deutschland sind, um für Europa wieder die Lokomotivfunktion zu übernehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Christopher Palmer CDU)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Blenke.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Jetzt bin ich mal gespannt, ob wenigstens der etwas zu Europa sagt!)

**Abg. Thomas Blenke** CDU: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die ausführliche und sehr kompetente Beantwortung der Großen Anfrage der Fraktion der FDP/DVP zeigt, welchen hohen Stellenwert die Europapolitik auch in der Landesregierung hat. Dafür möchte ich Herrn Minister Stächele und seinen Mitarbeitern sehr herzlich danken.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Michael Theurer FDP/DVP – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Es zeigt sich, dass das Land Baden-Württemberg auch in dieser Legislaturperiode europapolitisch gut positioniert ist. Die Entwicklung der Lissabon-Strategie, über die wir heute reden, ist ein Beispiel, an dem man gut sehen kann, wie wichtig es ist, dass Europapolitik richtig gemacht wird, damit sie auch erfolgreich ist. Die EU – das hat der Kollege Theurer bereits ausgeführt – soll bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt werden – so das Lissabon-Ziel. Dagegen kann ein Europäer nichts einzuwenden haben.

Die Strategie hat in den ersten Jahren jedoch nicht zu den gewünschten Erfolgen geführt. Man könnte es schwäbisch ausdrücken: Bei Lissabon hat man sich vielleicht ein bisschen verlupft. Der Zwischenbericht des früheren niederländischen Ministerpräsidenten Wim Kok zeigt deutlich, dass Europa sich auf weniger, aber erreichbare Ziele konzentrieren muss. Zuerst hat man an den Zielen noch festgehalten, jetzt aber einen Neustart gewagt.

Die Mitgliedsstaaten haben durch Vorlage ihrer nationalen Reformprogramme nun eine neue, zusätzliche Verantwortung übernommen. Dieser Neustart lässt hoffen, dass man in Brüssel erkannt hat, dass es der EU insgesamt gesehen besser geht, wenn sie nicht versucht, allen Mitgliedsländern

dasselbe Muster aufzuerlegen, sondern wenn sie den nationalen und den regionalen Stärken wieder mehr Gewicht verleiht.

(Beifall bei der CDU)

Europa muss Vielfalt bestehen lassen; Europa ist dann stark, wenn es sich auf seine Kernaufgaben beschränkt.

Ein Beispiel hierfür: Wenn in Baden-Württemberg ein Wasserschutzgebiet ausgewiesen wird, macht das das Landratsamt. Genauso ist es bei der Ausweisung eines Landschaftsschutzgebiets; auch das macht das Landratsamt. Wird aber ein Vogelschutzgebiet ausgewiesen, dann macht das nicht das Landratsamt oder das Regierungspräsidium, nicht ein Ministerium des Landes und auch nicht ein Ministerium des Bundes, sondern parzellenscharf für alle 25 Mitgliedsstaaten die Europäische Kommission. So stellen wir uns Subsidiarität nicht vor, und so wird Europa die Menschen nicht mitnehmen und auch keine Akzeptanz finden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir begrüßen daher, dass die EU-Kommission seit September die Mitgliedsstaaten auf freiwilliger Basis in ein Subsidiaritäts-Frühwarnsystem –

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Was heißt das?)

das ist ein etwas komplizierter Ausdruck – einbezieht. In Deutschland sind die Länder und sind wir in Baden-Württemberg davon in erheblichem Maße betroffen. Wir begrüßen es, Herr Minister Stächele, dass die Landesregierung sich hier auch intensiv einschaltet.

Mit dem im Landtag neu eingerichteten Europaausschuss sind wir auf der parlamentarischen Ebene gewillt und dafür gewappnet, die europäische Arbeit im Interesse des Landes Baden-Württemberg konstruktiv, aber auch kritisch zu begleiten. So werden wir hier in diesem Hohen Haus bereits morgen über eine von der EU-Kommission geplante Bodenschutzrichtlinie beraten. Wir haben dabei auf Vorschlag der Fraktion der CDU im Europaausschuss und im Umweltausschuss schon deutlich gemacht, dass Baden-Württemberg den Schutz der Böden bereits heute und ohne Hilfe aus Brüssel ernst nimmt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Aber Europa besteht eben nicht nur aus Baden-Württemberg!)

Gerade wir haben ein Interesse daran, dass die EU die Ziele von Lissabon erreicht. Wir halten an diesen Zielen fest. Dabei haben wir in Baden-Württemberg einige dieser Ziele ja bereits erreicht. Ich nenne den Bereich Bildung und Forschung, zu dem Kollege Dr. Palmer nachher noch Ausführungen machen wird.

Meine Damen und Herren, wir wollen einen Erfolg Europas. Europa wird die Ziele der Lissabon-Strategie dann am besten erreichen, wenn es den Bürgern und der Wirtschaft möglichst viel Freiheit und Gestaltungsspielraum lässt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofelich.

**Abg. Peter Hofelich SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident, werde Kolleginnen und Kollegen! Wir brauchen ein Europa der Regionen, wir brauchen Europa aber auch als starken Wirtschafts- und Gesellschaftsraum in der Welt. Baden-Württemberg hat ein Interesse an beidem: Subsidiarität in Europa, aber auch Solidarität mit Europa. Auf jeden Fall wollen wir keine Kleinlichkeiten, sondern Orientierung an einem großen Ziel, meine Damen und Herren.

Die Lissabon-Strategie bietet dafür einen guten Hebel. Das Ziel des wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissenschaftlichen Wirtschaftsraums in der Welt berührt direkt die Substanz der baden-württembergischen Politik. Es ist geradezu eine Folie für das, was wir hier im Land machen sollten. Da lohnt es sich, auf die Stärken, aber auch auf die Schwächen zu schauen.

Heute soll nicht der Tag sein, um lediglich Opposition gegen die Regierung zu machen. Aber wenn man die Dinge ein bisschen genauer betrachtet, dann muss man sagen: Ein Anteil von 4,3 % für Forschung und Entwicklung erfüllt das Lissabon-Kriterium; das ist gut. Aber dahinter steht eben auch ein hoher Anteil an institutioneller Grundlagenforschung innerhalb Deutschlands und in Baden-Württemberg durch die Gunst der hier ansässigen Forschungseinrichtungen. Eine gute Patentbilanz ist etwas Gutes, aber dahinter steht natürlich auch eine hohe Abhängigkeit von den großen Unternehmen hier in Baden-Württemberg.

Deswegen, meine Damen und Herren von der Regierungseite: Selbstgefälligkeit ist nicht das, was wir brauchen. Selbstbewusstsein ist gut, aber Selbstgefälligkeit im Zeichen Europas wäre für uns fatal.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Der Einstieg der neuen Landesregierung in das, was wir mit der Europapolitik im Zeichen von Lissabon erreichen wollen, war nicht gerade glänzend. Ich will hier nicht alles aufzählen, aber der halbherzige Einstieg in eine wirklich integrative Schulpolitik – ein Erfolg in anderen europäischen Ländern wie beispielsweise in skandinavischen Ländern – und der fahrlässige Umgang mit der Weiterbildung in Baden-Württemberg sind ja genau das Gegenteil dessen, was wir für eine erfolgreiche Lissabon-Strategie benötigen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Da sind Sie nicht auf dem neuesten Stand!)

– Ich versuche, immer auf dem neuesten Stand zu sein, Herr Kollege, und ich glaube, ich bin es auch heute.

Worum geht es? Die Wirtschaftsräume rücken im Zuge der Globalisierung aneinander. Der Wettbewerb und die Vergleichsmöglichkeiten zwischen diesen Wirtschaftsräumen gestalten sich umfassend und nicht nur in ökonomischer Hinsicht. Paradigmen und Modelle der Gesellschaft in diesen Wirtschaftsräumen gewinnen an Kraft. Das Japan der Achtzigerjahre war gezeichnet von Produktivität und vom Bemühen um Prozessoptimierung. In technischer Hinsicht stand jedoch leider vor allem die Adaption im Vordergrund,

und gesellschaftlich blieb das Land in seiner starken Tradition befangen. Die USA waren in den Neunzigerjahren von der New Economy geprägt. Sie waren technisch vital und vor allem auf IuK konzentriert. Sie waren marktradikal, dies wirkte aber gesellschaftlich eher desintegrierend.

Deswegen, lieber Herr Kollege Theurer und auch Herr Blenke, darf ich hier einmal feststellen: Die Politik des Marktradikalismus ist weltweit im Abschwung.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Europa ist heute mit der Lissabon-Strategie das Zusammenwirken – technisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell – dessen, was man hat, was man an Schätzen heben kann. Bis 2010 soll diese Strategie fortgesetzt werden.

Zur Halbzeit wurde zu Recht eine Umsetzungsschwäche konstatiert. Es wurde auch konstatiert, dass die Strategie nicht genügend verstanden wird und dass sie in manchen Ländern in der Vergangenheit leider von Wachstumsdefiziten begleitet und nicht durch Wachstumsstärke vorangebracht worden ist.

Ich will für die baden-württembergische Politik einige Punkte nennen, Herr Ministerpräsident und auch alle anderen in der Regierung.

Zunächst zur Strategie. Baden-Württemberg kann sich in seinen europapolitischen Strategien nicht selber genügen und kann nicht nur das aufzählen, was man hier gut macht. Man muss sich aktiv in die europäischen Initiativen einbringen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Genau!)

Allein bestätigend für das Land zu sein, das reicht nicht aus. Wir müssen mit dem, was wir europapolitisch machen, motivierend für das Land sein, und das geschieht nicht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Das stimmt nicht! Wir sind motivierend! – Gegenruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Dann braucht man keine solchen Anfragen!)

Zur Organisation des Lissabon-Prozesses kommt die Beantwortung der Anfrage gerade recht. Ich habe in der umfangreichen Beantwortung eine Vorlage gesehen, die akribisch zusammengetragene Ressortantworten gegeben hat. Ich habe in manchen Teilen ein gutes Bild gesehen, und in manchen Teilen habe ich ein schwierigeres Bild gesehen, bei dem ich gerne noch mehr dahinterblicken würde. Was ich gesehen habe – und das ist kennzeichnend für die Organisation unserer Europapolitik –, ist eine Sammlung von Fakten. Ich habe aber nicht gesehen, dass es eine wirkliche Bündelung unserer Europapolitik geben würde, und schon gar nicht habe ich gesehen, dass wir eine Integration unserer Europapolitik in dieser Regierung hätten. Wer trägt hier die Verantwortung, was ist das Gesicht dafür, wo ist hier die Handschrift unserer Landesregierung bei der Europapolitik?

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe der Abg. Thomas Blenke CDU und Jürgen Walter GRÜNE)

(Peter Hofelich)

Ich nenne einige der Aktionsfelder, bei denen es für unser Land darauf ankommt, sich in Europa stärker einzubringen.

Erstens: Die industrielle Substanz dieses Landes muss fortentwickelt werden. Sie kann nicht im Zeichen einer weltweiten Arbeitsteilung aufgegeben werden. Das heißt für uns – das ist bekannt –, dass wir die Übergänge von Forschung und Entwicklung in Anwendung und Produktion im Land besser hinbekommen müssen. Hier sind wir unterentwickelt; das ist nicht gut. Das heißt, dass wir uns in den Regionen spezialisieren, dass Clusterbildung mutig angegangen wird, dass wir Anreize zur Kooperation zwischen Forschung und Entwicklung, zwischen Hochschulen und Betrieben geben. Es ist wichtig, dass wir auf diese Weise die industrielle Substanz des Landes voranbringen.

Zweitens: Bei den Unternehmensgründungen – in der Anfrage ist das angesprochen – gibt es natürlich Bilanzen, bei denen man sagen kann: Da stehen auch Zahlen dahinter, die nicht schlecht sind. Richtig ist aber auch: Unternehmensgründungen und Unternehmensnachfolgen sind kein additives Element in Baden-Württemberg. Sie sind entscheidend für die Vitalität der künftigen Volkswirtschaft von Baden-Württemberg. Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass in Baden-Württemberg gute Ideen und gute Finanzierung besser zusammengebracht werden. Wir müssen auch einmal darüber nachdenken, ob ein kleines Unternehmen, das eine EU-Förderung in Anspruch nehmen will, unbedingt 50 % Eigenanteil erbringen muss, oder ob es nicht auch 25 % Eigenanteil sein können, wenn es darum geht, eine gute Idee voranzubringen. Wir müssen ferner schauen, dass wir auch Durchbrüche bei jungen Existenzgründern identifizieren und dass wir nicht der Meinung sind, dass die 80. Eventagentur, die sich gründet, uns noch immer im Land voranbringt. Ich habe nichts dagegen, aber wir müssen auch bei den Existenzgründungen wieder wirkliche technische Spitzenreiter hier im Land sehen.

Dritter Punkt: Neue wirtschaftliche Wachstumsfelder für Europa. Ich kann es hier sehr kurz machen. Der Kompetenzwirrwarr in der Wirtschaftsförderung des Landes erhöht nicht gerade unsere Chancen für neue wirtschaftliche Wachstumsfelder. Das, was wir als Chance in der ökologischen Modernisierung in diesem Land geboten bekommen, ist bisher jedenfalls von denen, die Verantwortung für die Politik haben, nicht genutzt worden, um in Europa Akzente zu setzen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Letzter Punkt: Es kommt darauf an – das sagen erfolgreiche Länder –, dass wir die Hebung aller Qualifikationen, aller Talente im Land zum Ziel haben müssen. Wir müssen die soziale Auslese beenden. Nicht die Herkunft darf über Chancen entscheiden, sondern die eigene Fähigkeit muss so gefördert werden, dass sie zum Nutzen des Landes insgesamt beiträgt. Das heißt auch, dass die Qualifizierung älterer Arbeitnehmer im Zeichen europäischer Wachstumsstrategie keine Quantité négligeable ist, sondern es muss möglich sein, dass wir in Baden-Württemberg gerade die Arbeitnehmer, die an ihr Unternehmen gebunden waren und dort etwas geleistet haben, das dann jedoch aufgegeben hat, wieder in den Wirtschaftsprozess einbeziehen.

Deswegen, meine Damen und Herren, sage ich: Wir haben Aktionsfelder, bei denen wir aufholen müssen, aber nicht deswegen, weil wir schlecht wären, sondern deshalb, damit wir diese Lokomotivfunktion auch tatsächlich übernehmen können, die der Auftrag unseres Landes ist.

Meine Damen und Herren, die Lissabon-Strategie darf für uns nicht Bestätigung sein, sondern sie muss für uns Auftrag sein. Innovation ist keine Wundertüte, sondern sie wird politisch mit erarbeitet. Unsere Landesregierung muss unserem Lissabon-Beitrag Gewicht und Gestalt verleihen. Die SPD ist gern dabei, wenn es um die Umsetzung dieser Strategie geht. Wir stehen aber nicht am Ende, wir können es nicht bei einem Selbstlob belassen, sondern wir müssen uns gegenseitig einen Ansporn geben.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

**Abg. Jürgen Walter GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Theurer hat gesagt: Wir müssen den Menschen Europa näher bringen. Nur ist die Frage, Herr Theurer: Können wir das mit solchen Großen Anfragen, die überhaupt keine Richtung vorgeben? Denn die Menschen stellen sich zu Recht die Frage: In was für einem Europa wollen wir leben, und in was für einem Baden-Württemberg wollen wir leben? Die Antwort kann nicht sein, dass wir alles liberalisieren, dass nur noch der Markt oder die wirtschaftliche Freiheit zählt und alle anderen Dinge herunterfallen. Das, Herr Theurer, war nicht die ursprüngliche Absicht der Lissabon-Strategie. Die Absicht der Lissabon-Strategie war, dass man Wirtschaft, Umwelt und Soziales gleichberechtigt sieht; denn nur dann werden wir eine Akzeptanz für den Gedanken Europa in der Bevölkerung finden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Die Abstimmungen über die Europäische Verfassung in den Niederlanden und in Frankreich haben gezeigt: Wenn man dem nicht nachkommt, wird es mit Europa nicht weitergehen. Deswegen sind wir in der Krise.

Wenn Sie eine Debatte wie die heutige nur dazu nutzen, über das zu reden, was in Berlin nach Ihrer Ansicht nicht gemacht wird – in Klammern: weil der „großartige“ Herr Westerwelle nicht dabei sein darf; worüber der Rest der Bevölkerung sehr glücklich ist –,

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

können Sie doch den europäischen Gedanken nicht voranbringen. Ich hätte mir etwas anderes gewünscht. Man muss zur Großen Anfrage ja auch einmal sagen: Nicht einmal einem Fidel Castro auf einem Parteitag der Kommunistischen Partei in Kuba würde die Redezeit ausreichen, um diese 34 Seiten Text vorzulesen.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Der kann nicht mehr!)

(Jürgen Walter)

Mit solchen Dingen gewinnt man doch nicht die Leute für Europa. Es ist alles aufgeführt. Der Kollege Hofelich hat zu Recht darauf hingewiesen. Wo aber bleibt eine Aussage über die Stoßrichtung der Landesregierung? Wer ist wirklich verantwortlich? Wer trägt Verantwortung für den europäischen Gedanken?

Ab dem 1. Januar nächsten Jahres übernimmt die Bundesrepublik die EU-Ratspräsidentschaft. Da ist es doch unsere Aufgabe, möglichst viele Ideen aus Baden-Württemberg in die politische Diskussion einzuspeisen. Dazu ist weder in Ihren Ausführungen noch in den Fragen der Großen Anfrage, noch in der Antwort der Landesregierung irgendetwas erwähnt worden, was eine Perspektive aufzeigt.

Jetzt haben Sie natürlich Probleme mit dem Begriff „Nachhaltigkeit“ und allem, was dahintersteckt.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Das stimmt ja nicht!)

Sie haben noch lange nicht erkannt, welche Chancen in der Umweltpolitik stecken.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Das stimmt ja nicht! Das ist ja falsch!)

Durch die Zwischenbilanz der Lissabon-Strategie ist leider der Gedanke der Nachhaltigkeit völlig in Vergessenheit geraten.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Die ökologische Marktwirtschaft wurde von uns erfunden, nicht von Ihnen!)

Jetzt muss man sich doch einmal überlegen, Herr Kollege Theurer: Wo liegen, auch ökonomisch gesehen, unsere Zukunftschancen? Was wollen wir zukünftig produzieren? Wir alle wissen, dass wir in Europa, zumindest im westlichen Teil Europas, kein Wettrennen um die Lohnstandards, die Sozialstandards usw. machen können; das würden wir nicht gewinnen. Deshalb muss doch die Frage lauten: Was sind die Produkte, die wir zukünftig auf den Weltmarkt bringen? Wo haben wir einen technologischen Vorsprung? Was sind die Dinge, die gefragt sind?

Der Herr Ministerpräsident hat im Wahlkampf keine Gelegenheit ausgelassen, zu fordern, dass wir in Baden-Württemberg die Nummer 1 bei der Herstellung und beim Export von Umwelttechnologien werden. Was ist daraus geworden? Wo ist eine Initiative dieser Landesregierung, die in diese Richtung geht? Wo haben Sie sich in Ihrer Großen Anfrage die Frage gestellt, wie man gerade in diesem Bereich vorankommen soll, und was ist die Antwort der Landesregierung darauf? Das alles hat gefehlt.

Ein weiterer Punkt, den Sie angesprochen haben und der im Grunde genommen in die richtige Richtung zielt, ist die Frage der Bildung. Herr Kollege Theurer, Sie fragen, wie man bildungsfernen Schichten wieder bessere Bildung vermitteln könne, wie wir zur Integration von Migranten in unsere Gesellschaft beitragen können. Die Antwort ist doch ganz einfach: Trennen Sie sich endlich von dem Gedanken, dass Sie mit einem Schulsystem, dessen Grundidee aus dem 19. Jahrhundert stammt, die Probleme des 21. Jahrhunderts lösen können!

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Solange Sie das nicht tun, meine Damen und Herren von CDU und FDP/DVP, werden wir die Probleme, die dieses Schulsystem mit sich bringt, weiterhin haben. Wir werden weiterhin Menschen viel zu früh aussortieren, wir werden Menschen von der Bildung fernhalten und werden sie nicht fit machen für dieses vereinte Europa, das noch viele Anstrengungen notwendig machen wird.

Meine Damen und Herren, ein letzter Punkt: Von der FDP/DVP wird so getan, als würden jetzt Auflagen wie in der REACH-Verordnung – als Beispiel sei diese Verordnung genannt – praktisch das Ende der chemischen Industrie bedeuten oder ihr die Wettbewerbsfähigkeit nehmen. Das Gegenteil ist doch der Fall, Herr Kollege. Man kann auch nicht einfach irgendwelche Einzelbeispiele herausziehen, sondern man muss die Chance sehen, dass eine Chemiepoltik, die sich in Richtung Umwelt bewegt, Innovatives mit sich bringen kann und dass man Wettbewerbsvorteile erzeugen kann, indem man auch ökologisch die Nase vorn hat. Es ist, Herr Kollege Theurer, ein Wettbewerbsnachteil, wenn man beispielsweise keine Windräder produziert, wenn man keine Solaranlagen produziert, wenn man den Ländern der sogenannten Dritten Welt keine Anlagen zur Abwasserreinigung anbieten kann. All das sind Wettbewerbsnachteile, die aber entstehen, wenn man weiterhin so tut, als wären Umwelt und Ökonomie Gegensätze. Damit machen Sie eine der größten ökonomischen Chancen unseres Europas kaputt.

(Glocke des Präsidenten)

Ich kann nur hoffen, dass Sie da bald eines Besseren belehrt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

**Präsident Peter Straub:** Herr Abg. Walter, gestatten Sie noch eine Nachfrage des Herrn Abg. Bachmann?

**Abg. Jürgen Walter GRÜNE:** Ach, ja. Gut.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ich hoffe, die Qualität ist besser als die der letzten Frage!)

**Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP:** Zunächst vielen Dank.

Ich habe eine ganz einfache Frage: Sehen nicht auch Sie einen ganz engen zeitlichen Zusammenhang zwischen dem Ende der Amtszeit von Jürgen Trittin und dem wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland?

(Unruhe – Heiterkeit – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr, schmeiß Hirn ra!)

**Abg. Jürgen Walter GRÜNE:** Herr Kollege Kretschmann hat schon die Antwort gegeben. Von allen Zwischenfragen, die ich bisher von Ihnen gehört habe, war das vielleicht –

(Abg. Klaus Herrmann CDU: War das die beste! – Lebhaftige Heiterkeit – Beifall bei der CDU und des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Palmer.

**Abg. Dr. Christoph Palmer** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Kollege Hofelich und Kollege Walter haben die Landesregierung, aber auch die sie tragenden Fraktionen geziehen, schrankenloser Liberalisierung das Wort zu reden oder dieses Konzept zu vertreten.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Schön wär's manchmal!)

Davon kann keine Rede sein. Wir haben doch in diesem Land – und das sage ich durchaus auch an die Adresse von Parteifreunden – in den vergangenen Jahren nicht ein Problem von zu viel Freiheit gehabt,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

sondern wir haben ein Problem von zu viel Gleichheit gehabt. Im Vergleich der Standorte sollten wir uns überhaupt von Ländergrenzen lösen; denn wir konkurrieren nicht innerhalb Europas, sondern wir konkurrieren mit den großen Zentren der Welt, wir konkurrieren mit Asien, wir konkurrieren mit den Vereinigten Staaten von Amerika, wir konkurrieren mit Indien, und wir konkurrieren mit China. Das sind die Herausforderungen! Wer sich vor der Globalisierung versteckt, der wird über kurz oder lang weitere Arbeitsplätze in diesem Land verlieren, weil sie sich automatisch verlagern. Das ist leider die Realität.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Aus Zeitgründen möchte ich hier nur zwei Themen ansprechen. Das erste ist das Thema Bürokratieabbau. Auch das gehört zur Lissabon-Strategie. Ich finde es absolut richtig, dass der EU-Kommissar Günter Verheugen als erster Kommissar dieses Thema erkannt hat und gesagt hat: Wir haben die Apparate nicht mehr im Griff; ich weiß überhaupt nicht, was wir in der EU-Kommission beschlossen haben. Das war seine Aussage, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wenn wir in Europa nicht von der Bürokratiebelastung herunterkommen, wenn wir nicht andere Standards anwenden, dann wird dieses europäische Projekt über kurz oder lang Schiffbruch erleiden. Mittlerweile sieht das selbst ein profunder Kommissar so und hat gesagt: Die Apparate haben uns im Griff und nicht mehr wir die Apparate.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, machen wir im Rahmen der Lissabon-Strategie auf allen politischen Ebenen endlich Ernst mit Bürokratieabbau! Das ist das Gebot der Stunde; darum muss es gehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Was heißt das? Das heißt: Themen beschränken, Statistiken weg, Standards zurücknehmen! Ich halte für den einzig Erfolg versprechenden Ansatz von allen, die ich bisher zum Thema Bürokratieabbau gehört habe, den, das niederländische Modell vom Ziel her zu diskutieren und zu sagen: Je-

des Gesetz muss binnen eines bestimmten Zeitraums 25 % weniger Kosten für die Wirtschaft, für die Menschen auslösen; nur dann wird es verabschiedet. Das ist das Standardkostenmodell nach niederländischem Vorbild. Nur wenn wir dieses Modell in Europa nationalstaatlich und gesamt-europäisch verwirklichen, kommen wir von dieser Krake Bürokratie herunter. Darum muss es gehen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Dem widerspricht diametral, dass fortlaufend neue EU-Reglementierungen und Handlungsempfehlungen kommen, neue Institute vom Gleichstellungsinstitut bis hin zu einem Technologieinstitut, aktuell eine Kompetenz Europas gegen Alkoholmissbrauch, eine Bodenschutzrichtlinie, die in der Tat – Kollege Blenke hat es gesagt – niemand braucht, die den Fehler der FFH-Richtlinie parzellenscharf wiederholen wird, oder eine Sparkasseneingrenzungs politik, mit der ein über Jahrhunderte bewährtes Instrumentarium wie das mitteleuropäische Sparkassenwesen jetzt einfach zur Disposition gestellt wird. Das alles brauchen wir nicht.

Europa muss sich, meine sehr verehrten Damen und Herren, um die großen Themen kümmern, dann kümmert es sich um die richtigen Themen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Nachrichtlich einen zweiten und letzten Punkt – Kollege Hofelich hat es angesprochen –: Wissensgesellschaft, Bildungsorientierung. Wenn es überhaupt eine Königsdisziplin gibt, bei der Baden-Württemberg seine Aufgaben im europäischen Vergleich vorbildlich gemacht hat, dann ist es der Gesamtkomplex der Patentpolitik, der Forschungspolitik, der Hochschulpolitik, der Innovationspolitik. Wir haben den höchsten Anteil am Bruttoinlandsprodukt – das darf man doch einmal sagen, ohne beschönigen zu bekommen, dass man sich selbst beweihräuchert; Realitäten müssen doch benannt werden – von Ausgaben für Forschung und Entwicklung, nämlich 3,9 %.

Wir werden in Europa als Modellregion, als Musterregion für einen gelungenen Technologietransfer, für eine vorbildliche, moderne Wissenschafts- und Forschungspolitik vorgeführt. Darauf sind wir stolz. Das müssen wir mit einer konsequenten Cluster-Politik, Verbundpolitik mit unterschiedlichen Kompetenz-Clustern in den kommenden Jahren fortführen. Ich bin sicher, dass das die Landesregierung mit einem guten Europaminister und einer hervorragenden Wissenschafts- und Technologiepolitik auch tun wird. Das ist unsere Antwort auf die Herausforderungen der Lissabon-Strategie.

Ich habe die Bitte, dass wir nicht müde werden, beim Bürokratieabbau in diesem Land voranzukommen. Aber auch da hat die Landesregierung mit der Schaffung des Ombudsmanns und der Erkenntnis, dass viele zu detaillierte Normen weg müssen, Richtiges auf den Weg gebracht. Wir ermuntern die Landesregierung, genau diese Politik so fortzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erhält Herr Europaminister Willi Stächele.

**Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Willi Stächele:** Verehrter Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich glaube, alle spüren, dass es Spaß macht, weil Europapolitik immer mehr den Landtag erreicht und der Landtag sich damit beschäftigt. Ich denke, das haben wir dem Europaausschuss zu verdanken; denn viele Initiativen kommen vom Europaausschuss.

Auf der anderen Seite, lieber Kollege Hofelich, kann ich die Anmerkung, dass es keine einheitliche Stimme zu Europa oder in Sachen Europa gebe, nicht ganz verstehen. Wir wollen keinen Einheitsbrei.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Bei der Absprache, wie Ausschüsse untereinander operieren und wie sie miteinander kooperieren können – das haben Sie ja gemerkt –, ist der Europaausschuss vielfach führend. Er wäre aber dumm, wenn er auf das, was an Sachverstand in den anderen Fachausschüssen vorhanden ist, verzichten würde.

Genau das können Sie auf die Landesregierung übertragen. Da geht es nicht darum, ein Einheitsministerium zu schaffen. Ich will vielmehr, dass wir entsprechend der Ressortzuständigkeit bei jedem einzelnen Mitarbeiter immer mehr auch Verantwortungsgefühl für das entwickeln, was die europäischen Themen sind. Dann geht es. Schauen Sie: 60 % der Regelungen, die im Land Baden-Württemberg und in Deutschland gelten, haben ihren Ursprung in Brüssel. Jeder einzelne Mitarbeiter, jedes einzelne Ressort muss zu diesem Gesamtkonzert beitragen. Deswegen kann auch eine solche Antwort wie die vorliegende mannigfach gelobt werden.

Jetzt aber zu der Lissabon-Strategie, meine sehr geehrten Damen und Herren: Das war in der Tat – das ist angesprochen worden – ein außerordentlich ehrgeiziges Ziel. Kollege Theurer hat das noch einmal angesprochen: wissensorientiert, wettbewerbsstärkste Region, arbeitsplatzstärkste Region. Das bedeutet im Grunde die Spitzenposition in der Welt. Das war damals im Jahr 2000. Ich sage Ihnen: Mir ist es lieber, wenn der Ehrgeiz ein bisschen überschäumt, als wenn man den Hund zum Jagen tragen muss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Am meisten hat mir an der Lissabon-Strategie gefallen, dass man auch psychologisch aus der Defensive herauskommen wollte. Man startete immer noch zu sehr – wie das Kaninchen auf die Schlange – auf China, Indien und wie die Länder alle heißen. Man wollte aus der Defensive herauskommen und sich auf die eigenen Aktivpotenziale besinnen und dann sagen: Das können wir auch!

Ein weiterer Punkt: Was damals formuliert wurde, ist nicht Überheblichkeit, sondern berechtigter Stolz von uns. Es ist realistisch, was man da formuliert hat. Schaut her auf Baden-Württemberg! Nochmals: Das ist keine Selbstgefälligkeit. Es ist vielmehr möglich. Schauen Sie einmal, was für offene Türen die Lissabon-Strategie bereits heute in Baden-Württemberg einrennt.

Forschung: Dafür sollten Mittel in Höhe von 3 % des Bruttoinlandsprodukts eingesetzt werden. Baden-Württemberg liegt bei 3,9 %. Das ist übrigens die Spitzenstellung in Europa, wohl in etwa gleichauf mit Finnland.

(Minister Ernst Pfister: In der Welt!)

– In der Welt möglicherweise. Vielen Dank, Herr Wirtschaftsminister.

Zweitens: Wir haben die niedrigste Arbeitslosenquote.

Drittens: Wir haben eine universitäre Landschaft in Baden-Württemberg, die einmalig ist. Wir sind stolz darauf, dass bei uns mit der Universität Karlsruhe ausdrücklich eine weitere Spitzenposition im Bereich der Naturwissenschaft und der Technik ausgewiesen worden ist.

Schließlich weise ich auf die Frage hin: Wie kann man auch bei hohen Preisen, höheren Löhnen, höheren Sozialstandards als anderswo international wettbewerbsfähig sein? Auch hier sage ich: Schaut nach Baden-Württemberg! 130 Milliarden € beträgt der Export Baden-Württembergs. Es ist also durchaus möglich, statt ängstlich auf andere zu starren, im Wege einer Offensivstrategie dafür Sorge zu tragen, dass es so, wie es jetzt ist, auch in der Zukunft bleiben kann. Ich will im Grunde gar nicht überschwänglich sein. Aber wenn es so, wie es jetzt in Baden-Württemberg ist, in der Zukunft gehalten werden kann, haben wir hehre und hohe Ziele erreicht. Ich kann nur allen in Europa, die noch nicht so weit sind, sagen: Schaut her, es ist durchaus machbar. Gebt einem Land eine Chance, und schaut insbesondere, was unsere Rezepte waren. Das war eben auch eine gute Mittelstandspolitik. Es sind fleißige und heimatverbundene Leute hier,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

und, was ganz entscheidend ist, sie haben Zuversicht, sie wollen Zukunft gestalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Lissabon-Strategie – da darf man nicht auf den falschen Dampfer kommen – bedeutet zunächst einmal Handlungsbedarf für die Mitgliedsstaaten. Sie ist ein Handlungsauftrag für alle Nationalstaaten, die in der europäischen Gemeinschaft versammelt sind. Da muss man in der Tat sagen: Auch bei uns in Deutschland gibt es noch das eine oder andere zu richten. Ich will ein paar Dinge ansprechen.

Meine Damen und Herren, Energiesicherung ist das A und O, ist der Schlüssel für die Zukunft. Da sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit: Ich kann nicht verstehen, dass wir bei uns Kraftwerke abschalten wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Wir brauchen diesen Mix, zu dem die Kernenergie gehört. Schauen Sie sich einmal in Europa um. Ich war unlängst bei einer Konferenz in Helsinki. Dort wurde ganz klar gesagt: „Wir brauchen noch ein oder zwei Kernkraftwerke“, und die Bevölkerung versteht das.

(Zuruf des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)



(Minister Willi Stächele)

Dort wird keine Angst davor verbreitet, sondern es wird klargemacht: Dies ist Zukunft.

Das Zweite: Wir brauchen Deregulierung – das ist vom Kollegen Dr. Palmer angesprochen worden – und Entbürokratisierung. Baden-Württemberg hat das erste EU-Graubuch vorgelegt, in dem eine ganze Reihe von Vorschriften aufgezählt werden, die abgebaut werden könnten.

Das Dritte – das ist auch zu beachten –: Wir brauchen Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt. Ich bin ein bisschen erstaunt über die Debatte, die über den entsprechenden Vorschlag von Michael Glos geführt wird. Warum können wir nicht einmal unbefangen an die Sache herangehen? Da gibt es unser europäisches Nachbarland Dänemark: Dort wird das gemacht. Dann kann es doch nicht nur des Teufels sein, zumal Dänemark damit seine Arbeitslosenzahl halbiert.

(Beifall des Abg. Dr. Christoph Palmer CDU)

Warum sind wir nicht einmal – denn wir haben einige Bundesländer, in denen es „zappenduster“ aussieht – bereit, das Ganze irgendwann einmal für ein oder zwei Jahre auszuprobieren? Ich bin der Letzte, der Hire and Fire für Arbeitnehmer propagiert. Ich bin für Arbeitnehmerschutz. Aber der beste Schutz der Arbeitnehmer ist doch der, sie zumindest zeitweise in Arbeit zu bekommen, anstatt sie aus ideologischer Borniertheit draußen zu lassen. Das ist doch der Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Probieren wir doch einmal aus, was ringsum in Europa an anderen Modellen vorhanden ist und dort auch zugegebenermaßen zur Minderung der Arbeitslosigkeit geführt hat.

Meine Damen und Herren, ich denke an die Verkehrsinfrastruktur. Heute Morgen haben wir unter Punkt 1 über dieses Thema gesprochen. Mir ist dabei aber zu selten der Begriff einer europäischen Verkehrsinfrastruktur gefallen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Denn Baden-Württemberg kann die Lissabon-Strategie unter anderem dann am besten umsetzen, wenn via Berlin möglichst rasch sowohl die Verkehrsader Paris–Bratislava als auch die Verkehrsader Nord–Süd, sagen wir einmal von Hamburg bis nach Mailand herunter, verwirklicht werden. Das sind zentrale europäische Verkehrsadern. Wer die Lissabon-Strategie ernst nimmt, muss auch an Verkehrsinfrastruktur denken. Deswegen kann ich nur sagen: Ich hoffe, dass Herr Tiefensee wirklich mehr gibt als bisher. Denn auch mit dem, was bisher für die Rheintalbahn eingestellt ist, bin ich nicht zufrieden, weil man damit bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag nicht fertig wird. Das kann nicht sein.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Ulrich Lusche CDU)

Ein Land wie Baden-Württemberg, mitten im europäischen Verkehrs- und Handelsfluss, braucht diese Verkehrsachsen. Das ist ein zentraler Bestandteil der Lissabon-Strategie.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wir müssen auch ein bisschen selbstkritisch sein.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Jetzt kommt er zum Punkt!)

Wir werden auch überlegen müssen, ob Liberalisierung im Sinne von Europa, im Sinne von Berlin, Baden-Württemberg und Stuttgart nicht da und dort ein bisschen angeglichen werden muss. Wir werden im Laufe dieses Tages, glaube ich, eine spannende Debatte über Lotteriemonopole führen. Der Europaminister muss – das werden Sie zugestehen – auch ein bisschen auf die Winke hinweisen, die aus Brüssel kommen. Das gilt auch für die Apotheken.

Das heißt also, wer sich im Licht Europas aufhält und es weiterentwickeln will, muss natürlich dafür Sorge tragen, dass er in diesem Zug richtig fährt und richtig tickt, gegebenenfalls in Konfrontation mit Brüssel, und muss unter Umständen vielleicht auch da und dort eigene Positionen besprechen. Das hilft immer für das Weiterkommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin sehr froh, dass wir in Deutschland mit der Unternehmensteuerreform ein wichtiges Signal geben. Für Baden-Württemberg ist mir – das ist vorhin vom Kollegen Theurer bereits angesprochen worden – die Erbschaftsteuerreform das Allerwichtigste. Sie haben die Zahlen für Deutschland genannt. Ich nenne sie auch für Baden-Württemberg. Es sind pro Jahr sage und schreibe 13 000 Unternehmungen und Betriebe, die weitergegeben werden und dann eine Regelung brauchen, die nicht stranguliert, sondern im Grunde die Lissabon-Strategie auch künftig möglich macht.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Es nützt uns keine Strategie, wenn wir die Betriebe vorher kaputt machen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Ich möchte zum Schluss noch einen Satz sagen: Es wird natürlich jetzt spannend im Zusammenhang mit der EU-Ratspräsidentschaft. Es wird einem fast angst, wenn man sieht, mit welchen Erwartungen die deutsche Ratspräsidentschaft von vornherein begleitet oder besser gesagt befrachtet ist. Aber es ist eine Chance. Bundesaußenminister Steinmeier hat es unlängst auch in einem EU-Ausschuss gesagt: Wir sollten es auch als Chance begreifen; wir sollten ein bisschen stolz sein, dass diese Verantwortung in den nächsten sechs Monaten jetzt den Deutschen obliegt.

Wenn man dies aber im Lichte des Lissabon-Prozesses sieht, gibt es in der Tat einiges zu tun. Die Entbürokratisierung wurde angesprochen. Ich sehe übrigens auch die Nachbarschaftspolitik und das Eröffnen neuer Märkte als ganz wichtigen Teil der Lissabon-Strategie an. Wir haben es alle miteinander in der letzten Landtagssitzung vermerkt, vielleicht zum Teil mit Staunen, dass die neuen Märkte in Osteuropa, auch durch den Beitritt osteuropäischer Staaten zur EU, mittlerweile, was das Exportvolumen Baden-Württembergs anbelangt, nach USA und Frankreich an dritter Stelle stehen. Für 9 Milliarden € werden in diese Staaten von Baden-Württemberg aus Güter exportiert. Das heißt al-

(Minister Willi Stächele)

so, eine Nachbarschaftspolitik, die in der Ukraine und in Weißrussland anfängt, die über Armenien bis in den Mittelmeerraum hinuntergeht, ist in der Tat – in der deutschen EU-Ratspräsidentschaft behandelt – auch ein Element, das in der Zukunft Wachstum und Arbeit bei uns sichern kann.

Kernenergie: Nichts weiter dazu. Nur stimmt es mich etwas traurig, dass es so aussieht, dass es in dieser Runde der – ab 1. Januar – 27 am Schluss 26 : 1 steht.

Ich will noch ein wichtiges Thema ansprechen: Ich denke, dass die europäische Gemeinschaft auch die Lissabon-Strategie noch mehr als Zwang sehen muss, eine gemeinsame äußere Sicherheit zu entwickeln.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, was die Sicherheit der Handelswege anbelangt, können Sie die ganze Lissabon-Strategie vergessen, wenn Sie weltweit nicht auch gesicherte Rohstoffe und gesicherte Handelswege haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Thomas Blenke CDU)

Das muss auch einmal in den Kopf, weil das Ganze sonst einfach in der Denkweise zu kleinkariert ist.

Es gibt noch einiges zu sagen. Ich will Ihnen nur sagen: Die baden-württembergische Europapolitik ist sicherlich gut aufgestellt. Sie wird konstruktiv und kritisch von einem Europaausschuss und von vielen Fachausschüssen begleitet. Wir haben ja geliefert. Es war ja in der Hauptsache unser Bericht, der die Grundlage für den nationalen Bericht in Sachen Lissabon-Strategie nach Brüssel gebildet hat. Deswegen denke ich, dass wir mit unserer Mannschaft in den Ministerien wirklich optimal aufgestellt sind und dass unsere Leute dafür auch ein aufrichtiges Dankeschön verdient haben.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Für das Schlusswort erhält Herr Abg. Theurer das Wort.

**Abg. Michael Theurer** FDP/DVP: Vielen Dank, Herr Minister, für Ihre Ausführungen.

Auch wenn es dem einen oder anderen hier im Haus, insbesondere auf der linken Seite, vielleicht nicht gefällt: Es zeichnet sich doch ab, dass wir im Vergleich der weltweiten Wettbewerbe ganz klar sehen, dass die Erhaltung alter, überkommener Strukturen nicht gelingen kann. Sie kann selbst unter Einsatz größter Steuermittel nicht gelingen.

(Zuruf von der SPD: Das war nicht das Thema!)

Schon der amerikanische Präsident Bill Clinton hat ja erkannt: „It's the economy, stupid“, also frei übersetzt: „Es ist die Wirtschaft, Dummkopf“, auf die es in Zukunft ankommt, weil sie über die Überlebenschancen einzelner Menschen und über die Freiheitsmöglichkeiten einzelner Menschen entscheidet. Herr Walter – wo ist er denn? –, da brau-

chen wir keine Nachhilfe von den Grünen; denn als die Grünen noch Umweltsozialismus vertreten haben, haben die Jungen Liberalen und die FDP bereits die ökologische Marktwirtschaft entwickelt,

(Beifall des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

weil wir keinen Gegensatz zwischen Umweltpolitik und Wirtschaftspolitik sehen.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Vielmehr sehen wir, dass insbesondere in der Umwelttechnologie große Wirtschaftschancen liegen.

Meine Damen und Herren, das ist auch vom Minister und von anderen Rednern angesprochen worden: Wir sind davon überzeugt, dass die Lissabon-Strategie eine Chance beinhaltet, die Entfesselung der Wachstumskräfte zu ermöglichen. Ich bin fest davon überzeugt, dass es heute – so, wie Deutschland nach dem Krieg reicher wurde, ohne dass die USA ärmer wurden – möglich ist, dass China reicher werden kann, ohne dass Deutschland ärmer werden muss. Wenn wir uns das klarmachen, dann sind uns auch die Chancen klar, die in einem solchen Prozess liegen.

Die Lissabon-Strategie hat drei Ziele: Erstens die Chancen der Globalisierung nutzen, zweitens den demografischen Wandel bewältigen und drittens den Abbau der Staatsverschuldung realisieren. Genau das sind auch die Themen, die für ein neues Leitbild der Politik in der Bundesrepublik und in Baden-Württemberg dienen können, ja dienen müssen.

Deshalb schließe ich an dieser Stelle für die FDP/DVP-Fraktion mit drei Forderungen:

Erstens: Der Umsetzung der Verwaltungsreform, der Haushaltskonsolidierung und der Einführung von E-Government kommt eine zentrale Bedeutung zu, weil das auch Mittel sind, um Bürokratie abzubauen und die Belastung der Bürger zu senken.

Zweitens: Wir müssen die EU-Fördermittel im Sinne einer Clusterbildung auf die Zukunftstechnologien und Zukunftsunternehmen und -branchen konzentrieren und können nicht beim Erhalt alter Strukturen stehen bleiben.

Drittens: Wir brauchen quer durch die ganze Landespolitik eine auf den demografischen Wandel ausgerichtete Politik. Wir brauchen Demografie-Checks und fordern, dies nun aus der Lissabon-Strategie konkret in die Einzelprogramme der Landespolitik zu überführen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ganz klar ist auch: Wenn viele Kolleginnen und Kollegen im Vorfeld dieser Debatte gar nicht wussten, was sich hinter der Lissabon-Strategie verbirgt, müssen wir auch mehr Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation in diesem Bereich machen. Das haben wir als FDP/DVP-Fraktion mit unserer Großen Anfrage getan. Ich glaube, dass das gut war. Ich meine, unser Haus sollte in regelmäßigen Abständen häufiger über diese

(Michael Theurer)

Strategie und vor allem über die Erfolge ihrer Umsetzung und auch über die Handlungsschwerpunkte, die noch anzupacken sind, berichten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Thomas Blenke CDU)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, die Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/212, ist mit dieser Aussprache erledigt.

Meine Damen und Herren, unter den Gästen auf der Zuhörertribüne gilt mein besonderer Gruß dem neuen französischen Generalkonsul in Stuttgart, Herrn Christian Dumon.

(Beifall im ganzen Haus)

Herr Generalkonsul Dumon hat im September die Nachfolge von Herrn Henri Reynaud angetreten. Er kennt unser Land bereits seit früher Jugend durch ein Deutschstudium in Ludwigsburg und ein Praktikum in Feuerbach.

Herr Generalkonsul, ich darf Sie hier im Landtag von Baden-Württemberg sehr herzlich begrüßen. Wir wünschen Ihrer Arbeit in unserem Land viel Erfolg.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE – Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes – Drucksache 14/226**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 14/447**

**Berichterstatter: Abg. Thomas Blenke**

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Sckerl.

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten eine erste Lesung unseres Gesetzentwurfs, und wir hatten eine Beratung im Innenausschuss, aber für uns hat sich kein Grund aufgetan, von diesem Gesetzentwurf Abstand zu nehmen, im Gegenteil.

Worum geht es? Es geht darum, dass wir möglichst schnell, ohne schuldhaftes Zögern eine verfassungswidrige Regelung der Rasterfahndung in unserem baden-württembergischen Polizeigesetz korrigieren. Das ist ein klarer Auftrag aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom April dieses Jahres. Wir müssen in diesem Zusammenhang dafür sorgen, dass das Recht auf informationelle Selbstbestimmung wieder Platz findet im Polizeigesetz.

Erinnern wir uns an den Anlass: Der lag zwar in Nordrhein-Westfalen, dort wurde das Bundesverfassungsgericht angerufen, aber auch in Baden-Württemberg hätte es angerufen werden können, und das Ergebnis wäre das gleiche gewesen.

Die letzte Rasterfahndung in diesem Land im Jahre 2001 war, im Nachhinein betrachtet, ein skandalöser Vorgang.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ach Quatsch!)

Sie hat einen Wust von 1,8 Millionen Datensätzen aus 250 verschiedenen Behörden aufgehäuft; bundesweit waren es über 8 Millionen. Bevölkerungsgruppen, in diesem Fall Studierende aus Ländern mit islamischer Verfassung, sogenannter islamischer Herkunft, islamischen Glaubens, wurden über Monate hinweg stigmatisiert und unter Generalverdacht gestellt. Da kann man sich einmal informieren, was das bedeutet hat für viele Einzelne, für die es niemals einen Anhaltspunkt gegeben hat, in Verdacht zu geraten. Im Ergebnis hat aber die Rasterfahndung außer sehr, sehr hohen Kosten nichts, aber auch rein gar nichts gebracht. Es war ein bloßes Beschäftigungsprogramm, mit dem allerdings sehr tief und folgens schwer in Persönlichkeitsrechte eingegriffen worden ist. Wir sagen: Das darf sich auf keinen Fall wiederholen. Deshalb muss das Polizeigesetz angepasst werden.

Man hat uns im Vorfeld geradezu beschworen, auf eine von der Landesregierung selbst angekündigte Novellierung des Polizeigesetzes irgendwann im Jahr 2007 zu warten. Allerdings kann niemand, nicht einmal der Herr Innenminister, sagen, wann genau das der Fall sein wird. Das erste Halbjahr 2007 ist ja mittlerweile schon wieder mit einem Fragezeichen versehen. Außerdem wurden wir gefragt, warum wir denn seitens der Grünen so hektisch seien, warum es sofort sein müsste; das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sei ja ab sofort für die Polizei und für das Innenministerium bindend.

Ich möchte Sie darauf hinweisen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass es schon ein gravierender Unterschied ist, ob der Landtag in Reaktion auf das Urteil des höchsten Gerichts für eine Rasterfahndung auf Grundlage eines transparenten und sauberen gesetzlichen Verfahrens eine neue Regelung bestimmt oder ob das künftig auf unbestimmte Zeit im stillen Ermessen des Ministeriums und der nachgeordneten Behörden stattfindet. Das ist ein großer Unterschied. Wir dringen auf eine transparente und rechtsstaatlich saubere Lösung.

Was waren die Differenzen, die es in der bisherigen Fachdebatte um die Neufassung des Polizeigesetzes gegeben hat? Ich finde sie gar nicht so gravierend; sie sind für uns überwindbar.

Die Koalitionsfraktionen, der Innenminister, aber auch die SPD-Fraktion halten den Begriff der gegenwärtigen Gefahr, an den wir die Voraussetzungen für eine Rasterfahndung knüpfen wollen, für zu eng gefasst. Das war die Differenz Nummer 1.

Die Koalitionsfraktionen und auch der Herr Innenminister – aber er hat eine Prüfung jedenfalls zugesagt – wehren sich gegen eine Dokumentation der Maßnahmen einer Rasterfahndung, die anschließend z. B. eine Überprüfung durch den Datenschutzbeauftragten oder auch durch Betroffene überhaupt erst ermöglicht. Bisher haben wir diese Situation nicht. Es gibt gar keinen Zugang.

Eine vorläufige Befristung wird von den Koalitionsfraktionen auch abgelehnt.

(Hans-Ulrich Sckerl)

Diese Differenzen sind überwindbar. Wir haben dazu Vorschläge gemacht. Wir sind davon überzeugt, dass unser Gesetzentwurf im Lichte der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auf der Höhe der Zeit ist und alle diese offenen Fragen überzeugend beantwortet.

Wir sehen keinen Grund, diesen Gesetzentwurf abzulehnen oder das Thema weiterhin auf die lange Bank zu schieben – es sei denn, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Koalitionsfraktionen, Sie hätten ein ernsthaftes Problem damit, anzuerkennen, dass das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ein hochwertiges Recht ist, das auch im Zeitalter des Terrorismus nicht ständig gegenüber dem Sicherheitsgedanken, der Datensammelwut und anderen Dingen zurückstehen hat. Es ist ein Recht, das einklagbar sein muss und das konkret in diesem Polizeigesetz wiederhergestellt werden muss.

Wenn Sie uns in diesem Sinne folgen können, bitten wir Sie um Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Blenke.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Schon wieder?)

**Abg. Thomas Blenke** CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir den Gesetzentwurf der Fraktion GRÜNE zu einer isolierten Regelung der Rasterfahndung hier beraten, müssen wir das gesamte Thema in den sicherheitspolitischen Kontext stellen.

Die Sicherheitslage in Baden-Württemberg, in Deutschland und auf der Welt ist nach wie vor geprägt durch die Bedrohung durch islamistisch motivierten Terrorismus. Dieser Terrorismus, der die Menschen in ihrer körperlichen Unversehrtheit und ihrem Leben bedroht, ist weltweit vernetzt. Das sieht man allein schon an der Chronologie: 2001 New York, Washington, Pennsylvania; 2004 die schlimmen Anschläge von Madrid, 2005 London und 2006 der vereitelte Versuch mit Kofferbomben in Zügen bei uns in Deutschland.

Das zeigt: Die Bedrohung ist dauerhaft, sie ist ernst, und sie nimmt keine Rücksicht auf Menschenleben. Es gibt eine menschenverachtende terroristische Bedrohung durch diesen islamistisch motivierten Terror. Spätestens seit den Ereignissen in diesem Jahr wissen wir, dass der Terror auch vor Deutschland nicht haltmacht, wie wir uns das natürlich wünschen würden.

Aufgrund dieser Ausgangslage ist es Aufgabe der Politik, der Polizei und den Sicherheitsbehörden alle Instrumentarien zur Verfügung zu stellen, die der Rechtsstaat erlaubt, um die Bevölkerung, um die Menschen vor diesem Terrorismus zu schützen. Vor diesem Hintergrund ist die unstreitig notwendige Anpassung unserer polizeigesetzlichen Regelung für die präventive Rasterfahndung zu sehen. Wir wissen – das ist unstreitig, Kollege Sckerl –, dass wir eine Anpassung an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vornehmen müssen, und wir werden das auch tun und unser Polizeigesetz entsprechend anpassen.

Gleichwohl sage ich aber auch – diese politische Aussage sei mir erlaubt –: Wir halten diese Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts angesichts der eben beschriebenen Sicherheitslage für nicht hilfreich für die Sicherheitsbehörden. Damit befinde ich mich jetzt in guter Gesellschaft.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Mit Herrn Beckstein z. B.!)

Bei dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts gibt es ein Sondervotum der Richterin Haas, die gesagt hat: Unter diesen Voraussetzungen, die der Senat beschlossen hat, macht das Urteil den Staat gegenüber drohenden Terrorangriffen wehrlos. Ganz so schlimm muss es nicht sein, und wir werden auch versuchen, eine sinnvolle Ausgestaltung zu finden.

Aber vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Absicht der Landesregierung, eine umfassende Änderung des Polizeigesetzes dahin gehend anzustreben, dass nicht nur eine isolierte Regelung vorgenommen wird, sondern – und wir bitten den Herrn Innenminister, dies entsprechend aufzunehmen – dass unter Wahrung der rechtsstaatlichen Voraussetzungen auch alles getan wird, um der Polizei die Instrumentarien zu geben, damit sie die Bevölkerung schützen kann. Wir laden auch unseren Koalitionspartner herzlich dazu ein, wirklich möglichst weitgehende, auf rechtsstaatlicher Basis beruhende Maßnahmen zu ergreifen.

Ein paar Beispiele dafür, wo wir der Polizei die für ihre Regelungssicherheit erforderliche Rechtsgrundlage geben wollen, liegen im Bereich der Videoüberwachung, im Bereich der automatisierten Erfassung von Kfz-Kennzeichen und im Rahmen der Kontrollbefugnisse im Bereich der grenzüberschreitenden Kriminalität. In diesem Kontext einer Änderung des Polizeigesetzes werden wir die durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts nötig gewordene Anpassung der Voraussetzungen für die präventive Telekommunikationsüberwachung, für die Wohnraumüberwachung und für die Rasterfahndung vornehmen.

Nun liegt der Gesetzentwurf der Grünen vor, der isoliert die Rasterfahndung regelt. Herr Kollege Sckerl sagte in der ersten Lesung, es gehe den Grünen um eine 1:1-Umsetzung dessen, was das Bundesverfassungsgericht gesagt hat. Dem ist leider nicht so. Kollege Sckerl, Sie gehen mit Ihrem Gesetzentwurf weiter; das haben Sie vorhin selbst angesprochen. Ich will nur zwei Bereiche aufgreifen.

Der eine Bereich ist das Abstellen auf eine gegenwärtige Gefahr. Sie sagen, damit die Maßnahme der Rasterfahndung ergriffen werden kann, bedürfe es einer gegenwärtigen Gefahr für die innere Sicherheit. Was bedeutet das? Das bedeutet, die Polizei dürfte eine Rasterfahndung erst dann in Angriff nehmen, wenn man weiß, dass ein Anschlag unmittelbar bevorsteht.

Nun haben Sie selbst gesagt, dass die Rasterfahndung nicht eben ein kleines Instrument ist. Diese Maßnahme dauert auch eine Weile und ist in ihrer Durchführung sehr umfangreich. Sie könnten eine solche Maßnahme daher vergessen; sie wäre unnötig, und sie käme zu spät. Das Bundesverfassungsgericht hat in dem Urteil, auf das Sie sich beziehen, selbst gesagt – und zwar nicht im Rahmen des Sondervotums, sondern der gesamte Senat hat das getan –, ein Abstellen auf eine gegenwärtige Gefahr würde bedeuten, dass

(Thomas Blenke)

eine solche Fahndungsmaßnahme regelmäßig zu spät kommen würde. Was soll das dann also? Warum sehen Sie dann eine solche Regelung vor, von der Sie genau wissen, dass sie wirkungslos sein würde?

Das Zweite ist die Befristung bis zum Ende des Jahres 2008. Sie sagen: Wir regeln diese Rasterfahndung jetzt bis Ende 2008, und dann tritt die Regelung außer Kraft. Das sind ganze zwei Jahre. Seit es die Rasterfahndung in Deutschland gibt, nämlich seit dem RAF-Terrorismus in den Siebzigerjahren, ist dieses Instrument vielleicht drei- oder viermal angewandt worden. Sie tun jedoch gerade so, als wäre das permanente Praxis. Diese Maßnahme wird aber nur in ganz wenigen, ausgeprägten Fällen von besonderer Bedrohung angewandt.

Nun wollen Sie das auf zwei Jahre befristen und sagen: Innerhalb dieser zwei Jahre schauen wir einmal, ob sich das Instrument bewährt,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genau! Und dann entscheidet man, ob man das fortsetzt!)

und danach entfällt es. Sagen Sie doch gleich, was Sie eigentlich wirklich wollen: Sie wollen im Prinzip das Ganze zum Scheitern verurteilt sehen, und Sie wollen dieses Instrumentarium gar nicht. Das wäre ehrlicher.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Meine Damen und Herren, nachdem Sie in der ersten Lesung gesagt haben, es gehe um eine Abwägung zwischen Sicherheit und Freiheit, kann ich Ihnen nur erwidern: Das sind keine Gegensatzbegriffe. Im Gegenteil: Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit. Der Staat gewährleistet die Sicherheit und die Freiheit seiner Bürgerinnen und Bürger. Das ist seine ureigenste Kernaufgabe. Wenn Sie eine solche Rasterfahndung als einen „skandalösen Vorgang“ – so haben Sie sich vorhin ausgedrückt, Kollege Sckerl – bezeichnen, geht das leider etwas an der Wirklichkeit vorbei. Wir, die CDU, stehen dafür, dass den Bürgerinnen und Bürgern ein Maximum an Sicherheit geboten wird. Absolute Sicherheit gibt es leider nicht, aber dafür, dass ein Maximum an Sicherheit geboten wird, stehen wir ohne Wenn und Aber ein. Deswegen werden wir Ihren Gesetzentwurf ablehnen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Junginger.

**Abg. Hans Georg Junginger SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Zunächst eine Vorbemerkung: Wie gut, dass es das Bundesverfassungsgericht gibt und dass diesem Gericht auch bei seiner Entscheidung im April 2006 die Ergebnisse der nach dem 11. September 2001 durchgeführten Rasterfahndungen vorlagen.

Was ist die Ausgangslage und die Vorgeschichte? Nach dem Motto „Not kennt kein Gebot“ oder auch „Der Zweck heiligt die Mittel“ haben wir seinerzeit mit dem Ziel der Aufdeckung von sogenannten Schläfern, also von Personen,

die unauffällig unter uns leben und jederzeit als Terroraktivisten in Marsch gesetzt werden können, die Rasterfahndung mitgetragen, allerdings ohne Mitwirkung bei der Festlegung der Verdachtsmerkmale und der Einzelkriterien. Dabei gingen wir von einer sehr konkreten Gefährdung aus.

Selbstverständlich war uns das informationelle Selbstbestimmungsrecht als grundgesetzlich geschütztes Bürgerrecht bekannt und bewusst. Trotzdem haben wir seinerzeit im Spannungsfeld – und das ist ein Spannungsfeld – Freiheits- und Bürgerrechte auf der einen Seite und Sicherheit und Terrorismusabwehr auf der anderen Seite der erhofften Terrorgefahrenabwehr Vorrang eingeräumt. Erst die Ergebnisse bzw. die Nichtergebnisse der durchgeführten Rasterfahndungsmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg – 11 000 Personen in Nordrhein-Westfalen, 4 000 Personen bei uns im Netz der Fahndung, Millionen von Datensätzen, jahrelange Auswertungsarbeit, kein einziger „Schläfer“ ermittelt – haben uns zwischenzeitlich sehr nachdenklich gemacht, was denn da wohl falsch gelaufen sein könnte. – So weit die Vorgeschichte.

Das Bundesverfassungsgericht hat uns nunmehr fast fünf Jahre später im April 2006 nachdrücklich in Erinnerung gerufen, dass Bürgerrechte nach den Grundsätzen unserer Verfassung so wichtig und schutzwürdig sind, dass nur bei schwerer Gefährdung von wichtigen Rechtsgütern, und zwar insbesondere nur bei konkreter und nicht etwa schon bei einer allgemeinen Gefährdungslage, in diese Bürgerrechte eingegriffen werden darf. Beispielhaft dargestellt wurde das am Polizeigesetz von Nordrhein-Westfalen. Diese Grundsätze gelten auch für unser Landespolizeigesetz, das in seinen Begriffen und Formulierungen in mehrfacher Hinsicht nicht den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts entspricht. Das ist die Ausgangslage mit dem Fazit: Es besteht Regelungsbedarf.

Die Initiative der Fraktion GRÜNE – das ist mein zweiter Gedanke – ist deshalb grundsätzlich zu begrüßen. Dennoch können wir nach sorgfältiger Beratung im Innenausschuss diesen Gesetzentwurf nicht mittragen, weil er entgegen der Behauptung des Kollegen von den Grünen keine 1:1-Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts darstellt. In einer zentralen Frage wird eine Hürde aufgebaut, die Rasterfahndungsmaßnahmen tatsächlich obsolet macht. Der Gesetzentwurf erhebt eine gegenwärtige Gefahr zur Fahndungsvoraussetzung. Das Bundesverfassungsgericht nennt demgegenüber als Voraussetzung eine konkrete Gefahr, die über eine allgemeine abstrakte Gefährdungslage hinausgeht. Eine gegenwärtige Gefahr als Voraussetzung würde nämlich bedeuten, dass man gar keine Rasterfahndung mehr durchführen kann,

(Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es!)

sondern direkt zugreifen muss. Eine gegenwärtige Gefahr ist durch eine Rasterfahndung nicht wirksam zu bekämpfen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Völlig richtig!)

Das haben die durchgeführten Rasterfahndungen im Zusammenhang mit der Terrorismusabwehr zweifelsfrei ergeben, und das macht den Gesetzentwurf untauglich. Wenn die verlangte „gegenwärtige Gefahr“ durch „konkrete Gefahr“ er-

(Hans Georg Junginger)

setzt würde, wäre der Gesetzentwurf diskussionswürdig. An der entsprechenden Einsicht mangelt es aber leider unseren Kollegen von der Fraktion GRÜNE.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Schon wieder!)

Drittens: Eine Novellierung ist notwendig. Auf eine eigene Initiative verzichten wir allerdings zurzeit deshalb, weil der Innenminister sowohl in der Stellungnahme zu unserem Berichtsantrag noch vor der ersten Befassung mit dem Gesetzentwurf der Grünen im Plenum als auch bei der ersten Lesung dieses Entwurfs im Plenum wie auch im Innenausschuss konkret und verbindlich angekündigt hat, dass eine Novellierung des Polizeigesetzes innerhalb des ersten Halbjahrs 2007 erfolgen soll. Dabei soll nicht nur die Möglichkeit der Rasterfahndung nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts neu ausgestaltet werden, sondern ebenso sollen und müssen die Rechtsprechungsergebnisse aus dem Bereich der Wohnraumüberwachung und dem Bereich der Telekommunikationsüberwachung unbedingt eingearbeitet werden. Diese Zusage nehmen wir auf und sichern konstruktive Mitarbeit zu.

Allerdings ist in diesem Zusammenhang schon jetzt auf zwei wichtige Grundsätze für die Novellierung hinzuweisen, die für uns unverzichtbar sind. Erstens: So viel staatlicher Eingriff wie unbedingt notwendig, so viel Freiheit und Selbstverantwortung wie irgend möglich.

(Beifall bei der SPD)

Und zweitens: Nicht die Verschärfung von Gesetzen oder der Ruf nach strengeren Strafen erhöhen die Sicherheit und das Vertrauen in die staatliche Ordnung, sondern die Prävention, das bürgerschaftliche Engagement jedes Einzelnen, sein Verantwortungsgefühl und – last, but not least – die ausreichende sachliche und personelle Ausstattung der Sicherheitsbehörden.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns deshalb gemeinsam für eine wehrhafte Demokratie eintreten und dabei die Gemeinschaft der Demokraten und der Verfassungspatrioten immer wieder neu beleben.

Besten Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ingo Rust SPD: Sehr richtig!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kluck.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt wird es auch wieder ganz sachlich!)

**Abg. Hagen Kluck** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie die Debatte schon in der letzten Plenarsitzung gezeigt hat, sind wir uns alle einig, dass wir unser Polizeigesetz ändern müssen. Die FDP/DVP-Fraktion ist aber dagegen, das im Hopplahoppverfahren zu tun.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Dafür ist die FDP Spezialist!)

Deshalb bitte ich die Grünen um Verständnis, dass wir uns damit noch Zeit lassen wollen. Wir werden also Ihren Gesetzentwurf ablehnen.

Schließlich haben wir nicht nur die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Rasterfahndung zu beachten – das ist hier auch schon ausgeführt worden –, sondern wir müssen da gleich versuchen, mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Sie kennen die aktuelle Rechtsprechung – der Kollege Junginger hat gerade davon gesprochen – zur Wohnraumüberwachung, zur Telekommunikationsüberwachung. Auch dies müssen wir da einarbeiten. Wir werden darauf drängen, dass wir spätestens im Frühjahr 2007 an die Sache herangehen.

Ein Wort zur Rasterfahndung, meine Damen und Herren: Die Rasterfahndung wird problematisch, wenn sie vom Vorliegen einer gegenwärtigen Gefahr abhängig gemacht wird. Das ist schlichtweg unsinnig. Wenn eine gegenwärtige Gefahr vorliegt, dann brauchen wir keine Rasterfahndung, denn dann haben wir schon alle erforderlichen Informationen für einen Zugriff; das ist logisch.

(Beifall des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Deswegen bringt uns das überhaupt nicht weiter. Wir müssen also – das hat auch das Verfassungsgericht festgestellt – auf das Vorhandensein einer konkreten Gefahr abstellen.

Bekanntlich wurde seit dem 11. September 2001 kein sogenannter Schläfer durch die Rasterfahndung enttarnt. Allerdings konnte 1979 – Ältere werden sich vielleicht erinnern – im Zuge der Bekämpfung der Roten-Armee-Fraktion mithilfe der Rasterfahndung ein zweifacher Mörder festgenommen werden. Die präventiv-polizeiliche Rasterfahndung kann also durchaus ein Mittel im Kampf gegen Terrorismus und Schwerstkriminalität sein.

Wir Liberalen wollen der Polizei das Instrumentarium geben, das sie für ihre Arbeit braucht. Wir sind allerdings für durchdachte Aktionen und halten nichts von überhasteten Überreaktionen.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Bei jedem Vorfall kommen gleich reflexartig Rufe nach neuen Mitteln für die Terrorismusbekämpfung. Da wird dann populistisch versucht, die Verunsicherung der Bevölkerung auszunutzen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wir können uns gerne über Populismus unterhalten!)

Das will ich Ihnen nicht unterstellen, Herr Kollege Blenke. Aber ich will noch einmal bekräftigen: Der verständliche Wunsch der Menschen nach optimaler Sicherheit darf nicht als gleichzeitige Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger missverstanden werden, Stück für Stück auf noch verbliebene Freiheiten zu verzichten.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

In der freien und offenen Gesellschaft – wir sind uns doch alle miteinander einig, dass wir diese verteidigen wollen –

(Hagen Kluck)

kann es absolute Sicherheit niemals geben. Sie wissen, dass es in Großbritannien eine massive Überwachung gibt.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

– Vielen Dank für die Einladung, die Sie ausgesprochen haben. Wir werden sie sorgfältig prüfen. – In Großbritannien gibt es eine nahezu lückenlose Überwachung aller öffentlichen Räume. Dennoch wurde England von schweren Anschlägen getroffen.

(Abg. Ute Vogt SPD: Ja!)

Die verhinderten Kofferbomber von Nordrhein-Westfalen wurden nicht – das muss ich auch noch einmal klarstellen – aufgrund einer Videoüberwachung gefasst, sondern nach Hinweisen des libanesischen Geheimdienstes. Die haben da ein Telefongespräch abgehört, weil sie die auf dem Ticket hatten, und haben dann unseren Diensten einen entsprechenden Hinweis gegeben. Dadurch sind wir dann auf diese Leute gekommen.

Das Täterprofil dieser Kofferbomber wäre im Vorfeld gar nicht aufgefallen. In keiner noch so gut vernetzten Antiterrordatei wären die Beschuldigten vermerkt gewesen. Sie sind auch in keiner vom Verfassungsschutz beobachteten Organisation irgendwie aufgefallen, und sie konnten daher auch nicht Zielscheibe besonderer Überwachungsmaßnahmen oder von Ausspähungen sein. Auch bei einer noch so schrankenlosen Rasterfahndung wären sie nicht im Netz hängen geblieben; denn die Auffälligkeit dieser beiden Beschuldigten bestand ja gerade in ihrer Unauffälligkeit.

Uns ist bewusst, dass auch hier bei uns weiterhin die Gefahr von Anschlägen durch islamistische Terroristen besteht. Der Beweis, dass eine verschärfte Überwachung tatsächlich zu mehr Sicherheit führt, ist bisher aber nicht erbracht worden. Zahlreiche derzeit diskutierte Maßnahmen scheitern bereits an ihrer tatsächlichen und rechtlichen Machbarkeit; bei anderen steht der konkrete Nutzen in Form einer spürbaren Verbesserung der Sicherheit in keinem Verhältnis zur damit im Gleichklang erfolgenden Beschneidung der Bürgerrechte.

Meine Damen und Herren, uns liegen die Freiheit und die Sicherheit der Bevölkerung am Herzen. Deshalb muss alles getan werden, um das Anschlagrisiko zu minimieren. Aber bitte immer mit den Mitteln des Rechtsstaats! Wir Liberalen sehen Forderungen nach Gesetzesverschärfung immer kritisch. Bevor man daran denkt, sollte man das vorhandene Instrumentarium konsequent nutzen und, wenn unabwendbar, auch verfeinern und nachjustieren. Seit den RAF-Verbrechen in den Siebziger- und Achtzigerjahren gab es über 50 Gesetzesverschärfungen in der Strafverfolgung und bei der Prävention, stets zulasten der Freiheit. Man schützt die Freiheit nicht, indem man sie abschafft. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass sie auch nicht Millimeter für Millimeter stirbt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Innenminister Rech.

**Innenminister Heribert Rech:** Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Gerade unter Einbeziehung des flammenden Appells am Schluss der Rede des Kollegen Hagen Kluck will ich doch – wie schon am 12. Oktober bei unserer letzten Debatte zu diesem Thema – feststellen, dass die Schnittmenge an Gemeinsamkeiten doch recht groß ist. Das gilt jedenfalls unstreitig in weiten Teilen, beispielsweise insofern, als der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts eine Anpassung der polizeilichen Vorschriften zur Rasterfahndung erforderlich macht. Ich habe damals zugesagt und sage es heute erneut, dass wir diese Anpassung vornehmen werden.

Aber wir wollen – im Unterschied zu den Grünen – das Thema Rasterfahndung nicht isoliert behandeln. Die Anpassung wird Teil der für das kommende Jahr vorgesehenen Novellierung des Polizeigesetzes sein, und wir werden uns – das habe ich auch im Innenausschuss schon gesagt – anstrengen, um den Entwurf noch im ersten Halbjahr 2007 einzubringen.

Das vorhandene Instrumentarium soll dort, wo es notwendig ist, verbessert werden. Das gilt insbesondere mit Blick auf die Herausforderungen durch den internationalen Terrorismus. Kollege Thomas Blenke hat ja zu Recht gerade auf diesen Aspekt hingewiesen.

Daneben müssen wir aber auch die gesetzlichen Grundlagen schaffen, um der Polizei die Nutzung neuer Technologien zu ermöglichen. Auch dies, Herr Kollege Blenke, gehört in diesen Kontext. Deswegen werden wir im kommenden Jahr Maßnahmen wie beispielsweise die präventive Telekommunikationsüberwachung, den Einsatz automatisierter Kennzeichenlesesysteme, den verstärkten Einsatz von Videokameras oder die Ausschreibung zur gezielten Kontrolle in den polizeilichen Fahndungssystemen zu diskutieren haben.

Unabhängig von dem Prozedere, Herr Kollege Sckerl, halte ich den Gesetzentwurf der Grünen auch inhaltlich nicht für sachgerecht. Die Rasterfahndung – dies wurde hier gesagt – ist ein unverzichtbares Instrument für die Aufgabenerfüllung der Polizei, aber eben nur ein Instrument. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hat dem Einsatz der Rasterfahndung ja bereits sehr enge Grenzen gesetzt. Es besteht daher überhaupt keine Veranlassung, die Eingriffsschwelle noch über das der Verfassung wegen gebotene Maß hinaus in unüberwindbare Höhen zu schrauben.

Wer, meine Damen und Herren, wie die Grünen den Einsatz der Rasterfahndung vom Vorliegen einer gegenwärtigen Gefahr abhängig machen will – und das, obwohl das Bundesverfassungsgericht dies ausdrücklich und mit guten Gründen gerade nicht gefordert hat –, der muss sich schon fragen lassen, ob es ihm noch um einen angemessenen Ausgleich zwischen Sicherheit und Freiheit geht oder ob er in Wahrheit nicht das Ziel verfolgt, dieses Ermittlungsinstrument generell abzuschaffen.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU)

Herr Kollege Blenke, diesen Verdacht teile ich mit Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Minister Heribert Rech)

Wir sind jedenfalls der Auffassung, dass der praktische Nutzen der Rasterfahndung

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Hat ja eh nichts gebracht! Dazu sagt er nichts!)

unter den von den Grünen geforderten Voraussetzungen ernsthaft infrage gestellt wäre.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: 10 Millionen gibt er aus, und es bringt nichts!)

– Herr Kollege Oelmayer, ich schätze Sie aus vielerlei Gründen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ich bin schon gerastert!)

Ich schätze Sie auch deswegen, weil Sie immer ein aufmerksamer Zuhörer sind. Aber gerade deswegen weiß ich, dass Sie all die Beispiele, die jetzt schon mehrfach genannt wurden, auch noch gut im Kopf haben und dass Ihre Frage deswegen rein rhetorischer Natur ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Bei der nächsten Rasterfahndung gibt es keine Erfolgchancen!)

– Herr Kollege Oelmayer, noch eine Minute bitte ich um Ihr Gehör.

Eine Rasterfahndung ist keine Sache, die mal eben über Nacht durchgeführt werden kann. Kollege Kluck hat darauf hingewiesen. Sie selber haben ja die Größenordnung der Datensätze genannt, die im Rahmen einer Rasterfahndung anfallen können. Eine wirksame Gefahrenabwehr ist unter den von den Grünen geforderten Voraussetzungen schlechterdings nicht mehr zu leisten. Kollege Kluck hat darauf präzise hingewiesen.

Auch die vorgesehene Verfallsautomatik und die dazu abgegebene Begründung überzeugen mich nicht.

Sie haben mir in der letzten Debatte zunächst sehr locker und flott vorgehalten, die Rasterfahndung habe ja noch nie etwas gebracht, Herr Kollege Oelmayer. Ich hatte dann auf den erfolgreichen Einsatz in einem konkreten Fall Ende der Siebzigerjahre in Frankfurt am Main hingewiesen:

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Den meine ich nicht! Ich meine die Rasterfahndung im Land!)

Rote-Armee-Fraktion, konspirative Wohnung entdeckt, Mitglied der RAF festgenommen. Wenn Sie sagen, dies sei der einzige Fall gewesen, dann sage ich Ihnen ganz ehrlich: Für mich wäre auch dieser eine Fall ein ausreichender Beleg für die Geeignetheit und die Erforderlichkeit der Rasterfahndung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Der war aber nicht auf der Grundlage unserer Politik!)

Aber es gibt weitere Beispiele. Das Innenministerium hat im Rahmen einer Stellungnahme vom Oktober 2001 zu ei-

nem Antrag Ihrer Fraktion zum Thema Terrorismusbekämpfung weitere Beispiele über den bisher erfolgreichen Einsatz der Rasterfahndung aufgeführt. Ich darf Sie auf die Lektüre der Drucksache 13/279 verweisen.

Meine Damen und Herren, lassen wir doch die Kirche im Dorf. Mit der Kontrolle der Rasterfahndung durch den Landesbeauftragten für den Datenschutz bin ich einverstanden. Mit der Evaluation durchgeführter Rasterfahndungen bin ich auch einverstanden. Aber die Sinnhaftigkeit einer gesetzlichen Befristung, auch wenn diese zuletzt sehr in Mode gekommen zu sein scheint, erschließt sich mir bei der Rasterfahndung jedenfalls nicht.

Abschließend: Die Landesregierung wird im kommenden Jahr – Ziel erstes Halbjahr – einen Entwurf für eine umfassende Novellierung vorlegen. Wir werden das rechtliche Instrumentarium aktualisieren, insbesondere im Blick auf eine effektive Bekämpfung des Terrorismus. Eine jetzt isolierte Neuregelung der Vorschriften greift zu kurz. Die Änderung der Vorschriften zur Rasterfahndung wird unter Beachtung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts so erfolgen, dass der Polizei auch in Zukunft der notwendige Handlungsspielraum zu einer effektiven Gefahrenabwehr erhalten bleibt. Um nichts anderes geht es uns. Deswegen lassen Sie uns in aller Ruhe und Sachlichkeit darüber diskutieren, sobald der Gesetzentwurf vorliegt. Wie gesagt: Im ersten Halbjahr des kommenden Jahres wollen wir dies erledigt haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Monika Chef FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/226.

Der Innenausschuss empfiehlt Ihnen mit der Beschlussempfehlung Drucksache 14/447, den Gesetzentwurf abzulehnen. Ich bitte, damit einverstanden zu sein, dass wir über den Gesetzentwurf insgesamt abstimmen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 14/226 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Ich unterbreche die Sitzung bis 14:00 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:35 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:02 Uhr)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.



(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich möchte mich für die zweiminütige Verspätung entschuldigen. Ich war der Meinung, es sei noch vor 14 Uhr.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Ute Vogt SPD: Die Landesregierung ist noch später dran!)

– Wenn ich die Regierungsbank auf meiner rechten Seite anschau, muss ich sagen: Die Regierung ist noch später dran als ich.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Aber die zuständige Ministerin ist da!)

– Ich habe nach rechts geschaut.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Baden-Württembergisches Ladenschlussgesetz (BWLadSchlG) – Drucksache 14/489**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Frau Fraktionsvorsitzende Vogt hat das Wort für die SPD-Fraktion.

**Abg. Ute Vogt SPD:** Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in diesem Haus – Sie auch in der Zeit, bevor ich diesem Haus angehören durfte – hart dafür gekämpft, dass es eine Föderalismusreform gibt, dass wir im Land die Chance haben, Dinge, die das Land angehen, auch selbst zu regeln. Leider ist es nicht gelungen, dass die Landesregierung diese Chance tatkräftig ergreift und jetzt z. B. beim Thema Ladenschluss eine Regelung erlässt, die im Grunde landesspezifisch, besonders für Baden-Württemberg, getroffen werden kann.

Wir als SPD-Fraktion wollen der Verantwortung gerecht werden und laden Sie herzlich ein, gemeinsam mit uns einen Gesetzentwurf zu beschließen, der Regelungen trifft, die die Besonderheiten unseres Landes berücksichtigen, Regelungen, die berücksichtigen, dass unser Land einen ländlich strukturierten Raum hat, die berücksichtigen, dass wir viele Bürgerinnen und Bürger in kleinen und mittleren Gemeinden haben, die schon heute Probleme haben, eine ortsnahe, insbesondere eine wohnortnahe Versorgung zu erhalten.

Deshalb, sehr verehrte Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich Sie bitten: Hören Sie dieses Mal nicht – einmal nicht – auf diejenigen, die als Verbandsvertreter lautstark ihre Interessen kundtun, sondern hören Sie auf die Menschen, die in den Gemeinden wohnen, und die Menschen, die im Einzelhandel beschäftigt sind. Helfen Sie durch Ihre Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf mit, dass deren Interessen gewahrt bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Ich zitiere aus einem Brief der Fleischer-Innung Mannheim Heidelberg. Die Innung schreibt uns zu Recht:

*Das Sozialsystem in Deutschland wird zu großen Teilen getragen vom mittelständischen Einzelhandel und*

*den daran anhängigen Branchengruppen. Ebendiese Branchen, die ihr Personal auf längere Öffnungszeiten nicht weiter strecken können ...*

Sie sind darauf angewiesen, dass man bei den Ladenöffnungszeiten gerade nicht die Großen bevorteilt, sondern auf die Interessen der breiten Mehrheit unserer Einzelhändler Rücksicht nimmt.

Die Innung schreibt weiter, Einkaufsmöglichkeiten in der erweiterten Form würden – ich zitiere –

*lediglich der „grünen Wiese“ nützen, die dann ihre Tore geöffnet halten können, jedoch nicht, weil diese daran dann unter dem Strich mehr verdienen, sondern weil sie die ortsnahen und ortszentralen Konkurrenten damit verdrängen können.*

Das bitte ich Sie zu berücksichtigen. Wir haben hier gute Vorarbeit geleistet. Sie müssen nichts weiter tun. Sie müssen Ihre Beamtinnen und Beamten nicht in Gang setzen, sondern Sie können schlicht Ihre Hand heben dafür, dass wir eben nicht die Kaufkraft in die großen Zentren abziehen, sondern eine Vielfalt der Kleinen weiter erhalten, dafür, dass wir die Innenstädte lebendig halten, dass wir nicht einige wenige große Kaufhäuser als letzte Anbieter haben, sondern dass der Facheinzelhandel auch weiterhin zum qualitätsvollen Angebot in Baden-Württemberg gehört.

Nicht zuletzt geht es auch um die Wohnqualität. Auch wenn es dann nur wenige Große sind, die in den Städten weiterhin geöffnet werden können: Überlegen Sie sich, was es bedeutet, wenn Sie in der Innenstadt in der Nähe eines großen Kaufhauses wohnen und dort rund um die Uhr die Möglichkeit besteht, dass angeliefert wird und dass ein Kundenstrom fließt.

Ich glaube, wir alle haben ein Interesse daran, dass die Menschen gerade nicht die Innenstädte verlassen, dass es dort nicht immer mehr Büros und Verödung gibt, sondern dass es lebendige Innenstädte bleiben. Auch deshalb bitten wir um die Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf.

Am Ende möchte ich an Sie appellieren, mit uns gemeinsam auch eine öffentliche Debatte über die Frage „Was heißt eigentlich Lebensqualität in Baden-Württemberg?“ zu führen. Wir sind stolz auf vieles, was das Land zu bieten hat. Aber das hat doch mitnichten etwas mit dem Thema zu tun, dass ich rund um die Uhr einkaufen kann. Das ist im Grunde Konsumterror, der vermeintlich Lebensqualität bedeutet, aber zulasten derer geht, die dann bis spät in die Abend- und Nachtstunden arbeiten müssen, zulasten insbesondere von Frauen und auf Kosten ihrer Familien und ihrer Freizeit. Das ist nicht das, was Menschen als Lebensqualität in Baden-Württemberg erwarten dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es uns darum geht, weiterhin gemeinsame Aktivitäten zu ermöglichen, auch weiterhin ehrenamtliches Engagement möglich zu machen, dann benötigt man verlässliche Zeiten. Sicher gibt es immer wieder Menschen, die mehr und auch zu ungewöhnlichen Uhrzeiten arbeiten müssen. Das sind dann in der Regel Menschen, die dafür weit, weit mehr verdienen als diejenigen, die Tag für Tag im Verkauf stehen,

(Ute Vogt)

freundlich sein sollen und in der Regel mit einem Minimum an Gehalt abgespeist werden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das sind die Krankenschwestern, die immer sagen, sie verdienen zu wenig!)

Der Einzelhandel ist noch eine der beschäftigungsintensivsten Branchen in Baden-Württemberg. Im Sinne der 250 000 Beschäftigten und im Sinne der Menschen, die darauf angewiesen sind, dass wir die Versorgung in der Fläche des Landes sichern, und auch im Sinne der – im Übrigen von Ihnen sonst gerne zitierten – Kirchen wäre es wirklich notwendig und hilfreich, wenn Sie uns unterstützen würden. Die Regierungsarbeit wäre damit getan, und wir könnten uns anderen Taten zuwenden. Wir bitten Sie um die Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Frau Kollegin Vogt, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Wetzel?

**Abg. Ute Vogt SPD:** Ja.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Abg. Dr. Wetzel.

**Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP:** Zu Ihrem Gesetzentwurf habe ich drei Fragen. Vielleicht können Sie sie mir beantworten.

Warum haben Sie aus § 10 die Fremdenverkehrsorte herausgenommen? Warum haben Sie nur Kur- und Erholungsorte hineingenommen?

In § 11 haben Sie Ausnahmen eingebaut. Teilweise kann an drei Stunden, teilweise an sechs Stunden geöffnet werden. Warum gerade drei Stunden und sechs Stunden? Warum nicht vier oder fünf Stunden?

In § 13 haben Sie den Schutz der Arbeitnehmer extra aufgenommen. Sie, die SPD-Fraktion, treten doch – jedenfalls höre ich das immer wieder – stark für die Beseitigung der Bürokratisierung ein. Unsere Arbeitnehmer werden doch in vielen Gesetzen weitestgehend geschützt. Warum bedarf dann –

(Zurufe von der SPD: Frage! – Abg. Reinhold Gall SPD: Die Diskussion führen wir hier aber jetzt nicht, Herr Präsident!)

– Warten Sie doch! Wenn Sie mich nicht unterbrechen, kann ich fragen.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Reinhold Gall: Sie müssen halt fragen! Ganz einfach!)

**Abg. Ute Vogt SPD:** Sie müssen sagen: „Stimmen Sie mir zu, dass ...“, und dann können Sie das alles vorbringen.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP:** Warum? Das frage ich Sie doch.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: „Warum“ beinhaltet in der Regel eine Frage! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Dann können wir das einfach beantworten! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte lassen Sie den Kollegen Dr. Wetzel ausreden.

**Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP:** Ich frage: Aus welchem Grunde ist ein weiterer Arbeitnehmerschutz in § 13 Ihres Gesetzentwurfs erforderlich?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Frau Abg. Vogt.

**Abg. Ute Vogt SPD:** Herr Kollege, wir stimmen Ihnen zu, dass es richtig ist, möglichst unbürokratische Regelungen zu treffen. Wir hatten aber bislang nicht den Eindruck, dass die bisherigen Regelungen zu bürokratisch seien. Es hätte Ihnen auffallen dürfen, wenn Sie sich den Gesetzentwurf anschauen, dass er genau dem entspricht, was auf der Bundesebene geregelt ist. Dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in solchen Arbeitsverhältnissen stehen und, wie gesagt, auch wenig Geld dafür erhalten, eines besonderen Schutzes bedürfen, sollte niemand von uns abstreiten.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die FDP/DVP schon!)

Es ist ein Unterschied, ob wir als Abgeordnete manchmal Tag und Nacht unterwegs sind oder ob das Leute mit ganz anderen Gehältern sind. Deshalb halten wir ein Schutzbedürfnis dieser Kolleginnen und Kollegen nicht für eine bürokratische Idee, sondern für etwas, das uns als Gesetzgeber in der Tat obliegt: Es obliegt uns, auch für die Menschen im Land Fürsorge zu tragen, die vielleicht keine so starke Lobby und Interessenvertretung haben, wie sie andere haben, die sich oft lautstark zu Wort melden.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Rombach.

**Abg. Karl Rombach CDU:** Herr Präsident, verehrte Damen und Herren Kollegen! Das bisherige Gesetz über die Ladenöffnungszeiten stammt, wie Sie wissen, in seinen Grundzügen aus dem Jahr 1956. In den vergangenen zehn Jahren hat es zahlreiche Änderungen erfahren, wie wir alle wissen – zuletzt gerade im Jahr 2003, als die Ladenöffnungsmöglichkeiten an Samstagen bis 20 Uhr ausgedehnt wurden.

Ich glaube, dass wir alle uns in der Bewertung einig sind, dass sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten die wirtschaftlichen und die sozialen Rahmenbedingungen erheblich verändert haben. Veränderte Verkaufsformen, Sonderregelungen und Ausnahmen im werktäglichen Ladenschluss haben die Wettbewerbsbedingungen verändert und teilweise – das dürfen wir nicht verkennen – zu Wettbewerbsverzerrungen geführt. Flexible Arbeitszeiten und unterschiedliche Beschäftigungsstrukturen haben die Arbeits- und Lebensbedingungen und die Konsumgewohnheiten der Menschen im Lande – unserer Menschen – nachhaltig ver-

(Karl Rombach)

ändert. Einkaufen sollte mit den Arbeitszeiten und mit dem Familienleben, meine Damen und Herren, in Einklang gebracht werden können.

(Abg. Ute Vogt SPD: Jawohl! Genau! – Beifall bei der SPD)

Der Einzelhandel muss sich auf die veränderten Situationen einstellen und meiner Meinung nach – jetzt können Sie klatschen, verehrte Anwesende – selbst über die Ladenöffnungszeiten entscheiden und sich der veränderten Situation stellen. Meine Damen und Herren, nicht regulieren, sondern deregulieren ist die Herausforderung der Zeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

Gleichzeitig gilt es, verehrte Kolleginnen und Kollegen, unseren Verfassungsauftrag, die Sonn- und Feiertagsruhe zu schützen, aufrechtzuerhalten. Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage sind als Tage der Arbeitsruhe unter den besonderen verfassungsrechtlichen Schutz des Grundgesetzes gestellt.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Familie findet nicht nur am Sonntag statt!)

An Sonn- und Feiertagen soll die Geschäftstätigkeit in Form von Erwerbsarbeit grundsätzlich ruhen, meine Damen und Herren, gerade damit der Einzelne diese Tage für sich allein, mit der Familie, in der Gemeinschaft, in der Nachbarschaft, insbesondere in den Vereinen mit anderen ungehindert von werktäglichen Verpflichtungen und Beanspruchungen nutzen kann.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die Singstunde findet aber nicht sonntags statt, sondern werktags!)

Darauf wurde – ich verweise auf das Bundesverfassungsgericht – im Urteil vom 9. Juni 2004 hingewiesen. Ziel des von der Regierung geplanten Gesetzes über die Ladenöffnung in Baden-Württemberg ist es, das Ladenschlussrecht zu modernisieren sowie es verbraucherfreundlich und damit auch – ich sage es noch einmal – familienfreundlich zu gestalten.

Das neue Landesgesetz muss meiner Meinung nach einen erheblichen Beitrag zur Vereinfachung und zur Entbürokratisierung leisten. Und das wird es auch, so denke ich, um mit einer Überarbeitung der bisherigen Vorschriften – in einem Zusammenhang, in einer Integration – mehrere bestehende Regelungen in ein Gesetz zu gießen. Ich denke an das bisherige Bundesgesetz über den Ladenschluss, die Verordnung des Bundes über den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen und insbesondere die Ladenschlussverordnung in Baden-Württemberg. Ich sage noch einmal: Es geht um das Zusammenschweißen in einem Guss.

Nach unserer Auffassung können Ladenschlusszeiten an Werktagen vollständig aufgehoben werden. Die Ladenöffnungszeiten an Werktagen können damit vollständig eigenverantwortlich und von dem jeweiligen Ladeninhaber und -betreiber festgelegt werden.

An Sonn- und Feiertagen dagegen ist ein grundsätzlicher Ladenschluss vorgesehen. Verkaufsoffene Sonn- und Feier-

tage sollten zweimal im Jahr ermöglicht werden. Über sie soll praxis- und basisnah vor Ort entschieden werden. Bei besonderen herausragenden Stadtjubiläen soll wie bisher die Möglichkeit bestehen, dass vom Regierungspräsidium eine Freigabe für einen dritten verkaufsoffenen Sonntag gewährt wird.

Mit der Beibehaltung des grundsätzlichen Ladenschlusses an Sonn- und Feiertagen wird unabhängig vom Arbeitszeitrecht und seiner Beschränkung auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Frau Vogt, ein Mindestmaß an sozialem Arbeitsschutz für Ladeninhaber und Beschäftigte von Verkaufsstellen sichergestellt. Dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, meine Kolleginnen und Kollegen, sollte unser gemeinsames Ziel sein.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rücke CDU: Sehr gut! Hervorragend!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Sitzmann.

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt zwei Vorschläge gehört: zum einen den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion, die sagt, bei den Ladenöffnungszeiten solle alles so bleiben, wie es derzeit ist, und zum anderen den Vorschlag der Regierungsfractionen CDU und FDP/DVP, die schon seit Jahren auf eine Änderung beim Ladenschluss dringen. Allerdings muss man sagen: Solange die Zuständigkeit noch nicht beim Land war, sondern beim Bund, konnte es gar nicht schnell genug gehen. Seitdem das Land darüber entscheiden kann, hat sich das Tempo extrem verlangsamt.

(Oh-Rufe von der CDU – Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Wir haben bis heute noch keinen Gesetzentwurf auf dem Tisch. Sie haben in den letzten Jahren viele Erwartungen geweckt. Es gibt zu Recht einige, die von Ihnen jetzt enttäuscht sind. Seit Mitte 2004 kennen wir Ihre Position, nämlich an Werktagen die Öffnungszeiten völlig freizugeben und die Zahl der verkaufsoffenen Sonntage im Jahr von vier auf zwei zu reduzieren. Also seit zweieinhalb Jahren müssten Sie einen fertigen Gesetzentwurf in der Schublade haben. Wir sind gespannt, wann wir den hier im Plenum diskutieren werden.

Es geht um die Frage: Soll man den Ladenschluss an Werktagen völlig freigeben, oder soll alles so bleiben, wie es ist? Unseres Erachtens wird in beiden Vorschlägen darauf verzichtet, in diesem Bereich tatsächlich zu steuern. Sie sagen Top oder Flop. Wir dagegen sagen: Der richtige Weg ist: Lasst die Kommunen im Land über den Ladenschluss an Werktagen selbst entscheiden.

(Beifall bei den Grünen)

Ich möchte Ihnen drei Beispiele geben, warum das der richtige Weg ist. Z. B. war letzten Samstag in der „Stuttgarter Zeitung“ über eine Umfrage der SPD unter 200 Einzelhändlern zu lesen. Das Ergebnis war, dass unter den 70 Einzel-

(Edith Sitzmann)

händlern, die geantwortet haben, 44 in den Stadtbezirken gegen längere Öffnungszeiten sind. Aber diejenigen, die im Stadtzentrum angesiedelt sind, sagen, sie hätten gerne eine Liberalisierung der Öffnungszeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Fazit dieser Umfrage liegt meines Erachtens klar auf der Hand: Wir lassen die Stadt Stuttgart selbst entscheiden, wann und wo es richtig ist, die Öffnungszeiten zu verlängern.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Theurer?

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Jetzt schon? – Bitte schön.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte schön, Herr Abg. Theurer.

**Abg. Michael Theurer FDP/DVP:** Frau Kollegin, finden Sie es eigentlich gerecht, wenn ein Textilhändler in der einen Stadt öffnen darf, der in einer anderen Stadt aber nicht, wenn diese zugleich miteinander in Wettbewerb stehen? Finden Sie es in Ordnung, dass ein Händler in der Frage, ob er öffnen darf oder nicht, von seinem Gemeinderat abhängig ist,

(Zuruf von der SPD: Das bestimmt der OB!)

während sein Wettbewerber öffnen darf, wann er will?

(Unruhe bei der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Herr Kollege Theurer, das finde ich okay. Das wird noch viel deutlicher, wenn ich Ihnen weitere Beispiele nenne.

Während der Fußball-WM war es über Ausnahmeregelungen möglich, die Ladenöffnungszeiten zu verlängern. Das Ergebnis war, dass dies in der Fläche eher zurückhaltend angenommen worden ist, dass es aber zum Beispiel in Mannheim, Reutlingen, Weinheim und anderswo lange Einkaufsnächte gab, die sehr gut angenommen worden sind. Auch das zeigt ganz klar, dass wir regional unterschiedliche Lösungen brauchen, damit das auch für die betroffenen Einzelhändler wirklich etwas bringt.

(Zuruf des Abg. Karl Rombach CDU)

Das dritte Beispiel, meine Damen und Herren aus den Reihen der FDP/DVP: Vom Wirtschaftsminister war in dieser Woche zu vernehmen, er wolle den Kampf gegen die Verödung der Innenstädte aufnehmen. Das ist ein sehr lobenswertes Unterfangen. Allerdings frage ich mich dann wirklich, warum Sie das Steuerungsinstrument, das man den Kommunen beim Ladenschluss geben kann – nämlich zu differenzieren, wo die Öffnungszeiten verlängert werden –, so schnell und freiwillig aus der Hand geben. Damit wird nämlich genau das passieren, wogegen der Minister angeblich kämpft.

Unser Fazit ist deshalb: Hören Sie auf die Menschen, und achten Sie auf die Bedürfnisse, die regional unterschiedlich sind. Geben Sie den Kommunen das Recht, die Öffnungs-

zeiten in ihrem Gemeindegebiet dann zu verändern, wenn es für sie sinnvoll ist. Lassen Sie ansonsten, wenn die Kommunen von diesem Recht nicht Gebrauch machen wollen, die Ladenöffnungszeiten so, wie sie sind. Das ist der beste Weg, und dies werden wir in den weiteren Beratungen einbringen. So kommt es zu bürgernahen und ortsbezogenen Lösungen.

Lassen Sie mich zum Schluss ein letztes Wort zum Thema Sonntagsöffnung sagen. Hier teilen wir nicht die Ansicht der SPD, dass alles so bleiben soll, wie es derzeit ist – mit häufigen Sonntagsöffnungen –, sondern wir sind der Ansicht

(Unruhe bei der SPD – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Reinhold Gall: Bis zu vier! Die Kommunen können entscheiden!)

– ich sage ja: wie es bisher ist –, dass eine Einschränkung auf zwei verkaufsoffene Sonntage der richtige Weg ist.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Warum lassen Sie da die Kommunen nicht entscheiden? – Abg. Alfred Winkler SPD: Lasst doch die Kommunen entscheiden!)

Das ist ein Teil Lebensqualität.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sonntagsschutz ist ein Verfassungsrecht. Das ist ein anderes Thema als die Freigabe an Werktagen. Es gehört zu unserer Kultur, einen Tag in der Woche für soziales Leben, Familie und Erholung freizuhalten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich hoffe, Sie lassen sich im Laufe der weiteren Beratung von unseren Vorschlägen überzeugen. Dies ist der richtige Weg für Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Dr. Noll, das Wort.

**Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die SPD hat in Reaktion darauf, dass die Landesregierung einen Gesetzentwurf – mit den Koalitionsfraktionen abgestimmt und im Kabinett zur Anhörung freigegeben – vorgestellt hat, der Ihnen wahrscheinlich nicht gänzlich unbekannt ist, jetzt auf die Schnelle schlicht und einfach den alten Gesetzestext, der bisher auf Bundesebene gegolten hat, übernommen. Das ist eine schöne Deregulierung und Nutzung der Ergebnisse der Föderalismusreform, wenn man alles so macht, wie es bisher war, weil das vermeintlich gut war!

(Beifall bei der FDP/DVP)

Liebe Frau Vogt, wir hören in der Tat auf die Menschen. Wir hören nun einmal zunächst auf die Menschen, die sich in den Verbänden organisieren. Deswegen verstehe ich die

(Dr. Ulrich Noll)

Kritik nicht so ganz, wir kämen nicht in die Puschen. Wir machen ein ganz geordnetes Verfahren mit einem Gesetzentwurf, der vom Sozialministerium vorgelegt wird. Daher meine ich, dass es völlig in Ordnung ist, das Pro und Kontra noch einmal anhand unseres Gesetzentwurfs ausführlich zu diskutieren.

(Zuruf von der SPD)

Ich höre schon auf die Menschen. Wir leben aber nicht mehr auf einer Insel,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir haben noch nie auf einer Insel gelebt, soweit ich weiß!)

sondern wir bekommen immer wieder, etwa von Menschen, die aus dem Urlaub zurückkehren, zu hören – und unter ihnen soll es auch Gewerkschaftsmitglieder geben –: Ich fand es mit am tollsten, dass ich im Urlaub rund um die Uhr, wenn es mir danach war, zum Einkaufen gehen konnte.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Abg. Alfred Winkler SPD: Das war aber ein starkes Argument!)

Das ist jetzt sicherlich nicht das einzige Argument. Ein weiteres Argument: Alle Länder um uns herum haben signalisiert oder setzen dies schon um – es wird ja wieder kritisiert, wir seien zu spät dran – –

(Abg. Alfred Winkler SPD: Das war ein Noll-Argument!)

Baden-Württemberg hat Grenzen nicht nur zu anderen Nationalstaaten, sondern auch zu anderen Bundesländern. Die Bewohner dieser Grenzregionen zwingen wir ja möglicherweise, jenseits unserer Landesgrenzen einzukaufen, wenn sie außerhalb der bei uns geltenden Ladenöffnungszeiten einkaufen möchten. Auch da sind wir keine Insel.

Wir hören auf die Menschen.

(Abg. Ute Vogt SPD: Auf die Beschäftigten sollte man hören!)

– Ja, zu diesen Menschen gehören die Kunden, die Beschäftigten und die Ladeninhaber. Sie alle sind für uns wichtig. Deswegen setzen wir uns auch mit allen Argumenten seriös auseinander.

Schon der Titel Ihres Gesetzentwurfs, „Ladenschlussgesetz“, unterscheidet sich deutlich vom Titel unseres Gesetzentwurfs, der nämlich lautet: „Gesetz zur Ladenöffnung“.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Rudolf Hausmann SPD: Ja, toll! – Abg. Reinhold Gall SPD: Ganz toll! Diese Leistung war bestimmt Ihre Idee!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch einmal:

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ich wäre schon froh, wenn ich jederzeit zum Zahnarzt könnte! Die meisten Praxen haben dann nämlich geschlossen!)

Man muss kein Wirtschaftsexperte sein, um zu folgender Einsicht zu gelangen: Geschäfte macht ein Selbstständiger, ein Unternehmer nur dann, wenn er sein Geschäft offen hält, und nicht dann, wenn er es geschlossen hat.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Das wissen Einzelhändler übrigens auch – ich sage das, weil Sie immer auf die Familienbetriebe abheben. Es gibt viele in Familienbetrieben ausgeübte Handwerksberufe, deren Angehörige schon immer wussten, dass es nicht ausreicht, wenn sie abends schon um 18 Uhr den Schlüssel umdrehen. Sie wissen vielmehr, dass sie, wenn sie unternehmerisch tätig sind, nicht die Arbeitszeiten haben, die ein Arbeitnehmer oder eine Arbeitnehmerin hat.

Wir nehmen das ernst, aber wir müssen, wenn wir immer wieder Freiheit für unternehmerisches Handeln einfordern, schon auch sagen: „Ja, wir geben euch und Ihnen jetzt diese Freiheit. Wir geben auch den Kunden die Freiheit, zum Einkaufen zu gehen, wenn ihrer Meinung nach der richtige Zeitpunkt dafür gekommen ist.“

Noch einmal – und auch in dieser Hinsicht sind wir in einer Gesellschaft, die eine andere ist, als sie es zum Zeitpunkt der Ladenschlussgesetzgebung des Bundes möglicherweise war –:

(Abg. Alfred Winkler SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Heute gibt es im Grunde genommen ganz andere Möglichkeiten. Denken Sie etwa an Tankstellen und alle möglichen anderen Einrichtungen, bei denen die Kunden sozusagen mit den Füßen abstimmen. Gerade das bringt doch die Wettbewerbsverzerrung, die unserem Einzelhandel dann massiv schadet.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Glocke des Präsidenten – Abg. Reinhold Gall SPD: Da wird doch gar nicht abgestimmt!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Dr. Noll, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

**Abg. Dr. Ulrich Noll** FDP/DVP: Nein, jetzt nicht. Eine Nachfrage darf er dann stellen, wenn ich meine Ausführungen beendet habe.

(Zuruf von der SPD)

Wenn Sie dann beim Thema Ladenöffnung wieder von „Konsumterror“ reden, dann verstehe ich nicht, warum Sie gleichzeitig immer die lahmende Binnenkonjunktur kritisiert haben.

(Abg. Ute Vogt SPD: Die Leute haben doch nicht mehr Geld! Sie geben doch nicht mehr Geld aus, wenn länger geöffnet ist!)

Irgendwo muss man sich einmal entscheiden, ob man das wirklich für „Konsumterror“ hält, wenn eine Stadt eine Late-Night-Shopping-Aktion durchführt, damit die Leute die Stadt beleben und mit ihren Familien einkaufen gehen können.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das ist doch sowieso nur Kruscht, was die kaufen! Da kauft man doch bloß Kruscht aus Taiwan! – Zurufe und Unruhe)

(Dr. Ulrich Noll)

– Ja, gut, wenn Sie sagen, alles, was die Leute beim Late-Night-Shopping kaufen, sei Kruscht, dann sind Sie wohl wieder der Gutmensch, der sagt: „Wir müssen die Menschen davor schützen, Kruscht einzukaufen.“ Das ist aber nicht unsere Sicht der Dinge, sondern wir meinen, diese Bewertung sollte man den Menschen überlassen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Ute Vogt SPD: Die können doch das Geld auch nur einmal ausgeben!)

Wir sollten auch denen, um die es geht, wenn sie Waren anbieten, die Freiheit geben, nicht nach Belieben des Gemeinderats der jeweiligen Kommune zu entscheiden,

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Es geht jetzt nur um das Binnenkonjunkturargument!)

wann sie ihre Waren oder Dienstleistungen anbieten dürfen, sondern – und da sehe ich die Chance – daran zu arbeiten, dass man zu mehr Miteinander kommt, damit man sich vor Ort branchenbezogen abstimmt. Das muss auf freiwilliger Basis geschehen,

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das kann man auf kommunaler Ebene am besten!)

denn es gibt unterschiedliche Branchen. Vermutlich kauft man morgens um sechs kein Goldcollier, während der Juwelier dann abends um 22 Uhr tatsächlich Kunden erwartet.

Lasst uns doch da mehr Freiheit!

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Aber wo? Ich wäre schon froh, wenn ich sonntags zum Zahnarzt gehen könnte!)

Das Thema Arbeitnehmerschutz ist selbstverständlich an anderer Stelle geregelt. Das ist bei den Arbeitszeiten in Tarifverträgen geregelt. Übrigens: Gerade die großen Ketten werden möglicherweise mehr Schwierigkeiten haben – sie müssen sich mit dem Betriebsrat auseinandersetzen –, diese Möglichkeiten zu nutzen. Da sehe ich wiederum die Chance, dass kleinere Unternehmen Nischen besetzen können. Lassen Sie uns das doch auch als Chance sehen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Thema „Familie und Beruf“: Was ist denn so schlimm daran, wenn der Vater abends daheim ist und die Frau dadurch die Chance hat, noch etwas hinzuzuverdienen?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Jetzt sagen Sie: Die sollen abends immer gemeinsam zu Hause sein. Das ist doch nicht mehr die Realität, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Dr. Noll, kommen Sie bitte zum Ende.

**Abg. Dr. Ulrich Noll** FDP/DVP: Ja, ich komme zum Ende und lasse dann noch die Nachfrage zu.

Der Sonntagsschutz ist uns genauso wichtig. Er hat Verfassungsrang. Daher haben wir im Sinne eines Kompromisses, mit dem wir einerseits Kunden und Anbietern Freiheit geben wollen und nicht regulieren wollen, wer wann welchen Kruscht oder auch nicht Kruscht kauft, sondern denen das freistellen wollen, aber andererseits beim Sonntagschutz zum Verfassungsgebot stehen, eine gewisse Einschränkung vorgesehen, die aber in der Realität überhaupt keine Auswirkung hat. Denn mir persönlich ist keine Kommune bekannt, die in der Vergangenheit vier verkaufsoffene Sonntage im Jahr für die ganze Stadt zugelassen hat,

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Bis zu vier! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Die haben das alle nicht gelesen!)

sondern in aller Regel reichen zwei bis ausnahmsweise drei verkaufsoffene Sonntage aus, um den Interessen der Händler und der Gewerbe- und Handelsvereinigungen vor Ort gerecht zu werden. Wir wollen also einerseits den Schutz des Sonntags wahren, aber andererseits Flexibilität ermöglichen und nicht zu sehr einengen.

Letzte Bemerkung: Wer von Deregulierung redet, darf nicht einen solchen Gesetzentwurf vorlegen. Ich möchte ein Beispiel bringen. Da steht z. B. drin, einen Warenautomaten, der „in räumlichem Zusammenhang“ zu einer Verkaufsstelle aufgestellt ist – also z. B. ein Blumenautomat bei einem Blumengeschäft –, darf ein Mitarbeiter grundsätzlich nicht außerhalb der für diese Verkaufsstelle geltenden Öffnungszeiten befüllen.

(Abg. Ute Vogt SPD: Da können Sie einen Änderungsantrag stellen! Den nehmen wir an!)

Wenn der Automat aber am Friedhof steht, dann darf der Mitarbeiter selbstverständlich von seinem Arbeitgeber gezwungen werden, außerhalb der Öffnungszeiten diesen Automaten am Friedhof zu befüllen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Am besten wären Blumenautomaten in der Wüste, weil es dort keine Blumen gibt!)

Das ist nur ein kleines Beispiel für Überregulierung pur, die Sie in diesen Gesetzentwurf hineingeschrieben haben.

Noch einmal: Die Zeiten haben sich geändert. Niemand muss rund um die Uhr seinen Laden geöffnet haben, niemand muss rund um die Uhr einkaufen.

(Glocke des Präsidenten – Unruhe)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege –

**Abg. Dr. Ulrich Noll** FDP/DVP: Aber wir sollten auf die Menschen hören und ihnen die Freiheit geben, ihre Einkaufszeiten so zu regeln, wie sie es selbst für wirtschaftlich sinnvoll und für kundennah halten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wie lange darf der eigentlich noch reden? – Abg. Reinhold Gall SPD: Die Redezeit wird noch auf die zweite Lesung angerechnet!)

(Dr. Ulrich Noll)

Wir werden daher in aller Ruhe einen Gesetzentwurf beraten, der Ihnen dann überflüssig macht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Jetzt die Nachfrage.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Dr. Noll, Sie haben Ihre Redezeit schon sehr überzogen.

**Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP:** Was?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Sie haben fast doppelt so lange gesprochen, wie Ihnen als Redezeit zusteht. Aber eine Frage an Sie kann ich noch zulassen.

Herr Kollege Winkler.

**Abg. Alfred Winkler SPD:** Herr Dr. Noll, als Begründung für die Notwendigkeit der Freiheit für Ladenöffnungszeiten sagen Sie, die Gesellschaft habe sich verändert und rückkehrwillige Gewerkschaftler hätten Erfahrungen im Ausland gesammelt.

**Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP:** Ja. Ich kenne einen persönlich!

(Abg. Reinhold Gall SPD: Einen! Sehr gut!)

**Abg. Alfred Winkler SPD:** Ich frage Sie konkret: Haben Sie mehr Schlagzeilen darüber gelesen, dass die Bürger zu wenig Zeit zum Einkaufen hätten, oder mehr Schlagzeilen darüber, dass sie zu wenig Geld zum Einkaufen haben?

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das kommt auf den Bürger an!)

**Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP:** Beides ist richtig. Wenn Ihre schwarz-rote Koalition in Berlin darauf verzichten würde, Mehrwertsteuererhöhung, Gesundheitsreform und ähnlichen Unsinn zu machen, hätten die Leute mehr Geld in der Tasche und könnten mehr Zeit dafür nutzen, tatsächlich sinnvolle Dinge einzukaufen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Dann finanzieren Sie doch Ihren Haushalt einmal!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Dr. Stolz das Wort.

**Ministerin für Arbeit und Soziales Dr. Monika Stolz:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es freut mich, dass bei der SPD-Fraktion auch die Notwendigkeit gesehen wird, das Ladenschlussgesetz zu reformieren. Da haben wir Gemeinsamkeiten.

An einigen Stellen enthält der Gesetzentwurf auch sinnvolle Regelungen. Viele davon sind aus dem Gesetzentwurf der Landesregierung übernommen worden. Ein Beispiel sind die Formulierungen zu den Kur- und Erholungsorten. Allerdings haben Sie die Fremdenverkehrsorte, die wir noch aufgenommen hatten, nicht erwähnt. Aber das ist nur ein Detail.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Aber Sie haben nicht den Mut gehabt, die wesentlichen inhaltlichen Regelungen unseres Gesetzentwurfs über die Ladenöffnungszeiten zu übernehmen. Sie haben nur in Randbereichen Änderungen gegenüber dem bisherigen Ladenschlussrecht vorgenommen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ich habe noch keinen Gesetzentwurf der Landesregierung gesehen!)

Als Resümee kann ich da eigentlich nur sagen, dass Ihr Gesetzentwurf zu kurz gesprungen ist. Denn für Länder, die keine Änderungen vornehmen wollen, ist ein neues Ladenschlussgesetz auf Landesebene überhaupt nicht notwendig; das alte Bundesrecht gilt in solchen Fällen fort. Aus diesem Grunde ist es eigentlich auch schade um die Mühe, die Sie sich gemacht haben.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Viel Mühe war es nicht!)

Ich meine auch, Entbürokratisierung sieht anders aus. Mehr noch: Gerade unter übergeordneten Gesichtspunkten wie Bürokratieabbau, Deregulierung oder auch Stärkung der Rechte des Landtags bietet dieser Gesetzentwurf, der heute vorgelegt wurde, nicht viel.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Er enthält eine Reihe von Rechtsverordnungsermächtigungen, die letztendlich – –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ändern Sie das Ladenschlussgesetz, um die Rechte des Landtags zu stärken?)

– Jetzt lassen Sie mich doch erst einmal ausreden! Dann verstehen Sie auch, was ich meine. Manchmal braucht man zwei Sätze, um etwas deutlich zu machen.

Diese Rechtsverordnungsermächtigungen führen letztlich dazu, dass Regelungen nicht, wie es sein sollte, vom Landtag, sondern von der Regierung getroffen werden, und das, obwohl sich dieser Landtag eigentlich fest vorgenommen hat, möglichst viel selbst zu entscheiden. Es ist ja durchaus erfreulich, dass die SPD-Fraktion auf diese Weise der Landesregierung Kompetenzen zuweist, und dort sind sie sicher auch gut aufgehoben; da will ich überhaupt nicht widersprechen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Ute Vogt SPD: Von den Fraktionen liegt auch noch nichts vor!)

Aber auf das Selbstverständnis des Gesetzgebers wirft das ein etwas merkwürdiges Licht.

Rechtsverordnungen führten dazu, dass das Ladenschlussrecht, so wie Sie es sich vorstellen, in Zukunft in mehreren Normen geregelt wäre. Dies führte zu mehr Bürokratie und letztlich auch zu mehr staatlicher Reglementierung.

Zusammenfassend würde ich diesen Gesetzentwurf so beurteilen: Alles soll im Prinzip so bleiben, wie es war. Sie halten sich so starr am Überkommenen fest, dass Sie in § 13 Abs. 8 des Gesetzentwurfs die Gewerbeaufsichtsämter mit Zuständigkeiten versehen. Diese Ämter gibt es ja eigentlich

(Ministerin Dr. Monika Stolz)

seit der Verwaltungsreform gar nicht mehr. Das nur, liebe Frau Vogt, zu den Besonderheiten unseres Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Ute Vogt SPD: Schlimm genug, dass Sie die abgeschafft haben!)

Sie glauben, man könnte die Zeit zurückdrehen, wenn man an den gesetzlichen Regelungen nur nichts ändert. Dabei verkennen Sie, dass sich die Lebensbedingungen in der Zwischenzeit völlig geändert haben. Der Einzelhandel ist heute nicht mehr der Einzelhandel von vor 10 oder 20 Jahren. Der Einzelhandel hat sich gewandelt wie kaum eine andere Branche. Der Wind weht ihm hart ins Gesicht. Über Internethandel und Teleshopping sind neue Wettbewerber aufgetreten. Auch haben sich die Einkaufsgewohnheiten und die Wünsche der Verbraucherinnen und Verbraucher geändert. Das darf man nicht ignorieren. Wir dürfen da nicht mit Scheuklappen in die Vergangenheit schauen, sondern müssen uns diesen Herausforderungen stellen. Der Einzelhandel hat es schwer genug, im harten Wettbewerb zu bestehen, und er muss die Möglichkeit haben, sich zu behaupten.

Wenn Sie an den bisherigen starren Ladenöffnungszeiten an Werktagen festhalten, nehmen Sie dem Einzelhandel eine der verbleibenden Chancen, sich mit innovativen und kreativen Konzepten eine bessere Wettbewerbssituation zu verschaffen. Damit schaden Sie nicht nur den Einzelhändlerinnen und Einzelhändlern, sondern auch deren Beschäftigten.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Ein Blick zurück hilft wenig, wenn man die Zukunft gestalten will. Wir müssen nach vorne blicken. Lassen Sie mich daher ein paar Sätze zum Gesetzentwurf der Landesregierung sagen, der sich im Moment in der letzten Phase der Anhörung befindet und den wir noch vor Weihnachten an gleicher Stelle beraten werden.

Inhaltlich eine kleine Vorausschau – der Kollege Rombach hat schon das Wesentliche gesagt –: Die Landesregierung will die Werktage für die Ladenöffnung ganz freigeben. Jeder Ladeninhaber soll selbst bestimmen können, wann er werktags öffnen will.

Ich bin sicher, dass niemand ein Ladengeschäft öffnet, wenn er keinen Umsatz macht. Jeder Einzelhändler wird genau abwägen, wann es sich lohnt und wann nicht, die Kundschaft zu bedienen. Genau diese Freiheit, diese Chance soll er haben, dann öffnen zu können, wenn er sich durch seine Kundschaft den größten Umsatz verspricht. Dieses Ladenöffnungsgesetz enthält keine Verpflichtung, zu öffnen, sondern die Möglichkeit dazu.

Andererseits: Wenn schon an sechs Tagen der Woche keine Begrenzungen mehr gelten, dann ist es, finde ich, zu verschmerzen, wenn an einem Tag in der Woche der Rollladen unten bleibt. Zwei verkaufsoffene Sonn- und Feiertage im Jahr müssen genug sein. Gerade die Beschäftigten im Einzelhandel sollen am Sonntag auch die Möglichkeit haben, Zeit für ihre Familien zu haben und ihren Familienver-

pflichtungen nachzukommen. Es ist im Übrigen auch ein Stück Kultur und ein Stück Verfassungsgebot, den Sonntag wertzuschätzen.

Ich bin der festen Überzeugung: Wenn sechs Tage in der Woche mit einer Öffnungszeit von jeweils 24 Stunden nicht ausreichen, dann wird auch ein siebter Tag daran nichts ändern.

Zusammenfassend darf ich zu dem vorgelegten Gesetzentwurf sagen: Er ist gut gemeint, aber nicht gut genug. Freuen Sie sich auf den Entwurf, den die Landesregierung vorlegen wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erhält Herr Abg. Hausmann das Wort.

**Abg. Rudolf Hausmann SPD:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Dr. Stolz und Herr Rombach, Sie haben uns gerade vorgeführt, was aus Ihrer Sicht modern und unbürokratisch ist, nämlich die komplette Freigabe der Öffnungszeiten an Werktagen. Ich muss schon sagen, liebe Frau Sozialministerin: Wir diskutieren heute über ein Arbeitsschutzgesetz.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Nein!)

Deshalb sind Sie als Sozialministerin zuständig und nicht das Wirtschaftsministerium. Da zu sagen: „Wir sind modern, weil wir alles floaten lassen und alle Öffnungszeiten möglich machen“, kann den Einzelhandel in eine fast mörderische Konkurrenz treiben und zeigt, dass es Ihnen wurstegal ist, wie es den Beschäftigten ergeht. Es ist ein Abgeben von Verantwortung, ist verantwortungslos und ist Ihrer in Ihrer Eigenschaft als Sozialministerin und Ihnen als christlich-demokratische Partei nicht würdig, um das deutlich zu sagen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Die Beschäftigten sind bürokratieverträglich zu schützen! Das müssten Sie als Gewerkschafter wissen!)

Frau Sitzmann, ich kann Sie nicht davon ausnehmen. Wenn Sie sagen: „Wir übernehmen nicht Verantwortung, wir greifen nicht regulierend ein“, dann sage ich Ihnen: Sie wollen die Entscheidung über den Ladenschluss an die Kommunen geben. Wo ist denn da eine Regulierung? Wo ist denn da eine Steuerungsmöglichkeit? Das ist ein Abgeben der Verantwortung auf eine andere Ebene, wie es uns CDU und FDP/DVP gerade vorgeführt haben.

Ich fand es schon erstaunlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass das Thema Arbeitsschutz bei Ihnen praktisch keine Rolle spielt. Herr Dr. Noll hat das Wort zwar in den Mund genommen, aber nur, um zu sagen, das sei irgendwo anders geregelt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Natürlich! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das müssten Sie als Gewerkschafter aber wissen!)



(Rudolf Hausmann)

Wir diskutieren heute ein Arbeitsschutzgesetz, um das deutlich zu machen. Wir haben inzwischen die ersten verfassungsrechtlichen Gutachten vorliegen. Wir wissen: Nachtarbeit ist schädlich, ist gesundheitsschädlich. Wir wissen: Wir haben in vielen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge – Krankenhäuser, öffentlicher Nahverkehr; ich brauche es gar nicht aufzählen, das wissen Sie alles selber – für die Beschäftigten, die dort besonderen Belastungen ausgesetzt sind, ein gewichtiges Argument, warum sie sich diesen Belastungen unterziehen müssen. Alle Beteiligten – ob das die Betroffenen, ihre Gewerkschaften oder die Politiker sind, die das entscheiden – sagen: Jawohl, diese Flexibilität fordern wir auch ein.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

Aber es muss ein Ende geben. Es kann nicht sein, dass Flexibilisierung sozusagen zum Götzen gemacht wird, ohne dass es einen Gegenwert oder eine Gegenleistung gibt, so dass man die Leute beliebig in Belastungen hineinrennen lässt, ohne zu überlegen, ob das in einem halbwegs angemessenen Verhältnis steht.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Also, die Arbeitszeiten für die Beschäftigten sind im Tarifvertrag geregelt, nehme ich an! – Glocke des Präsidenten)

Das machen wir, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, nicht mit.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Hausmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Wetzel?

**Abg. Rudolf Hausmann SPD:** Ja, natürlich.

**Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP:** Herr Kollege, ich habe eine Frage zum Arbeitsschutz für die Menschen, die arbeiten müssen. Wie wollen Sie denn die Menschen schützen, die tagtäglich, auch am Samstag und am Sonntag, in den Wirtschaften arbeiten,

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

und wie schützen Sie insbesondere die Menschen, die in Krankenhäusern arbeiten?

(Unruhe)

**Abg. Rudolf Hausmann SPD:** Manchmal gibt es Fragen, auf die man nicht unbedingt eine Antwort geben muss, finde ich.

(Beifall bei der SPD – Demonstrativer Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Nehmen Sie einmal die Gastronomie!)

Sie singen das Hohelied der Familie, wollen aber jetzt Öffnungen für den Ladenschluss an Werktagen ermöglichen, die das Familienleben erschweren.

Sie singen das Hohelied – wir auch – von der Bürgergesellschaft, vom ehrenamtlichen Engagement. Sie produzie-

ren aber durch Ihre Vorhaben Situationen, bei denen das nur noch in erschwelter Weise möglich sein wird, da hierfür nicht die Voraussetzungen in der Gesellschaft geschaffen sind, die wir alle brauchen würden. Darüber gehen Sie einfach locker hinweg und machen sich keine großen Gedanken.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Für die Familien, die abends einkaufen wollen, machen wir uns Gedanken!)

Herr Noll, jetzt komme ich zu Ihnen und Ihrer FDP. Sie haben mit einem Antrag Fragen an die Landesregierung gestellt. Oft sind ja die Leute gescheit, die gescheite Fragen stellen. In diesem Antrag ist zum Beispiel gefragt worden: Was wird sich denn bei einer Öffnung der Ladenschlusszeiten ändern? Antwort der Landesregierung auf Ihre Anfrage: Die IHK sagt, es werde sich nicht viel ändern.

Weiter wurde gefragt: Wie sieht es mit der Beschäftigung aus? Wird es denn mehr Beschäftigung geben? Antwort der Landesregierung: Der Einzelhandelsverband sagt uns, nein, es werde nicht mehr Beschäftigung geben.

Dann fragen Sie weiter nach: Bei der Fußball-WM gab es doch eine Ausnahmeregelung. Gab es damit gute Erfahrungen? Antwort der Landesregierung: Nein, es gab keine guten Erfahrungen. Die Ausnahmeregelung wurde nur bruchstückweise wahrgenommen, vor allem auf der grünen Wiese und von den Großen.

Dann ist gefragt worden: Seit wann ist denn das Land Baden-Württemberg zuständig? Bei dieser Frage habe ich gedacht: Na gut, die FDP soll entschuldigt sein. Sie hat halt gerade gefehlt, als die Föderalismusreform diskutiert und beschlossen wurde.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das hat nicht die FDP gefragt, es ist ein Abgeordnetenantrag!)

Dann ist gefragt worden: Welches Ministerium hat denn die Federführung? Daran hat man gemerkt – das ist typisch für die FDP –, dass Sie mit dem Thema Arbeitsschutz gar nichts am Hut haben,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Quatsch! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

weil Sie sonst gewusst hätten, dass dies zum Sozialministerium gehört und nicht zu Ihnen, Herr Pfister. Das ist doch richtig. – So viel jetzt zum Thema Entbürokratisierung.

Aber der Gag war: Bevor die Fragen gestellt wurden und bevor sie beantwortet wurden, lautete die Überschrift Ihres Antrags: „Ladenöffnungszeiten werktags freigeben!“ Warum haben Sie dann die Fragen gestellt? Ich habe einmal gelernt, dass man Fragen stellt, um Antworten zu bekommen, um diese zu bewerten und um sein eigenes politisches Tun daran dann entsprechend auszuwerten. Nein, Sie haben es schon vorher gewusst. Sie haben wohl gedacht, Sie müssten ein bisschen die Verwaltung beschäftigen, die Ministerien beschäftigen mit unnötigen Stellungnahmen, denen Sie sowieso nichts abverlangen, weil Ihre Entscheidung schon längst feststand. Ich denke, Sie gehen unseriös, Sie gehen unverantwortlich mit diesem Thema um; das will ich ganz deutlich sagen.

(Rudolf Hausmann)

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Abschließend: Inzwischen kursieren wissenschaftliche Arbeiten zu der Frage, wie man die erhöhten Kosten ab 20 Uhr, die denen entstehen, die länger aufmachen, wieder ausgleichen könnte.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Ein Professor der Fachhochschule Nürtingen schlägt digitale Preisschilder vor, die dann ab 20 Uhr einen digitalen Umschlag machen, um die Mehrkosten hereinzuholen.

Liebe Kollegen, es kann doch nicht Ihr Ernst sein, dass das unsere Perspektive ist. Es kann nicht Ihr Ernst sein, dass Sie an Ihrer Absicht festhalten, obwohl Sie Bewertungen von Kirchen, von Gewerkschaften, von Einzelhandelsunternehmungen haben, die alle sagen, es sei unmöglich, was da passiert. Wir brauchen die Ladenöffnungszeiten an den Werktagen so, wie sie jetzt sind.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Die müssen es doch alle nicht machen, wenn sie nicht wollen! Sie müssen es nicht!)

Sie gehen darüber hinweg. Ich denke, das ist einfach falsch. Sie kriegen Ärger – hoffentlich und Gott sei Dank. Sie schaden der Branche, Sie schaden den Beschäftigten, Sie schaden dem ländlichen Raum, und Sie schaden auch den Innenstädten der größeren Städte – zum Nutzen der „grünen Wiese“. Deswegen kann ich Sie nur auffordern: Lassen Sie die Ladenschlusszeiten bei 20 Uhr werktags, wie wir sie jetzt haben! Dann fahren wir insgesamt ganz gut. Überdenken Sie Ihre Positionen, die den Bedenken nicht standhalten können.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Hausmann, gestatten Sie noch eine Frage des Herrn Abg. Theurer? – Bitte, Herr Kollege Theurer.

**Abg. Michael Theurer** FDP/DVP: Herr Kollege Hausmann, wenn ich Sie richtig verstanden habe, geht es Ihnen vor allem um den Arbeitsschutz. Können Sie mir dann erklären, warum Ihre SPD-Kollegen in Rheinland-Pfalz den Ladenschluss freigegeben haben und den Arbeitsschutz offensichtlich nicht so ernst nehmen wie Sie?

**Abg. Rudolf Hausmann** SPD: Sie müssten einfach wenigstens Ihre eigenen Anträge und die Stellungnahmen dazu nachlesen. Ich empfehle Ihnen das. Das ist ein Antrag der Abg. Beate Fauser u. a. FDP/DVP. In der Stellungnahme dazu steht, was Rheinland-Pfalz macht. Lesen Sie es nach.

(Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Dann diskutieren wir bei der zweiten Lesung noch einmal darüber.

Danke.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Er weiß nicht, was seine Parteifreunde machen!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gehe davon aus, dass der Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Sozialausschuss überwiesen wird. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Punkt 4 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

#### **Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales – Landesförderung der Schulsozialarbeit – Drucksache 14/225**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt.

Wem darf ich das Wort geben? – Frau Abg. Rastätter, bitte.

**Abg. Renate Rastätter** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gibt in fast keiner bildungspolitischen Frage einen so großen Konsens wie beim Thema Schulsozialarbeit. In der gesamten Gesellschaft, an den Schulen, bei den Bildungsverbänden, bei den Eltern herrscht Einigkeit darüber, dass Schulsozialarbeit als wichtige Unterstützung für die Schulen unverzichtbar ist.

Forderungen nach Einrichtung von Schulsozialarbeit hat es in Baden-Württemberg ja bereits seit über 20 Jahren gegeben. Die Landesregierung hat sich extrem lange geweigert, sich selbst in der Verantwortung dafür zu sehen, für die Einrichtung von Schulsozialarbeit zu sorgen. Erst die Jugendenquête des Landtags von 1998 bis 1999 hat die Landesregierung davon überzeugt, dass in Baden-Württemberg in der Fläche auch Schulsozialarbeit eingerichtet werden muss. Allerdings hat die Landesregierung bzw. haben die Regierungsfractionen von CDU und FDP/DVP nur in eine dreijährige Anschubfinanzierung eingewilligt und nicht in eine Dauerfinanzierung, wie es die Oppositionsfractionen von SPD und Grünen damals beantragt hatten.

In den drei Jahren, in denen es dann Schulsozialarbeit mit Landesförderung gegeben hat, sind weit über 200 Maßnahmen vor Ort eingerichtet worden. Eine wissenschaftliche Studie der Universität Tübingen, die das Sozialministerium in Auftrag gegeben hat, hat deutlich gezeigt, wie wichtig, wertvoll und unverzichtbar die Schulsozialarbeit insbesondere an den Hauptschulen zur Unterstützung war und ist. Das Sozialministerium hatte sogar die Absicht, eine Dauerfinanzierung einzurichten.

Aus heiterem Himmel wurden im Jahr 2005 die Mittel für die Schulsozialarbeit komplett gestrichen. Meine Damen und Herren, damit sparen Sie bei den schwächsten Jugendlichen in unserer Gesellschaft. Wir haben ein hoch selektives Schulsystem, in dem gerade benachteiligte Jugendliche an den Hauptschulen, an den beruflichen Schulen, im BVJ dringend Unterstützung brauchen. Sie sparen hier an der Bildung, Sie sparen an den Schwächsten, Sie sparen dort, wo die individuelle Förderung am notwendigsten ist, und Sie lassen die Kommunen, die Schulsozialarbeit einrichten, völlig im Regen stehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Renate Rastätter)

Meine Damen und Herren, als schließlich die Vorgänge an der Rütli-Schule in Berlin bekannt wurden, als dort Lehrer und Lehrerinnen aufgezeigt haben – wie übrigens auch an Schulen in Baden-Württemberg –, dass gerade dort, wo man die schwierigsten und am stärksten benachteiligten und förderbedürftigsten Jugendlichen in einer Schulart zusammenfasst, ohne zusätzliche Unterstützung der Bildungserfolg für diese Jugendlichen nicht mehr gesichert werden kann, hat Kultusminister Rau öffentlich sein Bedauern über den Ausstieg des Landes aus der Schulsozialarbeit erklärt. Er hat auch erklärt, er wolle sich dafür einsetzen, dass dieser Fehler rückgängig gemacht werde. Gleichzeitig haben Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, in Ihrem Koalitionsvertrag Hoffnungen geweckt, indem Sie festgeschrieben haben, dass Sie die Schulsozialarbeit sogar an allen Schularten stärken möchten. Aber, meine Damen und Herren, Absichtserklärungen und öffentliches Bedauern eines Kultusministers sind überhaupt kein Ersatz für aktives Handeln, für einen Wiedereinstieg in eine Landesförderung der Schulsozialarbeit.

Wir haben den vorliegenden Antrag eingebracht, damit Sie unter Beweis stellen können, dass Sie dazu bereit sind. Das Ergebnis ist ernüchternd, frustrierend und enttäuschend. In der Stellungnahme des Ministeriums zu unserem Antrag wird ganz klar gesagt: Es wird auf Landesebene kein eigenständiges Programm für Schulsozialarbeit mehr geben. Sie haben dies mit der problematischen finanziellen Situation des Landes begründet.

Und doch ist die Schulsozialarbeit längst ein integraler Bestandteil des Schulalltags in Baden-Württemberg.

Die Schulsozialarbeit geht weit über eine Kooperationsarbeit der Jugendhilfe hinaus. Sie behaupten hier, das sei eine Aufgabe der kommunalen Jugendhilfe. Das Gegenteil ist der Fall. Der Städtetag hat ganz klar erklärt, dass Schulsozialarbeit eine originäre Aufgabe des Landes ist, und beharrt weiterhin auf dieser Aussage. Trotzdem tragen die kommunalen Landesverbände nach Aussage des Städtetags mittlerweile bereits 18 Millionen € für Schulsozialarbeit. Aber der Städtetag hat auch gesagt, die weiteren Planungen, nämlich Schulsozialarbeit in der Fläche noch mehr auszubauen, hätten stagniert, nachdem das Land ausgestiegen ist, und würden auch weiterhin stagnieren. Die Kommunen sind nämlich selbst in einer finanziell prekären Situation und können schlicht und ergreifend keine Landesaufgabe finanzieren.

Sehr bedauerlich finde ich übrigens auch, dass Kultusminister Rau, der sich öffentlich zu der Notwendigkeit der Sozialarbeit geäußert hat, dies nicht in seine Federführung nimmt. Schulsozialarbeit als integraler Auftrag der Schulen muss doch unter der Federführung des Kultusministeriums eingerichtet werden und sollte nicht unter der des Sozialministeriums laufen.

Meine Damen und Herren, wir Grünen sagen: Schulsozialarbeit ist nur ein kleiner Baustein eines wichtigen Unterstützungssystems für die Schulen. Wir kennen die Verhältnisse in den skandinavischen Ländern. Dort gibt es an jeder Schule jeweils einen Schulsozialarbeiter, Sonderpädagogen, Förderlehrer, Logopäden und Schulpsychologen. Die Schulsozialarbeit ist nur ein winziger erster Einstieg in ein sol-

ches Unterstützungssystem. Deshalb ist es wirklich beschämend, dass Sie nicht einmal bereit sind, hier Ihre Verantwortung und Ihren Eigenbeitrag als Landesregierung für die Schulsozialarbeit zu tragen.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, es gibt natürlich verschiedene Möglichkeiten, wie sich das Land an der Finanzierung der Schulsozialarbeit beteiligt. Die kommunalen Landesverbände haben ganz klar gesagt – obwohl sie das als originäre Aufgabe des Landes sehen –, bei dem Umfang, den Schulsozialarbeit in der Schule mittlerweile angenommen hat, wären sie trotzdem auch bereit, einen Eigenbeitrag zu leisten. Es gibt verschiedene Möglichkeiten. Man kann es über die Drittfinanzierung machen, wie es von der Jugendenquête empfohlen wurde. Man kann auch die Möglichkeit schaffen, dass die Schulen über ein Personalbudget Geld statt Stellen bekommen und selbstständig Schulsozialarbeiter an der Schule einstellen können. Aber nur mit Gesprächen mit den kommunalen Landesverbänden ist es nicht getan.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aber der erste Schritt muss das schon sein!)

Tatsachen müssen her. Es muss wieder die finanzielle Eigenbeteiligung des Landes erreicht werden. Wir fordern Sie von den Regierungsfractionen auf: Machen Sie diesen Fehler der Landesregierung wieder wett. Unterstützen Sie heute unseren Antrag, damit das Land mit Blick auf den Koalitionsvertrag wieder Glaubwürdigkeit erhält.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Christoph Bayer SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erhält Herr Abg. Hoffmann das Wort.

**Abg. Andreas Hoffmann** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, es ist völlig unstrittig, dass in vielen Fällen und an vielen Schulen eine Ergänzung der Erziehungsaufgabe durch einen Schulsozialarbeiter oder eine Schulsozialarbeiterin eine sinnvolle Maßnahme sein kann. Sicherlich braucht auch nicht jede Schule einen Schulsozialarbeiter; denn bei uns gibt es große Unterschiede im Blick auf die Stadt-Land-Situation.

Aber heute geht es gar nicht darum, ob wir Schulsozialarbeiter an Schulen brauchen oder nicht. Vielmehr geht es heute wie so oft im Landtag darum: Wer ist für sinnvolle Maßnahmen zuständig, und wer hat dafür zu bezahlen? Das ist die Frage, um die es sich heute dreht.

Für die CDU-Fraktion war von Beginn an klar, dass es sich bei der Förderung des Landes um eine modellhafte Förderung handelt und nicht um den Aufbau eines neuen Angebots, das dauerhaft zulasten des Landes gehen sollte. Sinn des Projekts war es – um mehr ist es nie gegangen –, einen Anreiz für die Schulträger zu schaffen, sich in diese neue Situation zu begeben und hier etwas Kommunales in die Wege zu leiten. Unsere Opposition – Frau Rastätter hat es eben demonstriert – betrachtet die Schulsozialarbeit als einen Teil des Unterrichts, als einen Teil der Pädagogik. Nur so lässt sich die gebetsmühlenartige Forderung erklären,

(Andreas Hoffmann)

dass das Land hier flächendeckend Kosten zu übernehmen habe.

Frau Rastätter, Sie haben sich eben selbst verraten – sie hört leider nicht zu; ich sage das trotzdem –: Sie haben davon gesprochen, Schulsozialarbeit sei eine Unterrichtsergänzung. Im gleichen Atemzug haben Sie gesagt, sie sei ein Bestandteil des Bildungsauftrags des Landes. Das passt nicht zusammen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Natürlich passt das zusammen!)

Erziehung ist neben der Vermittlung von Bildung eine eindeutige Aufgabe der vom Land ausgebildeten Lehrer.

(Abg. Christoph Bayer SPD: Sag einmal!)

Da stellt sich das Land seiner Verantwortung. In Sachen Lehrer haben wir uns bestimmt nichts vorwerfen zu lassen.

Sie versuchen einen Bildungsauftrag da zu differenzieren, wo er nicht differenzierbar ist. Wenn die Inhalte der Aufgaben eines Schulsozialarbeiters die Erziehung umfassen, dann, muss ich sagen, machen Sie für unsere Lehrer kein gutes Geschäft. Denn zuständig für die Erziehung und die Bildung in der Schule sind in allererster Linie die Lehrer. Dabei kann es zu ergänzenden Angeboten kommen. Da haben wir auch gar nichts dagegen. Aber die Frage der Zuständigkeit ist sehr eindeutig. Die Schulsozialarbeit ist ganz eindeutig eine Sache der öffentlichen Jugendhilfe.

(Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Da Sie mir sowieso nicht glauben – was ja logisch ist –, werde ich mir erlauben, ein Zitat vorzulesen, was Schulsozialarbeit eigentlich bedeutet. Sie können das im Begleitheft „Empirische Befunde und theoretische Reflexionen zur Schulsozialarbeit“ aus dem Jahr 2000 nachlesen. Ich zitiere:

*Unter dem Begriff „Schulsozialarbeit“ werden sämtliche Aktivitäten und Ansätze einer verbindlich vereinbarten, dauerhaften und gleichberechtigten Kooperation von Jugendhilfe und Schule ... verstanden, durch die sozialpädagogisches Handeln am Ort sowie im Umfeld der Schule ermöglicht wird.*

Das ist genau die richtige Definition: eine Kooperation von Jugendhilfe und Pädagogik an den Schulen. Wer es noch immer nicht glaubt, dem empfehle ich einen Blick ins Bundesgesetz.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Was ist denn Sozialpädagogik anderes als Erziehung?)

– Lieber Herr Kretschmann, ich bin mit einer Sozialarbeiterin verheiratet. Ich weiß gut, was Sozialarbeit ist. Glauben Sie mir das.

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das war jetzt etwas doppeldeutig, Herr Kollege! – Unruhe)

In § 13 des SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe – wird auch klar zwischen Jugendhilfe und sozialpädagogischer

Begleitung im Unterricht differenziert. In Absatz 4 steht – ich sage das nur noch einmal zur Verdeutlichung; damit zitiere ich jetzt das Bundesgesetz; Sie waren ja auch einmal an der Bundesregierung beteiligt –, die Angebote sollten mit Maßnahmen der Schulverwaltung und vieler Träger abgestimmt werden. Das heißt, es geht nicht darum, ein Konglomerat zu schaffen, sondern es geht darum, dass verschiedene Akteure an diesem Thema mitwirken. Ich glaube, deutlicher kann man das gar nicht ausführen. Selbst der Bundesgesetzgeber ist der Ansicht – das können Sie in vielen Kommentaren lesen –, dass die Sozialarbeit eben nicht ein Bestandteil von Erziehung ist – die eine Lehreraufgabe ist –, sondern Schulsozialarbeit ist eine Ergänzung der Jugendarbeit vor Ort. Sie macht ja auch vollkommen Sinn. Da sind wir uns doch einig.

Wenn man Sozialarbeiter in die Schulen schickt, dann hat man später sicher weniger Problemfälle, als wenn man keine Sozialarbeiter an den Schulen hätte. Aber damit ist doch nicht der Auftrag verbunden, dass das Land flächendeckend für mehrere hundert Schulen Sozialarbeiter definiert. Ich glaube, wenn man Sozialraum optimieren will – das wollen die Kommunen; deswegen machen sie bei der Finanzierung mit –, dann muss man das von dem Thema trennen, wer dafür finanziell verantwortlich ist.

Für mich wäre es sogar gefährlich, wenn wir das Thema zu sehr in einer Form als integralen Bestandteil eines jeden Unterrichts definierten und nicht mehr die Kinder vor Augen hätten. Dann täten wir unseren Lehrern keinen Gefallen, und wir reduzierten auch die Schulsozialarbeit auf eine Aufgabe, die die Sozialarbeiter dann sehr reduziert im Bereich der Erziehung wahrnehmen. Das sollen sie aber nicht.

Wenn Sie die Berichte über die Modellprojekte, die es gegeben hat, aufmerksam gelesen haben, dann wissen Sie, dass ein besonderes Modellprojekt erfolgreich war, nämlich das, bei dem der Sozialarbeiter nicht ständig an der Schule war, sondern in einem Jugendamt angesiedelt war und von dort aus die Schulen besucht und betreut hat,

(Abg. Norbert Zeller SPD: So ein Quatsch!)

mehrere Wochen im Unterricht gewesen ist oder am Unterricht teilgenommen hat und – darauf kommt es an – das dann vernetzt hat; denn die Kinder haben ja nicht nur ein Schulproblem, sondern sie haben oft ganz andere Probleme. Wenn wir einen separaten Sozialarbeiter an der Schule allein lassen, dann haben Sie spätestens nach einem Jahr keine Vernetzung mehr zu den regionalen Jugendhilfeträgern und zu den vielen sinnvollen ergänzenden Maßnahmen.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Unsinn! Keine Ahnung!)

Ich will Ihnen das einfach noch einmal servieren, und zwar mit einem Vergleich aus der Küche: Sie verlangen einen Eintopf. Der Eintopf heißt Schule, Schulsozialarbeit, Erziehung und Bildung. Das ist für Sie ein großer Topf.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Sie haben nichts verstanden! Keine Ahnung!)

Sie brauchen diesen großen Eintopf deswegen, weil da natürlich wichtig ist, dass das Land als Financier von diesem

(Andreas Hoffmann)

Schulsozialtopf die Finanzierung und die Federführung übernimmt. Wir brauchen aber, weil die Kinder unterschiedlich sind und weil auch nicht jedes Kind Schulsozialarbeit benötigt, keinen Eintopf für alle, sondern wir brauchen ein Menü. Ein Teil des Menüs kann die Schulsozialarbeit sein. Es steht überhaupt nichts dagegen, wenn bei diesem Menü mehrere mitfinanzieren. Es hat noch keinem Menü geschadet, wenn sich der beteiligt, der es am besten kann.

(Zuruf bei den Grünen)

Die Kommunen können gut Jugendhilfe, das Land kann gut Bildung und Erziehung, und die Kombination aus beidem ist, glaube ich, ganz gut. Uns war von Anfang an klar – den Kommunen musste es auch klar sein; wir haben es oft genug gesagt, und zwar seit drei Jahren; es ist nicht überraschend weggefallen –, dass die Jugendsozialarbeit an den Schulen ein Modellversuch ist. Diese Anschubphase ist nun vorbei und meine Rede auch.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Christoph Bayer SPD:  
Gott sei Dank!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Bayer das Wort.

**Abg. Christoph Bayer SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Rede von Herrn Hoffmann hat gezeigt, dass er definitiv nicht auf der Höhe der aktuellen Diskussion ist.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ach komm!)

Was wir schon seit einigen Jahren sowohl im Bereich der Jugendhilfe als auch im Bereich der Schule diskutieren, ist ein Zusammenführen der Begriffe Erziehung, Bildung und Betreuung. Was Sie gemacht haben, ist eine Aufspaltung: die Familie für die Erziehung, die Schule für die Bildung und die Jugendhilfe für die Betreuung. Das ist wirklich eine Diskussion von vorgestern.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich nenne Ihnen die Knackpunkte in der Diskussion, die klar sind. Schulsozialarbeit ist nach unserer Auffassung nicht irgendeine Aufgabe von Jugendhilfe, sondern sie ist Bestandteil des Schulalltags und deswegen auch als Landaufgabe zu definieren.

Der zweite Knackpunkt ist die gesetzlich verbindlich geregelte Kooperation, von der Sie auch gesprochen haben. Sie ist im SGB VIII bundesrechtlich geregelt als Pflichtaufgabe der Jugendhilfe. Dem entspricht in keiner Weise eine entsprechende Verpflichtung im Schulgesetz. Deswegen muss es in Baden-Württemberg aufgenommen werden.

(Abg. Andreas Hoffmann CDU: Aber im Kommunalgesetz!)

Das sind unsere Forderungen. Ich möchte jetzt, obwohl mir am Schluss Ihrer Rede ab und zu fast der Gaul durchgegangen ist, noch einmal in aller Sachlichkeit versuchen, unsere Forderungen herzuleiten und zu begründen.

Das mache ich zunächst mit dem Hinweis auf die Feststellung: Schulpädagogik hat sich verändert, Herr Hoffmann. Die Diskussion um das, was gute Schulen heute wirklich ausmacht, um die Stärkung der Autonomie in den einzelnen Schulen, die Diskussion um gemeinwesenorientierte Schulen, all diese Diskussionen münden in einer grundlegenden Einsicht, nämlich dass die Schule für die Schülerinnen und Schüler nicht nur ein Lernort, sondern ein Lebensort ist. Nach diesem Selbstverständnis werden Schülerinnen und Schüler nicht allein in ihrer Schülerrolle, in ihrer Lernrolle wahrgenommen, sondern auch als Personen mit ganz vielfältigen Bedürfnissen, mit Interessen, mit Entwicklungsaufgaben und auch mit Problemen bei der Lebensbewältigung. Das muss allerdings auch Konsequenzen haben, organisatorische Konsequenzen für den Schulalltag. Das eröffnet auch eine neuartige Koordination und Annäherung von Jugendhilfe und Schule. Das macht eine Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule nicht nur sinnvoll, sondern auch zwingend notwendig und verpflichtend.

Aber – ich gehe auf den zweiten Aspekt ein – auch Sozialpädagogik hat sich verändert. Sie sprachen davon. Mit dem Kinder- und Jugendhilfegesetz von 1990 erfuhr das Angebot der Schulsozialarbeit als Jugendhilfeleistung in § 13 erstmals einen rechtlichen Anker. Mit dem Konzept der Lebensweltorientierung aus dem Achten Jugendbericht ist es der Jugendhilfe gelungen, die Schule als zentralen Lebensort von Kindern und Jugendlichen systematisch in den eigenen Begründungszusammenhang einzubeziehen.

Diese Entwicklungen sind zwischenzeitlich auch in der Politik angekommen. Ich zitiere aus berufenem Munde:

*Wir müssen endlich ernst machen mit der individuellen Förderung von Schülern. Und dafür brauchen Lehrer mehr Unterstützung von Spezialisten – z. B. von Logopäden, Schulpsychologen und Sozialarbeitern.*

So Bundespräsident Horst Köhler in seiner Berliner Rede vom 21. September dieses Jahres.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wohlgermerkt, Herr Hoffmann und Regierungsfaktionen: Mehr Unterstützung von Spezialisten hat der Bundespräsident angemahnt. Kein Wort von ehrenamtlichen Jugendbegleitern, die in der Realität lediglich eine Ergänzung sein können.

Zum wiederholten Male: Schulsozialarbeit ist Bestandteil des schulischen Lernens und des Lebensraums Schule und braucht deswegen auch in der gesamten Breite eine entsprechende finanzielle Absicherung.

In einer Haushaltsrede der CDU-Fraktion in Balingen liest sich das so:

*Bei der Finanzierung dieser Maßnahmen sind aber nicht nur wir als Schulträger gefordert; auch das Land muss sich an den Personalkosten dieser Maßnahmen beteiligen.*

(Minister Peter Hauk: Wer sagt das?)

– Die CDU-Fraktion in Balingen.

(Christoph Bayer)

(Minister Peter Hauk: Die CDU-Fraktion in Balingen! Wir sind doch hier in Stuttgart im Landtag!)

– Vielleicht lassen Sie sich von Ihren eigenen Leuten vor Ort auch einmal etwas sagen.

(Zuruf des Ministers Peter Hauk)

– Es geht um die Finanzierung der Landesaufgabe, die Sie den Kommunen zuschieben. Ich komme gleich noch einmal darauf zu sprechen.

(Zuruf des Abg. Andreas Hoffmann CDU)

Aus diesen Gründen haben wir Sie gleich zu Beginn der Legislaturperiode erneut und abermals aufgefordert, wieder anteilig in die Finanzierung der Schulsozialarbeit einzusteigen. Deren Bedeutung wird ja auch überhaupt nicht bestritten, aber die Finanzierung weisen Sie den Kommunen, den kommunalen Jugendhilfeträgern zu.

(Unruhe)

Schauen wir doch einmal auf bildungsrelevante Bereiche in Zusammenarbeit mit Land und Kommune:

Beispiel Elementarbildung: Bei zunehmender Bedeutung und steigender Aufgabenfülle ist diese nicht flächendeckend adäquat ausgestattet.

Beispiel Schulpsychologen: Die Relation von Schulpsychologen und Schülern liegt weit unter den Werten anderer Bundesländer.

Landeszuschüsse für die Volkshochschulen: fast gegen null abgeschmolzen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Na ja! Die Null liegt bei Ihnen aber relativ weit oben!)

Die Schulsozialarbeit wird ausschließlich nach kommunaler Kassenlage finanziert. Das hat Konsequenzen. 42 % der Schulen mit Schulsozialarbeit verfügen über Vollzeitstellen. Die Hälfte der Arbeitsverhältnisse weisen einen Beschäftigungsumfang von unter 75 % auf. Teilweise entfallen auf eine halbe Schulsozialarbeiterstelle 1 000 Schüler.

Sagen Sie mir vor diesem Hintergrund doch bitte, wie ein Satz aus der Koalitionsvereinbarung zu verstehen ist.

(Zuruf von der CDU: Gerne!)

Vielleicht kann das jemand aus den Fraktionen, die sich dazu berufen fühlen, beantworten, aber vielleicht stehen Sie auch gar nicht mehr dahinter, wie bei so manchem Punkt. Wörtlich heißt es:

*Wir*

– wer auch immer das ist –

*werden gemeinsam mit den Kommunen die Jugendsozialarbeit an allen Schularten, vor allem aber an den Hauptschulen, stärken.*

Das Gegenteil ist richtig. Sie haben sich aus den ohnehin schon nur mühsam zusammengezimmerten Projekten herausgestohlen und überlassen die Finanzierungslasten den

Kommunen. Das ist die Realität, wenn Sie von „Gemeinsamkeiten mit den Kommunen“ sprechen.

So werden Sie Ihrer Verantwortung für eine gute Bildung für alle, wie sie der Bundespräsident angemahnt hat, nicht gerecht.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Frau Abg. Dr. Arnold.

**Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt mehrfach die Entstehungsgeschichte der Schulsozialarbeit in Baden-Württemberg erläutert bekommen. Das möchte ich jetzt nicht wiederholen. Ich möchte nur einen Aspekt herausgreifen und Sie daran erinnern, meine Damen und Herren: Baden-Württemberg war eines der ersten und auch eines der wenigen Bundesländer, die sich in diesem Bereich überhaupt engagiert haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Kommunen sollten – das war damals das Ziel der Landesregierung, meine Damen und Herren – bei der Einrichtung der Schulsozialarbeit unterstützt werden, und zwar – wie jetzt sehr deutlich herausgearbeitet wurde – mit einer zeitlich befristeten Anschubfinanzierung. Vor allem solchen Schulen sollte geholfen werden, die besonders stark durch Verhaltensauffälligkeiten von Schülern, interkulturelle Konflikte oder Probleme bei der Integration von jungen Aussiedlern oder Jugendlichen mit Migrationshintergrund belastet waren. Diese Schulen sollten – das haben sie inzwischen auch erreicht – eine zusätzliche begleitende sozialpädagogische Fachkompetenz in Form der Schulsozialarbeit bekommen. Auch ich betone hier ausdrücklich: zusätzlich und begleitend.

Herr Hoffmann, ich bin Ihnen sehr dankbar dafür, dass Sie eben sehr klar herausgearbeitet haben, wo hier die Zuständigkeiten liegen. Es ist nämlich nicht Sache des Städtetags, das zu entscheiden, und auch wir weisen nicht irgendwelche Aufgaben irgendwelchen Trägern zu, sondern es steht im Gesetz, meine Damen und Herren. Im Achten Sozialgesetzbuch heißt es: „Jugendsozialarbeit an Schulen ist Teil der Jugendhilfe.“ Die Jugendhilfe ist nach SGB VIII eindeutig eine kommunale Aufgabe. Sie kann das fachliche und pädagogische Engagement des Lehrkörpers begleiten, aber nicht ersetzen. Hören Sie doch daher bitte damit auf, diese beiden Dinge immer in einem Topf zu vermengen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Ich darf auch daran erinnern, dass wir von der Fraktion der FDP/DVP uns seinerzeit mit großem Nachdruck und mit Erfolg dafür eingesetzt haben, dass die Landesförderung verlängert wird. Zunächst waren, wie wir ja gerade gehört haben, nur drei Jahre vorgesehen. Wir haben noch mehr erreicht: Die Höhe der Landesmittel wurde zeitweise verdoppelt. Das war und bleibt ein sehr erfolgreicher Anschub.

(Dr. Birgit Arnold)

Viele Kommunen haben mittlerweile die Bedeutung der Aufgabe erkannt, und viele Kommunen sind durch die Erfolge in der Schulsozialarbeit so überzeugt worden, dass sie heute bereit sind, diese Aufgabe fortzuführen. Wir wollen die Kommunen auch weiter unterstützen; sie sollen damit nicht allein gelassen werden.

Natürlich würden wir gerne weiter fördern, aber die Rahmenbedingungen haben sich leider geändert – Stichwort Haushaltskonsolidierung. Die Finanzierung, die Sie vorschlagen, reicht doch hinten und vorne nicht. Sie wollen die Schulverwaltung noch weiter abbauen. Meine Damen und Herren, die Schulverwaltung ist aber jetzt schon so schlank, dass Sie nicht mehr viel abbauen können.

(Zuruf: Oh lieber Gott!)

Wir möchten einen anderen Gedanken aufgreifen, der auch im Abschlussbericht des Sozialministeriums zur Schulsozialarbeit artikuliert wird, in dem darauf hingewiesen wird: Schulsozialarbeit ist zum einen eine Art Entwicklungshilfe im besten Sinne des Wortes für besonders belastete Schulen. Aber auch die Jugendhilfe im Allgemeinen erfährt durch ihre Präsenz im schulischen Alltag eine deutliche Unterstützung ihrer Arbeit. Das ist ein gegenseitiges Geben und Nehmen – vor allem durch den niederschweligen Zugang zu den Eltern –, das die Jugendhilfe hier bietet. Hier finden wir eine innere Verzahnung von Bildung, Erziehung und Betreuung. Wir sind uns im Grunde ja einig, dass das Ziel ist, auf das wir alle hinarbeiten müssen.

Diese innere Verzahnung beschreibt einen Weg, den Land und Kommunen schon gehen. Es gibt viele Gemeinsamkeiten zwischen Land und Kommunen, zum Beispiel die Vereinbarung über Bildung und Betreuung im vorschulischen und schulischen Bereich, mit allem, was dazugehört – Sie kennen die Stichworte, meine Damen und Herren –: Kleinkindbetreuung, Orientierungsplan für den Kindergarten, Projekt „Schulreifes Kind“, Jugendbegleiter, Schulhausbauförderprogramm. Kommunen und Land haben sich vorgenommen, das alles gemeinsam auf den Weg zu bringen und auch ein Stück weit gemeinsam zu finanzieren. Wir sind gerade mitten in diesem Prozess und sind tüchtig dabei. So verstehen wir auch unsere Aussage in der Koalitionsvereinbarung.

(Abg. Christoph Bayer SPD: Welchen Beitrag leistet das Land? Welchen?)

Auch diese Aufgabe der weiteren Unterstützung der Schulsozialarbeit wollen wir gemeinsam mit den Kommunen anpacken.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Besprechen!)

Es ist klar: Das muss konkretisiert und ausgefüllt werden. – Die Gespräche werden schon geführt, Kollegin Rastätter. Man muss ja zunächst einmal miteinander reden. Man kann doch einem Partner nicht einfach etwas aufoktroieren.

Für uns von der FDP/DVP-Fraktion ist beim Anpacken dieser gemeinsamen Aufgabe Schulsozialarbeit ein Punkt von entscheidender Bedeutung: Wir wollen mittelfristig ein Personalbudget für die Schulen oder die Schulträger.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Da sind wir ja gespannt!)

Damit können die Schulen dann selbst entscheiden, welche zusätzlichen Angebote und Hilfestellungen sie über den Unterricht hinaus anbieten wollen und welches Personal sie dafür brauchen. Wir meinen, dass auch die Einrichtung von Schulsozialarbeit, wenn eine Schule denn wirklich den entsprechenden Bedarf hat, aus einem solchen Budget erfolgen kann. Positiver Nebeneffekt: Wir stärken damit die Eigenständigkeit und Eigenverantwortung der Schule. Das ist – das wissen Sie, meine Damen und Herren – ein Ziel, das wir Liberale schon sehr lange und mit großem Nachdruck verfolgen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Dr. Stolz das Wort.

**Ministerin für Arbeit und Soziales Dr. Monika Stolz:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben in diesem Haus das Thema „Jugendsozialarbeit an Schulen“ bereits vielfach erörtert. Die Landesregierung hat dabei stets eine klare Position vertreten, die ich an dieser Stelle wiederhole und auch nur wiederholen kann: Es war richtig, eine Anschubfinanzierung für den Ausbau der Jugendsozialarbeit zu leisten. Es ist aber ebenso richtig, dass die Zuständigkeit für Maßnahmen der Jugendsozialarbeit bei den Kommunen liegt. Das ist eine klare Rechtslage.

(Beifall des Abg. Andreas Hoffmann CDU)

Das Förderprogramm des Landes war aufgrund einer Empfehlung der Jugendenquête des Landtags ins Leben gerufen worden. Die Empfehlung der Jugendenquête lautete – ich zitiere –:

*Das Land finanziert als Sondermaßnahme mit einem einmaligen Betrag den brennpunktorientierten Ausbau von Jugendsozialarbeit an Schulen.*

Diese Empfehlung haben wir 1 : 1 umgesetzt. Wir haben sie nicht nur 1 : 1 umgesetzt, sondern wir haben über den einmaligen Betrag hinaus weitere Mittel für die Projektförderung zur Verfügung gestellt.

Das Förderprogramm wurde dann schrittweise heruntergefahren, sodass sich die Kommunen auf die veränderten Finanzierungsbedingungen sukzessive einstellen konnten. Insgesamt hat dieses Förderprogramm, dieses Anschubprogramm, maßgeblich dazu beigetragen, dass heute die Jugendsozialarbeit an Schulen so breit im Land verankert ist. Diesen Impuls zu geben war das auch von der Jugendenquête beabsichtigte Ziel, und dieses Ziel wurde voll und ganz erreicht.

Aber ich bitte Sie, dabei auch einmal den Blick über dieses Einzelthema, das Sie ja immer wieder vorbringen, hinaus zu richten. Jugendsozialarbeit an Schulen ist ein Instrument, um die soziale Integration von Schülerinnen und Schülern zu unterstützen. Die Landesregierung hat in den letzten Jahren eine Reihe von Initiativen gestartet, um insbesondere leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler mit zielgenaueren Programmen in ihrem schulischen Werdegang und beim Übergang zu Ausbildung und Beruf zu unterstützen.

*(Ministerin Dr. Monika Stolz)*

Sehr erfolgreich läuft seit 1999 das Projekt Jugendberufshelfer. Eine Auswertung aus dem Jahr 2002 ergab, dass die Jugendberufshelfer rund zehn Prozentpunkte höher liegende Übergangsquoten in eine duale Ausbildung erzielten als im Durchschnitt des gesamten BVJ. Derzeit erhalten rund 52 Projekte in 29 Stadt- und Landkreisen einen Landeszuschuss von 12 400 € pro Projekt und Jahr. Über 5 000 Schülerinnen und Schüler profitieren von diesem Projekt.

Wir haben darüber hinaus mit dem Jugendbegleiterprogramm – das ist schon angesprochen worden – einen weiteren großen Schritt hin zu einer gesellschaftlichen Öffnung der Schulen gemacht. Dieses ehrenamtlich organisierte Angebot stellt eine zusätzliche Brücke zum Gemeinwesen dar. Es hilft Schülerinnen und Schülern, im Rahmen der Ganztagsbetreuung schulergänzende Kompetenzen zu erwerben und damit auch ihre Startchancen für Ausbildung und Beruf zu verbessern. In dieses Programm werden im Endausbau bis zu 40 Millionen € Landesmittel fließen.

Zu Beginn dieses Schuljahrs hat die Landesregierung das Projekt „Individuelle Lernbegleitung für benachteiligte Jugendliche beim Übergang zwischen Schule und Beruf“ gestartet. Ziel des Projektes ist es, ein Netzwerk von bürgerschaftlich engagierten Personen aufzubauen, die leistungsschwächeren Jugendlichen eine zusätzliche, gezielte Hilfestellung in der Schule und beim Übergang von der Schule in den Beruf geben. An diesem Projekt nehmen 34 Stadt- und Landkreise teil. Sie werden über eine Laufzeit von vier Jahren jährlich mit 1,25 Millionen € aus der Zukunftsoffensive IV der Landesstiftung finanziell unterstützt.

Wir wollen ferner im Rahmen des Ausbildungspaktes Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsreife von jungen Menschen fördern und auch hierfür zusätzliche Landesmittel bereitstellen. Diese Mittel werden unmittelbar kommunale Haushalte entlasten. Es ist deshalb für mich konsequent, wenn die Kommunen diese Entlastungen dann auch zugunsten von Maßnahmen der Jugendsozialarbeit an Schulen einsetzen.

Ich will auch noch darauf hinweisen, dass die im Jahr 2007 beginnende neue Förderperiode des Europäischen Sozialfonds wie bisher die Möglichkeit bieten wird, Maßnahmen der Jugendsozialarbeit zu fördern.

Ich führe diese Beispiele an, um deutlich zu machen, dass die gebetsmühlenartige Forderung nach einer Wiederaufnahme der Landesförderung für Jugendsozialarbeit an Schulen zu kurz greift. Erst in der Zusammenschau von Schulentwicklung, von flankierenden Angeboten der Jugendsozialarbeit, also der Arbeit der Kommunen, und dem ehrenamtlich geprägten Einsatz von engagierten Bürgerinnen und Bürgern wird deutlich, welcher grundlegenden Wandel die Schule vom Lern- zum Lebensort vollzieht, um diese umfassenden Aufgaben bewältigen zu können.

Das Ziel, um das es geht, heißt, jungen Menschen das bestmögliche Rüstzeug für ihren weiteren Lebensweg zu geben. Zu diesem Rüstzeug gehört der Erwerb des schulischen Wissens ebenso wie das Erlernen eines adäquaten Sozialverhaltens und auch Selbstmanagements. Dieser Gesamtverantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendli-

chen hat das Land gemeinsam mit den Kommunen gerecht zu werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter für die Fraktion GRÜNE.

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn etwas zu kurz greift, dann ist das nicht die Forderung der Opposition hier im Landtag, sondern dann ist es die Bereitschaft der Landesregierung, die Schulsozialarbeit zu fördern. Die Förderung greift zu kurz, und zwar total. Es findet nämlich überhaupt keine Förderung statt. Deshalb bleiben wir auch bei unserer Forderung.

Herr Kollege Hoffmann und Frau Kollegin Arnold, wenn Sie wie auch die Ministerin immer wieder betonen, Schulsozialarbeit sei nach dem Jugendhilfegesetz die originäre Aufgabe der Kommunen, dann sollten Sie sich einfach einmal die schulische Realität vor Ort anschauen. Schulsozialarbeit ist in den Alltag der Schule integriert – da, wo sie eingerichtet ist.

(Zuruf des Abg. Andreas Hoffmann CDU)

Das geht weit über Kooperationsaufgaben hinaus, wie sie das Jugendhilfegesetz definiert. Es ist so, dass die Schulsozialarbeiter ihren Arbeitsplatz Schule haben und mit ihren klar definierten Aufgaben im Team mit den Lehrern und Lehrerinnen zusammenarbeiten und bei dem gemeinsamen Ziel zusammenwirken, den Bildungserfolg der Jugendlichen zu sichern. Es ist ein gemeinsames Ziel, das jeder mit seinen originären Kompetenzen verfolgt. Sie sind an der Schule, und sie können auch nur dort an der Schule wirksam werden, weil dort die Probleme, die entstehen, gelöst werden müssen.

Ich kann Ihnen das am Beispiel der Stadt Karlsruhe ganz eindrücklich schildern: Die Stadt Karlsruhe hat in den letzten Jahren 18,5 Stellen in der Schulsozialarbeit eingerichtet. Die Schulsozialarbeiter arbeiten an den Schulen direkt mit den Schülern und Schülerinnen. Das sprengt jeglichen Rahmen des Jugendhilfegesetzes.

Deshalb ist auch so entscheidend, dass, wenn wir einen Ausbau in der Fläche in Baden-Württemberg haben wollen – und den brauchen wir –, sich das Land beteiligt. Denn bei uns gibt es natürlich erschreckende Lücken. Es ist nicht so, dass wir bereits viel erreicht hätten, Frau Sozialministerin Stolz. Vielmehr haben wir punktuell in einigen Städten, wo die Kommunen sich den Notwendigkeiten stellen, eine sehr gute Versorgung, während wir an anderen Stellen überhaupt keine Schulsozialarbeit eingerichtet haben.

(Zuruf des Abg. Christoph Bayer SPD)

Es kann nicht der Beliebigkeit überlassen bleiben, ob an den Schulen Schulsozialarbeit eingerichtet wird oder nicht. Auch das Land muss dafür eine Verantwortung übernehmen. Deshalb bleiben wir bei unserer Forderung. Sie wer-



(Renate Rastätter)

den diese Forderung auch in Zukunft hören. Das kann ich Ihnen versichern.

Ich bedanke mich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Wir kommen jetzt zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 14/225, liebe Kolleginnen und Kollegen. Abschnitt I des Antrags ist mit der Aussprache erledigt. Über Abschnitt II erfolgt eine Abstimmung.

Wer für Abschnitt II des Antrags Drucksache 14/225 stimmt, der möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist Abschnitt II des Antrags abgelehnt.

Punkt 5 der Tagesordnung ist damit abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Zukunftsgerechte Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs in Baden-Württemberg – unter veränderten Rahmenbedingungen – Drucksache 14/67**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Besprechung der Großen Anfrage fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt, für das Schlusswort fünf Minuten.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Bitte, Herr Abg. Dr. Bullinger.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Die zukunftsgerichtete Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs in Baden-Württemberg wie auch die gesamte Verkehrsinfrastruktur des Landes sind mitentscheidend dafür, ob Baden-Württemberg langfristig die Nummer 1, also die Lokomotive in Deutschland, bleiben kann.

Verkehrspolitik ist Standortpolitik. Der öffentliche Personennahverkehr hat einen hohen verkehrs- und damit auch landespolitischen Stellenwert. Er ist letztendlich für die Zukunft dieses Standorts mitentscheidend: mitentscheidend dafür, ob die weniger werdenden jungen Menschen hier ihre Zukunft sehen, aber auch dafür, ob die vielen älteren Menschen hierbleiben.

Die Rahmenbedingungen haben sich, wie in der Großen Anfrage auch erwähnt wird, natürlich geändert und werden sich mittelfristig weiter ändern. Die Verknappung der Haushaltsmittel im Verkehrsbereich im Jahr 2003 durch den Bund – also mit Zustimmung der Grünen – erforderte natürlich im Bereich der Förderstrategie eine Neuausrichtung. Die Restriktionen des Bundes bei den Förderkriterien erzwingen dringend, sich über die Zukunft und die künftige Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs im Land Gedanken zu machen. Es gilt, den demografischen Wandel und insbesondere dessen Auswirkungen in den ländlichen Räumen, aber auch in den Ballungsgebieten mit den Kosten und den Einsparungen im ÖPNV unter einen Hut zu bringen.

Wir haben die Landesregierung in unserer Großen Anfrage ersucht, zu skizzieren, wie es weitergehen soll, was geplant ist und welche Prioritäten sie auch im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung setzen will. Obwohl der Bundesverkehrsminister dem Land 80 Millionen € an Mitteln gekürzt hat, hat es die Landesregierung erreicht, dass es beim Schienenpersonennahverkehr nicht zu Streckenstilllegungen kam.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Da hätten eigentlich alle klatschen können!)

– Da kann ich Ihnen nur zustimmen. – Herr Kollege Palmer – er ist, glaube ich, draußen –, Sie sind ja im Vorfeld der Entscheidung, was den Schienenpersonennahverkehr und die Kürzungen angeht, wie ein Marktschreier und wie ein Oberbahnhofsschließer und Streckenstillleger herumgelaufen und herumgefahren und haben Panik gemacht. Ich finde, es ist ein Riesenerfolg dieser Landesregierung, dass es ihr gelungen ist, in den Verhandlungen mit der Bahn die Auswirkungen auf ein, glaube ich, praktikables Maß zu begrenzen.

Meine Damen und Herren, es ist ein Erfolg, dass es, wie gesagt, keine einseitigen Benachteiligungen der ländlichen Räume oder auch bei der Schülerbeförderung geben wird. Am Ziel der Aufrechterhaltung des Integralen Taktfahrplans wird weiter festgehalten. Mittelkürzungen sind bei der Innovationsförderung ebenfalls nicht vorgesehen, Herr Staatssekretär Köberle, und es bleibt beim Erhalt der mittelständischen Strukturen des privaten Omnibusgewerbes.

Diese Zielrichtung der Landesregierung entspricht den Vorstellungen der Fraktion der FDP/DVP. Nachdem es zu keinen Streckenstilllegungen im Land kommt, sind nun die regionalen Verkehrsverbünde gefordert, intelligente Konzepte vorzulegen und vor allem die zwei Millionen gekürzten Bahnkilometer zu organisieren und auszugleichen. Ich könnte mir z. B. gut vorstellen –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Dr. Bullinger, Moment bitte!

Meine Kolleginnen und Kollegen, verlegen Sie die Gespräche doch bitte nach außerhalb des Plenarsaals. Dort können Sie auch lauter miteinander reden.

Bitte.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Und ich würde nicht stören.

(Heiterkeit)

Ich könnte mir z. B. gut vorstellen, dass der eine oder andere Geisterzug durch einen Rufbus oder ein Ruftaxi sehr sinnvoll ersetzt werden könnte und trotzdem die Grundversorgung mit öffentlichem Personennahverkehr weiterhin gewährleistet bleibt. Es gibt doch bereits hervorragende Beispiele dafür – ob das hier im Stuttgarter Raum oder in ländlichen Räumen ist –, wie man das besser kombinieren kann, und Belege dafür, dass es noch Einsparpotenziale gibt. Ein gutes Angebot beim ÖPNV, das die Gesamtstruktur des

(Dr. Friedrich Bullinger)

Landes stärker berücksichtigt, gibt auch Stabilität für das Land Baden-Württemberg insgesamt und erhält die Attraktivität des gesamten Landes.

Um es deutlich zu sagen: Wenn wir allerdings in vier Jahren bei der Wiederbestellung wieder bei der Bahn sind, muss auch der eine oder andere Verkehrsverbund, glaube ich, etwas vorlegen, damit nicht das passiert, was man bisher auch befürchtet hat, nämlich Stilllegungen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich halte es auch für sehr wichtig, dass man den Bürgerinnen und Bürgern, die häufig gerade in ländlichen Räumen mit Zweit- und Drittfahrzeugen unterwegs sind, ein attraktives Angebot unterbreitet, um eben die Struktur gerade in den ländlichen Räumen zu erhalten.

Man muss, glaube ich, auch einen Punkt klarstellen: Es wird sehr häufig eine Milchmädchenrechnung aufgemacht, meine Damen und Herren. Es ist eben das Zweit- und Drittauto und nicht nur der Sprit, was etwas kostet. Daher ist es für den privaten Haushalt oft wesentlich rentabler, die öffentlichen Nahverkehrsangebote in Zukunft besser zu nutzen.

Fünf Punkte, die uns besonders wichtig sind, möchte ich hier nennen:

Erstens: Der Maßstab des ÖPNV bedeutet für uns, dass es eine vollwertige Alternative zum Individualverkehr geben muss und dass vor allem Pendler und Schüler ein attraktives Angebot vorfinden müssen, und dies sowohl in städtischen als auch in ländlichen Regionen, das heißt attraktive Verbindungen, bessere Qualität, aber auch bessere Qualität des Wagenmaterials. Herr Staatssekretär, hier müssen wir, glaube ich, auch noch einmal im Einzelfall schauen, dass die Regionen insgesamt gleich behandelt werden. Ich sehe immer noch sehr viele gerade im Nahverkehr fahrende umgespritzte Silberlinge. Das ist natürlich nicht die Attraktivität, die man sich im ÖPNV vorstellt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Zweitens: Das Nahverkehrssystem muss bedarfsgerecht und finanzpolitisch vertretbar weiterentwickelt werden.

Drittens: Der erreichte Qualitätsstandard muss gesichert und, wenn es geht, verbessert werden. Hier sehe ich insgesamt noch einen großen Nachholbedarf und die Chance für eine bessere Werbung für das Image des ÖPNV.

Viertens: Eine Streichung von Bahnverbindungen kommt nur dort infrage, wo eine sehr schwache Frequentierung gegeben ist und eine entsprechende Alternative angeboten wird.

Fünftens: Die Verkehrsunternehmen Bahn und Bus sind in der Zukunft aber auch mehr als bisher selbst gefordert, aktiv zu werden, um staatliche Kürzungsmaßnahmen zu kompensieren, und zwar gerade hier durch organisatorische Möglichkeiten, die es zu verbessern gilt.

Abschließend stelle ich nochmals fest, dass der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg, der Standort Baden-Württemberg insgesamt nur dann attraktiv bleibt, wenn auch die

Verkehrsinfrastruktur noch besser wird und der Personenahverkehr weiterhin ein attraktives Angebot für die Bürgerinnen und Bürger, ob Schüler, Arbeitnehmer, Tourist, ob Seniorinnen oder Senioren, bietet.

Zum Schluss bedanke ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verkehrsabteilung Ihres Hauses, Herr Staatssekretär, für die Beantwortung der Großen Anfrage und freue mich nun auf die weitere Diskussion.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erhält Herr Abg. Scheuermann das Wort.

**Abg. Winfried Scheuermann** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In sieben Minuten kann ich natürlich keine Grundsatzausführungen über den ÖPNV machen.

(Zuruf von der SPD: So geht es uns allen!)

Ich glaube, das ist auch nicht nötig. Ich beschränke mich deswegen auf fünf Punkte.

Erster Punkt: Ich habe bei der letzten Debatte über die Frage, wie wir die Tatsache, dass jährlich 80 Millionen € weniger für den ÖPNV zur Verfügung stehen, bewältigen, gesagt: Es darf nicht einseitig zulasten des ländlichen Raums gehen. Ich freue mich, dass wir heute feststellen können, dass die Reduzierung dieser Mittel verkraftet werden konnte, ohne dass es zu Streckenstilllegungen gekommen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich glaube, das ist eine wesentliche Aussage für den ländlichen Raum. Ich freue mich, dass wir mit unserer Zielsetzung in diesem Punkt Schritt halten konnten.

Herr Palmer, von hier aus noch einmal herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wahl.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ich kann mich ja gar nicht mehr retten!)

Aber was Sie in diesem Punkt während der Sommerpause veranstaltet haben, hat wohl nur dazu gedient, Ihre Popularität zu erhöhen, hatte aber mit der Sache überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Zweite Feststellung: Herr Staatssekretär, wir sind im Moment auch dabei, die Zuschüsse für den Ausbildungsverkehr und die Zuschüsse für den Schwerbehindertenverkehr unter die Lupe zu nehmen, um nicht zu sagen: zu reformieren. Wenn wir jetzt schauen, wie wir die 80 Millionen € verkraftet haben, dann müssen wir sagen, dass z. B. die Kürzung der Busförderung um 25 Millionen € im Jahr ja schon eine einseitige Maßnahme zulasten des ländlichen Raums ist.

(Abg. Hans-Martin Haller SPD: So ist es!)

(Winfried Scheuermann)

Denn der Bus ist das Verkehrsmittel des ländlichen Raums, während die Schiene das des Ballungsraums ist.

Nun habe ich die herzliche Bitte, dass wir, was § 45 a des Personenbeförderungsgesetzes und § 6 a des Allgemeinen Eisenbahngesetzes betrifft, nicht einfach nach dem Gießkannenprinzip vorgehen. Denn wenn wir bei der Reform dieser Zuschussmöglichkeiten jetzt den ländlichen Raum noch einmal so heranziehen, wie wir es bei der Verkraftung der 80 Millionen € getan haben, tun wir allerdings des Guten zu viel, glaube ich. Bei der Reform des § 45 a muss derjenige, der die große Zahl hat, mehr bringen als derjenige, der die kleine Zahl hat. Damit meine ich, er muss verhältnismäßig mehr bringen, denn sonst geht diese Reform einseitig zulasten des ländlichen Raums.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Dritte Feststellung: Wir stehen vor der Neufassung der Richtlinie der Europäischen Union, was den ÖPNV betrifft. Auch hier können wir, glaube ich, heute mit Zufriedenheit feststellen, dass der größere Teil unserer Sorgen aller Voraussicht nach ausgeräumt ist. Unsere mittleren und größeren Städte behalten ihren eigenen Stadtverkehr. Bei den Verkehrsträgern wiederum, die dem Mittelstand angehören, gibt es ebenfalls die Ausnahmemöglichkeit, dass Direktvergaben zulässig sind. Ich habe es eigentlich noch nie erlebt, dass unser Bundesverkehrsminister sowohl vom VDV als auch von der Bundesorganisation der Busunternehmer so einmütig gelobt worden ist wie für diesen Kompromiss,

(Zuruf des Abg. Hans-Martin Haller SPD)

der im Ministerrat der Verkehrsminister zustande gekommen ist. Ehre, wem Ehre gebührt. Leisten wir alle unseren Anteil, dass es im Europäischen Parlament jetzt nicht wieder zu einer Veränderung zum Schlechten kommt.

Vierte Feststellung von mir: Bei der Veränderung der Zuschüsse für unsere Verbünde haben wir wenigstens einen Anfang für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Verbünden bis hin zu Zusammenschlüssen gemacht. Wenn ich hier meine persönliche Meinung sagen darf: 19 Verbünde oder Kooperationen in Baden-Württemberg sind ein paar zu viel.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Thomas Knapp SPD)

Wir alle können nur hoffen, dass das leichte Anziehen des goldenen Zügels auf diesem Gebiet tatsächlich Früchte trägt.

Meine Damen und Herren, letzte Feststellung: Irgendein Kollege hat eben zu mir gesagt, ich solle sagen: Bei dem Geld, das wir für den ÖPNV in der Vergangenheit ausgegeben haben und in Zukunft ausgeben können, haben wir in den letzten 10, 15 Jahren fünf Schritte nach vorn gemacht, und jetzt haben wir einen Schritt zurück gemacht bzw. zurück machen müssen. Drücken wir es fachmännischer so aus: Wir sind nach einer Phase der nachdrücklichen Förderung des ÖPNV, die sich aber Gott sei Dank auch in einer spürbar stärkeren Frequenz ausgezahlt hat, jetzt in einer Konsolidierungsphase. Tun wir jetzt alles, damit die Kon-

solidierungsphase in der Zukunft nicht allzu wehtut. Darum herumkommen werden wir nicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erhält Herr Abg. Haller das Wort.

**Abg. Hans-Martin Haller SPD:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Scheuermann, Sie reden einfach vernünftig. Das muss man Ihnen attestieren. Dies zeigt auch, dass es in Sachen Verkehr immer wieder Konsens zwischen den Parteien gibt,

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Scheuermann ist vernünftig!)

weil es darum geht, für dieses Land Baden-Württemberg Richtiges und Gutes zu erreichen, weil der Verkehr eine der Lebensadern für die Wirtschaft, für die Menschen in diesem Land ist.

Richtig ist, dass wir derzeit das Thema verstärkt auf der Tagesordnung haben, nicht weil neue Ideen und Konzepte vorhanden sind, sondern weil wir weniger Geld haben. Das ist der eigentliche Anlass, warum wir uns hier im Landtag verstärkt damit beschäftigen: einerseits Kürzung der Regionalisierungsmittel, § 45 a, GVFG und anderes; andererseits haben die Unternehmen stärkere Belastungen bei den Energiepreisen, und die Mehrwertsteuer wird erhöht. Das ist die Situation.

Als Drittes haben wir auch immer wieder Klagen. Auch das sei gesagt. Manche Leistungserbringer erbringen nicht die gewünschte Leistung. Ich erinnere nur an den Pendolino, das Drama mit diesem Saunazug auf vielen Strecken, beispielsweise zwischen Albstadt und Tübingen. Das ist eine glatte Zumutung. Wir erwarten gelegentlich schon, dass die Landesregierung mehr Druck macht, um diese katastrophalen Situationen und Zustände zu beheben.

Die FDP/DVP fragt zu Recht: Wie geht es denn weiter? Aber sie fragt unter teilweise falschen Prämissen, oder sie springt mit ihren perspektivischen Absichten zu kurz. Die Frage heißt eigentlich: Wie sieht der ÖPNV in 20 Jahren aus? Denn dafür müssen wir schon heute die Weichenstellungen vornehmen.

Wir sehen im Wesentlichen vier wichtige Aufgabenfelder – ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Wir brauchen eine gewisse Restrukturierung. Das wurde vorhin auch schon von Herrn Scheuermann angesprochen. Man erinnere sich an die Siebziger- und Achtzigerjahre. Damals gab es zwei Aufgabenträger, Bahn und Post, und private Unternehmer. Es war völlig klar, wer zuständig ist. Wir haben heute einen Wirrwarr, ein Konglomerat, ein Dickicht an Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten, sodass allmählich nur noch Professoren den Durchblick haben, wer wofür zuständig ist. Der Normalbürger versteht das ganze System nicht mehr angesichts der Vielschichtigkeit derer, die bestellen und zahlen.

(Hans-Martin Haller)

Wir müssen uns der Frage stellen, wie das Verhältnis zwischen Subvention und Nutzerfinanzierung einzujustieren ist. Es sind die Fragen zu stellen: Wo hat der ÖPNV im Mobilitätsverbund von Flugzeug – das sage ich ausdrücklich –, Schiene und Straße seine Rolle? Wie können wir die Transportketten in der Zukunft angesichts veränderter Umstände sicher machen? Wie können wir sie verbessern?

Viertens müssen wir uns fragen – auch dies bitte ich zu bedenken –: Wie können wir die Informationstechnologie und die Kommunikationstechnologie fruchtbar machen für eine bessere Nutzung des Verkehrsnetzes insgesamt? Ein Teil dieses Verkehrsnetzes ist sicherlich der ÖPNV.

Die FDP/DVP hat nun eine Große Anfrage mit ungemein vielen Details gestellt, ist aber gelegentlich doch ganz kurz gesprungen. Es ist unmöglich, auf alles einzugehen. Ich möchte zunächst einmal zwei Punkte herausgreifen.

Stichwort ländlicher Raum: Es ist nun wirklich nicht ganz so, wie Sie meinen, Herr Bullinger. Der ländliche Raum hat durch die Kürzung der GVFG-Mittel bei den Restrukturierungen angesichts der Kürzung der Regionalisierungsmittel am meisten bluten müssen. Es war nicht die Deutsche Bahn AG. Es waren die Busunternehmer, die mit 25 Millionen € den größten Beitrag leisten. Diese sind im ländlichen Raum angesiedelt. Punkt, aus, amen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Sie erhalten daneben im Unterschied zur Deutschen Bahn AG keinen Ausgleich für die Erhöhung der Energiekosten. Das müssen die Busunternehmer selbst tragen. Die logische Folge ist doch ganz eindeutig: Dort werden sich die Fahrpreise überdurchschnittlich stark erhöhen. Das ist Fakt. Diese betriebswirtschaftliche Kostenrechnung kann man selbst der FDP/DVP zumuten.

(Heiterkeit bei den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ihr Oberrechner!)

Wir haben natürlich noch ein zufriedenstellendes Angebot, aber das ist angesichts dieser Tendenzen gerade im ländlichen Raum überaus stark gefährdet, was das Angebot an Busverkehr durch mittelständische Unternehmer betrifft.

Zudem, das sei auch noch einmal gesagt, ist der komplette Busverkehr im ländlichen Raum öffentlich subventioniert, weil die Fahrgäste nahezu ausschließlich Schüler sind, für deren Beförderung der Staat wiederum das meiste Geld zuschießt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ist das jetzt schlechter für die Schüler?)

Das heißt, wir müssen – Stichwort § 45 a, da gebe ich Herrn Scheuermann völlig recht – bei der Kürzung der Mittel für die mittelständischen Busunternehmer am Ende der Fahnenstange angekommen sein. Wir haben schon die jetzigen Kürzungen der GVFG-Mittel für zu krass gehalten. Andernfalls entsteht ein Ungleichgewicht. Das sei einmal so formuliert.

Es sei aber noch auf ein Detail hingewiesen, auf das die FDP/DVP abhebt. Sie fragt nämlich: „In welcher Form

kann – entsprechend dem Vorschlag des Landessenorenrats – Senioren eine Hilfe bei der Benutzung der neuen Fahrkartenautomaten auf Bahnhöfen im ÖPNV-Bereich zukommen?“ Richtig ist: Die Fahrkartenautomaten sind eine Katastrophe. Die Senioren blicken da wahrscheinlich nicht durch. Aber es ist natürlich zu kurz gesprungen, zu sagen, nur die Senioren blickten da nicht durch.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da brauchst du nicht Senior zu sein!)

– Da brauchen Sie nicht Senior zu sein. Ich gehe jede Wette ein: Hier drin kapiert es wahrscheinlich niemand; Herr Palmer vielleicht, aber der hat ja auch eine Freifahrkarte. Aber sonst kapiert das niemand, und Sie gleich zweimal nicht, Herr Noll.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Aber wir tun dem Landessenorenrat die Ehre an, zu sagen, dass er darauf hingewiesen hat!)

Sonst gehen wir zusammen zum Bahnhof hinüber, und Sie zeigen mir das. Das ist keine Frage der Senioren, überhaupt nicht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, das stimmt! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Aber die haben das in ihren Gremien thematisiert!)

Das ist bei den Junioren genauso. Das heißt, Sie dürfen darüber diskutieren, aber Sie dürfen dann nicht so naiv sein, zu glauben, das sei das einzige Problem dabei.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das wissen wir doch!)

Vielmehr muss das dann auf die Bediener- und Benutzerfreundlichkeit des ÖPNV und der Züge übertragen werden. Da stellt sich nicht die Frage, ob ich einen Hilfsberater neben den Automaten stellen kann. Das ist doch Unfug.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das schafft Arbeitsplätze!)

Vielmehr muss ich hergehen und sagen, man muss die Bedienung vereinfachen. Ich sage auch ganz eindeutig: Leute, wir brauchen wieder den Schaffner im Zug. Ich brauche einen Ansprechpartner, bei dem ich auch nachlösen kann. Denn Sie haben sonst keine Chance, wenn Sie eine Fahrkarte lösen wollen, außer schwarzzufahren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir brauchen jemanden, der gut helfen kann!)

Selbst wenn Sie es kapieren, ist vor Ihnen jemand, der zehn Minuten braucht. Dann reicht es noch immer nicht.

Später dazu mehr.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja-wohl! Das war richtig!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE hat Herr Abg. Palmer das Wort.

(Abg. Andrea Krueger CDU: Jetzt ist er noch kurz da! Jetzt ist die Gelegenheit!)

**Abg. Boris Palmer** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst herzlichen Dank, Herr Scheuermann, für die Glückwünsche. Ich kann mich heute kaum vor Glückwünschen retten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die kommen von Herzen, Herr Palmer!)

Ich hoffe, dass das nicht als Wunsch, mich loszuwerden, gemeint ist, sondern ehrlich. Sicher kann man nicht sein. Bei manchen auf der anderen Seite kann man da nicht sicher sein.

Herr Kollege Haller, was mich an Ihnen und Ihrem munteren Auftritt freut, ist, dass man offensichtlich auch nach acht Jahren Amtszeit als Oberbürgermeister noch gute Reden halten kann. Das ist mir auch eine Ermutigung.

(Abg. Hans-Martin Haller SPD: Noch bessere sogar!)

– Und noch bessere sogar. Das ist ganz wunderbar.

Zur Sache: Herr Scheuermann, Sie haben mich für meine in diesem Sommer durchgeführte Reise durch Baden-Württemberg kritisiert

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kampagne!)

– Kampagne; meinetwegen –, bei der ich davor gewarnt habe, was eintreten kann, wenn die Kürzungen des Bundes in Kürzungen der Verkehrsleistungen umgesetzt werden. Ich habe immer gesagt, es handle sich um ein Szenario, von dem ich möchte, dass es nicht eintritt.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Na, na, na! – Zuruf des Abg. Jochen Karl Kübler CDU)

– Das ist überall nachlesbar, Herr Kollege Fleischmann. Ich habe gesagt, mit drei Maßnahmen könnten diese Kürzungen verhindert werden,

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Das war genauso inkorrekt!)

nämlich erstens indem man mit der Deutschen Bahn AG hart verhandelt und einen Preisnachlass einfordert, weil die Bahn uns ausnimmt wie eine Weihnachtsgans und über 100 Millionen € Jahresgewinn aus unseren Zuschüssen erwirtschaftet, zweitens indem man bei Stuttgart 21 ein Stoppsignal setzt und dann eben Mittel frei hat, die man nicht vergraben muss,

(Zuruf des Abg. Jochen Karl Kübler CDU)

und drittens indem man beim GVFG Umschichtungen von der Straße zur Schiene vornimmt. Das war mein Gegenfinanzierungsvorschlag. Damit wollte ich die Streichungen verhindern. Sie haben jetzt einen anderen Weg gewählt. Ich sage Ihnen ganz offen: Es freut mich

(Zuruf des Abg. Gundolf Fleischer CDU)

– Herr Kollege Fleischmann –,

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sie kennen mich überhaupt nicht!)

dass Sie es geschafft haben, von 70 Millionen € Kürzungsvolumen des Bundes – da hat Schwarz-Rot wirklich den Klimaschutz und den Verkehr in Baden-Württemberg böse attackiert – auf 14 Millionen € Streichungsvolumen bei den Bahnen herunterzukommen. Das finde ich hervorragend. Dafür meinen Respekt. Das ist eine Leistung.

Allerdings gibt es Wermutstropfen. Der erste Wermutstropfen – da sind wir uns einig, Herr Kollege Scheuermann – ist, dass der Busverkehr mit 25 Millionen € bluten muss. Bei der von mir vorgeschlagenen Lösung wäre das vermeidbar gewesen. Man hätte den Busverkehr nicht so schröpfen müssen. Ich sage auch: Das können Sie nicht dauerhaft so machen. Im Hinblick auf den ländlichen Raum ist das eine Übergangslösung. Man kann diese Förderung einmal für zwei Jahre einstellen, aber man kann die Förderung des Busverkehrs nicht dauerhaft auf null kürzen. Das heißt, Sie brauchen strukturell eine andere Lösung.

(Minister Peter Hauk: Aufzählen!)

Zum Zweiten haben Sie den Vorschlag, den ich gemacht habe – ob Sie das so oder so getan hätten, weiß ich nicht –, nämlich die Umschichtung von der Straße zur Schiene, durchgeführt. Allen Respekt, das hätte ich Ihnen nicht zuge-  
traut. Denn in den letzten Jahren, als wir das beantragt haben, haben Sie das stets für unmöglich erklärt. Jetzt geht es. Ich breche nicht in Triumphgeheul aus, sondern stelle nur fest: Dieser Vorschlag ist von Ihnen realisiert worden. Auch das freut mich, weil es der Umwelt und dem Schienenverkehr in Baden-Württemberg nützt.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Leider ist nicht realisiert worden, dass Sie endlich bei der Bahn Druck machen. Das ist für mich der größte Wermutstropfen. Ich meine, dass Sie, um Stuttgart 21 zu erhalten, leider bereit sind, sich von der Bahn schon wieder über den Tisch ziehen zu lassen. Darauf will ich den Rest meiner Redezeit verwenden.

Was ist geschehen? Von Ihnen hat es merkwürdigerweise niemand angesprochen. Vielleicht ist es Ihnen nicht aufgefallen, aber Tatsache ist: Sie streichen der Bahn 13 Millionen € Zuschüsse, und dafür darf die Bahn Verkehrsleistungen im Wert von 18 Millionen € einstellen. Das ist ein Faktor von 1,42.

Laut Verkehrsvertrag ist zunächst über eine mengenneutrale Lösung zu verhandeln, das heißt, Sie hätten verhandeln müssen: Bahn, wir streichen 13 Millionen €, aber ihr fahrt trotzdem genauso viel wie bisher. Da hat Ihnen die Bahn offenbar gesagt: Das steht zwar so im Vertrag, aber wir machen es nicht. Dann haben Sie weiter verhandelt und haben fast bis zum Maximalwert – 1,5 ist nämlich laut Vertrag der Maximalwert – der Bahn Zugeständnisse gemacht bis zu einem Faktor von 1,42. Das heißt, Sie haben 5 Millionen € jährlich verschenkt – wohlgemerkt jährlich! –, und die Bahn macht zusätzliche Gewinne, indem sie Verkehrsleistungen einstellt. Man kann bis auf den einzelnen Euro nachrechnen, dass Sie damit massiv Geld verschenken.

Herr Scheuermann, Sie sind vom Kollegen Haller gelobt worden. Auch ich lobe Sie gerne. Sie sind ein ehrlicher und vernünftiger Politiker.

(Boris Palmer)

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Winfried Scheuermann CDU: Es wird immer besser! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schon immer gewesen! – Zuruf von der SPD: Was nicht alle von sich behaupten können!)

– Immer schon gewesen. – Vor dem Verband der Omnibusunternehmer haben Sie gesagt, dass der Verkehrsvertrag für die Bahn so günstig ist, dass er ihr so hohe Zahlungen garantiert und dass er ihr jetzt erlaubt, auch noch daran zu verdienen, dass sie Züge streicht. Das sei ja zu verstehen, denn das sei eine Vorleistung auf Stuttgart 21. Sie haben es gesagt, ich wiederhole es nur. Da kann ich nur sagen: Das ist der Beweis dessen, was ich immer gesagt habe. Es beweist, dass Stuttgart 21 dem Verkehr im Land schadet,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist der Beweis! – Zuruf von der FDP/DVP: Nicht schon wieder! Langweilig!)

dass der Rest des Landes darunter leiden muss, dass der Rest des Landes bluten muss, um Ihre Tunnelbegeisterung zu finanzieren. Das ist hochproblematisch. Denken Sie noch einmal darüber nach.

Eines will ich Ihnen noch mit auf den Weg geben: Es gibt im Land Baden-Württemberg 18 Verkehrsverträge: einen mit der DB, über den wir gerade geredet haben, und 17 mit anderen, teilweise Tochterunternehmen der DB.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Letzte Bemerkung, Herr Präsident.

In 17 Verkehrsverträgen ist geregelt, dass bei Abbestellungen von Verkehrsleistungen für 1 € weniger Zuschuss 1 € weniger Leistung erbracht werden muss. Nur ein einziger Vertrag enthält die Klausel, dass für 1 € weniger Zuschuss im Gegenwert von 1,50 € Leistung eingestellt werden darf. Das ist der Vertrag mit der Deutschen Bahn AG.

(Minister Peter Hauk: Dafür haben wir einen Einheitspreis! Dafür kostet der Zugkilometer in Stuttgart gleich viel wie anderswo im Land!)

Warum sollten alle anderen Verkehrsunternehmen im Verhältnis 1 : 1 kürzen müssen, aber der Deutschen Bahn AG müssen für jeden Euro noch 42 Cent geschenkt werden? Wenn Sie darauf eine vernünftige Antwort geben, Herr Kollege Hauk, dann wären wir weiter.

Ich hoffe, dass es mit den Kürzungen im Land damit genug ist. Denn unter dem Gesichtspunkt der Herausforderungen des Klimawandels, der Klimakonferenz in Nairobi, worüber wir heute überall in den Zeitungen lesen, ist es absolut verheerend, dass wir beim Schienenverkehr, beim umweltfreundlichen Verkehr Eingriffe in die Verkehrsleistungen vornehmen. Ich bedauere das sehr. Man hätte sie ganz verhindern können, wenn Sie noch mehr auf unsere Vorschläge eingegangen wären.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und Tübingen bleibt am Bahnnetz!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich dem Staatssekretär im Innenministerium, Herrn Köberle, das Wort.

**Staatssekretär Rudolf Köberle:** Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben im Verlauf dieses Jahres in diesem Haus mehrfach über den öffentlichen Personennahverkehr diskutiert. Der Antrag, der heute im Mittelpunkt steht, stammt vom Sommer dieses Jahres. Seither haben wir mehr Klarheit bekommen, wie es in den nächsten Jahren – ganz konkret bis zum Jahr 2010 – mit dem ÖPNV in Baden-Württemberg weitergeht.

Deshalb ist heute, glaube ich, der richtige Zeitpunkt, um kurz zurückzublicken, allerdings nur kurz, weil es eher um Fragen der Zukunft geht.

(Zustimmung des Abg. Hans-Martin Haller SPD)

Ich will Ihre vier Punkte, Herr Kollege Haller, gern mit einbeziehen. Es sind sachliche, ganz berechnete Punkte, auf die wir eine Antwort suchen und in nächster Zeit eine Antwort geben müssen. Ich lade Sie herzlich ein, diesen Prozess so sachlich wie heute mit zu begleiten.

(Abg. Hans-Martin Haller SPD: Selbstverständlich! Haben Sie etwas anderes erwartet?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist in diesem Haus mehrfach von einer beispiellosen Erfolgsgeschichte des ÖPNV in Baden-Württemberg gesprochen worden. Das lässt sich mit vielen Fakten belegen. Die vergangenen zehn Jahre waren erfolgreiche Jahre für den ÖPNV. Ich nenne aus Zeitgründen nur schlagwortartig: Integrierter Taktfahrplan, erhebliche Ausweitung der Verkehrsleistungen, 1,6 Milliarden € Investitionen in die Infrastruktur, 1,1 Milliarden € Investitionen in Busse und Schienenfahrzeuge.

Wir haben ein fast flächendeckendes System der Verkehrs- und Tarifverbünde, wobei wir in der Sache gerne die Diskussion weiterführen können, ob wir zu viele Verkehrsverbünde haben. Wenn sie eine Vereinheitlichung der Tarife verhindern, würde ich sagen: Dann sind es zu viele. Wenn sie aber menschnah, gemeindenah und nutzernah Aktivitäten entfalten wollen, damit wir mehr Menschen in den öffentlichen Personennahverkehr bekommen, dann wäre dies, glaube ich, gerechtfertigt.

Das Ergebnis dieser Anstrengungen der vergangenen zehn Jahre, meine Damen und Herren, sind 50 % mehr Fahrgäste im öffentlichen Personennahverkehr.

Mittlerweile haben die Haushaltsprobleme der öffentlichen Hand jedoch auch den ÖPNV mit voller Wucht erfasst. In den nächsten Jahren kann es nicht mehr darum gehen, das Ausbautempo der vergangenen Jahre beizubehalten, sondern es geht darum, das Erreichte zu sichern.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das ist zu wenig!)

Ich glaube, das wird uns gelingen: zu sichern und eine gemäßigte Weiterentwicklung zu ermöglichen.

Lieber Kollege Palmer, nun stehen Sie heute – weil es nur noch wenige Gelegenheiten gibt, sich hier mit Ihnen persönlich auseinanderzusetzen –

(Staatssekretär Rudolf Köberle)

(Heiterkeit des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Abwarten! Der verschiebt sich noch einmal!)

natürlich zwangsläufig im Mittelpunkt. Nachdem Sie schon heute Morgen das Vergnügen hatten, weitgehend fraktionsübergreifendes Mitleid zu spüren, weil Sie im Stuttgarter Sackbahnhof in der Sackgasse sitzen,

(Heiterkeit des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

so müssen jetzt auch aus meiner Sicht noch ein paar Worte zu dem hinzugefügt werden, was sich hier in den Sommermonaten landauf, landab abgespielt hat. Ich empfand es bisher, lieber Herr Palmer, als anregend, bedenkenswert und häufig auch herausfordernd, was Sie in die verkehrspolitische Debatte unseres Landes eingebracht haben. Aber nach Ihren völlig neben der Realität liegenden Inszenierungen wegen Streckenstilllegungen muss ich meine Einschätzung schon korrigieren.

Da gab es eine erste Runde, die heute nicht angesprochen worden ist: Börsengang der Bahn, ein Gutachten und geschwärzte Stellen. Da haben Sie schon Ihre erste Tour durchs Land gemacht und angekündigt, welche Strecken zur Stilllegung vorgesehen seien, und zwar völlig losgelöst von der Wirklichkeit – davon, was wirklich hinter den schwarz gefärbten Stellen steht, nämlich Betriebsgeheimnisse der Bahn. Sie haben ja überall Zugang zu Informationen. Dann wissen Sie auch, dass Sie hier falsche Informationen verbreitet haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Widerspruch des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Die gleiche Runde haben Sie dann im Sommer entlang der Umsetzungsdebatte zur Kürzung der Regionalisierungsmittel gemacht. Sie erwähnen Stuttgart 21 bei jeder Gelegenheit, wenn etwas im Verkehr nicht machbar oder bezahlbar ist, bis hin zum Thema der Finanzierung der Hochschulen. Diese Schallplatte kennen wir inzwischen. Ich frage mich, lieber Kollege Palmer, ob Sie eigentlich selbst das glauben,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ja! – Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

was Sie in der Presse oder in der Öffentlichkeit so verbreiten.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Voll und ganz! Ich schwöre! – Heiterkeit)

Wenn Sie das selbst glauben, dann halte ich das für außerordentlich bedenklich.

(Zuruf von der CDU: Die armen Tübinger!)

Ihr heutiger Auftritt war ja schon angenehmer oder gemäßigter. Aber jetzt versuchen Sie, Ihr Gesicht zu wahren, nachdem unbestritten ist, dass wir mit unseren Verhandlungen mit der Bahn Erfolg hatten. Sie behaupten, wir seien von der Bahn über den Tisch gezogen worden.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ja, dramatisch!)

Das macht die ganze Sache nicht besser. Das ist ärmlich und eigentlich erbärmlich, wie Sie hier argumentieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Jemand, der sich Verkehrsexperte nennt und gerne so nennen lässt, kann sich so viele Fehleinschätzungen und Bauchlandungen eigentlich nicht leisten, wenn er glaubwürdig bleiben und als seriös gelten will.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Zuruf des Abg. Jörg Döpper CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landesregierung wird eine verantwortungsvolle Politik für die Menschen in den Städten und auf dem Land machen. Es ist immer unsere Aufgabe, eine ausgewogene Politik zu machen und – auch wenn es Einschränkungen gibt – diese gerecht über das Land zu verteilen. Das haben wir bei der Umsetzung der Kürzung der Regionalisierungsmittel durch den Bund in den vergangenen Wochen unter Beweis gestellt.

Wir waren ja in einer schwierigen Situation. Auf der einen Seite gibt es die finanzpolitische Zielsetzung, im Jahr 2011 die Nullneuerschuldung zu erreichen – auch mit großer Zustimmung des Landtags. Deshalb können wir, wenn der Bund uns für eine an uns übertragene Aufgabe weniger Geld gibt, nicht einfach locker und fröhlich zum Ausgleich Geld aus der Landeskasse nehmen. Wenn wir damit anfangen würden, fiel dem Bund ganz schnell die nächste Kürzungsrunde ein.

Auf der anderen Seite war es unser verkehrspolitisches, unser strukturpolitisches Ziel, unsere Schieneninfrastruktur nicht zu reduzieren, sondern sie in ihrer Gesamtheit mit allen Strecken zu erhalten. Das, was manche schon fast als Quadratur des Kreises bezeichnet haben, ist uns nach wochen- und monatelangen Verhandlungen gelungen. Es ist gelungen, jede Streckenstilllegung in Baden-Württemberg auszuschließen, ohne den Haushalt des Landes weiter zu belasten.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Dank des Drucks von Palmer! – Gegenruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Da überschätzen Sie ihn aber maßlos!)

– Lieber Kollege Kretschmann, lesen Sie doch einmal im Protokoll der anfänglichen Debatte, die wir hier im Landtag geführt haben, nach, wer was gesagt hat. Zu dem damaligen Zeitpunkt war die Reisediplomatie des Kollegen Palmer noch nicht in Gang gesetzt, aber die Landesregierung hat vom ersten Tag an gesagt: Unser Ziel ist es, Streckenstilllegungen in Baden-Württemberg zu verhindern und dafür notfalls Kürzungen im System hinzunehmen, die jedoch akzeptabel und zumutbar sind.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Für wen?)

Dafür braucht es überhaupt keine Aufforderungen oder Druckszenarien durch den Kollegen Palmer.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Was soll die Opposition denn anderes machen als darauf hinzuweisen, was passiert, wenn es so kommt?)

(Staatssekretär Rudolf Köberle)

– Diese Frage müssen Sie selbst beantworten. Ich gebe Ihnen doch keine Ratschläge darüber,

(Glocke des Präsidenten)

was Sie in der Opposition tun sollen. Das ist doch Ihre eigene Sache.

(Beifall des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Dann fallen Sie auch nicht über uns her!)

Hier setzen wir uns mit dem Thema auseinander. Ich vertrete die Regierungsseite und kann das mit gutem Gewissen tun.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

– Ich brauche nicht zurückzurudern, ganz im Gegenteil: Wir sind in unseren Verhandlungen Schritt für Schritt vorangekommen, und Sie müssen feststellen, dass Ihre Ankündigungen in sich zusammengebrochen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wie soll man sonst Opposition machen? – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Haas?

**Staatssekretär Rudolf Köberle:** Jawohl, lieber Kollege Haas, aber gern.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte schön, Herr Kollege Haas.

(Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE – Unruhe)

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Herr Staatssekretär, gab es also zu keinem Zeitpunkt Sicherheit darüber – was Herr Palmer nach außen als sicher vertreten hat –, dass die Höllentalbahn und die Dreiseenbahn stillgelegt werden sollten? Gab es Informationen, dass das definitiv der Fall sein sollte, sodass er verkünden konnte, diese Strecken würden stillgelegt?

**Staatssekretär Rudolf Köberle:** Lieber Kollege Haas, ich erinnere daran, dass wir mehrfach über die Dreiseenbahn miteinander gesprochen haben. Wenn wir eine Verkehrsmenge bei der Bahn abmelden – so, wie es uns der Verkehrsvertrag ermöglicht –, kann die Bahn als Reaktion darauf bestimmen, wie sie diese Kürzung umsetzt. Ein Unternehmen, das vor allem betriebswirtschaftlich denken sollte und denken müsste und das auch tut, kommt dabei natürlich zunächst einmal zu der Reaktion, die in betriebswirtschaftlicher Hinsicht den raschesten und weitestgehenden Einspareffekt bringt. Da sind Streckenstilllegungen für Einsparungen geeigneter als Reduzierungen im Fahrplan. Das war eine völlig logische Ausgangslage.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Und was ist jetzt falsch daran, dass wir Wind dagegen machen? Nichts!)

Wir haben von Anfang an gesagt, dass es jetzt in den Verhandlungen darum geht, dass Streckenstilllegungen – ob-

wohl die Bahn laut Verkehrsvertrag das Recht dazu hätte – nicht eintreten und dass wir diese so weit wie möglich verhindern.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Warum war der Verkehrsvertrag eigentlich so schlecht?)

Das haben wir erfolgreich erreicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Damit Sie die Situation bewerten können, sage ich Ihnen jetzt noch schnell, was nun – nicht ab dem nächsten Dezember-Fahrplan, sondern, ein halbes Jahr verschoben, im Sommer nächsten Jahres – in Baden-Württemberg wirklich eintreten wird. Ich nenne nur zwei Vergleichszahlen: Seitdem der ÖPNV vor zehn Jahren in Landesverantwortung überging, haben wir ein Plus von 50 % im Angebot erreicht. Wir konnten das Angebot also um 50 % ausweiten. Jetzt reduzieren wir ab Sommer nächsten Jahres, wenn wir nur den Vertrag mit der Bahn zugrunde legen, im Vertrag um 5 % und, wenn wir flächendeckend den ÖPNV in Baden-Württemberg insgesamt zugrunde legen, um 3 %. Es gibt also wahrlich keinen Grund, hier Schwarzmalerei zu betreiben

(Beifall des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

und so zu tun, als würden wir in die Steinzeit zurückfallen oder in Zeiten, als der Bund noch für die Organisation des ÖPNV verantwortlich war.

Meine Damen und Herren, wenn man nicht mit Verschuldung einen Ausgleich für die Kürzungen des Bundes schafft, dann muss man – da haben wir sogar vom Kollegen Palmer Zustimmung bekommen, was die Umschichtung im GVFG-Bereich betrifft – natürlich auch in ein paar andere Bereiche hinein. Da sind wir bei einem Punkt, den wir auch nicht gern gemacht haben: Das ist die Kürzung der Busförderung. Aber teilen wir jetzt nicht Busverkehr stringent auf zwischen Stadt und Land. Wir haben in den Städten – gehen Sie mit offenen Augen durch Stuttgart – natürlich auch Buslinien und Busverkehr und die Notwendigkeit, im ÖPNV Ersatzbeschaffungen für den Busverkehr zu machen – genauso wie im ländlichen Raum.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber nur vier pro Unternehmen!)

Aber unsere Busförderung war bisher beispielhaft und beispielgebend. Wir haben eine hochmoderne Busflotte im Land. Es gibt aber kaum noch ein anderes Land – und jetzt nach den Regionalisierungsmittelkürzungen immer weniger Länder –, das überhaupt noch eine Busförderung hat. Wir werden umstellen – wir sind da im Gespräch mit den Busorganisationen – auf eine Darlehensvariante mit Zinsverbilligung,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ah ja!)

sodass auch in Zukunft Bezuschussungsmöglichkeiten für den ÖPNV auf der Buslinie bestehen.

Meine Damen und Herren, die Antworten der Landesregierung auf die Große Anfrage der FDP/DVP-Fraktion zeigen meines Erachtens sehr deutlich, dass der ÖPNV in Baden-Württemberg kein Auslaufmodell ist, sondern bei allen Fi-



(Staatssekretär Rudolf Köberle)

nanzzwängen in der Zukunft auch noch Entwicklungschancen besitzt. Wir werden z. B. im Ausgleichsrecht für den Auszubildendenverkehr oder innerhalb eines neuen, kommenden europäischen Rechtsrahmens diese Möglichkeiten zu nutzen wissen. Dabei setzen wir weiterhin auf einen kontrollierten Wettbewerb und werden die Belange des Mittelstands im Verkehrsmarkt wahren.

Das Ausgleichsrecht hat eine ganz hohe Bedeutung für den Busverkehr im Land. Wenn Sie einmal nicht nur mit dem WBO reden, sondern wenn Sie hinausgehen zu den Busunternehmen im ländlichen Raum und fragen, was eigentlich das wirkliche Unterstützungsinstrument für den Bus-ÖPNV in der Fläche ist, dann hören Sie, dass die ganz großen Wert darauf legen, dass in den Ausbildungsverkehren nicht gekürzt wird. Nehmen wir auch hier zwei Größen: bisher 35 Millionen € in der Busförderung, zukünftig 10 Millionen € im Landesprogramm, und rund 240 Millionen €, die über Schülerverkehr und über Ausbildungsverkehre an die Busunternehmen gehen. Grundlage ist ein Bundesgesetz. Das wird sich allerdings im Rahmen der Föderalismusreform weiterentwickeln und ändern. Aber auch hier gibt es Spielräume, und die Busunternehmen wissen, dass wir die Spielräume sehr stark zugunsten des Busverkehrs ausschöpfen.

Beim Ausgleichsrecht – einige wenige Sätze dazu, meine Damen und Herren – wollen wir die ab nächstem Jahr geltende Öffnungsklausel für die Länder nutzen und mehr Planungssicherheit und Berechenbarkeit schaffen. Wir haben ein Konzept zur Pauschalierung der Ausgleichsleistungen entwickelt und werden uns von dem bisherigen Antragsverfahren verabschieden, das sich als aufwendig, kompliziert und missbrauchsanfällig erwiesen hat. Das Ausgleichsverfahren wird einfacher, schneller und effizienter.

Die zweite große Baustelle – Sie haben weitere angesprochen –, auf der wir momentan unterwegs sind, ist der europäische Rechtsrahmen, ist das Vergaberecht bei öffentlichen Verkehren, bei der Beachtung von besonderen Strukturen, die wir in Baden-Württemberg haben, nämlich einer Mischung von starken mittelständischen – auch von kleinen mittelständischen – und von kommunalen Angeboten.

Und eine dritte Baustelle – auch aus Zeitgründen nur angedeutet –, wo wir als Land nach der Föderalismusreform einen großen Gestaltungsspielraum bekommen, sind die GVFG-Mittel, die ja jetzt nicht mehr mit Bundesvorgaben kanalisiert und kontrolliert werden, sondern wo wir ein eigenes Gestaltungsrecht haben und wo wir auf Landesebene Sicherheit schaffen wollen, damit man auch in fünf, in zehn Jahren und vor allem über das Jahr 2019 hinaus, wenn jede Bindung des Bundes fällt, verlässlich ein GVFG-Förderprogramm im Land hat.

Meine Damen und Herren, viele Aufgaben liegen vor uns. Ein großes Problem haben wir gelöst. Aber ich kann eines voraussagen: In Baden-Württemberg wird es auch in Zukunft ein erfolgreiches, starkes und verlässliches ÖPNV-System geben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Zum pikanten Thema der Verhandlungen mit der Bahn haben Sie kein Wort verloren!)

– Das war in der Großen Anfrage auch nicht gefragt.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Staatssekretär Köberle, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage oder Nachfrage des Herrn Abg. Palmer?

**Staatssekretär Rudolf Köberle:** Bitte.

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Herr Staatssekretär, Sie haben die Gelegenheit zu einer ausführlichen Abrechnung mit meiner Arbeit genutzt. Ich darf Sie eines fragen: Würden Sie es an meiner Stelle als kleines, unbedeutendes Licht in der Opposition

(Oh-Rufe – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Tiefstapler! – Abg. Katrin Altpeter SPD: Fishing for compliments!)

als Erfolg betrachten, wenn Sie über Monate hinweg fordern würden und das dann tatsächlich eintritt, dass aus einer Kürzung von 70 Millionen € beim Schienenverkehr, die der Bund gegen alle Ziele des Umweltschutzes vornimmt, im Landesbereich eine Kürzung von 13 Millionen € wird, indem man beim Straßenbau Mittel streicht, indem man umschichtet und vermeidet, dass Verkehre eingestellt werden und Strecken stillgelegt werden? Wären Sie nicht, wenn Sie das forderten und die Regierung das am Ende machte, der Auffassung, dass das einen Erfolg Ihrer Politik bedeutet?

**Staatssekretär Rudolf Köberle:** Sie dürfen sich gern an unseren Erfolg anhängen. Damit habe ich überhaupt keine Probleme.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Unser Erfolg hat aber keinerlei Ursache in Ihren Forderungen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Da wird Ursache und Wirkung verwechselt! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wenn wir Oppositionsarbeit so machen würden, wie ihr euch das vorstellt, gäbe es uns hier schon gar nicht mehr! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das wäre schade! – Heiterkeit)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Große Anfrage Drucksache 14/67 besprochen.

Tagesordnungspunkt 6 ist damit erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

**a) Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Ausbau und Förderung der erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg – Drucksache 14/162**

**b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Entwicklung und Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung und der Energieeffizienz im Land – Drucksache 14/376**

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

**c) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Aufbau einer Energiegesellschaft zur Förderung der Biomassenutzung und Steigerung der Energieeffizienz – Drucksache 14/377**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu den Buchstaben b und c fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt, und für das Schlusswort zu Buchstabe a fünf Minuten.

Das Wort für die SPD-Fraktion darf ich Herrn Abg. Knapp erteilen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Knapp und bündig!)

**Abg. Thomas Knapp** SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben es gerade schon beim Aufruf des Tagesordnungspunkts mitbekommen: Wir machen hier einen richtigen Rundumschlag zu den Themen „Erneuerbare Energien“ und „Energiewirtschaft in Baden-Württemberg“.

Ich möchte zunächst einmal sagen: Die Antwort zu unserer Großen Anfrage ist sicherlich sehr detailliert, sehr gut ausgeführt. Ich glaube, wir können alle diese Zahlen verwenden und daraus Schlüsse ziehen. Aber wir werden wahrscheinlich wieder alle völlig unterschiedliche Schlüsse ziehen. Das hielte ich jedoch für fatal.

In der Antwort auf die Große Anfrage schreibt die Landesregierung selbst:

*Hinsichtlich des Verdoppelungsziels bei der Bruttostromerzeugung wurden Fortschritte erzielt, das Ziel ist jedoch noch nicht erreicht.*

(Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Herr Wirtschaftsminister und Frau Umweltministerin, wir haben Ihnen schon sehr oft gesagt: Sie zeigen immer nur die Probleme auf, aber Sie zeigen keine Lösungen auf. Im Grunde gibt es in der Energiewirtschaft drei große Bereiche. Wir müssen zum einen den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv steigern. Wir müssen zum anderen die Energieeinsparung massiv voranbringen. Und wir müssen zum Dritten die Energieeffizienz steigern. Ich sage nachher zu allen drei Punkten jeweils etwas. Sie haben hier im Grunde schon Ihren Bankrott erklärt, indem Sie gesagt haben, Sie würden das Ziel wohl nicht erreichen.

(Minister Ernst Pfister: 2010!)

– Für 2010. – Vor zwei, drei Jahren, als wir gute Wasserjahre hatten, haben Ihr Amtsvorgänger und die Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP/DVP hier gesagt: „Wir werden das Ziel locker erreichen.“ Sie wissen, warum. Weil wir in den Jahren 2000, 2001 und 2002 mit 46 % mehr Wasserkraft als in einem Durchschnittsjahr und damit sehr gute Wasserjahre hatten. Aber in den Jahren 2004 und 2005 hatten wir wieder normale Wasserjahre. Das heißt, Ihr scheinbarer Erfolg ist auf das eingedampft worden, was tatsächlich im Land erreicht worden ist.

Ich will es an den einzelnen Bereichen noch einmal kurz festmachen und werde dann aber auch sagen, wo die zu-

künftige Entwicklung hingehen muss und wo wir nach vorn argumentieren müssen.

Wasserkraft: 5,7 %. Ich möchte bloß noch einmal zwei Zahlen nennen, die Ihnen vielleicht gar nicht so bewusst sind: Im Jahr 1970 hatten wir bei der Bruttostromerzeugung in Baden-Württemberg einen Wasserkraftanteil von 13 %. Das heißt, wir haben die Wasserkraft in etwas mehr als 30 Jahren nicht ausgebaut, obwohl wir wussten, dass wir sie ausbauen müssen, sondern haben den Wasserkraftanteil massiv abgesenkt,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Stromverbrauch!)

weil wir keine neuen Wasserkraftwerke gebaut haben, der Stromverbrauch aber gestiegen ist; genau. Aber dementsprechend sind auch die endlichen Ressourcen immer schneller abgebaut worden, und das Ende ihrer Verfügbarkeit rückt immer näher.

Sie weisen immer wieder darauf hin, Rheinfelden zu haben. In der Antwort auf die Große Anfrage steht klipp und klar drin, dass Rheinfelden 2010 am Netz sein wird, und die anderen Maßnahmen der Großen Wasserkraft am Hoch- und am Oberrhein sind vielleicht 2010, vielleicht aber auch etwas später realisiert. Das alles zusammen macht 1 % der Bruttostromerzeugung von Baden-Württemberg aus. 1 %!

(Minister Ernst Pfister: Das ist viel!)

– Das ist viel. Da gebe ich Ihnen recht. Es gilt aber, das eine zu tun, ohne das andere zu lassen.

Das heißt, in einem normalen Wasserjahr erreichen wir mit den Projekten am Hochrhein und am Oberrhein selbst dann, wenn der Stromverbrauch nicht steigt, beim Wasserkraftanteil nur eine Steigerung von 5,7 % auf 6,7 %. Alle anderen Dinge im Bereich der Wasserkraft werden verhindert! Von 1993 bis 2005, also in 13 Jahren, haben wir sage und schreibe 41 Anlagen der Kleinen Wasserkraft dazubekommen. Wir sagen: Sie behindern, wo Sie nur können, mit vielen Maßnahmen, die Sie einleiten, den Ausbau der Kleinen Wasserkraft. Wir müssen aber – ich sage es noch einmal – das eine tun, ohne das andere zu lassen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zu den nächsten beiden Punkten, nämlich Windenergie und Fotovoltaik. Ich will diese Bereiche einmal zusammenfassen. Nur damit man einmal sieht, wo wir im Land eigentlich stehen: Die Windenergie hat im Bundesdurchschnitt einen Anteil an der Stromerzeugung von 5 %, die Fotovoltaik einen Anteil von 0,1 %. Jetzt gibt es in Baden-Württemberg und in Bayern, also auf der Südschiene, relativ viele Fotovoltaikanlagen, weil wir gute Randbedingungen haben. Das heißt, der Landesdurchschnitt liegt hier mit 0,36 % über dem Bundesdurchschnitt, und der Anteil der Windenergie liegt bei lächerlichen 0,39 %. Ich glaube, Baden-Württemberg ist das einzige Land, das mit der Fotovoltaik fast so viel Strom erzeugt wie mit der Windenergie.

Sie verhindern durch Ihren Kampf gegen die Windenergienutzung – früher war es Don Erwins Kampf gegen die Windmühlen, der nun fortgeführt wird –

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

(Thomas Knapp)

massiv Investitionen in Baden-Württemberg und massiv den Ausbau der erneuerbaren Energien.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Der Anteil der Biomassenutzung liegt bei 1 %. Das resultiert ganz klar aus dem EEG; das sind die großen Kraftwerke, die wir jetzt bekommen haben, die Resthölzer verarbeiten. Warum? Weil es das EEG gibt, weil es Bundesmaßnahmen gibt, weil es sich für die Kraftwerksbetreiber rechnet, Strom zu erzeugen. Da kommen die 1 % her, aber nicht daher, dass Sie versuchen, andere Dinge zu machen oder etwas voranzutreiben.

Ein weiteres Prozent haben wir in dem gesamten Bereich Abfall/Deponien/Klärgas. Alles, was in diesem Bereich an Stromerzeugung gemacht wird, macht 1 % aus. Das kommt auch wiederum daher, dass es auf Bundesebene das EEG gibt, weil es sich rechnet, so etwas zu verstromen, weil man es sinnvollerweise auch machen muss, aber nicht daher, weil Sie irgendetwas gemacht hätten.

Letzter Punkt – und damit bin ich mit dem Abarbeiten der erneuerbaren Energien am Ende –: Geothermie. Frau Umweltministerin, Sie haben mich im Ausschuss ja einmal angegangen, warum ich so hart mit Ihnen vorgehen und äußern würde, dass Sie zur Geothermie immer nur Ankündigungen machen. Ich gebe Ihnen ja recht: Es ist nicht alles so schnell auf den Weg zu bringen. Aber wir müssen es einmal angehen und auch einmal etwas bewegen. Im Moment ist ja ein einziges konkretes Projekt auf dem Weg. Ich will nur sagen: Der Anteil der Geothermie an der Bruttostromerzeugung ist – Stand 2005 – null. Sie schreiben es in Ihrer Antwort ja selbst: null.

Wir laufen durch das Land und sagen: Baden-Württemberg braucht keine Windkraft; Baden-Württemberg braucht keine Fotovoltaik. Davon hält man auch nichts. Da gibt es Begriffe wie die „Verspiegelung der Landschaft“. Wir wollen Biomasse, und wir wollen Wasserkraft sowie Geothermie. Bei der Wasserkraft sind wir irgendwann am Ende – da haben wir es aufgezeigt –, bei der Biomasse läuft etwas, aber nur deshalb, weil es Bundesmaßnahmen gibt, und bei der Geothermie sind wir bei null.

Da muss man wirklich sagen: Das ist eine schwache Bilanz, die Sie hier aufweisen, und die müssen Sie dann auch noch schriftlich erklären.

Zu dieser Vorlage sage ich noch einen letzten Satz: Wir haben in sechs Jahren 48 Millionen € Fördermittel des Landes in die erneuerbaren Energien gesteckt. Jetzt kann man sagen: Das ist viel. Es sind aber im Jahr nur acht Millionen. Das ist im Grunde noch nicht einmal ein Nasenwasser. Es muss aber nicht immer alles bloß mit Förderung laufen. Es muss auch irgendwann einmal Planungssicherheit, Sicherheit für die Investoren geben.

Wenn man jetzt weiß, dass von den 48 Millionen € 80 % in die Landwirtschaft gegangen sind und dass z. B. die Förderung von Biogasanlagen mit 12 Millionen € 2004 eingestellt worden ist, weil man gesagt hat: „Jetzt ist das EEG so gut, dass man auch Biogasanlagen sinnvoll bauen kann und die nicht mehr fördern muss“, dann wird klar, dass der Zu-

schuss zum Ausbau der erneuerbaren Energien im Land noch weiter eingedampft wird. Das ist wirklich null und nichts, was hier gemacht wird.

Ich möchte aber auch zum zweiten Antrag, zur Kraft-Wärme-Kopplung kommen. Das ist das Thema Energieeffizienz. Wie setzen wir Energie richtig und sinnvoll ein? In Ihrer Stellungnahme zu diesem Antrag, Herr Wirtschaftsminister, ist inhaltlich nicht viel drin. Da wissen Sie nicht, was im Land läuft. Sie schreiben aber: „Zielwerte oder perspektivische Betrachtungen sind jedoch wegen der fehlenden Zahlenwerte und der komplexen Einzelfallbetrachtung nicht angezeigt.“ Hierzu muss man wirklich sagen: Offenbar weiß man nicht einmal, wo man steht, und will keine Zielwerte formulieren, schreibt aber gleichzeitig: „Das Land strebt weiter an, den Anteil der KWK auszubauen.“ Man muss aber doch wenigstens wissen, wo der Iststand ist und wohin man will.

Jetzt sage ich Ihnen eines: Sie könnten wirklich ganz locker den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung massiv ausbauen, wenn Sie Neckarwestheim mitten nach Stuttgart reinstellen; denn die 60 % Abwärme, die wir in Neckarwestheim und in Philippsburg

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

durch die Kernenergie produzieren, könnten wir – zumindest in der Heizperiode – in einer Großstadt wie Stuttgart oder vielleicht in anderen Bereichen wenigstens nutzen. Da müssen Sie doch einmal an solche Dinge gehen, dann wissen Sie, was Kraft-Wärme-Kopplung heißt. Was ich damit sagen will: Kraft-Wärme-Kopplung wird nur dezentral funktionieren und funktioniert nicht mit den großen Kraftwerken. Das ist einfach so.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Knapp, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger?

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP:** Herr Kollege, habe ich es richtig verstanden, dass Sie der Auffassung sind, dass die Kernkraftwerke in Baden-Württemberg so sicher sind, dass man sie auch mitten in Stuttgart bauen könnte? Ist das ein Vorschlag von Ihnen, dass man dort die Kraft-Wärme-Kopplung entsprechend nutzt?

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das ist die FDP-Haltung! – Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

**Abg. Thomas Knapp SPD:** Herr Kollege Bullinger, die Frage nach der Sicherheit können Sie ja irgendwann beantworten. Sie sind in jedem Fall in dem 30-km-Gürtel drin. Das heißt, wenn in Neckarwestheim richtig etwas passiert, ist Stuttgart genauso betroffen, wie wenn es mittendrin wäre. Aber die Diskussion gebe ich an Sie weiter. Bei 60 % unseres Kraftwerksparks verpufft die Energie, weil wir sie nicht richtig nutzen. Ich habe gesagt: Wenn Sie Kraft-Wärme-Kopplung wirklich richtig ausbauen wollen, dann stellen Sie – Sie wollen ja immer die Verlängerung der Laufzeiten – so ein Kraftwerk nach Stuttgart. Machen Sie eine

(Thomas Knapp)

Wärmenutzung. Dann haben Sie wenigstens eine sinnvolle Wärmenutzung für die Abwärme.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Jetzt möchte ich zur Zukunft kommen und die Lösung des Problems benennen.

(Der Redner hält einen Zeitungsausschnitt in die Höhe.)

Ich habe hier einen Artikel aus der „Stuttgarter Zeitung“ vom 30. Oktober mit dem Titel „Eine kanadische Mine in Seenot“. Da steht klipp und klar drin: In Kanada steht eine Mine unter Wasser, die 20 % des Weltbedarfs an Uran produziert. Deren Ausbau wird sich jetzt verzögern. Des Weiteren steht drin, dass das Uran im Jahr 2000 noch zehn US-Dollar pro britisches Pfund – 454 g – gekostet hat und jetzt 56 US-Dollar kostet. Das entspricht einer Steigerung um über 450 %.

(Zuruf von der SPD: Das ist wie beim Erdöl!)

Da bin ich einmal gespannt, was das für Ihre Forderung nach Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken und für Ihr Argument der billigen Kernenergie bedeutet, wenn man solche Preise hört. Denn es ist alles endlich.

Ich hatte aber gesagt, ich komme zur Zukunft: Wir haben als dritten Antrag einen Antrag mit dem Titel „Aufbau einer Energiegesellschaft zur Förderung der Biomassennutzung und Steigerung der Energieeffizienz“ gestellt.

Ich sage es gleich vorneweg – wir können den Antrag nachher zur weiteren Beratung an den Wirtschaftsausschuss überweisen und dort detailliert darüber diskutieren –, unser Ziel – Sie schreiben, es sei nicht unbedingt notwendig – ist klipp und klar. Wir haben aufgezeigt, dass es geht, z. B. mit Biogasanlagen. Hierzu gab es eine Pressemeldung von uns zu unserem Antrag: 800 Biogasanlagen sollen in den nächsten fünf Jahren gebaut werden, davon 600 für Biomasse, also für nachwachsende Rohstoffe, und etwa 200 für Abfall und alles, was man sonst noch nutzen kann, zum Beispiel biogene Abfallstoffe. Aber wir müssen dafür sorgen, dass diese Anlagen von den Investoren finanziert werden können, und wir müssen dafür sorgen, dass sie nach einem einheitlichen Standard geplant und genehmigt werden können. Denn ich glaube, das ist wirklich der Ansatz. Es muss nicht immer nur mit Geld gehen, sondern es muss auch einmal mit Einsatz gehen. Das Land muss lenkend in solche Maßnahmen eingreifen. Darüber können wir uns sicherlich im Ausschuss im Detail unterhalten.

Aber langer Rede kurzer Sinn: Wir haben mit unserem Antrag auf Gründung einer Energiegesellschaft – sie kann unter dem Dach der KEA sein, sie kann eine Extraorganisation sein – gezeigt, dass wir das erste Kernkraftwerk, das in nächster Zeit vom Netz geht, ersetzen können, dass wir die 10 % an Stromproduktion mit diesen Maßnahmen ersetzen können, und zwar relativ schnell. Die Biomasse ist da, die Flächen sind da, die Möglichkeiten sind da. Wir brauchen weniger als 20 % der landwirtschaftlichen Fläche. Wir sichern dort die Arbeitsplätze. Wir gehen einen Weg, der wirklich sinnvoll ist und in die Zukunft führt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Brenner von der CDU-Fraktion.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE unterhält sich mit Abg. Rudolf Köberle CDU.)

Liebe Kollegen, ich hätte die Bitte, dass Sie Ihre Gespräche nach außerhalb des Saals verlegen, Glückwünsche hin, Glückwünsche her. – Herr Kollege Palmer!

Bitte, Frau Kollegin Dr. Brenner.

**Abg. Dr. Carmina Brenner** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe diese Woche Post von meinem Stromversorger bekommen. Hier steht drauf: „Im Dunkeln ist gut munkeln.“ Ich habe das mitgebracht. Ich bin mir nicht sicher, ob dieser Spruch ironisch gemeint ist. Dort steht auch: „Am 31. Dezember schnell in den Keller.“

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Zum Lachen!)

Wahrscheinlich ist das eine Vorwarnung.

Jetzt zur Großen Anfrage: Das Ziel der Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch ist erfüllt. Was wiederum den Anteil an der Bruttostromerzeugung betrifft, ist die Erfüllung dieses Ziels bis 2010 auf einem guten Weg.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Na ja!)

Bei der Wasserkraft ist die Lage bekannt. Das Potenzial liegt überwiegend bei den Großanlagen am Rhein. Die Verfahren der Genehmigung von Kleinanlagen gingen in 92 % der Fälle positiv aus. Das ist ja ganz gut. Aber wir alle wissen, wie schwierig es bei den Kleinanlagen ist – hauptsächlich deshalb, weil der Kapitalbedarf für Ausbau und Sanierung so hoch ist. Hier ist tatsächlich zu fragen, ob nicht Eigentümergemeinschaften, wie es sie bei der Fotovoltaik gibt, einen Versuch wert wären. Ich möchte das Wirtschaftsministerium bitten, hier unterstützend und beratend tätig zu werden.

Windenergie: Auch hier ist die Situation bekannt. Seit 2000 wurde die Stromeinspeisung verfünffacht. Aber inzwischen landet fast jeder Bauantrag für Windkraftanlagen zielsicher im Petitionsausschuss.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Ja! Selbst für Vorrangflächen!)

Generell haben die Leute nichts gegen Windenergie. Aber sie wollen die Anlagen nicht in Sichtweite ihrer Häuser. Es gibt weiterhin die Zielkonflikte mit dem Naturschutz und dem Landschaftsschutz sowie die physikalische Tatsache, dass Windräder im Binnenland nicht einmal 20 % ihrer technischen Leistungsfähigkeit erbringen und auch nicht grundlastfähig sind. Windkraft ist nicht die Alternative für Baden-Württemberg. Wir sind in den Bereichen Biomasse, Geothermie und Solarenergie viel besser aufgestellt.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU)

(Dr. Carmina Brenner)

Wenn Sie sich heute in Neubaugebieten umschauen, sehen Sie, dass inzwischen fast jedes Haus Kollektoren auf dem Dach hat. Das ist Standard. Auch nutzen immer mehr die Fotovoltaik.

Erfreulich ist die Entwicklung im Bereich der Geothermie. Innerhalb von fünf Jahren hat sich die Zahl der Anlagen mehr als verzehnfacht. Gerade bei Neubauten mit Fußbodenheizung und einer guten Dämmung ist die Geothermie inzwischen eine sehr beliebte Alternative, übrigens nicht nur mit Landesförderung, sondern auch ohne diese.

Ebenso erfreulich ist die Zunahme bei der Nutzung von Biomasse. Unsere verschiedenen Landesprogramme laufen alle sehr gut und sehr zielgerichtet.

Knapp 50 Millionen € sind in den letzten Jahren ausgegeben worden. Das ist ganz ordentlich. Sie haben vor allem eine wesentlich höhere Investitionssumme ausgelöst. Natürlich kann man sagen: „Das ist zu wenig.“ Wenn man Geld hat, kann man viel fördern. Aber bei einem Sparhaushalt muss man natürlich auch abwägen.

Jetzt zum Antrag Drucksache 14/376: Die Stellungnahme zu dem Antrag zeigt, dass bei privaten Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen oft ein Zielkonflikt besteht: Strom – wegen der Einspeisevergütung – oder Wärme, die wiederum im Sommer oft nicht genutzt werden kann. Ich denke, dass wir hier weitere Anwendungsforschung benötigen, um dieses Problem zu lösen. In der Gegend, in der ich wohne, versucht es jetzt jemand damit, dass er mit der Wärme im Sommer Hackschnitzel trocknet. Das ist sicher eine Alternative, aber es müsste eigentlich auch noch andere Möglichkeiten geben.

Ein Wort zu den Kleinkraftwerken im privaten Bereich, die mit Heizöl oder Rapsöl laufen. Diese Anlagen sind recht teuer, und es ist hauptsächlich ein Anbieter auf dem Markt. Es gibt aber technisch ausgereifte Geräte aus Schweden und Norwegen, die hier mangels technischer Zulassung noch nicht zu haben sind. Mehr Wettbewerb mit günstigen Alternativen würde diese Technik vor allem im privaten Bereich, aber auch im landwirtschaftlichen und kommunalen Bereich sicher voranbringen. Den Herrn Minister möchte ich deshalb auffordern, herauszufinden, weshalb die technische Zulassung von ausgereiften und in anderen Ländern gängigen Kleinkraftwerken nicht funktioniert.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Wirtschaftsminister, Sie werden gerade von Ihrem Koalitionspartner angegriffen!)

Sie müssen das nicht heute beantworten, Herr Minister. Bitte beantworten Sie dies gegenüber dem Wirtschaftsausschuss und dem Landwirtschaftsausschuss.

(Zuruf: Eine Attacke!)

Zum Antrag Drucksache 14/377: Wir müssen keine Energiegesellschaft zur Biomassenutzung aufbauen, wenn es genügend private Fachbüros mit viel Erfahrung gibt. Das wäre staatliche Konkurrenz. Diese Büros kennen sich aus. Es ist gerade ein Kennzeichen dezentraler Anlagen, dass sie auf spezifische örtliche Gegebenheiten abgestimmt sind. Eine

Verzögerung bei der Genehmigung kann ich auch nicht ersehen.

Kurz zu den virtuellen Kraftwerken: Es scheint, dass die kleinen Kraftwerke sich nicht koordinieren lassen wollen. Denn sie wollen einfach einspeisen, was das Kilowatt hält, damit die Vergütung kommt. Sie wollen nicht warten müssen, weil gerade ein anderer dran ist. Offensichtlich funktioniert das virtuelle Kraftwerk nicht.

Sie erlauben mir zum Begriff „virtuell“ noch eine kurze philosophische Ausführung. Virtuell ist gerade ein Modebegriff. Jedes Problem möchte man erst einmal virtuell lösen. Da probiert man ein bisschen herum. Wenn es nicht klappt, ist es auch nicht schlimm. Virtuell heißt doch, es ist bei jemandem im Hinterkopf oder auf einem PC da; real ist es aber nicht da. Wenn also von einem virtuellen Kraftwerk virtueller Strom aus der Steckdose kommen sollte, dann kommt er gar nicht.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Wenn man virtuelles Licht macht und virtuelle Wärme, ist es schon da!)

Das heißt, ich müsste meinem Mann bei virtuellem Strom sein Süppchen auf dem Lagerfeuer kochen und müsste ihm bei Kerzenschein eine Story von der Waldfee erzählen.

Virtuell könnten wir für das Hohe Haus hier einen Energiepass erstellen. Wir würden real feststellen, dass der Landtag energietechnisch betrachtet dringend saniert gehört.

Herr Kollege Kretschmann, ich sage es offen: Sie sind mir natürlich real wesentlich lieber als virtuell.

(Oh-Rufe von der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Ich bedanke mich für Ihre hoffentlich nicht nur virtuelle, sondern sehr reale Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort für die Fraktion GRÜNE erhält Herr Abg. Untersteller.

Manche Abgeordnete bekommen bei manchen Reden auch noch rote Köpfe, Frau Kollegin Dr. Brenner.

(Heiterkeit – Zurufe)

**Abg. Franz Untersteller GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor wenigen Wochen hat die katholische Bischofskonferenz ein Papier vorgelegt, das ich Ihnen allen empfehle, in dem es ziemlich unmissverständlich heißt – ich zitiere einen Satz –:

(Abg. Thomas Knapp SPD: Das hat er von Herrn Kretschmann!)

– Auch andere lesen katholische Papiere, nicht nur Kretschmann, Herr Kollege Knapp.

*Der globale Klimawandel ist die wohl umfassendste Bedrohung menschenwürdiger Existenz und der natürlichen Ökosysteme. ... Klimaschutz und Anpassung an die Folgen des Klimawandels sind deshalb unaufschiebbare Aufgaben, ...*

(Franz Untersteller)

Im Sommer dieses Jahres haben wir eine Regierungserklärung erlebt und eine Koalitionsvereinbarung vorgelegt bekommen, in der diesbezüglich einiges Positives drinsteht. Wir haben damals auch nach außen deutlich gemacht, dass wir dies durchaus begrüßen. Ich finde, es ist jetzt, ein halbes Jahr später, an der Zeit, einmal zu schauen, inwieweit es hier mit dem, was Sie uns damals in der Koalitionsvereinbarung vorgelegt haben, in die richtige Richtung geht.

Ich fange mit der Kraft-Wärme-Kopplung an, Herr Minister. Sie haben seinerzeit in der Koalitionsvereinbarung geschrieben:

*Das Potenzial der CO<sub>2</sub>-Reduzierung im Wärmebereich ist weitgehend ungenutzt. Wir streben an, in diesem Bereich eine Vorreiterrolle in Deutschland zu übernehmen. Wir werden deshalb ein Förderprogramm für die Wärmeproduktion aus erneuerbaren Energien und zum Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung entwickeln.*

Wie sieht es denn tatsächlich aus? Herr Kollege Knapp hat es vorhin schon einmal kurz angesprochen. Es ist aber noch viel schlimmer, als er es vorhin gesagt hat. Ich zitiere einmal aus Ihrer Stellungnahme zum Antrag Drucksache 14/376. Darin heißt es nämlich:

*Es gibt daher leider keinerlei Übersichten, aus denen eindeutiges Zahlenmaterial zur umfassenden Bilanzierung der Nutzung der KWK entnehmbar wäre.*

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Verstehen Sie: Das ist eine Bankrotterklärung, die Sie hier liefern. So wird man wirklich nicht Vorreiter, sondern so bleibt man weiterhin am Schluss der Kette, an dem Sie im Moment auch stehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Von dem Förderprogramm, von dem Sie noch in der Koalitionsvereinbarung gesprochen haben, reden Sie schon gar nicht mehr. An keiner Stelle in der Stellungnahme zu diesem SPD-Antrag reden Sie noch davon, dass Sie vorhaben, ein Förderprogramm aufzulegen. Wenn wir den Klimaschutz ernst nehmen, dann ist die KWK ein ganz zentraler Punkt, den man in Baden-Württemberg voranbringen muss. Wie das geht, können Sie beispielsweise in Schwäbisch Hall sehen,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

wo es der Stadt mit den Stadtwerken gelungen ist, einen KWK-Anteil von 35 % zu erreichen. Ich kann Ihnen sagen: Wir haben 40 Städte in Baden-Württemberg, in denen das möglich wäre. Da sind Sie gefordert, Stadtwerke und Städte hierbei zu unterstützen.

(Beifall bei den Grünen)

Ein weiterer Punkt sind erneuerbare Energien. Da ist es genauso: Worte und Taten muss man da auch einmal abklopfen. Der Ministerpräsident sagte in seiner Regierungserklärung im Sommer dieses Jahres Folgendes – Zitat –:

*Wir wollen Baden-Württemberg zum Spitzenreiter*

– auch hier wieder der Spitzenreiter –

*... beim Einsatz regenerativer Energien machen. Bis zum Jahr 2010 werden wir in Baden-Württemberg den Anteil der regenerativen Energien an der Stromerzeugung auf 11,5 % ... steigern.*

Ja super, sage ich da. 11,5 % ist das, was wir im letzten Jahr auf Bundesebene hatten. Wir sind hier in Baden-Württemberg hinter dem Bundesdurchschnitt hinterher. Wir liegen in Baden-Württemberg im Moment bei 8,5 %. Ich will Ihnen einmal die realen Zahlen nennen, aus denen Sie ersehen können, wie es sich im Bund und wie es sich in Baden-Württemberg entwickelt hat. Im Bund lagen wir 1998, bei unserem Regierungsantritt, bei 4,7 %. Sieben Jahre später lagen wir bei 11 %. Das heißt, wir haben das mehr als verdoppelt.

Im gleichen Jahr 1998 waren wir in Baden-Württemberg bei 6,8 %, sprich über dem Bund. Im Jahr 2005, in dem wir im Bund bei 11 % waren, waren Sie hier bei 8,5 %. Das heißt, Sie haben gerade einmal ein Drittel zugelegt. Daran können Sie im Grunde genommen sehen, wie sehr wir in den letzten Jahren bei den erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg versagt und geknauert haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich will noch einen dritten Punkt nennen, nämlich die Förderprogramme. Sie haben eine ganze Reihe von Förderprogrammen: „Klimaschutz-Plus“, Energieholzprogramm, Altbausanierungsprogramm, Geothermieprogramm. Gegen all diese Programme ist nichts zu sagen. Sie sind inhaltlich völlig richtig.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Na also!)

Aber zu all diesen Programmen sage ich Ihnen einmal eines: Wenn Sie nach der Hälfte des Jahres anfragen, bekommen Sie kein Geld mehr. Das „Klimaschutz-Plus“-Programm war im Juni ausgelaufen. Das Energieholzprogramm haben Sie ganz auslaufen lassen. Beim Altbausanierungsprogramm sind die Mittel erschöpft. Wenn ich mir die Zahlen anschau, die der Ministerpräsident gestern mit den Eckzahlen für den kommenden Haushalt vorgelegt hat, dann sehe ich: Da wollen Sie ja noch einmal kürzen. Sie wollen bei der Altbausanierung noch einmal kürzen, und Sie wollen beim Klimaschutz noch einmal kürzen.

(Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Verstehen Sie: Mit einer solchen Politik werden Sie dem, was ich eingangs zitiert habe, nämlich der Notwendigkeit eines verstärkten Klimaschutzes, nicht einmal ansatzweise gerecht.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf von den Grünen: Bravo!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort für die FDP/DVP-Fraktion erhält Herr Abg. Dr. Rülke.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die FDP/DVP-Fraktion unterstützt den Ausbau erneuerbarer Energien. In der Koalitionsvereinbarung haben wir ehrgeizige Ziele formuliert. Herr Untersteller, Sie haben das auch schon gesagt. Den Worten sind durchaus auch Taten gefolgt. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung wurde in Baden-Württemberg innerhalb von wenigen Jahren von 6 % auf 8,5 % gesteigert.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Gewaltig!)

Das ist durchaus respektabel.

Bis zur Hälfte der Legislaturperiode wollen wir auch die Zweistelligkeit erreichen. In der Koalitionsvereinbarung haben wir unsere Vorstellungen für die nächsten Jahre auf drei Seiten klar festgehalten. Mit einer Vielzahl von zielgerichteten Programmen hat das Land in den vergangenen Jahren die Entwicklung innovativer Ideen und die Verbreitung erneuerbarer Energien unterstützt.

Herr Knapp, Sie haben vorhin von einem „Nasenwasser“ gesprochen und gemeint, 8 Millionen € im Jahr seien ein Nasenwasser. Es gab schon einmal jemanden, der in einem ähnlichen Zusammenhang von „Peanuts“ gesprochen hat. Das ist ihm nicht besonders gut bekommen.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

In den uns vorliegenden Anträgen haben Wirtschafts- und Umweltministerium in einer Fleißarbeit Daten und Fakten zur Entwicklung aller regenerativen Energien in Baden-Württemberg in den letzten Jahren zusammengetragen. Wie wir heute sehen können, war es richtig, dass Baden-Württemberg in Berlin dafür gesorgt hat, dass die Große Wasserkraft ins EEG aufgenommen wurde. Die zahlreichen geplanten und in Angriff genommenen Modernisierungsmaßnahmen im Land bestätigen unser Engagement. Signifikante Ertragssteigerungen in der Wasserkraft werden wir in Baden-Württemberg nur noch durch die Modernisierung der bestehenden Anlagen erreichen. Die Standorte, an denen ohne übermäßige Beeinträchtigung der Natur Wasserkraftanlagen errichtet werden können, sind in Baden-Württemberg leider gezählt.

Ferner ist es uns gelungen, die Windenergienutzung in geregelte Bahnen zu lenken. Bisher ermöglichen in acht Regionen insgesamt 77 Vorranggebiete die Errichtung von zusammen 348 Windkraftanlagen. Die Errichtung von Windrädern allein als Zeichen einer ökologischen Gesinnung haben wir immer abgelehnt. Einen Wildwuchs haben wir verhindern können. Den Reiz unserer Landschaft wollen wir auch für zukünftige Generationen erhalten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Tourismuswirtschaft in Baden-Württemberg freut sich, dass wir ihre Existenzgrundlage nicht vernichtet haben.

Den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung unterstützt die FDP. Die Fördermaßnahmen für die KWK-Anlagen sind zahlreich, auch auf Bundesebene. Das ist durchaus richtig, beginnend beim KWK-Gesetz bis hin zum Erneuerbare-Energien-Gesetz.

Ferner bietet die Förderinitiative „Wohnen, Umwelt, Wachstum“ der KfW-Bank günstige Kredite, unter anderem für den Einbau von KWK-Anlagen und für die Beheizung aus Fern- und Nahwärme auf Basis der Kraft-Wärme-Kopplung.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Bis jetzt haben Sie nur den Bund beschrieben!)

Das Wirtschaftsministerium des Landes Baden-Württemberg hat in seiner Stellungnahme zum Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/376, zum Thema KWK auf das Engagement des Landes bei der Forschung und Entwicklung im Bereich Kraft-Wärme-Kopplung hingewiesen. Es passiert also eine Menge in diesem Bereich. Das ist uns aber noch nicht genug. Deshalb streben wir für diese Legislaturperiode ein Förderprogramm für die Wärmeproduktion aus erneuerbaren Energien und zum Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung an. Einzelheiten hierzu sind in der Koalitionsvereinbarung nachzulesen.

Die SPD will unter dem Dach der Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH eine neue Energiegesellschaft zur Förderung der Biomassenutzung und Steigerung der Energieeffizienz gründen. Genauso wenig wie die Schaffung neuer Titel Inhalte befördert, tut dies die Gründung neuer Untergesellschaften.

Zunächst wird die Unterstützung von Investoren bereits erfolgreich durch vorhandene Fachbüros geleistet. Unser Eingreifen ist folglich an dieser Stelle nicht erforderlich. Zum Zweiten sind der Verkürzung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren enge Grenzen gesetzt, da der Trend zu größeren Anlageeinheiten eine Typenprüfung nicht zulässt. Und schließlich obliegt die Umsetzung von Maßnahmen aus dem Themenkreis „Virtuelle Kraftwerke“ der Energiewirtschaft, da nur sie über die elektrischen Netze und die damit zusammenhängende Infrastruktur verfügt. Die Gründung einer neuen Energiegesellschaft ist also weder erforderlich noch zielführend. Daher lehnen wir dieses Ansinnen der SPD ab.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Als Vertreter der Landesregierung erhält Herr Wirtschaftsminister Pfister das Wort.

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will überhaupt nicht um den heißen Brei herumreden. Es ist wahr, dass wir beim Anteil der regenerativen Energien an der Bruttostromerzeugung unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Dies hängt auch damit zusammen, dass der Bundesdurchschnitt von 11,5 % zu 90 % auf Windenergie zurückgeht,

(Zuruf von den Grünen)

und zwar deshalb, weil in anderen Bundesländern Windverhältnisse vorherrschen, die gerade in Baden-Württemberg für Windenergie nicht vorhanden sind. Insofern dürfen Sie nicht Äpfel mit Birnen vergleichen, Herr Kollege.

(Minister Ernst Pfister)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Unruhe bei der SPD und den Grünen – Abg. Thomas Knapp SPD: 90 % stimmt nicht, zwischen 5 und 6 %!)

Ich möchte Ihnen sagen, wenn Sie mir diese Eingangsbeurteilung erlauben: Im Vorfeld des Energie- und Klimagipfels in Nairobi haben mich zwei Zahlen beeindruckt. Die erste Zahl ist, dass wir damit rechnen müssen, dass auch in den nächsten 20 Jahren der Energiebedarf weltweit um noch einmal 50 % und mehr steigen wird.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Das macht das Problem noch schlimmer!)

– Eben.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Und Sie tun nichts!)

Das Zweite: Insbesondere in den nächsten 15 bis 20 Jahren wird sich entscheiden, ob es zu dieser vielerorts befürchteten weltweiten Klimakatastrophe kommen wird. Das heißt, wir stehen also vor der Situation, dass wir in den nächsten Jahren 50 % mehr Energie verbrauchen werden und im gleichen Zeitraum unglaubliche Anstrengungen unternehmen müssen, damit das Klima nicht kippt.

Jetzt kann man natürlich die Frage stellen: Kann ein kleines Land wie Deutschland oder gar Baden-Württemberg –

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Katrin Altpeter SPD: Jetzt sind wir auf einmal klein! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

ich sage es vorweg: es ist eine unsinnige Frage,

(Abg. Thomas Knapp SPD: Okay, da sind wir wieder einig!)

aber sie wird oft gestellt – hier einen wirksamen Beitrag leisten?

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: 90 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen stammen aus den Industrieländern!)

Das wird dann immer so dargestellt: Selbst wenn es technisch gelingen würde, sämtliche CO<sub>2</sub>-Emissionen, die es in Deutschland gibt, auf null zurückzufahren, könnte man damit weltweit nur 3 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen beseitigen. Das ist eine Milchmädchenrechnung, die ich so nicht teile.

(Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Ich glaube auch, dass die Konsequenz aus all diesen Zahlen – jetzt lassen Sie mich doch einmal ausreden, Herr Knapp – nur darin bestehen kann, dass wir in zwei Bereichen, die ich jetzt auch nennen will, eindeutig einen Zahn zulegen müssen.

Der erste Bereich ist die Energieeffizienz. Es gibt kein größeres und kein wirksameres Kraftwerk als die Energieeinsparung. Das ist der größte Bereich.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

– Ich komme Punkt für Punkt darauf zurück. Lassen Sie mich bitte ausreden.

Der zweite Punkt: die Entwicklung beim Einsatz regenerativer Energien. Völlig einverstanden. Wir sind im Augenblick bei einem Anteil von 8,5 % und haben uns für das Jahr 2010 vorgenommen, bei 11,5 % zu landen. Das können wir auch schaffen; da bin ich ganz sicher. Wir haben ja noch drei Jahre Zeit.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Der Bund ist dann schon bei 15 %!)

Aber selbst wenn wir im Jahr 2010 diese 11,5 % schaffen und auch das schaffen, was in der Koalitionsvereinbarung steht – 20 % im Jahr 2020 –, stellt sich noch die Frage: Woher kommen die anderen 80 %?

Ich gehe noch einen Schritt weiter: Selbst wenn ich davon ausgehe, dass die Energieeffizienz noch eingerechnet werden muss, sagt mir Herr Gabriel

(Abg. Thomas Knapp SPD: Guter Mann!)

– ein guter Mann; er sagt die Wahrheit –

(Abg. Thomas Knapp SPD: Deshalb ist er ja ein guter Mann!)

– jetzt lassen Sie mich das doch einmal ausführen –, dass in der Zukunft, in den nächsten Jahren, auch bei einem Anteil der regenerativen Energien von 20 % und wenn man die Möglichkeiten der Energieeffizienz ausgenutzt hat, 75 % der gesamten Stromproduktion aus fossilen Energieträgern gewonnen werden müssen. Fossile Energieträger, das heißt z. B. Kohle, zu 75 %. Das ist eine Klimaschutzpolitische Bankrotterklärung, wie sie schlimmer nicht sein kann, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Franz Untersteller GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

– Keine Zwischenfragen jetzt.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Bei Ihnen wären es 90 %! Das wäre der Super-GAU!)

– Jetzt passen Sie auf. – Deshalb hat die Internationale Energieagentur natürlich schon recht,

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Fossil ist doch nicht fossil! Da kommt es auf den Wirkungsgrad an!)

wenn sie sagt: Der erste Punkt muss lauten, die Energieeffizienz zu steigern. Der zweite Punkt ist der verstärkte Einsatz regenerativer Energien. Aber der dritte Punkt heißt: Wir können auf absehbare Zeit nicht auf die Atomkraft verzichten, meine Damen und Herren,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau! – Beifall des Abg. Karl Zimmermann CDU)

auch unter Klimaschutzpolitischen Gesichtspunkten. Das ist der Punkt, um den es geht.

Deshalb, Herr Knapp, lautet die Alternative nicht – diesen Fehler machen Sie immer –: entweder regenerativ oder Kernenergie. Entscheidend ist, dass wir für einen bestimm-



(Minister Ernst Pfister)

ten Zeitraum, den ich jetzt gar nicht näher bestimmen will, beides brauchen, um im Sinne kommunizierender Röhren den Anteil der regenerativen Energien bis 2050 zu steigern und in dem gleichen Zeitraum den Anteil der Kernenergie zu senken. Das muss die Zielsetzung sein, weil das der einzige Weg ist, um auf Kohle und auf andere fossile Energieträger verzichten zu können. Wer etwas für das Klima tun will, der muss viel für regenerative Energien tun,

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Der muss das effizient einsetzen!)

und er muss viel für Energieeffizienz tun. Aber er wird, wenn er die Klimaschutzpolitischen Ziele erreichen will, weltweit auf absehbare Zeit nicht auf Atomkraft verzichten können. Das sage ich noch einmal in aller Deutlichkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Wir wissen nicht einmal, wo wir das endlagern sollen!)

Jetzt gehen wir doch einmal ans Eingemachte. Da wir in der Frage der Kernenergie nicht zusammenkommen – das ist auch nicht schlimm; ich habe Ihnen meine Meinung gesagt, ich kenne Ihre Meinung, und wir werden diese Frage in Baden-Württemberg sowieso nicht selbst entscheiden; das machen andere in Berlin –, lassen wir das doch einfach einmal offen. Unabhängig von dieser Frage bin ich mit Ihnen völlig einer Meinung, dass wir den Anteil der regenerativen Energien steigern müssen. Welche Möglichkeiten haben wir hierfür?

Der wichtigste Bereich in Baden-Württemberg – das passt eben zu Baden-Württemberg – ist die Wasserkraft. Das ist unumstritten. Bei der Wasserkraft wird es so sein, dass wir deren Anteil noch im Jahr 2010 durch die entsprechenden großen Wasserkraftanlagen – Rheinfelden und andere; Sie haben sie genannt – um einen Prozentpunkt – nicht um 1 %, sondern um einen Prozentpunkt – steigern können. Das ist schon einmal etwas; das ist nicht wenig, denn es handelt sich um 800 bis 1 000 Millionen Kilowattstunden, die da hinzukommen. Also werden wir bei der Wasserkraft einen deutlichen Schritt nach vorn machen, auch im Hinblick auf das Ziel, den Anteil der regenerativen Energien an der Bruttostromerzeugung bis zum Jahr 2010 auf 11,5 % zu erhöhen.

Zweiter Punkt: Was die kleinen Wasserkraftwerke angeht, so brauchen wir diese auch. Wir haben über 1 000 kleinere Wasserkraftwerke in Baden-Württemberg. Diese brauchen wir selbstverständlich auch. Es ist doch nicht so, dass wir sie abgelehnt hätten. 93 % – ich sage es noch einmal – aller Anträge auf Genehmigung von kleinen Wasserkraftwerken sind vom Wirtschaftsministerium, von der Landesregierung positiv verbeschieden worden, und nur 7 % aller Anträge sind abgelehnt worden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die bauen wir auch noch!)

Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren. Die werden in der Bilanz im Verhältnis nicht besonders viel beitragen, aber für die Klimaschutzpolitik sind sie durchaus von Bedeutung.

Dritter Punkt: Windenergie. Die Nutzung der Windenergie passt besser an die Küste als nach Baden-Württemberg. Das ist unbestritten. Von der Leistungsfähigkeit und vom Ertrag her kann eine Küstenregion in dieser Hinsicht natürlich viel, viel mehr machen als ein Land wie Baden-Württemberg. Trotzdem ist es ja nicht so, dass hier nichts geschehen wäre.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Heute gibt es in Baden-Württemberg 267 Windkraftanlagen. Ihre Zahl ist in den letzten fünf Jahren um das Vierfache gesteigert worden.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Wir sind trotzdem Letzter von allen Flächenländern!)

Die Zahl der Windkraftanlagen ist in diesem Zeitraum also immerhin um das Vierfache gesteigert worden, und wir speisen dabei gegenüber dem Jahr 2000 nun das Sechsfache der Strommenge ein. Da soll doch niemand behaupten, dass wir in Baden-Württemberg auf dem Gebiet der Windkraft nichts täten. Jeder muss aber wissen, dass aufgrund der besonderen Situation in Baden-Württemberg Grenzen für die Windkraft bestehen, jedenfalls im Vergleich zu anderen Bundesländern.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Hessen hat aber auch mehr Windkraftanlagen!)

– Rund 260 Anlagen – Stand heute – haben wir. Regionalplanerisch genehmigt sind heute jedoch insgesamt 350 Windkraftwerke. Die sind bereits genehmigt, die kann man bauen, und das wird auch niemand ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Hessen hat aber das Doppelte und Dreifache und ist von der Fläche her kleiner!)

Vierter Punkt: Solarenergie. Wir sind in einer Situation, in der man sagen kann, dass die Branche brummt. Die Solarbranche brummt, und sie brummt nirgendwo so sehr wie in Baden-Württemberg.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht! Bayern!)

Baden-Württemberg ist das Solarenergiewelt Nummer 1; das kann man gar nicht anders sagen. Vielleicht kann man das anhand einer Vergleichszahl klarmachen: Gegenüber dem Jahr 2000 ist die Stromeinspeisung aus Solarenergie um das 30-fache gestiegen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Dank des EEG der rot-grünen Bundesregierung! Und das will die FDP nach wie vor abschaffen!)

– Dass dafür natürlich das Energieeinspeisegesetz verantwortlich ist, das ist doch überhaupt keine Frage. Ich möchte Ihnen aber auch sagen, dass in diesem Haus immer, wenn es um das EEG ging, einstimmige Beschlüsse gefasst worden sind. Betreiben Sie also keine Geschichtsklitterung, Herr Kollege, damit das auch einmal klar ist!

(Minister Ernst Pfister)

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Thomas Knapp  
SPD: Das war auch ein Fehler in der Vorlage! Da heißt es „Gesetz zur Förderung der Erneuerbaren Energien“! Das Gesetz war von 1991!)

Ich setze sehr auf die Biomasse als weiteren Bereich, der meines Erachtens besonders große Entwicklungsmöglichkeiten gerade auch in Baden-Württemberg hat. Baden-Württemberg ist ein Land, das sehr walddreich ist; 38 % der Fläche Baden-Württembergs sind Wald. Baden-Württemberg ist ein Land, das noch in großen Teilen landwirtschaftlich strukturiert ist – mit entsprechenden Flächen. Da kann man in der Zukunft eine ganze Menge machen.

Ich will Ihnen konkret sagen, was ich vorhabe. Ich will insbesondere die Biomasse-Forschungsplattform, die wir entwickelt haben, zur Grundlage nehmen, um die energetische Nutzung von Biomasse voranzubringen. Wir haben vor, z. B. im Biosphärengebiet Schwäbische Alb einen Leuchtturm zu errichten, einen Leuchtturm insofern, als dort ein supermodernes Biomassekraftwerk mit einer besonders innovativen Form der Vergasung errichtet werden soll. Das wird eine Möglichkeit sein, meine Damen und Herren, um die Energiebilanz entscheidend zu verbessern.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ein zweiter Punkt: Ich will einen weiteren Schwerpunkt setzen. Am Rande gesagt, weil Sie auch nach Programmen gefragt haben: Die Programme werden gebastelt, aber die Programme können natürlich erst dann umgesetzt werden, wenn auch die entsprechenden Haushaltsmittel vorhanden sind. Warten Sie jetzt also noch ein bisschen ab, bis wir die Haushaltsmittel zur Verfügung haben, damit wir diese Programme auch tatsächlich umsetzen können.

Ein weiterer Punkt ist das Thema „Biogas mit Brennstoffzellen“. Biogas mit Brennstoffzellen ist ganz zweifellos eine absolute Zukunftstechnologie. Wir haben bereits in Leonberg eine Anlage gefördert. Mit Sicherheit werden weitere dazukommen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen: Das Energiewirtschaftsgesetz stellt uns drei Aufgaben. Die erste Aufgabe ist, Versorgungssicherheit zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang sage ich nur aus aktuellem Anlass: Wenn die Energieversorgungsunternehmen in Deutschland sagen, dass sie Gewinne machen müssten, damit die Versorgungssicherheit gewährleistet sei und die Netze gewartet werden könnten, dann erwarte ich in einer solchen Situation, dass diese Gewinne auch dazu eingesetzt werden, die Netze zu sichern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zweitens: Die Energiepolitik muss sich am Wirtschaftlichkeitsprinzip orientieren. Ich finde es bemerkenswert, dass im Wirtschaftsausschuss ein einstimmiger Beschluss gefasst worden ist, um der Preistreiberei entgegenzutreten zu können – nicht mit den bisherigen Instrumenten, die nichts getaugt haben und die auch in der Zukunft keine Rolle spielen werden. Vielmehr wurde im Wirtschaftsausschuss eindeutig gesagt: In einer Marktwirtschaft muss es möglich sein, dann, wenn der Wettbewerb nicht funktioniert, auch mit kartellrechtlichen Instrumenten vorzugehen und die Missbrauchs-

aufsicht zu verschärfen. Genau das haben wir beschlossen, und genau das werden wir auch tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Drittens: Eine Energiepolitik muss umweltfreundlich sein, sie muss klimafreundlich sein.

Deshalb in aller Ruhe noch einmal: Punkt 1: Energieeffizienz, Einsparung. Punkt 2: regenerative Energien. Aber – Punkt 3 – wenn es Ihnen gelänge, Ihre ideologischen Scheuklappen

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Oh!)

in Sachen Kernkraft abzulegen, dann kämen wir alle wirklich einen großen Schritt weiter.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort erteile ich für die Landesregierung Frau Umweltministerin Gönner.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Jetzt kann es nur besser werden! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Altbausanierung!)

**Umweltministerin Tanja Gönner:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will, nachdem die Debatte bereits eine gewisse Zeit dauert, nur noch ganz wenige Bemerkungen machen.

Lieber Herr Knapp, insbesondere zum Stichwort Geothermie zwei Bemerkungen.

Erste Bemerkung: Sie wissen genauso gut wie wir, dass die Frage der Bruttostromerzeugung durch die tiefe Geothermie noch der weiteren Forschung bedarf. Selbst dann, wenn es bei der Anlage in Bad Urach, die der Bund einmal gefördert hat, all die Schwierigkeiten, die diese Anlage aufweist, nicht gegeben hätte, würde zum heutigen Zeitpunkt kein einziges Kilowatt Strom dort erzeugt werden. Das wissen Sie genauso gut wie wir. Deshalb wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie es nicht immer an diesem Punkt festmachen würden. Wir sind gemeinsam der Auffassung: Wir in Baden-Württemberg wollen hier vorangehen, wir wollen die Forschung, die noch notwendig ist, voranbringen und auch Modellprojekte machen. Genau dort sind wir auf dem Weg, diese Modellprojekte voranzubringen. Es gibt dazu Anträge, und über diese wird entschieden werden.

Zweite Bemerkung: Mir fällt auf, dass wir beim Thema „Erneuerbare Energien“ heute mit großer Heftigkeit über Stromerzeugung sprechen. Aber kein Einziger hat bisher zum Thema der erneuerbaren Wärme

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Ich habe doch nur fünf Minuten!)

– Verzeihung, Herr Untersteller, Sie haben es zumindest angesprochen – überhaupt etwas gesagt.

Wenn ich mir die Verteilung anschau – 40 % Wärme, 40 % Strom und 20 % Kraftstoffe –, dann bin ich schon der Meinung, dass wir auch dem Themenbereich der erneuer-

(Ministerin Tanja Gönner)

baren Wärme deutlich mehr Gewicht geben sollten. Gerade in diesem Bereich ist die baden-württembergische Landesregierung mit Beispielen vorangegangen. Ich erwähne nur das Programm zur oberflächennahen Geothermie, das wir im vergangenen Jahr aufgelegt haben. Sie finden wenige, die bereits derart viel Geld, nämlich 4,2 Millionen €, für oberflächennahe Geothermie im Bereich der Wärmegewinnung in die Hand genommen haben. Sie sehen, dass wir hier als Landesregierung einiges im Bereich der erneuerbaren Wärme getan haben.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Aber alles, was für 2005/2006 vorgesehen war, war Ende 2005 erledigt!)

– Lieber Herr Knapp, es waren zunächst 2 Millionen € vorgesehen, und es wurden 4,2 Millionen € ausgeschüttet. Sie sehen also, dass wir eine Verdopplung des Programmvolumens vorgenommen haben. Ich darf Sie daran erinnern, dass auch von Ihrer Seite immer wieder davon gesprochen wird, ein Haushalt sollte nach Möglichkeit nachhaltig sein. Ich würde mich freuen, wenn Sie nicht immer bei den unterschiedlichen Punkten plötzlich die Linie der Nachhaltigkeit des Haushalts verlassen würden.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Sehr gut!)

Dritte Bemerkung: Die Zielsetzungen der Landesregierung haben sich im Koalitionsvertrag wiedergefunden.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Wir haben diesen Koalitionsvertrag für fünf Jahre abgeschlossen. Wir haben ganz bewusst darauf Wert gelegt, dass wir diese Zielsetzungen in fünf Jahren auch erreicht haben werden. Sowohl der Wirtschaftsminister als auch ich stehen dazu, dass wir diese Ziele erreichen wollen. Der Wirtschaftsminister hat gerade dargelegt, wie er beabsichtigt, diesen Weg zu gehen.

Ich freue mich, wenn Sie gemeinsam mit uns – im Übrigen: insbesondere mit Ihrem Umweltminister in Berlin – dafür Sorge tragen, dass das Thema Erneuerbare-Wärme-Gesetz vorankommt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Wir sind diejenigen, die einen konkreten Vorschlag in Berlin gemacht haben. Wir stellen aber fest, dass das Bundesumweltministerium derzeit offensichtlich nicht gewillt ist, hier einen Vorschlag vorzulegen, weil man dort merkt, dass es eine heftige Diskussion geben wird.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Der Bundesumweltminister hat Weihnachtsferien!)

Deswegen freue ich mich, wenn Sie den baden-württembergischen Vorschlag, nämlich mit einer ordnungspolitischen Regelung eine Vorgabe zu machen, dass bei größeren Gebäuden 10 % der Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Quellen kommen, als zweiten Schritt das Marktanzreizprogramm weiterzuführen und als dritten Schritt insbesondere das Nah- und Fernwärmenetz zu fördern, gemeinsam mit uns in Berlin voranbringen. Dann hat die heutige Debatte, glaube ich, auch etwas Sinnvolles gebracht – über die ansonsten üblichen Schuldzuweisungen in der Frage, wer wie viel gemacht hat, hinaus.

Eines sei auch noch klargestellt, Herr Untersteller: Der Bund hat im vergangenen Jahr nicht einen Anteil der regenerativen Energien an der Bruttostromerzeugung von 11 % erreicht.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: 11,5 % regenerativ!)

– Nein, 10,2 % regenerativ. Ich würde mich freuen, wenn Sie die Veröffentlichungen des Bundes so lesen, wie wir sie lesen. Dort wird der Anteil auf 10,2 % beziffert. Selbst bei positiver Rundung kommt man nicht auf einen Anteil von 11,5 %.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir sind auf dem Weg zur Erreichung unserer Ziele und werden diesen Weg auch entsprechend weiter beschreiten. Ich freue mich, wenn alle in diesem Haus gemeinsam an diesen Zielen festhalten. Dann wird es uns nach meiner Überzeugung auch gelingen, unser Ziel, nämlich dass Baden-Württemberg eine Vorreiterrolle einnimmt – ich bin der Überzeugung, dass Sie diesen Weg genauso gehen wollen wie wir –, zu erreichen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Knapp für drei Minuten und drei Sekunden.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Keine Sekunde länger!)

**Abg. Thomas Knapp SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bei einer Restredezeit von drei Minuten und drei Sekunden bleibt mir im Grunde bloß noch dafür Zeit, Ihre Redebeiträge abzuarbeiten; anders kann man das nicht mehr nennen.

Ich möchte zunächst auf Ihren Beitrag eingehen, Frau Umweltministerin, weil Sie zuletzt gesprochen haben. Ganz klar: Wir werden Sie bzw. Ihren Vorschlag unterstützen, ein Erneuerbare-Wärme-Gesetz zu machen. Das ist auf dem Weg; es stockt etwas, weil man es nicht so richtig will. Aber jetzt frage ich Sie: Wie ist es vorher – schauen wir einmal in die Vergangenheit – beim EEG gelaufen? Sie haben noch als Bundestagsabgeordnete das EEG immer abgelehnt. Ich glaube, in der Historie – ich weiß nicht, wie lange Sie im Bundestag waren – ist von CDU und FDP in Berlin neunmal alles abgelehnt worden, was zum EEG aufgerufen worden ist.

(Oh-Rufe von der SPD – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Ingo Rust: Unglaublich! Und sich jetzt damit brüsten!)

Das muss man auch einmal sagen. Das haben Sie als Abgeordnete in Berlin auch gemacht. Jetzt kommen Sie hierher und sagen: Ich wollte das alles ja schon immer haben.

Sie haben uns als Begleiter an Ihrer Seite auf dem Weg nach vorne, und diesen Weg gehen wir auch mit. Da machen wir wirklich in allen Bereichen mit. Nur müssen Sie da konsistent bleiben und auch sagen, was passiert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(Thomas Knapp)

Ich weiß nicht, ob Ihr Vorschlag für ein Erneuerbare-Wärme-Gesetz abgestimmt ist. In letzter Zeit ist hier ja auch einmal eine Ministerin abgewatscht worden, nämlich die Sozialministerin, und ich weiß nicht, wie es Ihnen mit der FDP/DVP geht. Wenn Sie eine ordnungspolitische Regelung zur Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien einführen wollen, dann kommt einer daher und sagt: „Wir müssen die Existenzgrundlage der Wirtschaft sichern.“ Wenn man bei der Wärmeerzeugung einen Anteil von 10 % an erneuerbaren Energien einfordert, dann reden die von der Existenzgrundlage! Die haben noch gar nicht kapiert, dass eigentlich der Ausbau der erneuerbaren Energien – das, was wir regional später machen können – die Existenzgrundlage für unsere Wirtschaft ist, weil ausgehende Stoffe und Stoffe, bei denen wir weltweit abhängig sind, für uns keine Existenzgrundlage mehr sind.

Jetzt komme ich zum Wirtschaftsminister. Es ist ja richtig, dass er sagt: Wir hier im Landtag haben den Ausbau von Rheinfelden und die Einbindung der Großen Wasserkraft über alle Fraktionen hinweg gutgeheißen. Ganz klar. Aber obwohl hier alle vier Fraktionen zugestimmt haben, hat unsere Landesregierung mit Ihrer Beteiligung vor zwei Jahren im Bundesrat gegen die Änderung des EEG gestimmt. Da gab es – das war, glaube ich, in der Historie des Landtags einmalig – eine gemeinsame Pressemitteilung des damaligen Fraktionsvorsitzenden Oettinger von der CDU und des damaligen Fraktionsvorsitzenden Drexler von der SPD, wonach man die Landesregierung aufgefordert hat, zuzustimmen, und sie hat abgelehnt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Große Koalitionen taugen halt nichts!)

Bei so etwas – das muss man sagen – muss man einmal konsistent bleiben. Deshalb muss ich Ihnen wirklich sagen: Wenn man da in positiver Weise weitermacht, sind wir dabei. Aber wenn Sie, Herr Minister Pfister, nur zu einem gewissen Anteil – ich würde jetzt einmal sagen: nur zu 15 % oder zu 11,5 %, nämlich dem Anteil der erneuerbaren Energien, den wir bis 2010 erreichen wollen; mit 11,5 % ist wirklich nicht zu viel gefordert – so handeln würden, wie Sie reden, würden wir viel, viel weiterkommen. Sie reden hier, aber Sie handeln nicht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Zuruf von der SPD: So ist es!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Initiativen.

Die Große Anfrage ist durch die Aussprache erledigt.

Der Antrag Drucksache 14/376 ist als Berichts Antrag auch erledigt. Kann ich davon ausgehen? – Das ist der Fall.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Den anderen Antrag an den Wirtschaftsausschuss überweisen! Den mit der Energieagentur!)

– Das ist der Antrag Drucksache 14/377. Den wollen Sie zur weiteren Beratung an den Wirtschaftsausschuss überwiesen haben.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Ja!)

– Sie stimmen dem zu. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Umweltministeriums – Standortsuche für ein atomares Endlager in Baden-Württemberg und die Studie im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums – Drucksache 14/380**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Stehmer.

**Abg. Wolfgang Stehmer SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die friedliche Nutzung der Kernenergie zur gewerblichen Stromerzeugung ist nur dann friedlich, wenn folgende Punkte beachtet werden: Erstens brauchen wir sichere Reaktoren. Zweitens brauchen wir hoch qualifiziertes Personal, das auch bei unerwarteten Ereignissen professionell damit umgehen kann.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Das haben wir!)

Drittens wollen wir, dass die hoch radioaktiven Abfälle sicher entsorgt werden können.

(Zuruf des Abg. Gundolf Fleischer CDU)

Viertens muss die überwiegende Mehrheit der Menschen in Deutschland diese Technik wollen und muss akzeptieren, dass sie sicher ist.

Es wird, Herr Scheuermann, im Interesse eines hohen Sicherheitsstandards in der Technik viel getan. Es gibt zwar noch einiges zu kritisieren, aber es wird viel getan. Auch beim Personaleinsatz gehen wir nach strengen Regeln vor. Aber was bleibt, ist natürlich immer der Mensch als Restrisiko.

Nicht geklärt ist die Entsorgungsfrage. Seit 1957 wissen wir, dass zur Nutzung der Kernenergie eine sichere Entsorgung gehört, und seit 1976 steht dies auch im Atomgesetz. Auch in Baden-Württemberg wurden Kernkraftwerke nach dem Prinzip gebaut: Irgendwann wird ein Endlager gebaut, aber bitte nicht bei uns.

Geplant wurde viel: in den Siebzigerjahren ein integriertes Entsorgungszentrum in Gorleben, wobei man diese Konzeption im Jahr 1979 aufgegeben hat und dann dort nur noch die Endlagerung hoch radioaktiver Stoffe erfolgen sollte. Der Schacht Konrad ist nur für Abfälle ohne Wärmeentwicklung vorgesehen. Das war seinerzeit keine objektive Standortsuche in Deutschland. Ich möchte es einmal so bezeichnen: Es war ein politischer Kuhhandel. Doch so genau ist da nichts festgeschrieben. Bis heute gibt es weder in Deutschland noch irgendwo sonst in der Welt ein genehmigtes Endlager für hoch radioaktive Abfälle.

Große Teile dieses politischen Kuhhandels damals sind schon gescheitert. Die Wiederaufbereitungsanlage in Wa-

(Wolfgang Stehmer)

ckersdorf scheiterte 1989, zehn Jahre danach. Die Brennelementefabrik in Hanau wurde nach großen Protesten stillgelegt. Und ich erinnere – vielleicht hören es viele nicht gern – an die großen Bürgerproteste in Wyhl, Brokdorf und Kalkar. Dort ist Ihre Politik gescheitert.

Die Unfälle in Harrisburg 1979 und Tschernobyl 1986 – gerade 20 Jahre her – waren real. Das waren keine theoretischen Risikobetrachtungen. Sie wissen ja, dass auch in Schweden, einem hoch industrialisierten Land, Schwierigkeiten bestehen.

Die Summe dessen und vor allem die Gewissheit, dass in Deutschland kein neuer Kernkraftstandort gegen die Bevölkerung mehr durchsetzbar ist, hat zu einer Vereinbarung der Bundesregierung mit den Stromerzeugern im Jahr 2001 geführt. Im April 2002 wurde das im „Gesetz zur geordneten Beendigung der Kernenergienutzung zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität“ so gefasst. Die Regeln wurden festgeschrieben.

Einer der Gründe für diesen Ausstieg, der auch von den Stromerzeugern akzeptiert wurde, ist, dass nicht noch mehr Abfälle anfallen dürfen, als innerhalb der Regellaufzeit der Kernkraftwerke von 32 Jahren ohnehin noch anfallen werden. Darauf wurde auch das Entsorgungskonzept mit den Zwischenlagern am Standort ausgerichtet. Sie wissen ja, dass meist gegen den Willen der Standortgemeinden Zwischenlager auf dem Gelände der Kernkraftwerke durchgesetzt wurden mit dem Versprechen, dass die abgebrannten Brennstäbe spätestens nach 40 Jahren sicher entsorgt werden.

(Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Die Zwischenlager stehen. Die Stromerzeuger planen den Ausstieg. Nur unser Ministerpräsident will nicht mitmachen. Einmal verlangt er ganz plump, die Laufzeiten der Atomkraftwerke zu verlängern. Dann gibt er Tipps, wie das Atomausstiegsgesetz unterlaufen werden soll. Da muss sich die Landesregierung nicht wundern, dass der Bund bei einem erneuten Suchlauf Baden-Württemberg besonders unter die Lupe nimmt.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Was für ein Suchlauf?)

Wer Laufzeiten verlängern will, der muss auch wissen

(Zuruf von der CDU)

– ich komme noch dazu –, wo der hoch radioaktive Abfall in den nächsten 100 000 Jahren lagern soll, der muss aufzeigen, was er selbst dazu beitragen will, die Entsorgungsfrage zu lösen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Auch wir sehen aufgrund der Untersuchungen unseres Landesamts, dass hier in Baden-Württemberg kein sicheres Endlager sein muss und sein darf.

Herr Gabriel hat auch erklärt, dass keine Probebohrungen in Baden-Württemberg geplant sind.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Aha!)

Das ist ganz neu. Sie wissen doch, dass Teil der Vereinbarung über den Atomausstieg ein Moratorium über den Salzstock in Gorleben ist. Dieses Moratorium läuft noch bis maximal 2010. Dabei soll die Unterbrechung der Genehmigungsverfahren von der Bundesregierung ausdrücklich dazu genutzt werden – das steht da drin; Sie können es nachlesen –, sicherheitstechnische und konzeptionelle Fragen der Endlagerung zu klären. Deswegen ist der Kelch an uns noch nicht vorübergegangen.

Wenn es zum planmäßigen Atomausstieg nach der Vereinbarung der Bundesregierung mit den Stromerzeugern aus dem Jahr 2001 kommt, können wir – da bin ich mir sicher – aus einer gesicherten Position heraus den Bund zur Endlagerung hoch radioaktiver Stoffe in Niedersachsen drängen. Dazu muss jedoch die Landesregierung bereit sein, den vertraglich vereinbarten und gesetzlich festgeschriebenen Ausstieg mitzutragen. Deshalb fordern wir das Haus auf, hier unserem Antrag zuzustimmen und den verhängnisvollen Kurs der Aufkündigung des Atomkonsenses aufzugeben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Schebesta.

**Abg. Volker Schebesta** CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Beschlussteil des Antrags, den die SPD jetzt im Landtag von Baden-Württemberg vorgelegt hat, ist so kurios, dass Sie, Herr Kollege Stehmer, einige Klimmzüge machen mussten, um die Haltung der Landesregierung zu der Verlängerung von Restlaufzeiten irgendwie mit einem möglichen Druck bei der Standortsuche in Zusammenhang zu bringen.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sehr gut!)

Das ist nicht das Problem. Unser Problem ist in den letzten Jahren gewesen, dass die rot-grüne Bundesregierung seit 1998 mit ihrem Bundesumweltminister Trittin die Entsorgungsfragen hat liegen lassen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP – Abg. Gundolf Fleischer CDU: So ist es! –  
Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

um gleichzeitig zu sagen, die Entsorgung sei nicht geklärt und auch aus diesem Grund müsse man Atomkraftwerke abschalten.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: So etwas nennt man Heuchelei!)

Das ist eine Doppelzüngigkeit, die wir nicht akzeptieren können.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Heuchelei!)

Meine Damen und Herren, es ist auf das Gorleben-Moratorium verwiesen worden. Ende September 2000 ist das Gorleben-Moratorium beschlossen worden.

(Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

(Volker Schebesta)

Wir können eine Eignung des Salzstocks in Gorleben erst dann diskutieren und bestätigen, wenn auch eine untertägige Untersuchung stattgefunden hat.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: So ist es!)

Das ist notwendig, und das muss erfolgen, bevor irgendwelche anderen Standortdiskussionen geführt werden. Hätte die von Ihnen geführte Bundesregierung von 1998 bis 2005 ihre Hausaufgaben gemacht, hätten Sie jetzt nicht einen solchen Antrag stellen müssen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Dr. Nils Schmid: Hätte Frau Merkel ihre Hausaufgaben gemacht!)

Wir als CDU-Landtagsfraktion unterstützen Bundesumweltminister Gabriel, wenn er im Sinne der Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene die Endlagerungsfrage zügig und ergebnisorientiert angeht. Das wollen wir schon seit Jahren. Helfen Sie mit, ihn anzuschieben, damit er dies im Sinne der Koalitionsvereinbarung auch tut.

Herr Kollege Stehmer, Sie sind nach meinem Zwischenruf zu dem von Ihnen verwendeten Begriff „Standortsuche“ auf die Untersuchungen eingegangen. Jetzt möchte ich aber noch einmal festhalten – Sie können das auch in der Stellungnahme der Landesregierung nachlesen –, dass es bei diesen Studien nicht um eine Standortsuche geht. Vielmehr könnten diese Studien, die angefertigt werden, allenfalls Vorstufen einer Standortsuche sein.

(Lachen des Abg. Wolfgang Stehmer SPD)

Das Ende des Landtagswahlkampfes liegt jetzt über ein halbes Jahr zurück. Sie haben dabei mitgeholfen, an verschiedenen Stellen kleine Feuerchen zu entzünden. Jetzt schauen wir uns das Ganze einmal an und nehmen es so, wie es ist.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Wir haben Feuer gemacht, weil ihr nicht aufhört, Kernelemente abzubrennen!)

Aus unserer gemeinsamen Sicht heraus, liebe Kollegen von der SPD-Fraktion – das hat Herr Kollege Stehmer ja auch so gesagt –, gibt es, glaube ich, einen Standort, an dem wir uns eine Entsorgung von hoch radioaktivem Material vorstellen können. Diesen Standort müssen wir weiter untersuchen, damit die Entsorgung dort realisiert werden kann. Es gibt gar keine Notwendigkeit für eine weitere Standortsuche, solange es mit wissenschaftlicher Begründung diesen Standort mit dem Salzstock in Gorleben gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Franz Untersteller GRÜNE und Dr. Nils Schmid SPD)

Wir wollen die Endlagerungsfrage angehen. Wir haben offene Augen und offene Ohren in der Diskussion, die über solche Fragen allüberall stattfindet. Wir verfolgen aber genauso mit offenen Augen und Ohren die Fragen der Versorgung mit Stromenergie. Solange es auf das Problem, was denn nach einer Abschaltung von Atomkraftwerken ist, nur die Antwort gibt: „Wir verbrennen stattdessen vor allem

Kohle oder Gas“, so lange halten wir an unserer Position fest, dass die Restlaufzeiten der Atomkraftwerke verlängert werden müssen.

(Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Der Zusammenhang, den Sie in dieser Frage mit der Entsorgungsdiskussion herstellen, ist so kurios, dass sich eine Aussage über unser Verhalten bei der Abstimmung über den Beschlussteil Ihres Antrags erübrigt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Untersteller.

**Abg. Franz Untersteller GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Über den eigentlichen Anlass der Debatte kann man, glaube ich, schnell hinweggehen. Das war die Studie, die Einzelne im Sommer dieses Jahres gleich zu einer Suchgeschichte hochstilisiert haben. Der Bundesumweltminister hat am 30. Oktober gegenüber dem „Südkurier“ das Notwendige dazu gesagt. Überschrift: „Umweltminister Gabriel bezeichnet Gutachten für Atommüllendlager als Unsinn“. Somit können diejenigen, die gemeint haben, in Oberschwaben zwischen Blautopf und Donauversickerung Bürgerinitiativen gründen zu müssen, wieder zu anderen Dingen übergehen.

Nichtsdestotrotz, denke ich, ist eine solche Debatte über die Endlagerproblematik heute sinnvoll.

Herr Kollege Schebesta, ich finde, Schuldzuweisungen in dieser Frage bringen uns nicht weiter. Lassen Sie uns doch einmal nüchtern an das Problem herangehen. Wenn man nüchtern herangeht, stellt man fest, dass das Problem folgendermaßen aussieht: Gehen wir einmal davon aus, dass wir 24 000 m<sup>3</sup> hoch radioaktiver Abfälle haben. Wir haben weiterhin eine viertel Million Kubikmeter schwach und mittel radioaktive Abfälle. Mit diesem Problem müssen Sie als Atomkraftbefürworter und ich als Atomkraftkritiker umgehen. Somit haben wir beide und alle zusammen in der Sache eine Verantwortung.

Wir reden über ein Problem, das folgendermaßen aussieht: Wir müssen die Sicherheit der Endlagerung für weit über 100 000 Jahre gewährleisten. So etwas – das wissen Sie wie ich – hat es in der gesamten Menschheitsgeschichte nicht gegeben. Um Ihnen ein Beispiel zu geben: Die Pyramiden sind 5 000 Jahre alt. Wenn Sie dann sagen, Gorleben ist es, machen Sie es sich ein bisschen einfach.

(Zuruf von der CDU: Aber anschauen muss man es doch, und man darf es nicht liegen lassen!)

Wenn Sie einmal ehrlich sind: 1970, 1975, als Gorleben ins Gespräch kam, war der Hauptgrund für diesen Standort, dass er nahe an der Zonengrenze liegt. Das war damals der Hauptgrund. Fakt war dann, dass man in unserer Regierungszeit gesagt hat, man macht ein Moratorium,

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

(Franz Untersteller)

und dass man den Arbeitskreis Endlager einsetzte, der mit Befürwortern und Kritikern der Kernenergie besetzt war, wie Sie wissen. Diese Wissenschaftler haben über drei Jahre hinweg eine Arbeit dergestalt geleistet, dass man gefragt hat: Was sind eigentlich die wissenschaftlichen Kriterien für eine Endlagerung?

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Die Wissenschaftler kamen zu dem Ergebnis, dass neben Salz grundsätzlich auch andere Wirtsgesteine geeignet sind, nämlich Granit und Opalinuston. Das war das Ergebnis.

Woran es fehlt – das sage ich Ihnen ganz offen; das war ein Versäumnis unserer Regierungszeit und ist bisher auch ein Versäumnis Ihrer Regierungszeit in Berlin –, ist, aus den Ergebnissen von AkEnd endlich auch Konsequenzen zu ziehen und sie zum Gegenstand eines Gesetzgebungsverfahrens für eine neue Suchschleife in der Bundesrepublik zu machen. Da kann niemand Baden-Württemberg ausnehmen. So ist das nun einmal. Wenn ich einen offenen Suchlauf mache, geschieht es nach wissenschaftlichen Kriterien und anhand der Frage: Sind geeignete Wirtsgesteine da oder nicht? Bisher sind diese Kriterien allerdings nicht benannt worden. Ich kann nur an Sie appellieren, dass man dieses tut.

Frau Ministerin, ich wundere mich schon darüber, wie Sie an dem Standort Gorleben festhalten. Wenn klar ist, dass nicht nur Salz, sondern auch Granit und Opalinuston grundsätzlich geeignet sind, dann müssten Sie auch sagen: Dann muss man auf neuem wissenschaftlichen Stand eine Suchschleife machen und darf nicht, wie Sie es meines Erachtens fälschlicherweise tun, einseitig an Gorleben festhalten.

Ich darf im Zusammenhang mit Gorleben auch einmal an eine Pressemitteilung des Bundesamts für Strahlenschutz vom 20. September dieses Jahres erinnern, in der ausdrücklich auf Sie, Frau Gönner, Bezug genommen wird und in der es heißt:

*Der ... wiederholt erweckte Eindruck, es gebe bereits eine Eignungsaussage für den Standort Gorleben, ist nicht richtig. Richtig ist, dass die Eignung eines potenziellen Endlagerstandorts ... erst durch einen standort-spezifischen Langzeitsicherheitsnachweis festgestellt werden kann.*

Ich würde mir wünschen, dass Sie so agieren, wie Sie bei Benken agieren. Da gibt es eine Pressemitteilung der Landesregierung vom 23. April 2004, Überschrift: „Gegen vor-eilige Entscheidung für atomares Endlager in Benken“. Ich zitiere:

*Baden-Württemberg fordert ein transparentes Standortauswahlverfahren für die Entsorgung radioaktiver Abfälle im schweizerischen Benken. ... Die Entscheidung dürfe nicht übers Knie gebrochen werden. Vielmehr müsse man die Zeit bis zu einem erst im Jahr 2020 erforderlichen konkreten Standortentscheid für intensive Untersuchungen und Erkundungen auch in weiteren geologischen und auch grenzferneren Formationen nutzen.*

(Abg. Volker Schebesta CDU: Gibt es in der Schweiz einen Salzstock?)

Den Anspruch, den Sie an die Schweiz haben, sollten Sie auch an uns selbst haben.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Gibt es in der Schweiz einen Salzstock?)

– Ich weiß nicht, was es in der Schweiz gibt.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Das sollten Sie aber!)

In der Schweiz gibt es Granit, und in der Schweiz gibt es Opalinuston. Daher sage ich Ihnen: Die Anforderungen, die Sie an die Schweiz stellen, sollten Sie auch hier gelten lassen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Wem darf ich für die FDP/DVP-Fraktion das Wort erteilen? – Frau Abg. Chef, bitte schön.

**Abg. Monika Chef FDP/DVP:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon bezeichnend, wenn die SPD-Landtagsfraktion in ihrem Antrag fordert, die Landesregierung möge ihre Kritik an dem unter Rot-Grün beschlossenen Atomausstieg beenden,

(Abg. Thomas Knapp SPD: Guter Vorschlag!)

„um den politischen Druck zur Einrichtung eines atomaren Endlagers in Baden-Württemberg zu vermindern“. Meine Damen und Herren, die FDP/DVP-Fraktion hält mehrheitlich den von Rot-Grün beschlossenen Atomausstieg für völligen volkswirtschaftlichen Unsinn.

(Abg. Jörg Döpper CDU: Bravo!)

Wir werden uns von der SPD keinen Maulkorb verpassen lassen.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Wenn ihr das könntet, würdet ihr das machen!)

Es ist in hohem Maß verantwortungslos, wenn der SPD-Umweltminister Gabriel, der heute auch schon mehrfach zitiert worden ist, neue Standorte vor allem im Südwesten fordert,

(Zuruf des Abg. Wolfgang Stehmer SPD)

obwohl er weiß, dass er hier nur politische Nebelkerzen wirft, und obwohl er weiß, dass er mit jeder weiteren Verzögerung aus den an den Standorten errichteten Zwischenlagern mehr und mehr atomare Endlager macht, obwohl das weder technisch noch fachlich, noch baurechtlich zulässig ist; denn die Zwischenlager sind alle nur für 40 Jahre genehmigt. Das soll auch so bleiben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das ist bekannt!)

Meine Damen und Herren, die FDP/DVP-Landtagsfraktion kann für die vom Bundesamt für Geowissenschaften und Rohstoffe erneut entfachte Debatte über ein atomares Endlager im Südwesten überhaupt kein Verständnis aufbringen.

(Monika Chef)

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Die haben sie nicht entfacht!)

Das Entsorgungskonzept vom 1. Februar 1979, das auch schon genannt worden ist, beruhte auf den Grundsätzen sichere Entsorgung, Minimierung der Belastung für Bürger und Umwelt und Optimierung der Entsorgung. Herr Untersteller, in dem Jahr wurden bereits 68 mögliche Standorte in der Bundesrepublik von hochwissenschaftlich orientierten Menschen geprüft. Man hat sich aufgrund der Untersuchungen, die bereits damals vorgelegen haben, für ein atomares Endlager in Gorleben entschieden.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Ich habe doch gerade das Bundesamt für Strahlenschutz zitiert!)

und für die schwach radioaktiven Abfälle für den Schacht Konrad. Was z. B. gerade mit Schacht Konrad passiert, obwohl das Planfeststellungsverfahren dort schon lange beendet ist, kann man in der Presse verfolgen. Da sieht man, wie das Endlager dort auch wieder aus ideologischen Gründen absolut verhindert wird.

Seit Jahren steht fest, dass die in Baden-Württemberg vorherrschenden Tongesteine weit weniger geeignet sind als massive Salzstöcke, wie sie beispielsweise in Gorleben anzutreffen sind. Schon in den Neunzigerjahren hat eine Untersuchung des Bundesamts im Schwarzwald ergeben, dass die dortigen Granitformationen für ein atomares Endlager überhaupt nicht in Betracht kommen.

Um die Eignung der Salzstöcke in Gorleben wissenschaftlich zu überprüfen, wurden von uns Stromkunden bereits über 1,5 Milliarden € eingesetzt. Diese Erkundung, die ausschließlich aus ideologischen Gründen – ich wiederhole noch einmal: aus ideologischen Gründen – von Rot-Grün ausgesetzt wurde, muss fortgeführt werden. Dafür stehe ich auch persönlich ein.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: In den Schnellen Brütern in Kalkar wurden 7 Milliarden gesteckt! Das ist heute ein Schwimmbad!)

– Ich spreche hier von Erfahrungen. Ich habe das persönlich miterlebt, und ich kann Ihnen gern im Anschluss bei einem Glas Rotwein erzählen, wie es damals gewesen ist. Das möchte ich keinem Bürgermeister einer Standortgemeinde zumuten.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Haben Sie schon einmal mit dem Bürgermeister von Gorleben gesprochen?)

Erst wenn die Salzstöcke in Gorleben sich als ungeeignet erweisen, sind andere Standorte in Deutschland überhaupt gefragt. Ich kann Ihnen sagen: Ich war in Gorleben. Ich habe mir das angesehen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Na also!)

Kurz vor dem Ende der Erkundungsarbeiten ist dieses Moratorium ausgesprochen worden. Meiner Meinung nach war das Taktik. Man hatte nämlich Angst davor, dass Gorleben als geeignet freigegeben werden kann.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Ziel der FDP/DVP-Landtagsfraktion ist ein Energiemix, zu dem innerhalb absehbarer Zeit auch die Kernenergie gehört, wie wir das vorhin auch schon von unserem Wirtschaftsminister gehört haben. Diejenigen, die einen Atomausstieg fordern, haben bisher noch kein Gesamtkonzept vorgelegt,

(Abg. Alfred Winkler SPD: Na, na, nur weil Sie es nicht gelesen haben!)

in dem plausibel gemacht wird, wie die Energiemengen der Kernkraftwerke aufgefangen werden sollen, wenn diese abgeschaltet sind.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zu berücksichtigen ist dabei, dass die erneuerbaren Energien, die wir unterstützen – Wir unterstützen sie, das möchte ich ausdrücklich betonen; da sind wir uns alle einig.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Alfred Winkler SPD: Verbal reicht nicht!)

– Nicht nur verbal. Ich lade Sie gern in meine Gemeinde ein. Ich zeige Ihnen gern ein wirklich gutes Beispiel. Wir sind deutschlandweit die erste kleine Gemeinde, die einen Passivhaus-Kindergarten gebaut hat.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich weiß, wovon ich spreche.

Zu berücksichtigen ist dabei, dass die erneuerbaren Energien, die wir unterstützen und die nach unserem Willen mehr und mehr zu einem bedeutsamen Teil des Energiemixes werden sollen, nicht grundlastfähig sind – darum geht es auch – und damit in absehbarer Zeit keine Kernenergie ersetzen können. Es ist Aufgabe der Politik, im Energiebereich Versorgungssicherheit und Versorgungsunabhängigkeit zu garantieren.

Meine Damen und Herren, fast 70 % der fossilen Rohstoffe werden – das haben wir vorhin auch schon gehört – von der Bundesrepublik importiert. Wir verzeichnen eine steigende Abhängigkeit. Eine große Abhängigkeit besteht inzwischen von Russland bei Gas und Kohle.

(Zuruf von der SPD: Und bei Uran! – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Von Herrn Putin!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abgeordnete, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Abg. Monika Chef FDP/DVP:** Frau Präsidentin, ich bin gleich am Ende.

Über längere Laufzeiten für Atomkraftwerke – ich glaube, da sind wir uns auch einig – muss in erster Linie die Bundesregierung entscheiden, vor allem die Bundeskanzlerin. Unsere Aufgabe ist es, die Kernenergie zu tolerieren, bis es möglich ist, die Kernenergie langfristig durch regenerative Energie zu ersetzen, und gemeinsam für eine Endlagerung in Gorleben und im Schacht Konrad zu plädieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)



**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Frau Ministerin Gönner.

**Umweltministerin Tanja Gönner:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Warum debattieren wir heute, und was war der Anlass? Um es vorweg zu sagen: Die Befürchtungen, die in Teilen geschürt wurden – Im Übrigen werden zwischenzeitlich bereits Bürgerinitiativen durch SPD-Bundestagsabgeordnete gegen Atomendlager in Baden-Württemberg gegründet. Es wäre gut, wenn der betreffende SPD-Bundestagsabgeordnete mit dem zuständigen Bundesumweltminister sprechen würde, dann bräuchte er nämlich keine Bürgerinitiativen zu gründen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Norbert Zeller SPD: Das macht er übrigens!)

Das wäre in der Frage, wie wir mit einem ernst zu nehmenden Thema umgehen, viel hilfreicher, als an einem Punkt eine Emotionalisierung vorzunehmen, wo es keinen Grund gibt. Herr Untersteller hat zu Recht darauf hingewiesen, dass der Bundesumweltminister dies auch klargestellt hat.

Was ist passiert? Es gibt ein Gutachten der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, BGR, die im Jahr 2003 beauftragt wurde, also zu einer Zeit, als meines Wissens das Wirtschaftsministerium von Bundesminister Clement, SPD, geführt wurde. Diese Studie hatte zum Auftrag, einen Vergleich der unterschiedlichen Wirtsgesteine vorzunehmen, nämlich Steinsalz, Ton/Tonstein und Kristallingestein. Das war der Inhalt dieses Gutachtens. Ich würde jedem empfehlen, sich das herunterzuladen und anzuschauen. Vielleicht würde sich dann manche Debatte, die wir hier führen, erledigen. Dort sind nämlich acht Kriterien aufgeführt. Es geht um die Frage günstige Eigenschaft, ungünstige Eigenschaft und gemittelte Eigenschaft. Bei Steinsalz sind es bei den acht Kriterien sechsmal günstige Eigenschaft, zweimal mittel, Ton/Tonstein fünfmal mittel, dreimal ungünstige Eigenschaft und Kristallingestein zweimal günstige Eigenschaft, einmal ungünstige Eigenschaft und fünfmal mittlere Eigenschaft.

Ich finde, wenn man sich diese Zahlen anschaut, braucht man sich nicht mehr weiter darüber zu unterhalten, warum wir immer davon sprechen, dass Salzgestein/Steinsalz aus unserer Sicht die beste Endlagerumgebung darstellt. Im Übrigen: Wenn Sie internationale Experten hierzu befragen, sagen die Ihnen alle: Wenn wir ein solches Steinsalzvorkommen hätten wie Deutschland, wäre diese Debatte für uns seit Langem abgeschlossen.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

– Ich komme auf die Schweiz zurück, Herr Untersteller; ich habe das nicht vergessen.

Herr Untersteller, Sie haben die Frage nach der Endlagerstrategie und dem AkEnd aufgeworfen. In der gesamten Welt gibt es kein Land, das auf die Idee gekommen ist, unterschiedliche Abfälle – nämlich schwach radioaktive und stark radioaktive Abfälle – in einem gemeinsamen Endlager unterbringen zu wollen – außer dem grünen Bundesumweltminister Trittin.

(Zuruf von der CDU: Ein Schelm, der Böses denkt!)

Und weil man selber wusste, dass man sich schwertun wird, das international zu begründen, hat man diesen AkEnd eingesetzt und so getan, als wäre die ursprüngliche Idee bzw. die Entscheidung für Gorleben nur unter dem von Ihnen zuvor genannten Gesichtspunkt gefallen.

Ich würde Ihnen raten, Herr Untersteller, einmal in die Archive des Landes Niedersachsen hineinzugehen,

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das sagt jetzt aber die Richtige mit den Archiven! Die Archive, kann ich nur sagen!)

um zu schauen – Sie kommen auch gleich noch dran – ,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

was der Entscheidung für Gorleben zugrunde gelegt wurde. Dann werden Sie feststellen, dass eine intensive wissenschaftliche Auseinandersetzung stattgefunden hat, bevor für Gorleben als Standort entschieden worden ist.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das war mit den Handschriften genauso! Die stecken wir alle in den Salzstock! – Gegenruf von der CDU: Sachlich bleiben!)

Im Übrigen, Herr Stehmer, kann ich Ihnen nur sagen: Diese Entscheidung wurde in einem großen Konsens unter einem Bundeskanzler Helmut Schmidt – meines Wissens von der SPD – gefällt. Insofern wäre es erfreulich, wenn sich die SPD daran erinnern würde, was eigentlich der gemeinsame Konsens für die Endlagerung war.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Wir sind lernfähig! – Zurufe der Abg. Winfried Mack und Dr. Klaus Schüle CDU sowie des Abg. Dr. Nils Schmid SPD – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, das Wort hat Frau Ministerin Gönner. Ich darf um Ruhe bitten.

**Umweltministerin Tanja Gönner:** Ich glaube, wenn wir immer davon sprechen, dass wir die Themen sachlich angehen sollten, müssen wir auch auf Folgendes achten: Beginnend mit dem Jahr 1998 haben wir uns im Jahr 2000 in der Frage der Endlagersuche auf einen Holzweg begeben. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich wäre dankbar, Herr Untersteller, wenn das BfS lieber dafür sorgen würde, dass über die Aufhebung des Moratoriums entschieden wird und damit die Möglichkeit gegeben wäre, weitere wissenschaftliche Untersuchungen in Gorleben vorzunehmen, um dann auch den vermeintlich – nach deren Aussage – nicht vorhandenen Eignungsnachweis zu erbringen. Genau das tun wir aber nicht, weil wir das Moratorium haben und weil man das ganz bewusst so gelegt hat, um den Vorteil, den Deutschland in der Frage der Endlagersuche gehabt hat, aufzugeben.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Das ist auch der Grund, weshalb wir so diskutieren.

Weil Sie mir meine Stellungnahme gegenüber der Schweiz vorhalten, würde ich Ihnen empfehlen, einmal in die Schweiz zu gehen, ein Gespräch mit der NAGRA zu führen

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

(Ministerin Tanja Gönner)

und diesen die Frage zu stellen – Ich habe das ganz bewusst zu Herrn Untersteller gesagt; jetzt lassen Sie mich das doch einfach einmal sagen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

– Entschuldigen Sie, aber wenn man sich mit einer Sache inhaltlich auseinandersetzen will, muss man halt vorher die Arbeit leisten.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Ich habe aus Ihrer Pressemitteilung zitiert!)

– Ja. Ich sage Ihnen: Sprechen Sie mit der NAGRA, und fragen Sie, auf welchem Stand die NAGRA im Verhältnis zu Deutschland heute bei dem Thema Benken ist. Dann wird Ihnen der Präsident der NAGRA dasselbe antworten, was er mir geantwortet hat: Die NAGRA befindet sich auf dem Stand, den wir in den Siebzigerjahren hatten, als wir uns für Gorleben entschieden haben. Da bin ich mir nicht sicher, ob Sie mir das jetzt entgegenhalten würden. Frau Chef hat zu den Summen, die wir bereits in die Endlager-suche investiert haben, sicherlich genügend gesagt. – Das ist der Unterschied.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

**Umweltministerin Tanja Gönner:** Ja.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Aber kein Koreferat!)

**Abg. Alfred Winkler SPD:** Frau Ministerin, Sie haben zu Recht einen Vergleich zwischen der Eignung von Salzgestein, Tongestein und mineralischem Erzgestein vorgetragen. Wenn Sie zu Recht sagen, dass das Salzgestein das besser bewertete ist: Bedeutet das, dass die Landesregierung die Pläne der Schweiz, in Benken im Tongestein abzulagern, nicht für akzeptabel hält, weil das eben nicht das bessere Gestein ist – weshalb Sie Gorleben zu Recht bevorzugt haben? Bedeutet das, dass die Landesregierung das Vorhaben der Schweiz in Benken ablehnt?

(Zuruf von der CDU: Die Schweiz hat kein Salzgestein!)

**Umweltministerin Tanja Gönner:** Das Entscheidende ist, dass jedes Land, das sich für die friedliche Nutzung der Kernenergie entschieden hat, auch die Aufgabe hat, für ein Endlager zu sorgen. Wenn wir in Deutschland den Vorteil haben, Steinsalz zu haben, sollten wir dieses nutzen. Das heißt aber nicht, dass es uns zusteht, anderen, die ein solches Gestein nicht haben, die Vorgabe zu machen, dass sie kein geeignetes Endlager suchen dürfen. Die Schweiz hat die Schwierigkeit, selbst kein Steinsalz zu haben. Deswegen müssen sie in den Wirtsgesteinen, die sie haben, ihr Endlager vorsehen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aber nicht, wenn es mit dem Grundwasser zu tun hat! – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE – Abg.

Volker Schebesta CDU: Gute Antwort! Wieder etwas gelernt!)

Ich kann mich nicht daran erinnern, dass das Land Baden-Württemberg in irgendeiner Weise der Schweiz diese Aufgabe abnehmen kann. Wie gesagt: Ich kann für Baden-Württemberg nur im Rahmen dessen, was wir auf Bundesebene zu vertreten haben, vorgehen.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Das ist im Übrigen der Grund, warum wir ganz bewusst sagen, dass wir das Moratorium für Gorleben aufheben müssen. Das haben wir auch dem Bundesumweltminister vorge-tragen. Wir haben nicht umsonst die Formulierung im Koalitionsvertrag aufgenommen, die der Kollege Schebesta vorhin ja auch zitiert hat, nämlich –

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger?

**Umweltministerin Tanja Gönner:** Ja.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Bitte sehr, Herr Abg. Dr. Bullinger.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP:** Frau Ministerin, die Frage ist:

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Denk dran, du bist Regierung!)

Sind Ihnen die Bedenken des ehemaligen Landesamtes für Geologie in Freiburg bekannt, dass die Grundwasserströme durch das in der Schweiz geplante Endlager sehr stark tangiert sind? Kann man vor diesem Hintergrund eigentlich wirklich sagen, jedes Land müsse selbst für die Endlagerung sorgen? Das ist zwar im Prinzip richtig, aber das darf dann nicht das Grundwasser im Nachbarland beeinträchtigen. Ist Ihnen diese Tatsache bekannt, und was haben Sie in dieser Beziehung den Schweizer Kollegen gesagt? Das würde mich einmal interessieren.

**Umweltministerin Tanja Gönner:** Lieber Herr Bullinger, Herr Untersteller hat ja aus einer Pressemitteilung von mir zitiert, in der ich gesagt habe: Es ist noch nicht so weit, dass Benken als Endlager infrage kommt. Die Schweizer haben anhand des Falls Benken den Nachweis erbracht, dass Ton grundsätzlich geeignet ist, aber die Schweiz hat für sich auch entschieden, jetzt mit einem Sachplan zu starten und dann darüber zu entscheiden, wo das Endlager sein wird.

Darüber hinaus haben wir als Umweltministerium auch auf fachlicher Ebene ganz bewusst jeweils eine Begleitgruppe vom Bundesumweltministerium gefordert, weil es uns wichtig war, dass die Kenntnis des Landesamtes für Geologie und Rohstoffe eingebracht wird, damit dies dann auch mitberücksichtigt werden kann. Ich kann Ihnen sagen: Ich war in der entscheidenden Phase auch an der Grenze in Südbaden, um dort die Debatten zu führen, weil mir dies wichtig und notwendig war. Sie können also davon ausgehen, dass das Land Baden-Württemberg die Interessen der Bürger im Süden des Landes entsprechend vorträgt.

(Ministerin Tanja Gönner)

Trotzdem ist die entscheidende Frage, wie es in Deutschland aussieht. In Deutschland sieht es so aus, dass wir einen Standort für die Endlagerung der stark radioaktiven Abfälle haben. Im Übrigen sind die Betroffenen vor Ort bereit, die Lasten zu übernehmen. Bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen, die vor nicht allzu langer Zeit stattgefunden haben, haben die sich dort jeweils zum Endlager bekennenden Parteien SPD und CDU – die SPD möge dies hören; dort vor Ort bekennt man sich zum Endlager – mit über 60 % die Mehrheit in den kommunalen Parlamenten erhalten, obwohl das dort natürlich auch immer ein Thema ist. Man sollte sich dies vor Augen führen, und deswegen verlangen wir schnellstmöglich die Aufhebung des Moratoriums für Gorleben. Daneben verlangen wir so rasch wie möglich die Weiterführung im Schacht Konrad. Der Planfeststellungsbeschluss ist rechtskräftig, und wir erwarten, dass der Bundesumweltminister hier auch vorgeht.

Ich kann nur unterstützen, was der Kollege Scheuermann gesagt hat – nein, es war der Kollege Schebesta; das tut mir jetzt leid, Volker –,

(Abg. Volker Schebesta CDU: So schlimm ist das auch wieder nicht! Der redet auch gut! – Abg. Peter Straub CDU: Eine Ähnlichkeit kann ich nicht feststellen!)

nämlich dass es ziemlich gekünstelt ist, die Debatte über die Laufzeitenverlängerung mit der Endlagerung zu verknüpfen. Das hat nichts miteinander zu tun. Es wäre gut, wenn wir beides auseinanderhalten würden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Stehmer.

**Abg. Wolfgang Stehmer SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Schebesta, die Nutzung der Atomenergie zur gewerblichen Stromerzeugung hat keine Zukunft. Sie wissen das. Wenn Sie den Landtagswahlkampf ansprechen, dann sage ich Ihnen: Es hilft Ihnen auch nichts, die Ängste der Bürgerinnen und Bürger vor zu hohen Strompreisen zu schüren.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Wer hat denn Ängste geschürt?)

Das haben Sie getan. Wahrscheinlich haben Sie aber nur davon ablenken wollen,

(Abg. Volker Schebesta CDU: „Ablenken“ ist ein gutes Wort in dieser Debatte!)

dass Ihr Wirtschaftsminister leichtfertig auf jegliche Instrumente und Preiskontrollen verzichtet. Deswegen haben Sie das vorgebracht. Sie wissen auch, dass der Atomstrom klimafreundlich ersetzt werden kann. Das haben wir auch aufgezeigt. Aber das kostet natürlich sehr große Anstrengungen bei der Förderung von regenerativen Energien und bei der Kraft-Wärme-Kopplung. Da tun Sie zu wenig. Wir haben das ja gerade angesprochen.

Frau Ministerin, Sie selbst haben ja in Ihrer Stellungnahme zu dem vorliegenden Antrag gesagt: Sie sehen eine Brückenfunktion der Kernenergie beim Übergang zur regenerativen Energieerzeugung. Aber das dürfen Sie nicht nur sagen; danach müssen Sie auch handeln!

Mit der Forderung auf Laufzeitverlängerungen der Kernkraftwerke stellen Sie den Atomausstieg insgesamt infrage. Deswegen muss man darüber auch reden, Frau Ministerin. Damit wollen Sie die Antiatomkraftschlachten um Wyhl und Wackersdorf und neuerdings um die Zwischenlager wieder erneut schlagen. Warum denn überhaupt? Die Menschen wollen das nicht.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wegen des Klimaschutzes!)

Die Menschen akzeptieren in großer Mehrheit den Atomkonsens. Das ist für sie und für mich ein fairer Kompromiss, um die Ängste und Befürchtungen vor großen Reaktorkatastrophen auch bei uns zu berücksichtigen. Diese Ängste bestehen.

(Lachen des Abg. Gundolf Fleischer CDU)

– Da brauchen Sie nicht zu lachen; das ist so.

(Zuruf von der CDU: Und die CO<sub>2</sub>-Katastrophe!)

Dieser Atomkonsens bedeutet auch, dass man die Versorgungssicherheit mit Strom gewährleistet. Zu diesem Konsens muss man stehen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wer diesen Kompromiss aufkündigt, der spielt mit den Ängsten der Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen das verhindern.

(Beifall bei der SPD)

Der vertraglich vereinbarte Atomkonsens ist aber auch für die Stromkonzerne eine verlässliche Grundlage für ihre Investitionen in die Stromerzeugung nach der Kernkraftnutzung. Die Pläne, wie es dann weitergeht, liegen doch in den Schubladen der EnBW. Wer jetzt, wie die Landesregierung und Sie natürlich auch, dieses Atomausstiegsgesetz infrage stellt, der sorgt dafür, dass der Energieversorger erst einmal abwartet und nicht investiert. Dann stellen sich die Konzerne beim nächsten Abschalttermin eines Kernkraftwerks hin und sagen: Wir haben keinen Ersatz dafür, weil die Politik nicht wusste, ob es linksherum oder rechtsherum geht. Heute werden die Weichen dafür gestellt.

Deswegen fordern wir Sie auf: Akzeptieren Sie den ausgehandelten Atomkompromiss. Nehmen Sie den Umstieg zu den regenerativen Energien und auch die Kraft-Wärme-Kopplung ernst. Geben Sie Sicherheit, damit auch die Energieversorger ihre eigenen Verträge ernst nehmen können.

Ich bitte darum – das ist eine Forderung von uns –, heute über den Antrag abzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Schebesta.

**Abg. Volker Schebesta** CDU: Herr Stehmer, nur ein Satz: Wenn Sie das nächste Mal über den Atomkonsens diskutieren wollen, wie jetzt gerade in Ihrem zweiten Beitrag, dann machen Sie das gleich in der Überschrift und im ganzen Text des Antrags deutlich, und nehmen Sie nicht die Endlagerproblematik, um das Thema aufzurufen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Das gehört aber dazu! Das gehört irgendwie zusammen, ganz einfach!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich gehe davon aus, dass Abschnitt I des Antrags Drucksache 14/380 als Berichtsteil durch die Aussprache erledigt ist. – Das ist der Fall.

Über Abschnitt II wünschen Sie Abstimmung. Wer dem Abschnitt II des Antrags Drucksache 14/380 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist Abschnitt II abgelehnt.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Bevor ich Punkt 9 aufrufe, darf ich die Abgeordneten darauf hinweisen, dass der Parlamentarische Abend beim GENO-Verband bereits um 19:00 Uhr beginnen kann.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das ist aber eine unparlamentarische Äußerung!)

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Finanzministeriums – Zukunftsperspektive des Lotteriewesens – Drucksache 14/393**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten.

Das Wort erteile ich für die FDP/DVP-Fraktion Frau Kollegin Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Thema „Lotterien und Wetten“ ist durch Gerichtsurteile und Aktivitäten der Kartellbehörde in den Fokus geraten. Teilweise scheinen dabei durchaus unterschiedliche Rechtspositionen auf. Mit unserem Antrag wollen wir die aktuelle Situation und die Entwicklungsperspektiven abklären und Wege zu sach- und zeitgerechten Lösungen aufzeigen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, bitte führen Sie Ihre Gespräche außerhalb des Saals. Sonst kann der Stenografische Dienst nichts mitbekommen.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Vom Bundesverfassungsgericht wurden am 28. März 2006 zwei Wege nahegelegt: zum einen die Sicherstellung einer konsequenten

Suchtbekämpfung unter staatlicher Obhut, das heißt ein Monopol – das ist der Weg, den die Landesregierung zu gehen versucht –, und zum anderen eine gesetzlich normierte und kontrollierte Zulassung einer gewerblichen Veranstaltung durch private Wettunternehmen.

Ein wichtiger Punkt ist das Suchtpotenzial. Aus der Stellungnahme der Landesregierung lässt sich zusammenfassen, dass immerhin 55 % des Volumens des Glücksspielsmarkts auf Formen des Glücksspiels entfallen, denen ein hohes Suchtpotenzial zugeschrieben wird, nämlich Glücksspielen an Automaten und in Kasinos. Gerade diese Bereiche aber sind privatgewerblicher Betätigung zugänglich. So bleibt es für mich widersprüchlich, in den Bereichen des Glücksspielsmarkts mit dem höchsten Suchtpotenzial eine privatgewerbliche Betätigung zuzulassen, aber andererseits Bereiche mit einem deutlich geringeren Suchtfaktor einem staatlichen Monopol zu unterwerfen, weil es schon eine lange Tradition besitzt. Diese Regelung wurde nämlich zu Zeiten eingeführt, in denen es nur einer ganz bestimmten Schicht im Land überhaupt möglich war, ins Spielkasino zu gehen, und die Glücksspielautomaten bei Weitem nicht so verbreitet waren wie heute.

Auch das Thema der möglichen Begleitkriminalität – in der Realität und unter staatlichem Monopol – wurde uns im letzten Jahr bei den Sportwetten praktisch erläutert.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

Es ist natürlich so, dass fiskalische Aspekte in diesem Zusammenhang eigentlich keine Rolle spielen dürften. Aber der Aspekt der über das Monopol eingeworbenen Wettmittel, die vor allem zur Förderung des Sports und von Kunst, Kultur und sozialen Bereichen verwendet werden, kann nicht einfach außer Acht gelassen werden.

Das heißt, eine für die Zukunft tragfähige Lösung sollte sicherstellen, dass eine solche Unterstützung weiterhin möglich ist. Hier besteht aber eine deutliche Diskrepanz: Je strenger die suchtpreventive Ausgestaltung des Wettmonopols ausfällt, desto mehr ist mit gravierenden Einnahmeausfällen zu rechnen. Fallen sie weniger streng aus, wächst dagegen das rechtliche Risiko einer Überprüfung eines künftigen Staatsvertrags durch das Bundesverfassungsgericht und/oder – womit auch zu rechnen ist – des Europäischen Gerichtshofs.

Ein Zitat von den Münchner Medientagen: „Experte: Staatliche Glücksspielverbote stärken Anbieter im Ausland.“ Der Geschäftsführer des Deutschen Sportfernsehens sagt es deutlich: „Wenn hier weiter verboten wird, wird es einen wahnsinnig großen Graumarkt geben.“

Wohl deshalb steht in der Protokollerklärung der Bundesländer Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein zum Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 22. Juni 2006, die zunächst den Haupttenor hat, das staatliche Lotteriemonopol aufrechtzuerhalten, dass es diese Länder – ich zitiere – „unter Einbeziehung gemeinschaftsrechtlicher Vorgaben und praktischer Marktentwicklungen mittel- und langfristig für zielführender halten, eine begrenzte Konzessionierung in diesem Bereich vorzubereiten“. In der Stellungnahme des Finanzministeriums fehlt uns allerdings eine Begründung, warum die baden-württem-

(Heiderose Berroth)

bergische Landesregierung diese Protokollerklärung überhaupt für erforderlich gehalten hat.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Was wollt ihr eigentlich?)

Der dezente Hinweis, das Festhalten am Lotteriemonopol schließe jedoch längerfristig alternative Modelle wie beispielsweise eine beschränkte Konzessionierung nicht aus, reicht für eine Begründung der Protokollerklärung nicht.

Zur Einschätzung der Entwicklung europäischer gemeinschaftsrechtlicher Vorgaben hätten wir gerne etwas mehr erfahren, insbesondere vor dem Hintergrund des vom zuständigen EU-Kommissar McCreevy betriebenen Vertragsverletzungsverfahrens gegen die Bundesrepublik Deutschland und vor dem Hintergrund der im Urteil des Bundesverfassungsgerichts nur sehr knapp behandelten Rechtsprechung des EuGH, nämlich des Gambelli-Urteils und des Lindmann-Urteils. Im Lindmann-Urteil hat der EuGH deutlich darauf hingewiesen, dass die von einem Mitgliedsstaat für die Einschränkung der Dienstleistungsfreiheit geltend gemachten Rechtfertigungsgründe von einer Untersuchung zur Zweckmäßigkeit und Verhältnismäßigkeit der von diesem Staat erlassenen beschränkenden Maßnahmen begleitet werden müssen. Auch ob in dieser Formulierung Risiken in Bezug auf die Behandlung von Glücksspielen mit geringem Suchtpotenzial liegen, ist noch näher zu klären.

Den Rest meiner Ausführungen verlagere ich auf mein Schlusswort.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Groh.

**Abg. Manfred Groh** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu dem zu diskutierenden Antrag der Fraktion der FDP/DVP ist vom Finanzministerium im Einvernehmen mit dem Innenministerium eine umfassende Stellungnahme vorgelegt worden. Dabei haben beide Ministerien die Bekämpfung der Spiel- und Wertsucht als ein wichtiges Gemeinwohlziel dargestellt, weil Spielsucht zu schwerwiegenden Folgen nicht nur für die Betroffenen selbst, sondern auch für ihre Familien und die Gemeinschaft insgesamt führen kann.

Weiterhin ist klar zum Ausdruck gebracht worden, dass die Landesregierung von Baden-Württemberg für die Ausarbeitung eines neuen Lotteriestaatsvertrags votiert, der die Veranstaltung und Durchführung von Sportwetten im Rahmen des staatlichen Monopols entsprechend den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts regelt.

Ziele dieses Staatsvertrags sind also, Spiel- und Wertsucht zu verhindern, Glücksspielangebote zu begrenzen, Jugend- und Spielerschutz zu gewährleisten, eine ordnungsgemäße Durchführung zu sichern und betrügerische Machenschaften zu verhindern, und dies bei gleichzeitiger Abwehr von Folge- und Begleitkriminalität. Frau Kollegin Berroth, Sie sehen also, es gibt viel zu regeln und wohl nur durch ein Monopol auch sicherzustellen.

Die Linie des derzeitigen Vertragsentwurfs ist insoweit klar dahin gehend umrissen, als eine strikt ordnungsrechtliche

Zielsetzung hinsichtlich Werbung, Vertrieb sowie Jugend- und Spielerschutz erfolgen kann. Dabei sollte auf ein generelles Internetverbot verzichtet werden, aber dafür sollte eine Abschichtung nach Gefahrenpotenzial erfolgen. Ein Direct-mailing zugunsten des Erhalts der SKL, der Süddeutschen Klassenlotterie, und anderer soll möglich sein, ebenso öffentliche Ziehungen in Fernsehshows. Das sogenannte Calling-Verbot wird man wohl besonders sozialgesellschaftlich akzeptieren können. Beim Internetspielverbot muss nun die weitere Entwicklung abgewartet werden. Die rechtlichen Fragen – es sind kartellrechtliche und strafrechtliche – müssen dringend geklärt werden. So lange greift zunächst das zwischenzeitlich verfügte Internetverbot.

Meine Damen und Herren, nach Auffassung der Landesregierung von Baden-Württemberg soll nunmehr auf dieser Basis bis Ende 2007 ein neuer Staatsvertrag zum Lotteriemonopol der Länder ausgearbeitet werden, der bis 2011 gelten soll. Mit dieser Befristung soll auch ermöglicht werden, in absehbarer Zeit zu prüfen, ob beispielsweise mit einer beschränkten Konzessionierung die ordnungsrechtlichen Zielsetzungen gleichermaßen wie beim Monopol gesichert werden können.

Dem allem kann zugestimmt werden, und damit besteht für die CDU-Landtagsfraktion derzeit kein grundsätzlicher Handlungsbedarf; die weitere Entwicklung kann vielmehr abgewartet werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich dennoch für die CDU-Fraktion noch ein paar generelle Anmerkungen machen. Das Bundesverfassungsgericht hat die Vereinbarkeit der Sportwetten als staatliches Monopol mit unserem Grundgesetz und insbesondere mit dem Grundrecht der Berufsfreiheit bestätigt.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Dies sei allerdings nur dann möglich, wenn als wichtiger Grund beispielsweise die Bekämpfung der Glücksspielsucht inhaltlich über das Monopol geregelt werde. Auf der einen Seite bejaht das Bundesverfassungsgericht also die Monopolstellung der Länder, auf der anderen Seite stellt es aber auch klar, dass die existierende Rechtslage diesen Anforderungen nicht genüge und Teile der Sportwettengesetze und des Lotteriestaatsvertrags verfassungswidrig seien.

Beim Entwurf zum neuen Staatsvertrag zum Glücksspielwesen gilt es meiner Meinung nach Folgendes zu beachten:

Erstens: Es gibt Forderungen, das Lotterie- und Wettspielmonopol der Länder gänzlich aufzugeben. Dann allerdings wäre meines Erachtens die Erreichung der notwendigen ordnungsrechtlichen Ziele noch problematischer, und zwar besonders im Hinblick auf den Jugendschutz.

Zweitens: Eine Zulassung privater Wettunternehmer würde zu einer deutlichen Ausweitung des Glücksspielmarkts führen und einen enormen generellen Kontrollaufwand erfordern.

Drittens: Auch wäre zu berücksichtigen und zu bedenken, dass mit einer derart weitgehenden Liberalisierung erhebliche Einnahmeausfälle verbunden sein können, z. B. durch bessere und damit aber möglicherweise spielsuchtfördernde Quotierungen seitens der Privaten und – und das ist mir

(Manfred Groh)

ganz besonders wichtig – durch die Wahl des steuerlichen Firmensitzes.

Viertens: Mit einem Teil dieser Einnahmen – das wissen Sie und weiß ich ganz gut – dotiert das Land Baden-Württemberg wiederum den Wettmittelfonds für öffentliche Aufgaben. Das waren im Jahr 2006 immerhin 128 Millionen € und weitere 47 Millionen € aus den Spielbankerträgen. Damit fördert Baden-Württemberg gemäß § 11 des aktuellen Staatshaushaltsgesetzes die Kultur, den Sport, den Leistungssport sowie den Breiten- und Freizeitsport. Bei der Förderung der sozialen Maßnahmen stehen, wie Sie wissen, Jugend- und Altenhilfe sowie Familienhilfe im Vordergrund.

Fünfter und letzter Punkt: All diese öffentlichen Fördermaßnahmen wären bei Änderung der bisherigen Praxis durch allzu großzügige Liberalisierung zumindest infrage gestellt. Es stünde zu befürchten, dass ausgerechnet unsere überaus bewährte und effiziente Sportförderung besonders bezüglich des Leistungssports unnötig in Gefahr gerät.

Insoweit ist aus der Sicht der CDU-Fraktion der Abschluss eines neuen Staatsvertrags der richtige Weg, der richtige Weg bis 2011.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosserschulte:** Das Wort erhält Frau Abg. Queitsch.

**Abg. Margot Queitsch SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Antrag lautet ja „Zukunftsperspektive des Lotteriewesens“. Da muss man sich schon überlegen, was das in der jetzigen Situation soll. Ich persönlich halte diesen Antrag – das sage ich Ihnen ganz ehrlich – für so überflüssig wie einen Kropf,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Dann brauchen Sie ja nicht darüber zu reden, Frau Kollegin!)

weil wir natürlich überall über den neuen Staatsvertrag diskutieren. Aus Ihrem Antrag geht auch nicht hervor, was Sie eigentlich wollen.

(Beifall bei der SPD)

Ich halte es wirklich vom Zeitpunkt her für völlig falsch.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wenn Sie mir zugehört hätten, wüssten Sie, was wir wollen! – Weitere Zurufe)

– Ich habe Ihnen sehr wohl zugehört. Ich höre immer wieder aufmerksam zu.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wir wollen die Situation klären!)

Das, was Sie vorhin hier vorgetragen haben, wussten wir zum großen Teil auch schon. Ich denke, dass wir manche Debatten hier nicht zwei-, dreimal führen müssen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe)

Wir bekommen jetzt hoffentlich sehr bald den Entwurf des Staatsvertrags. Ich finde es schon etwas ärgerlich, dass wir zuerst von den Lottovermittlern den Entwurf des Staatsvertrags zugeschickt bekommen haben. Ich glaube, gestern ging er bei uns ein. Ich fände es sehr gut, wenn wir wirklich in absehbarer Zeit auch hier über diesen Entwurf diskutieren und dann all die Fragen, die Sie angesprochen haben, klären könnten.

(Unruhe – Zurufe, u. a. Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Haben wir doch!)

– Über die Fragen, die sich aus der Werbung ergeben, und die Frage, ob wir an dem Monopol festhalten oder nicht, kann man dann diskutieren. Dann hat es wirklich Hand und Fuß, weil wir dann anhand eines Entwurfs diskutieren und nicht eine Zukunftsperspektive hier an die Wand malen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

von der man eigentlich nur eines merkt – Für mich ist einfach deutlich geworden, dass Sie dieses Wettmonopol so nicht wollen. Ich kann Ihnen für die SPD-Fraktion ganz eindeutig sagen: Wir wollen daran festhalten, weil wir der Auffassung sind, dass das genau der richtige Weg ist.

Wir unterstützen auch die Bestrebungen, dass gerade die zukünftige Ordnung des Glücksspielmarkts noch stärker geregelt wird, dass der Spielerschutz noch mehr in den Mittelpunkt des Geschehens gerückt wird und dass die Vermeidung von Begleit- und Folgekriminalität eine stärkere Berücksichtigung in diesem Staatsvertrag findet. Wir sind auch gerne bereit, daran mitzuarbeiten, und wir möchten das – wie gesagt – auch hier diskutieren.

Entscheidend für uns ist, dass das Glücksspiel nicht in allen Bereichen total dem freien Markt überlassen wird. Das wäre für uns der absolut falsche Weg.

Deswegen haben wir auch einige Probleme mit der Protokollerklärung der Landesregierung. Wir haben die Befürchtung, dass, wenn wir bereits jetzt über eine beschränkte Konzessionierung diskutieren, da unter Umständen schon die Tür aufgemacht wird und der berühmte Fuß in der Tür ist und das dann wirklich zu einer totalen Liberalisierung führt, bei der wir dann keine Möglichkeit mehr haben, die Spieler zu schützen – das gilt insbesondere auch beim Jugendschutz –, und bei der wir dann auch nicht mehr so wie bisher die Möglichkeit haben, sehr viel in den Bereichen Sport, Kultur und Denkmalschutz zu machen; aber die Mittel sind dort dringend notwendig.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wir brauchen eine Konzessionslösung!)

Ich denke, bisher sind wir ganz gut mit dem Staatsvertrag gefahren.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Wir zahlen nicht einmal Steuern! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wie immer: „Weil es immer schon so war, machen wir so weiter“!)

(Margot Queitsch)

– Nein, nicht weil es immer schon so war. Nur: Liberalisierung um jeden Preis kann auch nicht das Wahre sein.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wir wissen ganz genau, dass die Auflagen vonseiten des Bundesverfassungsgerichts sehr stark auch in die Richtung des Schutzes der Spieler, der Bekämpfung der Spielsucht gehen. Da müssen wir dementsprechend viel machen.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist das Problem!)

Als letzten Punkt möchte ich noch ansprechen, dass es auch einen gewissen Widerspruch zwischen dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts und der Auffassung des Kartellamts gibt. Das Verfassungsgericht fordert ja weniger Wettbewerb und mehr Ordnungsrecht. Das Kartellamt will deutlich mehr Wettbewerb, und zwar sowohl unter den Ländern als auch unter den gewerblichen Anbietern.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Diesen Weg halten wir allerdings für falsch. Aber wir möchten, wie gesagt, dass wir hier sehr bald über den Staatsvertragsentwurf diskutieren und dann auch wirklich Nägel mit Köpfen machen.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Walter.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

**Abg. Jürgen Walter GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass Sie eine gewisse Begeisterung zeigen, dass ich zum Abschluss des heutigen Tages noch einmal eine Rede halte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Jörg Döpper CDU: Bravo!)

– Auch der Windkraftbefürworter aus Neuffen ist noch anwesend.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das ist keineswegs der Abschluss des Abends, Herr Kollege!)

Aber ganz so lustig ist das Thema, über das wir uns jetzt unterhalten, Frau Staatssekretärin, wahrlich nicht.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Eben!)

Bei allem, worüber wir hier diskutieren – unabhängig von der Frage, ob staatliches Monopol oder eine gewisse Liberalisierung –, muss man sagen – das hat eine Anhörung meiner Fraktion im Sommer dieses Jahres ergeben –: In den vergangenen Jahren wurde das Thema Spielsucht von allen vernachlässigt. Wenn dann in Jackpots 35, 37 oder wie viele Millionen Euro sind: Wenn das keine Förderung der Spielsucht ist, was dann?

(Abg. Hans-Martin Haller SPD: Haben Sie auch mitgemacht?)

– Nein, ich habe nicht mitgemacht.

(Lachen des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Bei einer Chance von 1 : 140 Millionen gehe ich für das Geld lieber ein Bier trinken.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Was? – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist auch eine Sucht!)

Deswegen, meine Damen und Herren – auch wenn Sie abends oft nicht bereit sind, noch ernsthaft zu diskutieren –: Wir müssen uns diesem Thema stellen. Wenn es weiterhin ein Monopol gibt, müssen sich die staatlichen Toto-Lotto-Gesellschaften dieses Themas stärker annehmen. Wir haben eine überproportionale Zunahme der Zahl von Leuten, die in die Beratungsstellen kommen. Das können wir nicht einfach vergessen. Wenn wir uns über die Frage „Staatsmonopol, ja oder nein?“ streiten, muss es zunächst unsere zentrale Aufgabe sein, zu hinterfragen – der Kollege hat es ja schon zitiert –, welche Folgen die Spielsucht für die Familien, die Betroffenen und die Gesellschaft haben kann. Deswegen muss diese Aufgabe ins Zentrum der Politik gerückt werden.

Selbstverständlich, meine Damen und Herren, haben wir große Sympathie für dieses Staatsmonopol. Denn die Gesellschaft profitiert davon in großem Maß, nicht jedoch von den privaten Anbietern. Sei es im sportlichen, im kulturellen oder im sozialen Bereich: Wir erhalten riesige Summen, die wir jedes Jahr verteilen können. Das ist ein großer Vorteil dieses Monopols. In diese Richtung zielt ja auch der vorliegende Entwurf, den die Ministerpräsidenten verabschieden wollen.

Die Frage, die sich uns aber stellt, ist: Können wir aufgrund der technischen Entwicklung, die sich in den letzten Jahren vollzogen hat, wirklich glaubhaft und ernsthaft verhindern, dass es im Internet Anbieter gibt, die wir gar nicht kontrollieren können? Wenn beispielsweise ein Anbieter von den Bahamas – –

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Die zahlen aber auch keine Steuern!)

– Natürlich zahlen sie die nicht. Da sind wir beim richtigen Punkt, Kollege Schmid.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Deswegen ist Liberalisierung eine Scheinlösung!)

Deswegen stellt sich die Frage, ob man nicht dem Schweizer Beispiel – das wird ja auch in der Stellungnahme der Landesregierung thematisiert – folgt und nicht eine Konzessionierung ermöglicht und dann eben die privaten Anbieter in die Pflicht nimmt,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Genau!)

damit sie sich nicht aus dieser Verantwortung stehlen können.

(Beifall der Abg. Dr. Ulrich Noll und Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist der Punkt! – Zurufe der Abg. Reinhold Gall und Dr. Nils Schmid SPD)

(Jürgen Walter)

Das, meine Damen und Herren, müssen wir, wenn wir ehrlich sind, vor dem Hintergrund der technologischen Entwicklung diskutieren.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Genau das ist eine Illusion!)

– Wenn Sie, Herr Kollege, uns genau zeigen, wie wir das staatliche Monopol erhalten können und wie dann teilweise eben auch im Sport damit geworben werden kann, ohne dass gleich wieder das Bundesverfassungsgericht damit befasst wird, und wenn Sie diese Alternative auch all den Vereinen aufzeigen, die jetzt in die Werbung mit anderen Anbietern gehen – da geht es nicht nur um Profivereine –, dann, meine Damen und Herren, sind wir gern bereit, darüber zu diskutieren. Aber Sie können jetzt doch nicht so tun, als ob es diese technischen Neuerungen nicht gegeben hätte – auch wenn Sie schauen, was die Digitalisierung ab 2010 auf dem Fernseh- und Radiomarkt mit sich bringen wird.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

Deswegen müssen wir ehrlich darüber diskutieren.

(Beifall der Abg. Dr. Ulrich Noll und Heiderose Berroth FDP/DVP)

Lassen Sie uns, wenn der Staatsvertragsentwurf vorliegt, darüber reden, wie wir all die Interessen der verschiedenen Verbände, der Vereine und des Staates, der gewisse Einnahmen erzielen muss – auch vor dem Hintergrund der begrenzten Möglichkeiten, die die öffentliche Hand noch hat –, miteinander vereinbaren können. Wir müssen offen und ehrlich darüber diskutieren, wie es in der Frage der Wetten und der Sportwetten weitergeht.

Ich will es abschließend noch einmal betonen: Für uns steht die Frage der Spielsucht im Mittelpunkt. Diese Frage muss das staatliche Toto-Lotto wirklich ehrlich beantworten. Alle, die dort in den entsprechenden Gremien sitzen, fordern ich auf: Setzen Sie eine Grenze für die Jackpots, damit es nicht zu so hohen Summen kommt, wie wir sie bisher hatten. Denn durch solch hohe Jackpots fördern Sie die Spielsucht mehr als mit vielen anderen Dingen.

Danke.

(Beifall der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ein Schmarren! Das ist doch Unfug!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Staatssekretär Fleischer.

**Staatssekretär Gundolf Fleischer:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute haben wir am Ende eines langen parlamentarischen Tages ein spannendes Thema, bei dem es um wichtige Ziele geht: Es geht um Spiel- und Wettsucht, wie sie durch die Politik möglichst eingedämmt, kanalisiert werden kann. Es geht aber unter anderem auch darum – das ist noch nicht angesprochen worden –, die Beseitigung von Manipulationsgefahren im Auge zu haben, und zwar nicht nur im Bereich des Fußballs, wo wir in Europa einschlägige Beispiele haben, sondern gerade auch im

Lotteriewesen. Das ist ein Gesichtspunkt, der sehr deutlich gesehen werden muss. Aber es handelt jeder nicht korrekt, wenn er nicht auch darüber spricht, dass es da bei uns in Baden-Württemberg und in Deutschland um viel Geld geht.

Ich möchte ausdrücklich betonen – da gebe ich insbesondere Ihnen, Herr Groh, und Ihnen, Herr Walter, recht –: Im Vordergrund aller unserer Bemühungen muss stehen, dass die Politik die Spiel- und die Wettsucht möglichst optimal im Lichte des Bundesverfassungsgerichtsurteils in den Griff nimmt. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom März dieses Jahres hat klare Vorgaben gemacht. Es hat gesagt, dass die jetzige Ausgestaltung rechtlich und tatsächlich gegen Artikel 12 des Grundgesetzes verstößt, dass hier den nötigen Anforderungen nicht Rechnung getragen wird. Allein schon deshalb ist es erforderlich, dass hier durch einen Staatsvertrag – das ist die einzig denkbare Rechtsform – dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichts Rechnung getragen wird.

Wie ist hier die Entwicklung gewesen? Ich darf noch einmal kurz reminiszieren. Wir haben zunächst von Bayern und Niedersachsen einen Entwurf vorgelegt bekommen, der ordnungsrechtlich derartig stringent ausgerichtet war, dass nach unserer Auffassung, aber auch nach Auffassung von Gutachtern, die wir beauftragt haben, festzustellen ist: Wenn dieser Entwurf so durchgehen würde, würde Artikel 12 des Grundgesetzes verletzt.

Es war das Land Baden-Württemberg – das darf ohne unzulässiges Schulterklopfen erwähnt werden –, das deswegen gesagt hat: Wir greifen die differenzierende Betrachtungsweise des Bundesverfassungsgerichts auf, indem wir entsprechend absichten, was im Wettbereich an Suchtgefahren besteht und wie sich diese unterschiedlich zueinander verhalten, da hier nicht alles über einen Leisten gezogen werden kann.

Wir haben deswegen auch erreicht, dass der erste Entwurf des Staatsvertrags, der ein Totalverbot des Vertriebs oder der Vermittlung über das Internet sowie das Verbot des Mailings vorgesehen hat und weit über das Ziel hinausgeschossen ist, entsprechend modifiziert wurde.

Der jetzt von der Ministerpräsidentenkonferenz freigegebene Entwurf verfolgt nach wie vor – mit unserer vollen Unterstützung und mit den auch von uns gewählten Vorgaben – einen strikt ordnungsmäßigen Ansatz. Zukünftig soll Werbung für öffentliches Glücksspiel im Fernsehen, über das Telefon und über sonstige interaktive Medien verboten werden. Die noch zulässige Werbung hat sich im Übrigen auf Information und Aufklärung über das Spieleangebot zu beschränken, wobei es natürlich – das muss der Ehrlichkeit halber auch gesagt werden – immer überlappende Tatbestände geben wird. Zum Spielerschutz wird ein über Spielbanken und Lottogesellschaften übergreifendes Sperrsystem geschaffen. Damit soll z. B. sichergestellt werden, dass gesperrte Spieler weder in Spielbanken spielen dürfen noch an Wetten, schnell laufenden Lotterien mit täglicher Ziehung oder an Spielangeboten über das Internet teilnehmen können. Speziell für die Sportwetten gelten verschärfte Vorschriften wie weiter gehende Einschränkungen der Werbung und Ausschluss von Wetten während laufender Sportereignisse.



(Staatssekretär Gundolf Fleischer)

Wenn vorhin erwähnt wurde – ich glaube, Sie waren das, verehrte Frau Queitsch –, dass sich Lotterievermittler in einem Brief an eine Landtagsfraktion gewandt haben, dann sollten wir alle zusammen auch darauf hinweisen, dass das, was wir jetzt wegen der Differenziertheit erreicht haben, auch deren Interessen so weit berücksichtigt, wie das geltende Recht dies überhaupt zulässt.

Die mit dem Staatsvertrag konsequent fortgeführte Ausrichtung des Monopols am Ziel der Bekämpfung der Spielsucht ist auch die Voraussetzung – das ist ganz wichtig – für eine wirksame ordnungsrechtliche Bekämpfung illegaler Glücksspielangebote. Dabei geht es nicht nur um die Schließung der Wettannahmestellen für Sportwetten, sondern vor allem um die Lotterien, Wetten und Kasinospiele, die über das Internet vermittelt werden. In den Ländern wurden inzwischen zahlreiche Untersagungsverfügungen mit Sofortvollzug erlassen, die zwar zunächst von den Verwaltungsgerichten – auch in unserem Land – unterschiedlich beurteilt wurden, dann aber in ganz Deutschland in der nächsten Instanz, den Verwaltungsgerichtshöfen und den Oberverwaltungsgerichten, bestätigt worden sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Staatsvertrag soll zunächst für vier Jahre gelten. Innerhalb von drei Jahren sollen die Auswirkungen des Staatsvertrags evaluiert werden. Lässt sich das Monopol rechtlich und faktisch durchsetzen und sollte das Monopol nicht höherrangig von der EU – egal, von wem dort – angegangen werden, wird kein Anlass bestehen, hiervon abzurücken. Aber nur für den Fall, dass dies nicht gelingen sollte, ist es notwendig, entsprechende Alternativen zu entwickeln.

Das ist auch die erste Antwort auf die vorhin gestellte Frage: Wie verhält es sich mit der Protokollnotiz, die auch unser Ministerpräsident abgegeben hat? Es verhält sich genau in dieser Reihenfolge und in dieser Stufung. Es ist nur ein Ausdruck von Verantwortungsbewusstsein – und vor allem auch ein Anerkennung, wie Herr Walter vorhin völlig richtig gesagt hat, der sich rapide entwickelt habenden Kommunikationsmöglichkeiten bei uns, die man nicht einfach wegwischen kann –, dass man hier rechtzeitig auch Alternativszenarien entwickelt,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Genau das ist es!)

um nachher gegebenenfalls gewappnet zu sein. Ich glaube, dass wir alle zusammen deswegen gerade diese Vorgehensweise sehr unterstützen sollten.

So viel zum Stand der Dinge bezüglich des Staatsvertrags.

Jetzt aber noch zum Aktuellen, was vorhin auch erwähnt wurde: Es ist in der Tat so, dass das Bundeskartellamt das Lotteriewesen und die Lottogesellschaften außerordentlich stark im Visier hat. Unter anderem geht es um das aus der begrenzten Länderkompetenz abgeleitete Regionalprinzip, das dem Kartellamt ein Dorn im Auge ist, nach dem die Lottogesellschaften ihre Produkte selbstverständlich nur im jeweiligen Land vertreiben dürfen.

Das Bundeskartellamt verlangt nun konkret, dass die Lottogesellschaften ihre Internetangebote bundesweit zugänglich machen, und hat für den Fall der Nichtöffnung bis zum

7. November, also bis gestern, jeder Lottogesellschaft ein Zwangsgeld von 1 Million € angedroht.

Dieses Verhalten des Bundeskartellamts steht aber in krassem Widerspruch zu dem landesgesetzlich geltenden Recht, das durch § 284 des Strafgesetzbuchs mit bis zu zwei Jahren Freiheitsstrafe strafbewehrt ist. Deswegen ist hier eine sehr unangenehme Situation festzustellen gewesen: Folgst du als Lottogesellschaft nun dem Bundeskartellamt und öffnest gar noch, oder folgst du dem Bundesverfassungsgericht und der geltenden Rechtslage in unseren Bundesländern mit der Maßgabe, dass du dann nachher einen Bußgeldbescheid bekommst? Du kannst derzeit zwischen Scylla und Charybdis, zwischen Pest und Cholera wählen: Willst du den Bußgeldbescheid, oder willst du ein staatsanwaltschaftliches Verfahren? Ich sage das so, um es auf den Punkt zu bringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind deshalb der Auffassung, dass man sich bis zur Verabschiedung des Staatsvertrags sehr wohl mit der Frage befassen muss, wie diese Situation bereinigt werden kann. Denn – ich sage es noch einmal gerade im Hinblick auf das, was Herr Abg. Groh vorhin gesagt hat – bei einer realistischen Betrachtung der Kommunikationszukunft in unserem Land und in Europa kann der derzeitige Zustand des Abschaltens von Zugriffen aus dem Internet natürlich nicht aufrechterhalten bleiben. Wir sind dabei, entsprechende Wege zu suchen.

Ich erwarte, dass das OLG Düsseldorf – und damit komme ich bei diesem Thema zum Abschluss – im Hauptsacheverfahren den Widerstreit von Landesordnungsrecht und Wettbewerbsrecht zugunsten der Länder entscheiden wird. Ungeachtet dessen – ich betone es noch einmal – suchen wir nach Lösungen, wie der Konflikt zwischen Kartellrecht und landesweit begrenztem Lotterierecht gelöst werden kann. Wir sollten dabei auch nicht vergessen, was von der EU, von McCreevy, dem zuständigen Kommissar, ins Auge gefasst wurde und von Ihnen, Frau Berroth, gesagt wurde, und schauen, wie sich dort die Dinge weiterentwickeln. Das Anliegen der Suchtbekämpfung, das Ziel, die Manipulation entsprechend einzuschränken, aber auch die Frage, wie wir die ganzen Dinge haushalterisch für gute Zwecke in unserem Land zu regeln haben, sollten uns hier ein hohes Maß an Wachsamkeit auferlegen. Die Landesregierung wird dies auf jeden Fall, wie Sie es bei dem Diskussionsprozess in Deutschland bisher schon führend getan hat, auch in der Zukunft so weiter tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosserschulte:** Das Wort erhält Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP:** Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich danke dem Herrn Staatssekretär, dass er ausdrücklich noch einmal bestätigt hat, dass auf jeden Fall aktueller Bedarf des Nachdenkens besteht. Frau Queitsch und auch Herr Walter haben dies deutlich gemacht.

Ich möchte Ihnen übrigens auch meine ganz persönliche Position zum Glücksspiel sagen. Ich selbst gewinne seit Jahrzehnten jede Woche im Lotto, nämlich den ersparten Einsatz, den ich nicht spiele. Das hat sich in der Zwischen-

(Heiderose Berroth)

zeit ganz schön aufsummiert. Aber die „Fakten am Markt“ sind anders. Wie titelt die „Heilbronner Stimme“ in dieser Woche? „Glücksspiel ist ein hart umkämpftes Geschäft – Private Vermittler drängen auf den Markt.“ Und das, meine Damen und Herren, nicht nur bei Sportwetten.

Andererseits sah sich das Finanzministerium am Montag dieser Woche veranlasst, das Internetlotto zu sperren. Es gibt sehr wohl einen Streit um die geplante Ausdehnung. Es wurde gerade schon dargestellt, warum dieser Service eingestellt werden musste. Das bedeutet aber, dass unsere Lottergesellschaft im Markt letztlich nicht wettbewerbsfähig ist. Ein derart in seinem Geschäftsgang eingeschränkter Lotterbetrieb verliert die Konkurrenzfähigkeit. Ich befürchte, Herr Kollege Groh, dass sich das Monopol trotzdem nicht halten lässt. Deswegen müssen wir darauf achten. Es wird faktisch nicht durchsetzbar sein. Das Internet ist nur ein Weg, und dann haben wir wirklich keinen Einfluss mehr.

Die FDP/DVP-Fraktion bedauert deshalb, dass die Frage nach Modellen einer gesetzlich normierten und kontrollierten Zulassung, nämlich einer Konzessionierung von privaten Anbietern von Sportwetten und Lotterien, vom Finanzministerium nicht konkret beantwortet wurde. Aber nur so kann man aus unserer Sicht wirksam gegen Sucht vorgehen.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Wenn man das in den Markt gibt!)

Wenn es einerseits ein die Sucht berücksichtigendes und vermeidendes staatliches System gibt und daneben ein nicht offizielles, auf das man überhaupt keinen Einfluss hat, dann ist der Sucht eben nicht mehr vorgebeugt. Ich sehe durchaus das Risiko, dass bei einer erzwungenen Zulassung privater Anbieter – und das Risiko, dass sie kommt, ist groß – eine Verlagerung in diejenigen Gebiete der Europäischen Union stattfinden könnte, die die niedrigste abgabenrechtliche Belastung der Spieleinsätze aufweisen, damit höhere Gewinnquoten angeboten werden können.

Wir brauchen eine Lösung. Wir brauchen eine Lösung, die eine Abgabe am Standort verlangt, dort, wo der Einsatz getätigt wird. Nur dann bleibt uns das, was alle Redner gefordert haben: dass wir die Förderung von Sport, Kultur und Sozialem in bewährter Weise weiterführen können.

Dazu wollen wir auch künftig ein staatlich überwacht Lotteriewesen. Gerade deshalb sollten wir uns zügig daranmachen, alternative Modelle zu entwickeln und dann vor allem die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Ich befürchte, wenn wir uns –

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abg. Berroth, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schmid?

**Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP:** Bitte sehr, Herr Kollege.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Bitte sehr, Herr Abg. Dr. Schmid.

**Abg. Dr. Nils Schmid SPD:** Verehrte Frau Berroth, ist Ihnen bekannt, wie viel Steuern bwin, ehemals Bet and Win, in Deutschland zahlt, nämlich null?

**Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP:** Deswegen spreche ich ja gerade nicht von einer Steuer, sondern von einer Abgabe,

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Ja, ja!)

die bei der Tätigkeit des Wetteinsatzes zu leisten ist. Das ist doch genau der Punkt: Das ist bisher nicht geregelt; deswegen müssen die auch nichts zahlen. Wir müssen Wege finden,

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Wie wollen Sie das machen?)

und wir haben durchaus auch mit bwin Gespräche geführt. Die haben deutlich erklärt, dass sie zu einer solchen Lösung durchaus bereit sind.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Die haben einmal viel Geld gespendet!)

Auch das muss man klar sehen: Nur immer abzuwehren und „Beelzebub!“ zu rufen wird nicht weiterführen.

Frau Kollegin Queitsch, wir wollen keine Liberalisierung um jeden Preis,

(Abg. Christine Rudolf SPD: Sowieso!)

sondern wir wollen ein gezieltes und gesteuertes Vorgehen. Weil es da aktuelle Entwicklungen am laufenden Band gibt, bitten wir, den Antrag zur weiteren Beratung an den Finanzausschuss zu überweisen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Die Fraktion der FDP/DVP beantragt die Überweisung des Antrags zur weiteren Beratung an den Finanzausschuss. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 9 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

#### **Herstellung des Einvernehmens zur Berufung von sieben sachverständigen Persönlichkeiten in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung**

Meine Damen und Herren, nach § 4 Abs. 3 der Bekanntmachung der Landesregierung über die Errichtung einer Landeszentrale für politische Bildung beruft der Ministerpräsident im Einvernehmen mit dem Landtag aus Vorschlagslisten der Träger der politischen Bildungsarbeit sieben sachverständige Persönlichkeiten für die Dauer einer Legislaturperiode in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung.

Mit Schreiben vom 27. September 2006 und 3. November 2006, die den Fraktionen in Ablichtung zugeleitet wurden und Ihnen vervielfältigt vorliegen, hat Herr Staatssekretär Böhmle um das Einvernehmen zur Berufung folgender sachverständiger Persönlichkeiten gebeten: Herr Dr. Hermann Huba, Stuttgart, Frau Julia Reichert, Mühlacker, Herr Paul Schobel, Stuttgart, Herr Stefan Küpper, Stuttgart, Herr Werner Wild, Stuttgart, Herr Rainer Dahlem, Stuttgart, Herr Georg Hiller, Blaubeuren.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Wer der Berufung der von Herrn Staatssekretär Böhmler vorgeschlagenen sieben Personen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen hat das Haus der Berufung der genannten Persönlichkeiten in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung zugestimmt.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE und Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP melden sich zu Wort.)

Das Wort erhält Frau Abg. Berroth zu einer kurzen persönlichen Erklärung.

(Abg. Hans Heinz CDU: Muss das sein? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir wissen schon!)

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich anerkenne ausdrücklich, dass sich der Landesjugendring nach mehrfachem Nachfragen – meinerseits, wohlgemerkt – bereit erklärt hat –

(Oh-Rufe von der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Unruhe)

– Ich kann es Ihnen erklären. Der Landesjugendring war hier im Haus und hat uns gebeten, mehr auf Gender-Gerechtigkeit zu achten. Daraufhin habe ich den Landesjugendring gebeten, dies auch zu tun. Sie haben nachgedacht und dann die Kollegin gemeldet.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Danke, Frau Berroth! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und trotzdem dagegen, Frau Berroth?)

Aber das andere Thema ist: Seit ich im Landtag bin – also seit zehn Jahren –, bekamen wir nun zum dritten Mal zunächst wieder eine reine Männerliste vorgelegt. Ich bin nicht mehr bereit, ein solches Gremium hier abzunicken.

(Abg. Ute Vogt SPD: Sehr richtig!)

Ich halte es für ein Trauerspiel, wenn in dieser Liste zwei Gewerkschaften vertreten sind und die es nicht einmal auf die Reihe bekommen, dass wenigstens eine davon eine Frau schickt.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Gewerkschaften sind als einzige doppelt dabei; wenigstens die hätten sich abstimmen können.

(Unruhe bei der SPD)

Ich werde deshalb den Herrn Ministerpräsidenten ansprechen und ihn bitten, das künftig einmal nachzuprüfen. Denn in der Bekanntmachung steht: „aus Vorschlagslisten der Träger“. Das müssen ja nicht unbedingt immer die gleichen Träger sein. Beispielsweise sind auch die Landfrauen sehr stark in der politischen Bildung tätig. Wenn die auf einer solchen Liste vertreten wären,

(Zuruf von der CDU: Das ist richtig!)

dann wäre auf jeden Fall schon einmal eine Frau dabei.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

Um darauf aufmerksam zu machen, habe ich dieser Liste diesmal nicht zugestimmt, und ich hoffe, dass es besser wird, wenn Ähnliches das nächste Mal in den Landtag kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der CDU, der SPD und der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Vielen Dank, Frau Abg. Berroth.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Bauer zu einer kurzen persönlichen Erklärung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt sind wir gespannt, was die Kollegin Bauer zu sagen hat!)

**Abg. Theresia Bauer** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Namen der Fraktion GRÜNE möchte ich auch unser Abstimmungsverhalten kurz erläutern. Ich kann mich weitgehend den Worten der Kollegin Berroth anschließen. Es kann nicht sein, dass Träger der politischen Bildung, deren maßgebliche Aufgabe es ist, für Demokratie und für politische Beteiligung zu werben, nach wiederholter Aufforderung, bei ihren Vorschlagslisten doch bitte Frauen zu berücksichtigen, keine weiblichen Sachverständigen benennen können. Ich meine, wir dürfen das als Landtag nicht durchgehen lassen. Wir reden hier gerne von Geschlechtergerechtigkeit und von Gender Mainstreaming, und wir sollten gerade bei der Besetzung eines Gremiums der politischen Bildungsarbeit darauf achten.

Deshalb haben wir uns gemeinsam dazu entschlossen, gegen die Vorschlagsliste zu stimmen. Wir werden auch mit den Trägervereinen der Landeszentrale für politische Bildung in Kontakt treten, um das Verfahren zur Besetzung dieses Kuratoriums zu verändern.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Dr. Nils Schmid SPD zu Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Sie waren ja als FDP/DVP noch nicht einmal in der Lage, Ministerinnen zu berufen! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Fühlen Sie sich getroffen? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt geht's den Männern an den Kragen!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Vielen Dank, Frau Abg. Bauer.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist Punkt 10 der Tagesordnung erledigt und sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 9. November 2006 um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen einen schönen Abend im GENO-Haus und schließe die Sitzung.

**Schluss: 18:36 Uhr**

**Anlage**

**Vorschlag**

der Fraktion der SPD

**Umbesetzungen im Ausschuss für Schule, Jugend und Sport**

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ausschuss für Schule, Jugend und Sport	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Staiger Heiler	Dr. Mentrup Staiger

08. 11. 2006

Ute Vogt und Fraktion